

**UDO ULEKOTTE**

# Volks- pädagogen

Wie uns die Massenmedien  
politisch korrekt erziehen wollen



**KOPP**



UDO ULFKOTTE

---

# Volkspädagogen

Wie uns die Massenmedien  
politisch korrekt erziehen wollen

KOPP VERLAG

1. Auflage Dezember 2016

Copyright © 2016 bei  
Kopp Verlag, Bertha-Benz-Straße 10, D-72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Stefanie Huber  
Satz und Layout: Agentur Pegasus, Zella-Mehlis

ISBN E-Book 978-3-86445-405-9  
eBook-Produktion: **GGP Media GmbH**, Pößneck

*Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis*

Kopp Verlag  
Bertha-Benz-Straße 10  
D-72108 Rottenburg  
E-Mail: [info@kopp-verlag.de](mailto:info@kopp-verlag.de)  
Tel.: (07472) 98 06-0  
Fax: (07472) 98 06-11

*Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:*  
[www.kopp-verlag.de](http://www.kopp-verlag.de)

*Gewidmet all jenen, die, wie meine viel zu früh verstorbenen Freunde Peter Scholl-Latour (1924 bis 2014), Professor Wilhelm Hankel (1929 bis 2014) und Dr. Henning Voscherau (1941 bis 2016), den Mut hatten, öffentlich die Wahrheit auszusprechen. Mögen wir ihnen in unseren Herzen und in den Geschichtsbüchern ein Denkmal setzen.*

*Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die dargelegte Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen eine journalistische »Beißhemmung« entwickelt zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt. Alle in diesem Buch genannten Organisationen bestreiten, Lobbyorganisationen zu sein und/oder Journalisten und/oder die öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Sie bestreiten zudem Kontakte zu Geheimdiensten.*

Hinweis:

Internet-Links werden mitunter gelöscht oder geändert. Dennoch können Sie die fast 500 in den Endnoten dieses Buches aufgelisteten Links nach einem möglichen Löschen durch Dritte im Internetarchiv jederzeit wiederfinden unter <https://archive.org/web/>.

## Vorwort

Nie zuvor haben Journalisten und Politiker die Bürger im deutschsprachigen Raum so von oben herab behandelt wie heute. Sie agieren arrogant, abgehoben und selbstgefällig – und pfeifen auf Neutralität, Objektivität und die Wahrheit. Die anmaßende Parole dieser kleinen Deutungselite lautet: »Wir wissen alles besser.« Schließlich will sie der öffentlichen Meinung ihren, und zwar nur ihren, Stempel aufdrücken. Doch längst haben die Menschen es satt, sich Schuldgefühle einimpfen zu lassen. Immer mehr haben auch den Rassismus der Antirassisten und die Intoleranz der Toleranten satt. Sie haben es zudem satt, dass ihre Heimatländer verwahrlosen und dass ihre Nationalkulturen abgeräumt werden. Journalisten und Politiker haben kein Gespür dafür, dass es den Menschen in vielen Ländern so geht. Fassungslos, geschockt und völlig unvorbereitet traf sie daher die Wahl Donald Trumps zum nächsten US-Präsidenten, zumal sie ihn zuvor über Monate hinweg selbstgefällig beleidigt, verhöhnt und verächtlich gemacht hatten. Genauso fassungslos, geschockt und unvorbereitet erlebten sie vorher den Brexit, den sie bis zum Sommer 2016 für unmöglich hielten. Auf die Realität sind unsere Eliten offensichtlich nicht vorbereitet.

Immer mehr Menschen machen sich Sorgen. Menschen, die instinktiv ahnen, dass die guten Zeiten vorbei sind. Sie spüren, dass die Leitmedien nur noch Durchhalteparolen verbreiten. Treffe ich Personen aus dem innersten Zirkel der Mächtigen, dann geht es diesen nicht anders. So saß ich im Oktober 2016 mit Alexander von Bülow und Willy Wimmer beim Abendessen zusammen. Der SPD-Politiker von Bülow war unter Helmut Schmidt Forschungsminister. Er kennt sich mit Geheimdiensten aus, saß auch im Kontrollgremium für die deutschen Nachrichtendienste. Der CDU-Politiker Willy Wimmer war verteidigungspolitischer Sprecher seiner Partei und Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Wir sprachen über das, was nicht in den Zeitungen steht. Wir waren uns schließlich darin einig, dass Leitmedien Menschenmassen manipulieren, und wir teilten den skeptischen Blick auf die Zukunft dieses Landes. Schließlich gibt es zu viel, was den Menschen verschwiegen wird.

Wenige Stunden, nachdem wir unser Gespräch beendet hatten, veröffentlichte WikiLeaks im Internet mal wieder Tausende Dokumente. Auf

den ersten Blick waren es nur gehackte Nachrichten aus den Mail-Konten von Hillary Clinton und des Amerikaners John Podesta. Der war früher unter Bill Clinton Stabschef des Weißen Hauses und managte 2016 den Präsidentschaftswahlkampf von Hillary Clinton. Eines der bei WikiLeaks veröffentlichten Dokumente aus Podestas Mail-Konto betraf Deutschland, vor allem deutsche Medien. <sup>1</sup> > Hinweis Es war das Schreiben eines in Europa lebenden US-Informanten, der Podesta ausführlich über die absehbare Zukunft Deutschlands unterrichtete. Amerikanische Denkfabriken und Geheimdienste sehen diese demnach in einem völlig anderen Licht als die deutsche Bundesregierung. Und deutsche Medien zensieren Nachrichten in vorauseilendem Gehorsam demnach so, wie es die Politische Korrektheit erfordert. Der von WikiLeaks veröffentlichte geheime Bericht spricht in Hinblick auf Deutschland von »multikultureller Verrücktheit« (*multicultural madness*) und prognostiziert den Deutschen wachsendes Elend und Chaos (*misery and mayhem across Germany*). Er listet die vielen »No-go-Areas« auf und sagt voraus, dass diese jetzt sehr schnell zu »ethnischen Kriegsgebieten« (*ethnic war zone*) werden, in denen ein zugewanderter »Lynchmob« auf Deutsche warten werde. Der US-Berichterstatter weist den Ex-Stabschef Podesta in dieser Unterrichtung darauf hin, dass in Deutschland wegen der Zensur kaum noch über die tatsächliche Lage im Land berichtet werde (... *past the censors*). Deutschland sei inzwischen nicht mehr nur eine Bananenrepublik (*beyond the banana republic phase*), sondern zu einem Reich der Einfaltspinsel verkommen (*entered the realm of patsydom*).

Nun kann man gewiss darüber diskutieren, ob und wie die hier zitierten Auszüge aus dem für den einstigen Stabschef des Weißen Hauses bestimmten Bericht die Realität in Deutschland widerspiegeln. Viele Leser werden ahnen, dass die gerade geschilderten Szenarien unsere Zukunft möglicherweise realistischer wiedergeben, als es manch einer wahrhaben will. Sicher ist aber schon jetzt, dass man in Deutschland über solche Themen nicht mehr offen sprechen darf. Mehr noch: Jedem Bürger sollte klar sein, dass auch Presse- und Meinungsfreiheit nur noch auf dem Papier existieren.

Viele Bürger haben daraus die Konsequenzen gezogen. Während ich diese Zeilen schreibe, schrumpfen die Verkaufszahlen der großen Leitmedien auch weiterhin flächendeckend. So hat die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* im dritten Quartal 2016 mehr als 24400 Leser verloren (minus 10,3 Prozent), bei der *Bild* – Zeitung waren es sogar 250000 Leser (minus 12,2 Prozent). Nicht anders ist es bei den öffentlich-rechtlichen Sendern. Dort weigern sich



immer mehr Menschen, die Zwangsgebühren zu entrichten. Da sich dieser Trend immer deutlicher abzeichnet und immer weniger Bürger den Leitmedien vertrauen, sollte man meinen, dass die Verantwortlichen die Stimmung erkannt haben und reagieren. Doch offenkundig ist genau das Gegenteil der Fall. Sie machen einfach so weiter.

In diesem Buch werfen wir einen Blick hinter die Kulissen der Macht. Sie erfahren, was die Massenmedien Ihnen verschweigen. Auf den ersten Blick erscheint das Informationsangebot in der globalisierten und vernetzten Welt schier unermesslich. Doch gleichen sich die Schlagzeilen der Tageszeitungen, die Aufmacher in Radio und Fernsehen. Wir haben ein Pressekartell anstelle von Pressefreiheit, und es gibt viele Nachrichten, Informationen und Zusammenhänge, die nicht veröffentlicht und/oder die unterdrückt werden. Vor diesem Hintergrund wurde diese Buchreihe geschrieben.

Im ersten Band dieser Reihe (*Gekaufte Journalisten*) hatte ich enttarnt, wie die Alpha-Journalisten der Leitmedien geschmiert werden und wie sie die Propaganda für Geheimdienste und transatlantische Organisationen übernehmen. Die Steuerung unserer Leitmedien ist eben keine Verschwörungstheorie, sondern offen einsehbar. Im vorliegenden zweiten Band skizzieren wir anhand vieler aktueller Praxisbeispiele die Techniken zur Ausübung sozialer Kontrolle und Steuerung von Menschenmassen. Im Auftrag unserer Eliten arbeiten die Leitmedien schließlich mit Bastelanleitungen für den braven Bürger. Sie betrachten uns Konsumenten als dressierte Hauschweine. Wer nicht gehorcht, der wird im wahrsten Sinne des Wortes zum braunen Schwein abgestempelt.

Die kanalisierte Meinungsmache beim betreuten Denken ist gut getarnt. Schließlich sollen wir nicht merken, dass Leitmedien uns im Interesse der Eliten auf eine Einheitsmeinung prägen und dabei alle unerwünschten Auffassungen wegzensieren. Der austauschbare journalistische Einheitsbrei und die im Hintergrund stehende enge Verzahnung von Politik und Leitmedien stoßen allerdings bei immer mehr Bürgern auf Ablehnung.

In der Schule hat man uns erzählt: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Angeblich nehmen die von uns gewählten Volksvertreter in den Parlamenten unsere Interessen wahr. Unermüdlich schufteten sie dort für unser Wohl und für das unseres Staates. Solche Botschaften hämmern uns zumindest die Leitmedien ein. Von Kindesbeinen an werden wir in diesem Sinne manipuliert. Keiner sagt uns die Wahrheit: Die sich gegenseitig bestechenden Politiker, Journalisten und Wirtschaftsbosse nutzen die mediale

Dauerberieselung vor allem dazu, um uns Bürger ruhig zu halten und sich selbst skrupellos die Taschen zu füllen. Wir sind für sie nur Trottel, die man wie kleine Kinder erziehen muss. Was unsere Meinungsfreiheit noch wert ist, das erkennt man nicht zuletzt daran, wie Politik und die Leitmedien mit missliebigen Stimmen umgehen.

Um die Menschenmassen im deutschsprachigen Raum auf eine Einheitsmeinung zu prägen, wird dabei ein engmaschiges Netz von Volkserziehern aktiv. In den Leitmedien setzen sie jene Normen, die man beachten muss, um öffentlich nicht geächtet zu werden. Meinungsfreiheit hat in Deutschland also ganz sicher nichts mehr mit dem zu tun, was die Väter des Grundgesetzes uns einst gewünscht haben. Denn zur »Meinungsfreiheit« in Deutschland gehört heute vor allem ein Klima der Angst.

Längst schon bestimmt ein selbst ernannter Deutungsadel in Politik und Medien darüber, was wir denken und wie wir es noch sagen dürfen. Es geht um Zwang und um das Ende offen geäußerter Kritik. Wer künftig Islamisierung, Massenzuwanderung, Feminismus oder Gender-Politik kritisiert, dem drohen nicht nur empfindliche Strafen, sondern bald auch die »Umerziehung«. <sup>2</sup> > Hinweis Gut bezahlt werden jene Journalisten, die dieses Spiel mitmachen. All das belege ich in den nachfolgenden Kapiteln.

Nach der Veröffentlichung dieses Buches wird wohl wieder einmal ein Aufschrei durch unsere Medien gehen. Ich kenne diese Reaktionen ja schon vom ersten Band (*Gekaufte Journalisten*) her. Politik und Medien werden behaupten, dass es sich bei den von mir überführten Tätern immer nur um »Einzelfälle« handele. Ich halte dagegen: Es sind inzwischen so viele »Einzelfälle«, dass sie zusammen ein unschönes Gesamtbild ergeben. Lassen Sie dieses Bild bei der Lektüre der nachfolgenden Kapitel auf sich wirken. Anschließend entscheiden Sie selbst, ob Sie diese Zustände weiter dadurch unterstützen wollen, dass Sie die Journalisten der Lügenmedien mit Ihrem schwer verdienten Geld durch den Kauf von Zeitungen und Zeitschriften finanzieren. Falls Sie auf der Suche nach aktuellen und garantiert werbefreien Informationen sind, dann unterstützen Sie meine Arbeit bitte durch ein Abonnement des Informationsdienstes *Kopp Exklusiv* (<http://www.kopp-exklusiv.de>).

All jene, die erfahren möchten, welche Reaktionen und Entwicklungen es seit dem Bestseller *Gekaufte Journalisten* gegeben hat, verweise ich auf den entsprechenden Abschnitt am Ende dieses Buches (»Lobhudeleien auf die herrschende Elite«). Falls Sie Anregungen oder Hinweise zu dieser Buchreihe

über korrupte Journalisten und deren Desinformationskampagnen haben, so erreichen Sie mich über meine Facebook-Seite oder über Twitter.

Tauchen Sie jetzt ein in jene geheimnisvolle Welt der Volkserzieher, die Sie nach dem Willen unserer Eliten so niemals kennenlernen sollten.

Rottenburg, im November 2016

# Kapitel I

## Der Deutungsadel in Aktion

*Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die dargelegte Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen eine journalistische »Beißhemmung« entwickelt zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt. Alle in diesem Buch genannten Organisationen bestreiten, Lobbyorganisationen zu sein und/oder Journalisten und/oder die öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Sie bestreiten zudem Kontakte zu Geheimdiensten.*

## Verhaltensforschung: Wir wissen, was gut für dich ist

Deutsche und Österreicher hassen Bevormundung und Gängelei. Diesbezüglich reagieren sie allergisch – bei diesen Punkten schrillen ihre Alarmglocken. Die vielen Verbote hängen ihnen zum Halse heraus. Politik und Medien wissen das – und deshalb arbeiten sie mit raffinierten Psychotricks. Sie nutzen modernste Erkenntnisse der Verhaltensforschung, um uns zu manipulieren, zu desinformieren und uns in ihrem Interesse in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken.

Der deutsche Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat auf der Herrentoilette gelernt, wie man Menschen gezielt beeinflusst – und zwar beim Urinieren. Harvard-Professor Cass Sunstein hat es ihm erklärt: am Beispiel eines Pissoirs. <sup>3</sup> > Hinweis Früher waren solche Herrentoiletten schmutzig, weil viele Männer beim Wasserlassen einfach nicht das »Ziel« trafen. Gebots- und Verbotsschilder halfen nicht. Doch dann kam jemand auf die Idee, eine täuschend echt aussehende Fliege ins Pissoir zu kleben. Männer sollten tiefenpsychologisch dazu animiert werden, beim Pinkeln auf die Fliege zu

zielen. Es klappte. Die Sauberkeit der Toiletten verbesserte sich enorm. Heute findet man in vielen solcher Örtlichkeiten Fliegen im Pissoir. Man kann Menschen also ganz gezielt beeinflussen, und zwar, ohne gleich den ganz großen Vorschlaghammer herausholen zu müssen.

Politik und Medien machen sich solche Erkenntnisse heute zunutze. Sie glauben schließlich, dass Menschen von Natur aus faul, gierig, behäbig, schwach und therapiebedürftig seien. Irgendwer muss uns Bürgern ständig sagen, was gut für uns ist. So wie die Werbung uns jeden Abend kurz vor den TV-Nachrichtensendungen die Schmerzcremes in blauer, gelber und roter Verpackung anpreist. Da muss man dann nur noch abkassieren. Wir Trottel kaufen bei entsprechender Werbung einfach alles, solange wir uns noch an die Farbe des Produkts erinnern können. Menschen handeln angeblich nicht vernünftig, weil keiner von uns die Zeit dafür hat, den ganzen Tag Informationen zu sammeln, um dann nach reiflicher Überlegung zu entscheiden, welches Produkt wir kaufen oder welche Partei wir wählen sollten. Weil wir so unheimlich dumm sind, unterscheiden wir Politiker auch nur noch nach Farben, nicht mehr nach Inhalten: die Grünen, die Gelben, die Roten und die Schwarzen – und die Mehrheit der Bürger merkt gar nicht, dass die Politik sie steuert wie in einem Supermarkt. Oder wie in einer Kantine.

Wird in einer Kantine das Obst in der Auslage auf Augenhöhe platziert, während Brötchen und Bratwürste weiter unten und ganz hinten ausgestellt werden, greifen viele Bürger automatisch zum Obst. Es ist ein wirkungsvoller kleiner Psychotricks, der genauso funktioniert wie die »Quengelware« im Supermarkt: In den Bereichen vor den Kassen, wo die Mütter beim Einkaufen mit ihren kleinen Kindern in der Schlange warten müssen, wurden lange Zeit fast ausschließlich jene Produkte in die Regale gestellt, die auf Kinder wie Magnete wirkten und genau in ihrer Augenhöhe lagen – etwa Kinderschokolade. Solche Marketingtricks nutzen längst auch Politik und Medien. Wir Bürger sollen nicht mehr frei entscheiden, was wir wann und wo kaufen, was wir essen und wen wir wählen. Politik und Medien nehmen uns die Entscheidungen ab. SPD-Politiker Heiko Maas findet es gut, Menschen so in eine bestimmte Richtung zu lenken, und erklärt in diesem Zusammenhang, er sehe noch »viele spannende Anwendungsmöglichkeiten« <sup>4</sup> > Hinweis . Aber dürfen Politiker und die ihnen ergebenden Leitmedien darüber entscheiden, was gut und was schlecht für die Bürger ist? Wie sie sich zu verhalten haben? Und zwar in Bezug auf die Dämmung der Häuser bis hin zur Abgabe der Steuererklärung?

Der Staat als Lenker? Und die Medien nur noch als Durchsetzungsorgane der Interessen des Staates? Ist es wirklich gut, wenn der Staat jedem die verpflichtende Dämmung von Bauten mittels Stoffen vorschreibt, die in wenigen Jahren auf gigantischen Sondermülldeponien landen? Ist es wirklich gut, wenn die Politik jedem die Altersvorsorge vorschreiben will und dabei auch genau regeln möchte, wer die Früchte seiner Arbeit wie anlegen muss? Schließlich ist es doch der Staat, der Jahr für Jahr das Rentenniveau absenkt und damit erst die Voraussetzung für die drohende Altersarmut schafft.

In diesem Buch werden Sie erkennen: Der Staat lullt uns über die ganze Palette der Propagandamedien rund um die Uhr ein. Wir Bürger sollen davon abgelenkt werden, dass dieser Staat ganz sicher nicht ein väterlicher Freund ist. Er ist vielmehr eine Institution, die uns Bürgern Macht und Freiheit entzieht, um diese dann neu zu verteilen – nach seinen Regeln. Wer diese Regeln kritisch hinterfragt und kein willenloser Musterbürger ist, den kann man allerdings nicht manipulieren und beliebig steuern.

## **Bastelanleitung für den braven Bürger – Menschen als dressierte Hausschweine**

Viele Jahrzehnte Verhaltensforschung haben gezeigt, dass die Steuerung von Menschen – zumindest im Experiment – funktioniert. Dabei muss man vor allem das sogenannte impulsive System ansprechen. Das ist eine Art Autopilot in unserem Gehirn, der schnell und ohne Anstrengung arbeitet. Erziehungsmaßnahmen der Politik wie die »Runter vom Gas«-Verkehrskampagnen zielen auf dieses impulsive System ab. Daneben muss oft auch das reflexive System überzeugt werden. Das braucht im Gegensatz zum impulsiven System die Ratio, die Abwägung (dazu zählt etwa die Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln), und ist daher eher träge. Die Europäische Union hat viele Millionen Euro Forschungsgelder zur Verfügung gestellt, um zu erkunden, wie man bei diesem Projekt (Stichwort: *Nudging*; engl. für anstupsen) möglichst weite Teile der Bevölkerung unmerklich in jede gewünschte Richtung lenken kann. <sup>5</sup> [> Hinweis](#)

Der von den Grünen vorgeschlagene »Veggie Day«, ein vom Staat verordneter fleischfreier Tag in allen Kantinen <sup>6</sup> [> Hinweis](#), ist dabei nur ein Vorgeschmack. Falls solche Vorgaben eine Erfolgsstory werden sollten, dann

drohen am Ende mehr als nur schnitzelfreie Tage für die Gesundheit. Der Staat wird dann unsere Interessen nicht mehr vertreten, sondern ändern. Aus Merkels Kuschelrepublik wird am Ende ein riesiges Sanatorium mit Dauerbetreuung. Die Deutschen enden dann als dressierte Hausschweine.

Hinter alledem steht ein negatives Bild des Menschen. Es unterstellt, dass wir Bürger nicht in der Lage sind, das eigene Verhalten zu überdenken und unser Leben zu steuern. Es geht darum, jeden Einzelnen subtil zu beeinflussen. Diese Steuerung ist viel perfider als ihre historischen Vorgänger. Früher setzten Diktaturen auf Verbote und Zwang; unsere heutigen Politiker hingegen setzen auf Manipulation. Letztlich geht es um die Bastelanleitung für den braven Bürger. Das ist klassische staatliche Bevormundungspolitik, die den Bürger als eine Art Hund sieht, den man nach Belieben erziehen beziehungsweise abrichten kann.

Weil wir mündigen Bürger schrecklich dumm sind, muss uns ständig jemand sagen, was gut und was schlecht für uns ist. Gott sei Dank gibt es dafür Politiker und Leitmedien. Die greifen immer wieder in die psychologische Werkzeugkiste, weil wir therapiebedürftig sind, manipulieren und bevormunden uns. Am liebsten so, dass wir dummen Bürger das gar nicht mitbekommen. Damit wir kleinen Trottel brav gehorchen, werden uns täglich über die Leitmedien Vorbilder präsentiert. Etwa Fälle von Flüchtlingen, die Tag für Tag Geld auf der Straße finden und brav bei der Polizei abgeben. So sollen wir positiv auf den Massenansturm von noch mehr Migranten eingestimmt werden. Zeitgleich zeigen uns Medien auch jene finsternen Gestalten, die am äußersten Rand der Gesellschaft nur darauf warten, unserer angeblich so glückliches multikulturelles Leben zu zerstören – etwa kleine blonde Mädchen mit geflochtenen Zöpfen.

## **Mediale Märchenstunde: Nazi-Siedler umzingeln Hamburg**

Jeder, der irgendwie anders, das heißt: nicht systemkonform beziehungsweise wie die Vordenker in unseren Leitmedien handelt, der läuft heute sofort Gefahr, als »Rassist« und »Nazi« verunglimpft zu werden. Mitunter nehmen die journalistischen Berichte dabei satirische Züge an. Jedenfalls glaubte ich zunächst an einen verspäteten Aprilscherz, als ich mitten im medialen Sommerloch 2016 in einer Hamburger Zeitung die Überschrift »Nazi-Siedler

umzingeln Hamburg« entdeckte. <sup>7</sup> > Hinweis Dummerweise war der betreffende Artikel keine Satire, sondern bitterer Ernst. Er begann mit den Worten: »Es ist erschreckend, was sich da auf dem platten Land rund um Hamburg zusammenbraut – und die Öffentlichkeit hat davon bisher kaum Notiz genommen: Seit Jahren schon lassen sich völkische Siedler in der Lüneburger Heide, dem Wendland, vor allem aber in Mecklenburg nieder. (...) Das Ziel ist die Herrschaft über die Dörfer. Die MOPO erklärt, wie gefährlich diese Menschen wirklich sind.« <sup>8</sup> > Hinweis

Mir wurde angst und bange. Kalter Schweiß legte sich auf meine Stirn. Schließlich hatte ich über Jahre in Lüneburg an der Universität Sicherheitsmanagement unterrichtet und dort in der Umgebung in mehreren Dörfern gewohnt. Ehrlich: Von den »völkischen Siedlern«, die Hamburg umzingeln, hatte ich noch nichts mitbekommen. Deshalb las ich gespannt weiter. Ich wollte unbedingt wissen, was da in den Dörfern um Lüneburg für brandgefährliche Menschen leben. In dem Artikel wurden die neuen Nazis detailliert beschrieben, etwa die weiblichen: »Frauen (...) tragen langes Haar und lange Röcke.« <sup>9</sup> > Hinweis Mir wurde jetzt wirklich übel, denn auch ich hatte in Lüneburg und Umgebung schon Frauen mit langen Haaren und langen Röcken gesehen. Das waren also wahrscheinlich Nazi-Frauen. Aus dem entsprechenden Artikel erfuhr ich, welche Berufe jene »völkischen Siedler« ausüben, die nun planmäßig Hamburg umzingeln: Sie sind »Kunsthändler, Erzieher, Hebammen oder Gärtner«. <sup>10</sup> > Hinweis Andere wiederum tarnen sich skrupellos als Bauern, gern auch als »Biobauern«. Weitere leben als Handwerker, wie es in dem Bericht hieß: »Zimmerleute, Maurer und Elektriker gleicher Gesinnung halten kostengünstig Haus und Hof instand.« <sup>11</sup> > Hinweis Nun hatte ich in der Umgebung von Lüneburg auch schon bei Biobauern und Kunsthändlern eingekauft, kenne dort auch Hebammen und Gärtner. Die erschienen mir eigentlich ganz normal. Doch die Hamburger MOPO wusste zu berichten, dass das mitunter alles nur Tarnung sei. Denn sie »gehen konspirativ vor, engagieren sich in Sportvereinen, Kirchen, Schützenvereinen und in der Elternvertretung an der Schule«. Und Anfang Mai treffen sie sich immer beim Maitanz. <sup>12</sup> > Hinweis In über 25 norddeutschen Dörfern soll es schon mehr als einen »Nazi-Siedler« geben. Das belegte eine zu dem Artikel veröffentlichte Karte der MOPO, die an die früheren Kriegsausgaben der *Deutschen Wochenschau* erinnerte. Sie sollte den angeblichen Vormarsch der braunen Horden auf Hamburg dokumentieren.



Frauen mit langen Haaren und langen Röcken sind demnach Nazi-Bräute. Vor allem, wenn sie sich daheim um Haus und Küche kümmern und auch noch zum Maitanz gehen. In dem Artikel nannte man das »Rollenbilder von vorgestern«. Im Internet erklärte MOPO-Chefreporter Olaf Wunder, der aussah, als sei er gerade nach einer durchzechten Nacht aus dem Bett gefallen, wie gefährlich die angeblichen Nazi-Siedler seien. Falls Sie also demnächst einmal Urlaub in der Umgebung von Lüneburg machen, im Wendland oder in Mecklenburg: Seien Sie vorsichtig! Vor allem, wenn Ihnen ein Biobauer mit dem Traktor entgegenkommt. Oder wenn Sie eine Frau mit langen Haaren und einem langen Rock sehen. Vielleicht handelt es sich bei diesen Personen ja um jene »völkischen Siedler«, die einen geheimen Plan haben und nach Angaben der MOPO Hamburg umzingeln wollen.

Nun sollte hier nicht der Eindruck entstehen, dass die Lage in Österreich anders ist. Im Gegenteil: Auch die anständigen Österreicher werden vom Deutungsadel der Volkserzieher inzwischen zu kleinen Nazi-Trotteln erklärt, dazu nachfolgend ein Beispiel. Lange Zeit galt die Bevorzugung regional erzeugter Nahrungsmittel als politisch wünschenswert: überprüfbare Qualität, umweltschonend (keine langen Flugtransporte) und keine Ausbeutung anderer Länder (weder Billiglöhne noch Zerstörung von Wäldern). Doch 2016 entdeckten Volkserzieher, dass der Trend zur Regionalität auch ein Trend zur Heimat sei und anfällig für Nazi-Ideologie mache, weshalb er rechtsextrem sei. Die ORF-Sendung *Steiermark heute* fand in investigativer Recherche endlich heraus, dass immer mehr junge Menschen ihr Gemüse selbst anbauen und auch beim Bauern um die Ecke einkaufen. Offenbar ist das ein ungeheuerlicher Skandal, der uns lange Zeit irgendwie verborgen blieb. Denn jene, die beim Biobauern kaufen und der Heimat verbunden sind, gelten dem ORF als nicht weltoffen und anfällig für Nazi-Ideologien. Wer lieber Äpfel aus der Steiermark anstelle exotischer Früchte erwirbt, hat laut ORF schließlich »kein offenes Weltbild« <sup>13</sup> > Hinweis . In dem Bericht des ORF, der Käufer von regionalen Produkten in die Nähe von Nazis rückte, wurden auch noch Menschen gezeigt, die Österreich-Fahnen schwenkten. Seitdem ich das alles mitbekommen habe, schlage ich den Mantelkragen hoch und setze eine dunkle Sonnenbrille auf, wenn ich beim regionalen Biobauern einkaufen gehe. Wahrscheinlich observiert den ja schon lange der Verfassungsschutz, weil Kunden wie ich »kein offenes Weltbild« haben. Und wahrscheinlich ist es bald so weit, dass regionale Produkte beim Bauern um die Ecke aus Gründen der Politischen Korrektheit nur noch unter dem Ladentisch gehandelt werden dürfen, damit die kleinen Adolfs und Evas weltoffener

aufwachsen und statt österreichischen nun neuseeländische Äpfel essen.

Nichts tut Journalisten unserer Leitmedien schließlich so gut wie das Gefühl, gegen rechts zu kämpfen. Denn dann steht man garantiert auf der richtigen Seite. Früher hieß es, Deutschland sei das Volk der Kleingärtner, Vereinsmeier und Besserwisser. Heute sind die Deutschen das Volk der Antifaschisten. Es gibt Aktionen wie »Kein Bier für Nazis« oder »Kein Sex mit Nazis«. <sup>14</sup> > Hinweis In Deutschland existieren heute mehr Aktionsgruppen gegen Nazis als Schützenvereine. Diese ganze antifaschistische Bewegung ist nicht zufällig entstanden. Überall kann man jetzt lesen, wie wichtig es ist, aufzustehen und Haltung zu zeigen gegen »rechts«. Wer nicht will, dass Nazis in Deutschland wieder salonfähig werden, der darf nicht länger schweigen. Unsere Leitmedien propagieren das so.

Sie geben uns heute auch ganz offen vor, welche Bücher besser aus den Regalen verbannt und keinesfalls mehr in Buchhandlungen verkauft werden sollten – beispielsweise von mir verfasste Werke und alle anderen Titel aus meinem Verlag, dem Kopp Verlag. So forderte die Antifa im Oktober 2016 von der Buchhandelskette Thalia, den Verkauf meiner Bücher einzustellen. <sup>15</sup> > Hinweis Zeitgleich hatte auch die linke Berliner Tageszeitung *taz* gegen meine Bücher gehetzt. <sup>16</sup> > Hinweis

Was dann dabei herauskommt, wenn solche Zensur wieder salonfähig wird, hat der Berliner Rechtsanwalt Ansgar Neuhof in Hinblick auf eine der vielen Aktionsgruppen gegen rechts am Beispiel der auch vom Bundesjustizministerium geförderten Zensur in unseren Medien wie folgt zusammengefasst:

»Max Kahane war ein überzeugter Kommunist. KPD-Mitglied, Mitbegründer des (späteren DDR-)Nachrichtendienstes ADN, Journalist und Chefkomentator beim *Neuen Deutschland*, dem staatlichen Propagandablatt der DDR, das gegen die Bundesrepublik und ihre freiheitliche, marktwirtschaftliche Ordnung hetzte und den Verbrecherstaat DDR verherrlichte. Sogar die Zeitung *Neues Deutschland* selbst (ja, sie existiert immer noch) schrieb – bei aller Relativierung im Übrigen – im April 2016 zum 70-jährigen Bestehen über die eigene Vergangenheit: ›In dieser Zeitung haben furchtbare Dinge gestanden, wurden Linke diffamiert, Menschen verächtlich gemacht, denen der real existierende Sozialismus keine Hoffnung mehr war. Es wurde gelogen. Es wurden reale Zustände und Zusammenhänge vernebelt.« Nun ja, es wurden nicht nur Linke

diffamiert. Aber in der Tat: Furchtbare Dinge hat die Zeitung verbreitet. Und Max Kahane hat dabei mitgemacht. Seine Tochter Anetta Kahane führt die ›furchtbare‹ Propagandaarbeit über die von ihr 1998 gegründete, als gemeinnützig anerkannte Amadeu-Antonio-Stiftung fort, deren Vorstandsvorsitzende sie ist. Gelernt hat sie dies womöglich bei der DDR-Staatssicherheit, der sie sich gegenüber über viele Jahre als Spitzel verpflichtet hatte. Eine Schule fürs Leben. Ein bewährtes Mittel der Stasi zur Zersetzung war, Menschen mit rechtsextremen Kreisen in Verbindung zu bringen. Dieses Mittel lässt sich auch heute nutzen. Über ihre Stiftung kann Frau Kahane jetzt Andersdenkende diffamieren und an den Pranger stellen. Da werden Listen über Personen mit aus Sicht der Stiftung falscher politischer Einstellung geführt und diese in die (rechts-)kriminelle Ecke gestellt (siehe das Projekt ›Neue Rechte‹-Wiki), auf Regierungsgeheiß mit Facebook eine sogenannte ›Initiative für Zivilcourage online‹ zur Bekämpfung unliebsamer Meinungen im Internet betrieben oder kürzlich mit ausdrücklich genannter Unterstützung des Bundesfamilienministeriums in einem Leitfaden über Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien konkrete Personen namentlich verunglimpft (...). Allgemeiner Unterstützung kann sich Frau Kahane bei ihrem Tun sicher sein. Im Stiftungsrat sitzen Vertreter aus den Reihen des Rundfunk Berlin-Brandenburg und der Wochenzeitung *Die Zeit*, es besteht eine Kooperation mit dem *Stern*, und die SPD-Fraktion des Bundestags hat der Stiftung einen Bundestags-Hausausweis für Lobbyvertreter ausgestellt. Frau Kahane ist das, was ihr Vater in der DDR war: ein mit den Mächtigen vernetzter, ideologisch verhärmter Überzeugungstäter. (...) Finanziell jedenfalls hat sich ihre Vor-Wende-›Ausbildung‹ in der DDR für Frau Kahane außerordentlich gelohnt. Denn ihre Agitationstätigkeit kann sie mit weitreichenden Steuermitteln betreiben.«<sup>17</sup> › Hinweis

Der deutsche Bundesjustizminister Heiko Maas fördert die Zensuranstrengungen der Anetta Kahane. Die Ex-Stasi-Frau leitet heute das Meinungsfreiheitsschutzkommando unserer geliebten Führerin. Was sie abschaffen will? Zitat Kahane: »Alles sagen zu können, einfach alles.«<sup>18</sup> › Hinweis Nach Auffassung der Fachfrau für parentiefe Sprachhygiene muss in Deutschland aus Gründen des Meinungsfreiheitsschutzes wieder viel mehr zensiert werden. Das sagt eine ganze Menge über den Zustand dieses Landes aus. Es gab einmal eine Zeit, da wurde in Deutschland »entartete« Kunst verboten und vernichtet. Heute sichtet man im gleichen Land »entartetes« Denken sowie »entartete« Menschen. Denn in diesem Deutschland werden

jetzt schon in den Kindergärten kleine Adolfs und Evas gesichtet.

## Hilfe, ist mein Baby »rechtspopulistisch«?

Die bösen Rechtsextremisten lauern heute nach Auffassung unserer Leitmedien wirklich überall. Schon im Bauch ihrer Mutter werden sie auf rechte Tugenden geprägt: etwa Gehorsam. Die nachfolgenden Absätze sind keine Satire. Sie wurden inhaltlich tatsächlich so im Februar 2016 in der Apotheken-Zeitschrift *Baby und Familie* veröffentlicht. Eine Kopie des Heftes mit dem darin abgedruckten Artikel einer Julia Jung liegt dem Autor vor. Vertuschen hilft also nicht mehr.

In *Baby und Familie* erwarten die Leser normalerweise Artikelchen über den »Lifestyle« von Eltern und deren Kindern, gespickt mit gezielt eingestreuten Werbeseiten für Mittelchen, die man in den Apotheken kaufen kann. Das war wohl früher einmal so. Eher zufällig bekam ich ein solches Heftchen in die Hände und entdeckte dort in der Februar-Ausgabe 2016 einen langen Bericht über die »Gefahr von rechts«. Redakteurin Julia Jung, Mutter der kleinen Paula Luise <sup>19</sup> [> Hinweis](#), ist normalerweise spezialisiert auf Artikel über Schwarze Löcher in der Wohnung (»Wohin verschwinden Socken, Puzzleteile und Ohringe?« <sup>20</sup> [> Hinweis](#)) und hat auch schon über einen Besuch im Baumarkt berichtet (»In Heimwerkerkursen lernen Frauen bohren, schleifen, Dinge reparieren« <sup>21</sup> [> Hinweis](#)). Julia Jung schreibt auch über Make-up-Pannen. <sup>22</sup> [> Hinweis](#) Sie beantwortet Fragen wie: Was macht man als Frau, wenn das Puder fleckig aussieht? Oder der Lidschatten nicht richtig haftet? Das ist die bunte kleine Welt der Journalistin Julia Jung.

Dann aber lese ich von ihr den Artikel über »rechte Eltern« und die »Gefahr von rechts«. Julia Jung zitiert in dem Heftchen, das immerhin eine Auflage von mehr als 700000 Exemplaren hat, die Berliner Sozialarbeiterin Eva Prausner mit Aussagen zu der Frage, woran man die Kinder von Rechtsextremen erkennt. Bei Mädchen sind das beispielsweise »akkurat geflochtene Zöpfe und lange Röcke« <sup>23</sup> [> Hinweis](#). Autorin Julia Jung schreibt das völlig unkritisch auf. Offenkundig weiß sie nicht, dass ihr Heftchen *Baby und Familie* erst wenige Monate zuvor eine Anleitung zum Thema Zöpfe abgedruckt hatte. Da hieß es unter dem Titel »Flechtfrisuren: So gelingt der Zopf«: »Spießig? Von wegen! Flechtfrisuren sind wieder stark im

Kommen. Hairstylisten Ann-Kathrin Gerbermann zeigt, wie es geht.«<sup>24</sup>

> Hinweis Unsere Julia Jung will ihren Lesern wahrscheinlich sagen, dass *Baby und Familie* insgeheim rechtsextreme Eltern durch Zopf-Flechtanleitungen unterstützt. So interpretiere ich jedenfalls ihren Artikel über rechtsextreme Mädchen mit »akkurat geflochtenen Zöpfen«.

Das Apothekenheftchen beglückt uns im Artikel der Julia Jung mit dem Satz: »Kinder rechter Eltern sind nicht unbedingt anders als Kinder anderer Eltern. Sie fallen manchmal erst nach längerer Zeit auf, zum Beispiel, weil sie sehr still oder sehr gehorsam sind.« Falls Sie, lieber Leser, also ein Kind haben, das Ihnen nicht regelmäßig widerspricht und auch eher zurückhaltend und still ist, dann könnte da gerade ein kleines rechtsextremes Monster heranreifen. Der Artikel ist illustriert mit Frauen und Mädchen mit blonden Zöpfen. Julia Jung warnt uns unter Berufung auf andere vor blonden Mädchen mit Röcken<sup>25</sup> > Hinweis und vor Kindern, die »keine amerikanischen Schriftzüge auf ihrer Kleidung« tragen.

Wenn ich Artikel wie jenen aus dem Apothekenheftchen *Baby und Familie* lese, in denen uns suggeriert werden soll, dass auf Spielplätzen und in Kindergärten immer mehr verkappte kleine getarnte Adolfs und Evas herumlaufen, dann erkenne ich, wie gleichgeschaltet unsere Medien heute agieren. Die übelste Propaganda und Desinformation wird eben überall abgedruckt. Die Konsequenz: Ich kaufe jetzt nichts mehr in Apotheken, die solche Heftchen ausliegen haben. Ich bestelle meine Medikamente stattdessen lieber im Internet, bis diese widerliche Propaganda verschwindet, denn ich will sie mit meinen Einkäufen nicht länger mitfinanzieren.

Ich bin gespannt darauf, was aus *Baby-und-Familie* – Redakteurin Julia Jung werden wird. Ich wäre nicht überrascht, wenn sie eines Tages als Regierungssprecherin der Blockparteien in einem staatlichen Propagandasender landet. Die Qualifikation dafür hat sie ja schon unter Beweis gestellt. Und solches Denken wird staatlicherseits alimentiert, gefördert – und gefordert. Die deutschen Steuerzahler finanzieren ja auch Aufklärungsheftchen für Kindertagesstätten, die beispielsweise unter dem Titel *Handreichung für Kindertagesstätten im Umgang mit Rechtsextremismus* daherkommen.<sup>26</sup> > Hinweis Produziert wird so etwas übrigens wieder unter tatkräftiger Mitwirkung von Anetta Kahane, die wir gerade erst am Ende des vorangegangenen Abschnitts als verlängerten Arm der Zensurbemühungen des deutschen Bundesjustizministers vorgestellt haben.

Solche verqueren Schriften lesen sich wie die Anleitung zur Zerstörung jeglicher Zusammenarbeit in der Gesellschaft. Da werden Kindergärtnerinnen zu Vorurteilen gegenüber ganz normalen Müttern erzogen, heißt es doch beispielsweise zur Frage, wie man rechtsextreme Eltern erkennt:

»Frage: In welcher Form unterwanderten die rechtsextremen Eltern den Alltag der Einrichtung?

Antwort: Ich weiß gar nicht, ob ich dazu Unterwanderung sagen kann. Die sind eben sehr engagiert und bemühen sich sehr darum, bei uns alles mitzumachen. Zu Weihnachten machen wir immer einen kleinen Basar. Die rechtsextreme Mutter will da ganz viel mitmachen. Auch in den Elternversammlungen ist die Frau immer da und fragt auch ganz viel. Sie hat auch angeboten, auf Ausflüge mitzukommen.«

Und an anderer Stelle heißt es:

»Frage: Wie haben Sie erkannt, dass Sie Kinder von rechtsextremen Eltern in Ihrer Einrichtung betreuen?

Antwort: Ich habe es erst gar nicht bemerkt. Da ich noch nicht lange in der Region lebe, kenne ich oftmals die Hintergründe der Eltern nicht. Kolleginnen haben in der Dienstbesprechung erzählt, dass wir es wohl mit rechten Eltern zu tun haben. Einordnen konnte ich das aber immer noch nicht richtig. Ich habe auch meistens nur die Mutter der Kinder gesehen. Wir haben dann eine Weiterbildung gemacht über den Träger unserer Einrichtung, da ging es um Rechtsextremismus. Da war ich sehr erschrocken. Auf einmal haben wir die Mutter und den Vater mit anderen Augen gesehen. Autokennzeichen und Kleidung konnte ich dann einordnen.«

Halten wir also fest: Engagierte Mütter, die einen Basar organisieren, zu Ausflügen mitkommen, bei Elternversammlungen erscheinen und ansonsten völlig unauffällig erscheinen, sind rechtsextrem. Und wenn man Seminare absolviert, dann kann man sie auch anhand ihrer Kleidung identifizieren. Ich ahne es: Die Mütter tragen sicher manchmal Zöpfe und lange Röcke.

Wer dieses Denken verinnerlicht hat, der sieht überall böse deutsche Rechtsextremisten. Etwa in Herne. Dort wurde ein Schüler der Hauptschule am Hölkeskampring vom Unterricht ausgeschlossen. Er war mit einer Frisur zum Unterricht erschienen, die eine »rechtsradikale Grundhaltung« symbolisiere, hieß es in einem Ordnungsschreiben der Schulleitung. <sup>27</sup>

**> Hinweis** Die regional erscheinende WAZ (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung*) schrieb dazu:

»Der Linksscheitel sei ein Abbild einer ›Person des Dritten Reiches‹. ›Es ist eine verbotene Symbolik. Sie widerspricht der Verfassung‹, sagte die Rektorin Claudia Aldibas-Könneke der WAZ.«<sup>28</sup> **> Hinweis**

Die Posse einiger Volkserzieher wurde endgültig zur Farce, als sich herausstellte, dass auf dem Foto, mit dem die WAZ ihren Artikel illustriert hatte, der »rechte Schüler« von sich aus gesehen den Scheitel auf der linken Seite trug. Adolf Hitler aber trug in auf der anderen Seite. Der auf der falschen Seite gezogene Scheitel als richtiges rechtsradikales Symbol? Bleibt nur noch anzumerken, dass der betroffene Schüler politisch links eingestellt ist, die Antifa unterstützt und mit rechten Gruppen nichts zu tun hat. Aber die Volkserzieher lauern eben überall und sind mit ihrem Urteil sofort zur Stelle.

Wer dieses Denken verinnerlicht hat, der dreht voll durch. Und der bringt auch schon mal eine ganze Stadt und die deutsche Polizei in Verruf. Hauptsache die Propaganda trichtert den Massen mit dem Vorschlaghammer ein, dass Ausländer gut und Deutsche böse sind. Wie in einer kleinen ostwestfälischen Stadt, in der man an nichts Böses dachte. Bis eine multikulturelle Reporterin des WDR auftauchte.

## **Warburg: Eine westfälische Kleinstadt wird zum Symbol für Lügenmedien**

Erich Rettinghaus ist der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in Nordrhein-Westfalen. Wir kennen uns seit vielen Jahren. Im Oktober 2016 hatte ich ihn gefragt, was ihm als Erstes einfalle, wenn er den Begriff »Lügenmedien« höre. Auf die Antwort brauchte ich nicht lange zu warten. »Der Fall in Ostwestfalen«, sagte Rettinghaus. Ich ahnte, was er meinte. Der Polizist Rettinghaus ist heute noch geschockt, wenn er daran denkt, was unsere Leitmedien in der Öffentlichkeit aus einem Polizeieinsatz gemacht haben, bei dem deutsche Polizisten von Ausländern angegriffen wurden.

Glaubt man unseren Systemmedien, dann hatten tumbe deutsche Polizisten im ostwestfälischen Warburg 2016 völlig grundlos eine arme syrische Flüchtlingsfamilie angegriffen. Ganz Deutschland war entsetzt: Politiker empörten sich, und die Staatsanwaltschaft ermittelte. Nur die Wahrheit schien

niemanden zu interessieren.

Im Frühjahr 2016 übertrafen sich deutsche Leitmedien mit Lügengeschichten, bei denen der Lügenbaron von Münchhausen vor Neid erblasst wäre. Erst beglückte uns die *Bild* – Zeitung aus Erfurt mit einem Fund besonderer Art vor einem Asylbewerberheim. Der Artikel trug die Überschrift: »Selbst gebauter Sprengsatz mit Hakenkreuz: Nazi-Bombe vor Asylheim explodiert!« Angeblich wurde eine Rohrbombe vor einem Flüchtlingsheim gezündet. Es war eine Geschichte aus der sonderbaren Welt des Lügenblattes. Denn wenige Tage später stellte das Landeskriminalamt klar: Gefunden wurde am Asylbewerberheim keine Rohrbombe, sondern eine Wasserpfeife mit Haschischresten. Und diese war auch nicht »explodiert«.

Der nächste »Knaller« unserer Leitmedien ließ nicht lange auf sich warten: Im ostwestfälischen Warburg, das im Jahre 1010 erstmals urkundlich erwähnt wurde und wie das mittelfränkische Rothenburg ob der Tauber für seine intakte mittelalterliche Altstadt weltbekannt ist, hatten böse Polizisten syrische Flüchtlinge geschlagen. Ich muss hier anmerken: Ich bin in der 24000 Einwohner zählenden Stadt Warburg zur Schule gegangen, in ein ehemaliges Dominikanerkloster. Ich kenne jeden Winkel dort, auch viele der Polizisten, die an der Landfurt gegenüber dem Wiesenberg und in der Nähe des früheren Dominikanerklosters ihre Wache haben.

Ich habe in jenen Wochen mehrfach die Asylbewerberheime in der Umgebung von Warburg besucht. Manch einer, so meine subjektive Erfahrung, der sich dort als »syrischer Flüchtling« ausgab, sprach nicht einmal Arabisch (ich habe die Sprache gelernt und kann das ganz sicher beurteilen). Das alles vorweg. Ich will damit sagen: Ich schreibe hier nicht über etwas, von dem ich keine Ahnung habe.

Nun berichteten also fast alle Leitmedien, Warburger Polizisten hätten in einer Aufnahmeeinrichtung eine syrische Flüchtlingsfamilie geschlagen. Im WDR hieß es dazu beispielsweise: <sup>29</sup> › Hinweis

»Nach Recherchen von *Westpol*, *Die Story* und *Monitor* ist es bei einem Polizeieinsatz am 9. März 2016 in einer kommunalen Flüchtlingsunterkunft in Warburg (Kreis Höxter) zu verbalen und körperlichen Übergriffen durch die Polizei gekommen. Eine Syrerin, alleinerziehende Mutter von drei Kindern, sollte zwangsweise in eine andere Unterkunft gebracht werden. Dem WDR liegt dazu Videomaterial vor. Darauf ist zu sehen, dass ein Polizist der syrischen Flüchtlingsfrau mit den Worten droht: ›Wenn sie



nicht mitkommt, leg ich sie in Ketten und zerre sie raus. Ist mir scheißegal. Ich habe keine Zeit und keine Lust. Ich bin auch nicht ihr Freund (...), ist mir auch scheißegal, ob da ein Kind ist, das packe ich auch in Ketten.« Kurz darauf wird die Familie mit Zwang in den Polizeiwagen gezerrt. Auf dem Videomaterial ist zu sehen, dass ein Polizeibeamter den zwölfjährigen Sohn festhält und ein anderer die Mutter zu Boden stößt. Die Vorfälle während des Polizeieinsatzes bestätigen mehrere Augenzeugen gegenüber dem WDR.«

Vom *Spiegel* <sup>30</sup> [> Hinweis](#) bis zur *Neuen Osnabrücker Zeitung* <sup>31</sup> [> Hinweis](#) mochte sich kein politisch korrekter Auftragschreiber die vermeintlich sensationelle Geschichte entgehen lassen. Der NRW-Innenminister nutzte die mediale Kulisse, um sich sofort empört über seine Polizisten zu zeigen. <sup>32</sup>

[> Hinweis](#) Die Staatsanwaltschaft nahm ein Ermittlungsverfahren auf. <sup>33</sup>

[> Hinweis](#) Natürlich gegen die Polizisten.

Weltweit sorgte Warburg so für negative Schlagzeilen. Schließlich hatten dort »Flüchtlinge« sogar mit Handyaufnahmen dokumentiert, wie Warburger Polizisten der Geduldsfaden riss. Man glaubte zu wissen, was passiert war. Denn auch *Bild* hatte uns ja berichtet, was angeblich in Warburg geschehen war. <sup>34</sup> [> Hinweis](#)

Die Hintergründe und die Wahrheit schienen die Medien nicht zu interessieren. Was also war eigentlich geschehen? Eine ehrenamtliche Flüchtlingshelferin aus Warburg hatte sich kurz nach dem Medienrummel mit einem Brief zu Wort gemeldet, über den nur eine Lokalzeitung berichtete. In der *Neuen Westfälischen* hieß es: <sup>35</sup> [> Hinweis](#)

»Eine ehrenamtliche Helferin in der Warburger Asylbewerberunterkunft hat in einem Brief an die *Neue Westfälische* die Einsatzbeamten der Polizei in Schutz genommen. Die sehen sich seit Freitag dem Vorwurf von körperlichen Übergriffen gegen Flüchtlinge ausgesetzt. Die Helferin schildert dagegen, dass die Frau aus Syrien mit ihren Kindern in »ein eigenes Haus« umziehen wollte. Um dies zu erreichen, habe sie andere Bewohner der Warburger Zentralunterkunft des Missbrauchs beschuldigt. Die Frau war vor knapp zwei Wochen der Stadt Warburg zugewiesen worden. Vom ersten Tag an habe sie massiv Unruhe in der Unterkunft gestiftet. Die Verlegung in eine andere Warburger Unterkunft sei ihr seit einer Woche bekannt gewesen. Als nun die Polizei kam, habe die Mutter ihre Kinder aufgefordert, sich mit Bissen und Tritten zur Wehr zu setzen,

und habe auch selbst zugebissen. Die Frau sei alles andere als eine liebevolle Mutter. ›Sie schlägt regelmäßig ihre Kinder‹, sagte die Flüchtlingsbetreuerin.«

Eine syrische Frau, die demnach »ein eigenes Haus fordert«, andere wahrheitswidrig einer Straftat (sexueller Missbrauch) bezichtigt, ihre Kinder dazu anleitet, Beamte zu beißen und zu treten, und die ihre Kinder auch regelmäßig schlagen soll – die wird zur Heldin unserer Leitmedien? Im Mekka Deutschland machen wir heute aus Tätern Opfer – und umgekehrt.

Unsere Medien basteln sich verlogene Überschriften wie »Selbst gebauter Sprengsatz mit Hakenkreuz: Nazi-Bombe vor Asylheim explodiert!« zusammen, auch wenn die »Bombe« nur eine Wasserpfeife war. Und sie machen Warburger Polizisten zu skrupellosen und brutalen Flüchtlingshassern.

Die SPD forderte dann erst einmal einen Untersuchungsausschuss. Zudem sollte die Willkommenskultur weiter gestärkt werden. Das Ansehen der 1000 Jahre alten Hansestadt Warburg interessierte die Lügenmedien nicht. Und die Polizisten? Die bekamen erst von den Medien und dann auch noch vom Innenminister einen Tritt. Mal ehrlich: Haben unsere Polizisten das verdient? Eine syrische Mutter leitet ihre Kinder dazu an, Beamte zu treten und zu beißen – und unsere Medien stürzen sich auf die Polizisten. Geht's noch?

Als einer der Ersten hatte ich noch im März 2016 die Wahrheit über den »Fall« aus Ostwestfalen berichtet. Tom Buhrow, ehemals *Tagesschau* – Reporter, *Tagesthemen* – Moderator und heute WDR-Intendant, steht seit der enttarnten Lügengeschichte des WDR unter Erklärungsdruck. Der Bürgermeister von Warburg, dessen Gemeinde übelste Erfahrungen mit dem WDR gemacht hat und weltweit für Aufsehen sorgte, wollte von Buhrow wissen, weshalb das WDR-Politmagazin *Westpol* so lügt. Schließlich wurden die wahren Hintergründe des Polizeieinsatzes den Zuschauern verschwiegen. Schon bei Ausstrahlung des Films gab es Hinweise darauf, dass nicht die Polizisten, sondern die angeblich so unschuldige syrische Familie sich strafbar gemacht hatte. WDR-*Westpol* machte aus einem behutsamen Einsatz gegen eine skrupellose Asylantenfamilie einen reißerischen Bericht, der die Stadt Warburg, den Bürgermeister, das Ordnungsamt und die Polizisten so darstellte, wie es wohl nur Lügenmedien können: als eine Abart skrupelloser Monster, die dem Pöbel im angeblich so braunen Osten Deutschlands in nichts nachstehen.

Der Warburger Bürgermeister Michael Stickeln ist im Gegensatz zu den WDR-Mitarbeitern ein besonnener Mensch, der sich erst ein Bild der Lage macht und dann den Mund aufmacht. Hetze und politische Propaganda sind nicht seine Welt. In einem offenen Brief an den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks machte sich Stickeln, was selten für ihn ist, Luft. Vor dem Hintergrund der verlogenen und einseitig vorverurteilenden WDR-Berichterstattung über den Polizeieinsatz in der zu seinem Amtsbereich gehörenden Dösseler Asylantenunterkunft forderte er vom WDR-Intendanten Tom Buhrow eine Erklärung und stellte viele unbequeme Fragen: <sup>36</sup> > Hinweis

»• Warum hat die Mitarbeiterin des WDR, Frau Najima El Moussaoui, die umfangreichen Informationen, die wir ihr in rd. drei Stunden Interviews insbesondere über das gemeinsam mit der Flüchtlingsinitiative, der Sozialarbeiterin und der Polizei erstellte Unterbringungskonzept gegeben haben, vollständig weggelassen?

• Warum reduziert sie mein unter Zeugen nahezu einstündig geführtes und vollständig gefilmtes Interview, in dem ich ihr mehrfach und sachlich in vollkommener Ruhe unsere Beweggründe für das neue Unterbringungskonzept erläuterte, lediglich auf meine Aussage, dass ich das mir erstmals im Interview während laufender Kamera, vielleicht nur ausschnittweise, vorgestellte Handy-Video nicht kommentieren möchte?

Dieses Verhalten meinerseits halte ich nachdrücklich für richtig, da ich mir ein Urteil in dieser spontanen Situation aufgrund fehlender umfangreicher und objektiver Informationen nicht bilden konnte.

• Warum suggeriert man im Bericht unterschwellig, dass ich in der vom Landrat des Kreises Höxter am Freitag, dem 18.03.2016, kurzfristig einberufenen Pressekonferenz ›lediglich‹ meinen allgemeinen Vertreter, Herrn I. Beigeordneten Braun, entsende, dass ich mich vor der Pressekonferenz ›drücken‹ wollte?

Tatsächlich hätte man in Erfahrung bringen können, dass ich auf einer Beerdigung eines Freundes der Familie in meinem Heimatort anwesend war.

• Nur einen Tag nach der WDR-Berichterstattung in der Sendung *Westpol* tauchen Pressartikel in der *Neuen Westfälischen Zeitung* auf, in der von einer ehrenamtlichen Warburger Flüchtlingshelferin berichtet wird. Die Aussage dieser freiwilligen Helferin lässt das Verhalten der o. g. syrischen Flüchtlingsfamilie in einem völlig neuen Licht erscheinen, der die WDR-

Berichterstattung gleichsam auf den Kopf stellt. Die Flüchtlingshelferin erklärt, dass die syrische Flüchtlingsmutter, die zusammen mit ihren Kindern erst seit einigen Wochen in Warburg weilt, in ein ›eigenes Haus‹ umziehen wollte und hierzu einen sexuellen Missbrauch in der Zentralunterkunft vorgetäuscht hat. Beim Eintreffen der Polizei habe die Mutter ihre Kinder aufgefordert, sich mit Tritten und Bissen gegen die Polizei zur Wehr zu setzen, und auch selbst zugebissen. Demnach hätten Augenzeugen berichtet, dass die Frau ihre eigenen Kinder regelmäßig schlägt.

Vor diesem neuen Hintergrund drängen sich Fragen auf: Wusste Frau El Moussaoui vom WDR von der Aussage der Warburger Flüchtlingshelferin, und, wenn ja, warum hat sie auch diese Information weggelassen? Muss hier gar befürchtet werden, dass dieser syrischen Flüchtlingsmutter mehr geglaubt wird als einer ehrenamtlichen Flüchtlingshelferin?

- Wenn Frau El Moussaoui von den Aussagen der freiwilligen Helferin keine Kenntnis hatte, wie ist es dann möglich, dass die Presse bereits nur einen Tag nach der WDR-Berichterstattung davon berichtet? Warum dieser Zeitdruck bei der Berichterstattung durch Frau El Moussaoui und diese zwangsläufig entstehende oberflächliche Recherchearbeit hier vor Ort?

- Wenn Frau El Moussaoui von der Aussage der Flüchtlingshelferin wusste, drängt sich hier nicht auch zwangsläufig die Frage auf, ob Frau El Moussaoui wirklich unabhängig von äußeren Einflüssen agiert?

- Ist es nicht so, dass alle Flüchtlinge – unabhängig von Herkunft und Asylstatus – in gleichem Maße zunächst als Asylsuchende anzusehen sind und die unterbringende Kommune selbstständig über den Ort und die Art und Weise der Unterbringung im Rahmen ihrer (begrenzten) Möglichkeiten bestimmen kann?

Sollte man nicht den Menschen, die sich ehren- wie hauptamtlich in dieser für unsere Gesellschaft so extrem herausfordernde Zeit für Flüchtlinge und ein friedvolles Zusammenleben vor Ort und in der Gesellschaft engagieren, zunächst einmal auch in den Medien zumindest unvoreingenommen, besser noch objektiv gegenüberstehen?

- Ist Frau El Moussaoui bewusst, welche Demotivierung und auch vorverurteilende Anfeindungen Polizeibeamte aufgrund einer solch undifferenzierten Berichterstattung erleiden müssen? Auf die persönlichen Anfeindungen, denen ich seit der Berichterstattung ausgesetzt bin, möchte

ich an dieser Stelle gar nicht ausführlicher eingehen. Ich denke, der einfache Hinweis auf die natürlich vorhandene Pressefreiheit dürfte dem Anspruch eines öffentlich-rechtlichen Senders nicht gerecht werden. Von diesem erwarte ich eine differenziert recherchierte Berichterstattung.«

So weit Auszüge aus dem offenen Brief des Warburger Bürgermeisters an den WDR-Intendanten. Eines wurde aus der Sicht Warburger Bürger klar: Beim WDR arbeiten möglicherweise auch jene gekauften Journalisten, die ich im gleichnamigen Bestseller enttarnt hatte. Und Deutschlands Lügenpresse war durch diese Lügengeschichte des WDR einmal wieder um ein Kapitel reicher geworden.

Die Lage sah aus dem Blickwinkel des Warburger Bürgermeisters jedenfalls so aus: WDR-Mitarbeiterin Najima El Moussaoui hatte Fakten weggelassen und unvollständig berichtet. Sie wollte beim Zuschauer ganz offenkundig eine ganz bestimmte Sichtweise entstehen lassen: gute Asylanten – böse deutsche Polizisten. Diesen Eindruck jedenfalls hatten auch viele von jenen Zuschauern, die den Beitrag damals gesehen hatten und die Fakten kennen. Man darf gespannt sein, was die Staatsanwaltschaft sagen wird. Sie hatte das Ermittlungsverfahren bis zur Abgabe dieses Buchmanuskriptes noch nicht abgeschlossen.

Ich persönlich verstehe nicht, warum die Staatsanwaltschaft nicht gegen WDR-Mitarbeiterin Najima El Moussaoui und ihren WDR-Arbeitgeber Tom Buhrow wegen des Vortäuschens einer Straftat (§ 145d StGB) ermittelt. Und wegen des Verdachts auf Volksverhetzung. Schließlich haben sie unwahr berichtet und dadurch die Wut auf angeblich böse Polizisten angestachelt. Aber in der Unrechtsrepublik Deutschland gibt es Rechtssicherheit ja schon lange nicht mehr. Da bestimmen unsere Eliten, gegen wen ermittelt werden darf – und gegen wen nicht. Schließlich sind deutsche Staatsanwälte (wie in einer afrikanischen Bananenrepublik) weisungsabhängig. Unsere Politiker können ihnen vorschreiben, wo sie wegschauen müssen. Das gibt es sonst wirklich nur noch in Bananenrepubliken.

Die Gesinnungsjournalistin Najima El Moussaoui ist unterdessen weiterhin aktiv. Ihre einseitige Berichterstattung über Polizisten in Warburg hat ihr offenkundig nicht geschadet. Najima El Moussaoui wirbt heute auf ihrer Homepage im Internet für sich mit den Worten, sie sei »kritisch« und »kreativ«. <sup>37</sup> > Hinweis Zudem ist sie, nach eigenen Angaben, käuflich, Zitat von ihrer Homepage: »Sie können mich für Podiumsdiskussionen, Workshops oder Abendveranstaltungen anfragen.« <sup>38</sup> > Hinweis Sie ist nach eigenen

Angaben Expertin für Gender-Themen und den Islam. <sup>39</sup> > Hinweis Auch wenn es um »antimuslimischen Rassismus« und um »Migrantinnenrechte« geht, ist sie nach eigenen Angaben voll in ihrem Element. <sup>40</sup> > Hinweis Die nach ihrer Propagandageschichte wohl nicht nur von Warburger Bürgern als Gesinnungsjournalistin wahrgenommene Mitbürgerin arbeitet nach eigenen Angaben für die ARD, das ZDF, die Deutsche Welle, n-tv und RTL. <sup>41</sup> > Hinweis Ist es da ein Wunder, dass viele Menschen solche Sender heute für »Lügenmedien« halten?

Sie haben jetzt in den ersten Abschnitten einen kleinen Einblick erhalten, welche Hetze und absurde Berichterstattung von unseren Leitmedien wie selbstverständlich publiziert werden darf. Das ist die eine Seite. Aber natürlich gibt es auch die andere: Dinge, die Sie um keinen Preis erfahren sollen. Wenden wir uns zwischendurch also einmal jenen Themen zu, die boykottiert werden müssen.

## Wenn die Wahrheit boykottiert wird

Für dieses Buch, das Sie gerade in Händen halten, darf im deutschsprachigen Raum nicht geworben werden. Es ist völlig egal, unter welchem Titel mein Verlag es bewerben würde. Auch wenn auf dem Umschlag nur ein blauer Himmel abgebildet worden wäre und dazu ganz neutral die Worte »Blauer Himmel« stünden – es dürfte in den größten deutschen Medien nicht beworben werden. Fast ausnahmslos haben die Medienhäuser beschlossen, dass es besser für Sie ist, wenn Sie meine Bücher nicht lesen. Deshalb darf mein Verleger nirgendwo mehr für meine Arbeit werben. Weder in der *ADAC Motorwelt* (Auflage mehr als 13 Millionen) noch in der *Bild* – Zeitung (Auflage etwa 1,8 Millionen), weder in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Auflage etwa 250000) noch im *Spiegel* (Auflage etwa 790000), weder in der *Süddeutschen Zeitung* (Auflage etwa 380000) noch im *Handelsblatt* (Auflage etwa 120000).

Und wehe, wenn der Verlag dennoch irgendwo Werbung schaltet: Vor wenigen Monaten lag dem Magazin *Geo* eine Werbebroschüre des Kopp Verlages bei. Beworben wurden darin Bücher über Naturheilkunde und gesundes Leben. Was dann folgte, belegt deutlich den Zustand von Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland: Das Blatt des Verlages Gruner + Jahr hat sich öffentlich für den »Fehler, den wir bedauern«, entschuldigt. Man

gelobte öffentlich, »in Zukunft keine Werbung des Kopp Verlages mehr zu verbreiten«.

Volkserzieher, die sich »Medienwächter« nennen, kritisierten nicht etwa das Einknicken von Gruner + Jahr. Nein, sie unterstützten die Boykottaktion auch noch mit vorverurteilenden Sätzen über meinen Verlag: »Der Verlag ist ein Sammelbecken für Verschwörungstheoretiker und ausgemusterte Medienfiguren mit wirren Thesen – in deren Publikationen auch (...) Zweifel an traditionellen Medien geschürt werden.«<sup>42</sup> > Hinweis Nicht einmal Plakatwände darf der Kopp Verlag heute noch anmieten.

All das wäre nicht der Erwähnung wert, wenn es sich um einen isolierten Einzelfall handeln würde. Das alles hat aber weder mit Büchern noch mit einem bestimmten Autor zu tun, sondern mit Hintergrundwissen, das den Bürgern auf vielen Gebieten verschwiegen werden soll.

Dahinter steckt ein perfides System. Von früh bis spät behandeln Politik und Medien uns Bürger wie unmündige Kinder. Sie bevormunden uns und entscheiden darüber, welche Informationen wir bekommen – und welche nicht. Das Wort »Information« stammt aus dem Lateinischen (*in formare*) und bedeutet übersetzt etwa »formen«. So wie früher die Kirchen das Weltbild der Bürger im Interesse der Eliten formten, so liefern heute die Leitmedien das Rüstzeug für den politisch-ideologischen Überbau der Gesellschaft. Sie vermitteln kollektive Grundüberzeugungen, die einer bestimmten Vorgabe der Eliten folgen. Alles, was dem System dabei gefährlich werden könnte, wird entweder tabuisiert oder in eine bestimmte, bösartig wirkende Ecke gestellt (etwa »rechtspopulistisch«). Zu den Tabus gehört es beispielsweise, die Herkunft von Straftätern zu benennen. Auch über den geringen Intelligenzquotienten bestimmter Gruppen von Asylbewerbern sollte man keinesfalls öffentlich sprechen.<sup>43</sup> > Hinweis

Diese Schweigespirale der Tabus zieht sich heute wie ein roter Faden durch unsere Leitmedien. Die Politik der Eliten soll schließlich von den Bürgern nur noch abgenickt werden. Nachdenkliche und kritische Menschen sind da vollkommen unerwünscht.

Kritik am Zusammenbruch der Inneren Sicherheit? Fehlanzeige. Kritik an der Euro-Rettungspolitik unserer austauschbaren Blockparteien und dem inzwischen wohl leider irgendwann unabwendbaren Zusammenbruch unseres Finanzsystems? Fehlanzeige. Kritik an der Energiewende? Fehlanzeige.

## So werden unerwünschte Meinungen wegzensiert

Es gibt viele Möglichkeiten, um politisch nicht korrekten Gruppen oder Personen das Leben zu erschweren. Bestimmte Menschen und Gruppen dürfen im Land der Meinungsfreiheit nicht für ihre Arbeit oder ihre Produkte werben (mehr dazu im Kapitel »Wenn die Wahrheit boykottiert wird«). Sie werden von Politik und Medien ganz offen zensiert, obwohl es doch angeblich in Deutschland keine Zensur gibt.

Medien, die die Meinungsfreiheit angeblich hochhalten, unterstützen diese Zensur. Dazu ein Beispiel. Mario Buchner, Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Oberbayern-Süd, richtete am 5. September 2016 schriftlich folgende Anfrage an eine bayerische Zeitung: »Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Römer, wir möchten eine Veranstaltung bewerben und hierzu eine Anzeige im *Isar-Loisachboten* schalten. (...) Bitte lassen Sie mir ein Angebot über verschiedene Größen der Annonce zukommen.« Verkaufsleiter Jan Römer von der Zeitungsgruppe *Münchner Merkur* antwortete ihm noch am gleichen Tag: »Sehr geehrter Herr Buchner, herzlichen Dank für Ihre Anfrage. Aus grundsätzlichen Überlegungen werden wir diesen Auftrag nicht annehmen.« Wenige Minuten später fragte der AfD-Politiker dann: »... würden Sie mir bitte den oder die Gründe mitteilen, warum Sie beziehungsweise der *Münchner Merkur* es ablehnen, dass die AfD eine Annonce im *Isar-Loisachboten* schaltet?« Eine Antwort bekam er nicht.

Mit anderen Worten: Medien unterstützen es einerseits, wenn unerwünschte Meinungen einfach verschwinden. Andererseits: Selbst Aufrufe zur Gewalt werden publiziert, wenn sie von Linken stammen. Radikale Meinungen sind also nur dann erwünscht, wenn sie nur von den »Richtigen« kommen. Der politisch links stehende Politagitor Jean Ziegler darf im Fernsehen in aller Ruhe öffentlich dazu aufrufen, »Spekulanten aufzuhängen«. <sup>44</sup> > Hinweis Für einen durchschnittlichen Deutschen, Österreicher oder Schweizer ist solch ein Aufruf Volksverhetzung und Aufstachelung zum Hass. Für unsere Leitmedien ist es »Meinungsfreiheit«. <sup>45</sup> > Hinweis Die einen Meinungen werden also zensiert, andere – auch radikale und extremistische – werden von unseren Medien unterstützt.

Es gab einmal eine Zeit, da waren unsere Medien Aufpasser – heute sind es Anpasser. Wo früher eine Vielfalt der Meinungen herrschte, kritisch berichtet



wurde und die Mächtigen immer neue Enthüllungen fürchteten, da gibt es heute nur noch einen beliebig austauschbaren Einheitsbrei. Selbst ernannte Volkserzieher helfen dabei, das Volk ruhig zu halten.

Hinter alledem steckt die geistige Bevormundung durch unsere Volkserzieher. Es gibt vieles, was Medien und auch die Politik gern vor den Bürgern geheim halten würden. Der deutsche Bundesinnenminister de Maizière ist wenigstens ehrlich. Er hat schon 2015 ganz offen erklärt, dass man den Bürgern nicht alles sagen dürfe, um die Menschen »nicht zu beunruhigen«. <sup>46</sup> > Hinweis

Nun möchte ich hier keinesfalls den irrigen Eindruck erwecken, dass dabei nur Politik und Medien den Ton angeben. Der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, dass auch Konzerne gewaltigen Einfluss auf die Berichterstattung und deren Umfeld nehmen. Denn wenn Konzerne bezahlte Werbeanzeigen schalten, dann erwarten sie von den Medienunternehmen ein »geeignetes Umfeld«. Die Organisation Werbungstreibende im Markenverband (OWM) ist der Werbeverband großer Konzerne. Dazu gehören etwa: Opel, die Allianz, Alpina Farben, Bacardi, Bahlsen, Bayer, Beiersdorf, Berentzen, Bitburger, BMW, Veltins, Bosch, Carglass, Coca-Cola, die Commerzbank, Continental Reifen, Danone, die Deutsche Bahn, die Deutsche Bank, die Deutsche Postbank, die Telekom, der Deutsche Sparkassenverband, Oetker, Ferrero, Gerolsteiner, Henkel, Hornbach, Ikea, Krombacher, die LBS, Lego, Mars, der Media Markt, Miele, Nestlé, Otto, Peugeot, Philips, Tchibo, Volkswagen, Wrigley und Wüstenrot – um nur einige wenige zu nennen. <sup>47</sup> > Hinweis Es ist also die geballte Markenmacht. Wer Anzeigen dieser Konzerne haben will, der muss ein Umfeld schaffen, das politisch korrekt ist. Die OWM fordert das so. Für unerwünschte Kommentare oder Beiträge ist da kein Platz. Die müssen verschwinden, sagten Repräsentanten der OWM in einem Interview, sonst zieht man die Werbung ab. <sup>48</sup> > Hinweis Das heißt im Klartext: Zensur.

Unsere Leitmedien formulieren auch vor diesem Hintergrund nur noch jene vorherrschende Einheitsmeinung, die keiner mehr öffentlich zu kritisieren wagt. Jeder, der von der Einheitsmeinung abweicht, wird öffentlich hingerichtet. Früher fanden Hinrichtungen auf dem Marktplatz statt, heute in den Medien. Journalisten der Leitmedien stecken also mit den Mächtigen unter einer Decke. Sie verschweigen den Menschen die Wahrheit, um das System der Eliten nicht zu gefährden. Dieses Selbstverständnis von Journalisten ist gefährlich, denn es ist nicht die Aufgabe von Journalismus,

den Regierenden den Job leichter zu machen. Aber bevor wir uns zu sehr auf Desinformation und Propaganda beschränken, befassen wir uns kurz noch mit einem Hauptziel unserer Leitmedien: möglichst viel möglichst teure Werbung zu schalten.

## ***Spiegel* und *Focus*: Synchronisation von Nachricht und Werbung**

Leitmedien behaupten gern, sie seien »neutral« und »unabhängig«, und selbstverständlich lassen sich die Redaktionen nicht »schmieren«. Vor allem nicht von Anzeigenkunden. In der Eigenwerbung liest sich das dann beispielsweise beim *Spiegel* so:

»Der *Spiegel* ist Deutschlands bedeutendstes und Europas auflagenstärkstes Nachrichtenmagazin. Er ist politisch unabhängig, niemandem – außer sich selbst und seinen Lesern – verpflichtet und steht keiner Partei oder wirtschaftlichen Gruppierung nahe.«<sup>49</sup> > Hinweis

Das klingt beruhigend. Der Käufer des Produktes *Spiegel* soll offenkundig das gute Gefühl haben, wahrhaftig unterrichtet zu werden. Zumindest ohne den Einfluss von Anzeigenkunden. Professor Lutz Hagen, Kommunikationswissenschaftler an der Technischen Universität Dresden, wird bei den zitierten Aussagen des *Spiegel* wohl eher ins Schmunzeln kommen. Zusammen mit zwei weiteren Wissenschaftlern hat er im Jahre 2014 in einem Fachmagazin Studienergebnisse über das Zusammenspiel von Anzeigenkunden, Redaktion und Werbeaufkommen bei *Spiegel* und *Focus* veröffentlicht. »Synchronisation von Werbung und Nachricht« lautet die Überschrift. Der Artikel hat es in sich.<sup>50</sup> > Hinweis In seiner Zusammenfassung heißt es:

»Die Interessen von Anzeigenkunden gelten zwar seit jeher als potenziell verzerrender Faktor der Berichterstattung von Medien, die sich durch Werbung finanzieren. Doch sind solche Einflüsse nur selten Gegenstand von systematischen Studien. Insbesondere mangelt es an fundierten Inhaltsanalysen. Im Rahmen der vorliegenden Studie wird erstmals untersucht, wie die Darstellung von Unternehmen in den beiden führenden deutschen politischen Wochenzeitschriften *Der Spiegel* und *Focus* mit dem Umfang von Inseraten zusammenhängt, die Unternehmen in diesen beiden

Medien schalten. Die Inhaltsanalyse erfasst alle Anzeigen aus dem Jahr 2011 und die gesamte Berichterstattung über ausgewählte Unternehmen im gleichen Zeitraum. Als zentrales Ergebnis zeigt sich, dass über Unternehmen sowohl im *Spiegel* als auch im *Focus* erstens häufiger, zweitens freundlicher, drittens mit mehr Produktnennungen berichtet wird, je mehr Anzeigen diese Unternehmen schalten.«

Das widerspricht aus meiner Sicht der oben zitierten Aussage des *Spiegel*, wonach man unabhängig sei und keiner wirtschaftlichen Gruppierung nahestehe.

Der Zusammenhang zwischen den Interessen von Anzeigenkunden und deren Einfluss auf die Berichterstattung ist bislang selten untersucht worden, denn der Nachweis ist schwierig. Bisher musste man sich darauf verlassen, dass Journalisten von Nachrichtenmagazinen behaupteten, sie seien »unabhängig«. Professor Lutz Hagen hat sich davon nicht beeindrucken lassen und detailliert analysiert. Sein Ergebnis lautet in Hinblick auf *Focus* und *Spiegel*:

»Die vorliegenden Befunde zeigen allerdings fast durchweg, dass redaktionelle Berichterstattung durch Anzeigenkunden beeinflusst wird. Darüber hinaus legen sie nahe, dass diese Einflüsse im Zeitverlauf zugenommen haben. Dies überrascht wenig in Zeiten einer zunehmenden Kommerzialisierung der Medien und sinkender Vertriebs Erlöse durch den Aufstieg des Internets mit seiner Free-Media-Kultur.«

Bereits vor dieser Studie war durch andere Untersuchungen klar geworden, dass es in deutschen Redaktionen üblich ist, zusätzliche redaktionelle Beiträge für Anzeigenkunden zu verfassen oder solche zu veröffentlichen, die gezielt über Produkte beziehungsweise Dienstleistungen von inserierenden Unternehmen berichten. Schon im Jahre 2005 hatten vier Fünftel von 260 befragten Redakteuren angegeben, dass bei ihrer Zeitung im redaktionellen Teil auf Interessen von Inserenten Rücksicht genommen werde. In einer Magisterarbeit kam dann 2006 erstmals der wissenschaftlich begründete Verdacht auf, dass der angeblich so unabhängige *Spiegel* Werbekunden mit Gefälligkeitsartikeln beglückt. <sup>51</sup> > Hinweis

Die Thesen der neuen wissenschaftlichen Studie lauteten deshalb in Hinblick auf *Spiegel* und *Focus*:

»• Je höher das Anzeigenaufkommen eines Unternehmens ist, desto mehr wird über das Unternehmen berichtet.

- Je höher das Anzeigenaufkommen des Werbekunden, desto besser wird das Unternehmen in der Berichterstattung dargestellt.

- Je höher das Anzeigenaufkommen des Werbekunden, desto öfter wird über dessen Produkte berichtet.

Bei allen zuvor genannten Hypothesen ist davon auszugehen, dass sie sich sowohl beim *Spiegel* als auch beim *Focus* nachweisen lassen.«

Das schon geschilderte Ergebnis ist schockierend. Für mich liegt nach der Lektüre dieser und weiterer Studien der Verdacht nahe, dass manche Redakteure von *Spiegel* und *Focus* offenkundig alles andere als journalistisch unabhängig sind. Ich selbst habe in meinem Bestseller *Gekaufte Journalisten* ausführlich dargestellt, wie ich für positive Berichterstattung geschmiert wurde. Und nun habe ich den Verdacht, dass es offenkundig bei den bekanntesten deutschen Nachrichtenmagazinen nicht anders ist. Wer *Spiegel* und *Focus* kauft, also Geld dafür bezahlt, der sollte nachdenken – und die Heftchen vielleicht künftig einfach im Regal liegen lassen.

Sowohl *Der Spiegel* als auch der *Focus* halten die Untersuchung für nicht aussagekräftig. Ein Sprecher des *Focus* erklärte auf Anfrage eines Marketingmagazins: »Redaktion und Anzeigenabteilung des *Focus* sind getrennt – organisatorisch, räumlich, personell. Und das waren sie auch vor vier Jahren, also im Untersuchungszeitraum der Studie.« Zu deren Inhalt wollte sich der Sprecher nicht weiter äußern. Beim *Spiegel* erklärte ein Verlagssprecher: »Die Studie enthält keine qualitative Aussage. Sie beschreibt lediglich quantitativ einen Zusammenhang zwischen Inserentenkunden und vermeintlich positiver Berichterstattung.«<sup>52</sup> > Hinweis

Ich selbst glaube nach der Lektüre der Studie an die Käuflichkeit deutscher Leitmedien. Diese Käuflichkeit hat auch der renommierte Berliner *Tagesspiegel* in unrühmlicher Art unter Beweis gestellt. »Agenda 2015 – Das Politik-Briefing für Deutschland« – unter diesem Motto stand eine vor allem finanziellen Interessen dienende Zusammenkunft von Politikern, Lobbyisten und Journalisten in Berlin. Der *Tagesspiegel* lieferte Lobbyverbänden mit der Konferenz laut LobbyControl eine Plattform<sup>53</sup> > Hinweis, über die sie gegen Bezahlung ihre Themen und Interessen gegenüber der Politik und den Redakteuren platzieren und wichtige Kontakte knüpfen konnten. Kaum zu glauben ist es, dass der *Tagesspiegel* die teilnehmenden Verbände dafür bezahlen ließ, dass diese ihre Themen den hauseigenen Journalisten präsentieren durften. Für 9600 Euro konnten die Verbände »Briefings« buchen.

Diese umfassten fünfminütige Vorträge mit anschließendem Feedback durch das »Hauptstadt-Politikentscheider-Panel«. So gab es neben vielen anderen etwa das Verteidigungsbriefing vom Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, das Auto-Briefing vom Verband der Automobilindustrie oder das Private-Equity-Briefing vom Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Und gegen Zahlung von 36000 Euro plus Mehrwertsteuer konnten Verbände bei den klammen Mitarbeitern des *Tagesspiegel* das »Paket Fachforum« erwerben.

Damit kauften sich die zahlenden Lobbyisten ein Diskussionsforum, das auf ihre Interessen ausgerichtet ist und von einem *Tagesspiegel* – Journalisten moderiert wird. Außerdem erhielten sie unter dem Titel »Politik-Briefing« eine halbe Anzeigenseite im *Tagesspiegel*. Genutzt hat diese Möglichkeit etwa der Verband der Chemischen Industrie zusammen mit der Wirtschaftsvereinigung Stahl, um das Fachforum »Grundstoffindustrie« durchzuführen. Moderiert wurde das Forum vom Geschäftsführenden *Tagesspiegel* – Redakteur Moritz Döbler. Da schließt sich der Kreis: Anzeigenabteilung, Redaktion und Industrie verschwimmen untrennbar miteinander. Der Bürger bekommt davon nichts mit und bezahlt Geld für die Produkte in der Annahme, wahrhaftig, neutral und unabhängig »informiert« zu werden. So hatte es ja auch die schon zitierte Studie des Kommunikationswissenschaftlers Professor Lutz Hagen herausgearbeitet. Das alles sind offenkundig keine »Einzelfälle«.

## **Die Süddeutsche Zeitung und die Schleichwerbung**

In jenen Monaten, als mein Sachbuch *Gekaufte Journalisten* Woche für Woche ganz vorn in den Bestsellerlisten stand, packten einige Mitarbeiter aus den Reihen der Leitmedien aus. Für die Verlagshäuser war das unangenehm. Man konnte sie nicht alle pauschal für »verrückt« erklären. Einer von denen, die den Mund nicht mehr hielten, heißt Sebastian Heiser. Der Mann war Redakteur im Ressort Sonderthemen der *Süddeutschen Zeitung* (SZ). Heiser hatte Erfahrungen aus seiner Zeit bei der SZ im Internet veröffentlicht. Die Vorwürfe könnten kaum schwerer sein, denn er beschrieb, wie dort konsequent Redaktion und Werbung miteinander vermischt worden seien, etwa auf Sonderthemen-Seiten. Sebastian Heiser führte aus:

»Das Ressort, in dem ich gelandet bin, ist komplett anders als das Wirtschaftsressort, für das ich zuvor geschrieben habe. Wir sind für Seiten zu bestimmten Themenschwerpunkten zuständig. Zehn Personen arbeiten hier, wir machen im Jahr 2007 im Schnitt 2,7 Seiten pro Erscheinungstag. Die Titel: Beruf und Karriere, Immobilien, Energie, Sommerkonzerte, Lernen, Russland, Wasser, Gesund leben, Opernfestspiele München, Reisen in Österreich, Mode, Kreuzfahrten, Winterreifen und so weiter.«<sup>54</sup>

> Hinweis

Der Mann, der der SZ Kopfzerbrechen bereiten sollte wie kaum ein anderer zuvor, fuhr fort:

»Auf unseren Seiten steht oben in großen Buchstaben das Thema, etwa ›Altersvorsorge‹, und darunter etwas kleiner ›Eine Sonderseite der *Süddeutschen Zeitung*‹. Meine Seiten erscheinen meistens im Wirtschaftsteil der Zeitung. Nach außen sieht dieser Teil aus, als ob er aus einem Guss wäre. Doch intern wird er von völlig unterschiedlichen Abteilungen gefüllt. (...) Inhaltlich handelt es sich bei den Texten um Journalismus-Imitate.«<sup>55</sup>

> Hinweis

Von außen gesehen seien sie leicht mit richtigem Journalismus zu verwechseln: Sie seien gut recherchiert, alle Fakten stimmten, auch stilistisch seien sie genauso geschrieben wie normale Artikel. Es gebe aber zwei entscheidende Unterschiede zu richtigem Journalismus, schrieb Sebastian Heiser:

»1. Themenauswahl nach Geld – In der Welt passiert viel mehr, als in eine Zeitung passt. Daher muss irgendwie ausgewählt werden, welche Themen überhaupt ins Blatt kommen und wie viel Platz sie dort bekommen. (...) Bei dem Journalismus-Imitat in meinem Ressort wird nicht nach Relevanz entschieden, sondern nach Geld. Rein kommen die Themen, für die Anzeigen geschaltet werden. Die Daumenregel: Für jede viertelseitige Anzeige (Kosten damals: rund 20000 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer) erscheint eine Seite über dieses Thema. So kommt es, dass in der *Süddeutschen Zeitung* recht viele Seiten erscheinen über die Zusatzausbildung für angehende Manager, Master of Business Administration (MBA). Es sind vorwiegend private Universitäten, die gegen hohe Studiengebühren diese Kurse anbieten. (...) Und dann gibt es noch Seiten wie ›Wein aus Österreich‹, auf denen gar keine Anzeigen erscheinen. Das Geld wird hier direkt von einem Zusammenschluss von Winzern als ›Druckkostenzuschuss‹ bezahlt, damit wir Artikel über das

Thema schreiben.«<sup>56</sup> > Hinweis

Sebastian Heiser hatte sich Journalismus völlig anders vorgestellt als das, was er bei der *Süddeutschen Zeitung* erlebte:

»Bei richtigem Journalismus haben die Journalisten eine kritische Grundhaltung. Sie wollen neben den Vorteilen und Chancen auch die Nachteile und Risiken darstellen. In meiner Sonderthemen-Redaktion gelten andere Regeln. Diese Regeln sind nicht ganz klar und nirgendwo genau festgeschrieben. Ich lerne sie erst nach und nach kennen.«<sup>57</sup>

> Hinweis

Kritische Passagen wurden ihm nach eigenen Angaben gestrichen. Und er musste sich Texte absegnen lassen, damit Anzeigenkunden keinesfalls verärgert waren. Unabhängig waren die Berichte jedenfalls nicht, er schrieb weiter:

»Eine unabhängige und umfassende Beratung kann man auf meinen Seiten jedenfalls nicht erwarten. Das Problem ist nur, dass die Leser das nicht wissen. Eines Tages ruft ein Leser an und beklagt sich über eine missverständliche Formulierung in einem Artikel. Er sagt: ›Der Wirtschaftsteil der *Süddeutschen* ist ja sonst immer so hervorragend, und die Leser halten sich auch dran, weil sie sich selber nicht so gut auskennen.« Am liebsten würde ich antworten: Seien Sie nicht so leichtgläubig! Aber natürlich kann ich ihm das nicht sagen. Und es würde wohl auch nicht viel bringen – immerhin hat die *Süddeutsche Zeitung* 1,5 Millionen Leser, und bis die alle bei mir angerufen haben und ich sie warnen kann ... Stattdessen bedanke ich mich schmallippig für das Lob und fühle mich kotzübel.«<sup>58</sup> > Hinweis

Sein Chef sagte später zu ihm, die *Süddeutsche Zeitung* sei »natürlich vom Anzeigenaufkommen abhängig, in einer gewissen Weise, was nicht heißt, dass wir nun nach deren Pfeife tanzen. Aber natürlich müssen wir uns immer arrangieren.« Das alles war brutal. Es war so brutal, dass Sebastian Heiser kündigte und sich einen neuen Job suchte. Und weil er jetzt Kenntnis über die Schleichwerbung in Leitmedien hatte, machte er eine verdeckte Recherche bei zehn Zeitungen und Magazinen. Er erkundete, ob Leitmedien sich kaufen lassen und man als Anzeigenkunde darüber bestimmen kann, wie berichtet wird. Heiser gründete eine fiktive Werbeagentur und trat unter falscher Identität an die bekanntesten Medienhäuser heran.

Das Ergebnis seiner Recherche beschrieb er wie folgt: »Am käuflichsten

waren die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, die *Frankfurter Rundschau*, *Die Zeit* und das *Neue Deutschland*.«<sup>59</sup> > Hinweis Die *Frankfurter Rundschau* teilte ihm mit, man sei »für alles offen«. Und sie war sogar dazu bereit, Anleitungen zur Steuerhinterziehung zu drucken – Hauptsache, es fließt Geld.

<sup>60</sup> > Hinweis Als Sebastian Heiser die *Frankfurter Rundschau* darüber aufklärte, dass er sie nur in Hinblick auf Schleichwerbung getestet habe und eine Stellungnahme zum auch rechtlich unerlaubten Verhalten abforderte – bekam er keine Antwort. Ganz anders bei der *Westdeutschen Zeitung*. Nachdem sie ertappt wurde, gelobte der sie herausgebende Verlag Besserung.

<sup>61</sup> > Hinweis

Sebastian Heiser wurde 2015 dabei erwischt, wie er in der Redaktion der Berliner Zeitung *taz* mehr als ein Dutzend Rechner mit einem Keylogger anzapfte und dort Tastatureingaben und Passwörter speicherte. Um der Strafverfolgung in Deutschland zu entgehen, setzte sich Heiser nach Asien ab. Was er (und ob überhaupt) bei der *taz* mit seiner insgesamt mehr als ein Jahr andauernden illegalen Aktion hatte aufdecken wollen, ist nicht klar.

Zur käuflichen *Frankfurter Rundschau* sei noch hinzugefügt, dass dort arbeitende Redakteure wie Hanning Voigts ausdrücklich im Internet schreiben: »Mich kann man buchen!«<sup>62</sup> > Hinweis Auf mich wirkt es unappetitlich, wenn ein FR-Redakteur auf seiner Homepage schreibt: »Gerne können Sie mich (...) als Moderator für Ihre Veranstaltung buchen.«<sup>63</sup>

> Hinweis Nun berichtet die *Frankfurter Rundschau* gern über Themen wie »Wie käuflich ist die Politik?«<sup>64</sup> > Hinweis Ich frage mich subjektiv allerdings eher: Wie käuflich sind Medien wie die *Frankfurter Rundschau*?

Diesen Eindruck bekommt man bei vielen deutschen Journalisten. Vor allem dann, wenn sie einerseits als Journalisten auftreten und andererseits auch noch bezahlte PR anbieten. Einer, der mit geschmierter PR-Berichterstattung als Journalist offenkundig keine ethischen Probleme hat, ist der frühere *Bild* – Mann Klaus Kelle. Der Branchendienst *kress report* berichtete über ihn: »Klaus Kelle macht sich mit Agentur selbstständig. Klaus Kelle, bisher stellvertretender Redaktionsleiter der *Bild* in Nordrhein-Westfalen, hat die Zeitung verlassen. Nach *kress* – Informationen hat er sich in Düsseldorf mit der Agentur Klaus Kelle Kommunikation selbstständig gemacht, die Strategieberatung für PR und Marketing anbietet und Medienunternehmen redaktionelle Auftragsproduktionen liefert.«<sup>65</sup>

> Hinweis



Ich muss dazu sagen, dass ich diesen Klaus Kelle früher mehrfach getroffen habe, und zwar bei Situationen, die mich mitunter an meine früheste Kindheit – an kindliche Ritterspiele – erinnerten. Denn bei unseren Treffen nahm Kelle dann manchmal ein großes Tuch, das mich eher an ein Bettlaken erinnerte, aus einem Köfferchen. Das warf er sich über den Rücken, verknüpfte es vor dem Hals und betrachtete sich dann als illustren Nachfahren der Tempelritter. Wie ich später erfuhr, gehörte Kelle tatsächlich einem merkwürdigen und obskuren Bund an, der sich autosuggestiv bei gemeinschaftlichen Ritualen einredet, Ritter zu sein – »Tempelritter«. Der Vatikan warnte schon 2012 offiziell vor solchen »Tempelrittern«, die aus katholischer Sicht seit Jahrhunderten aufgelöst sind.<sup>66</sup> > Hinweis Kelle trat dreist allerdings auch in den vergangenen Jahren noch als »Tempelritter« auf.<sup>67</sup> > Hinweis Und das nicht etwa zu Fasching. Das alles nur zwischendurch als eine persönliche Einschätzung.

Dieser umtriebige *Ex-Bild* – Mann und »Tempelritter« Klaus Kelle bietet mit seiner Kölner Agentur heute unter anderem folgende Dienstleistungen an: »Klassische Kommunikationsberatung für Unternehmen, Organisationen und Verbände; komplette Übernahme der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Unternehmen, Organisationen und Verbände; Ad-hoc-Unterstützung bei der Medienarbeit in Krisenfällen; Entwicklung neuer Zeitungs- und Zeitschriftenformate für Medienunternehmen; Internet-Campaigning; Übernahme redaktioneller Dienstleistungen jeder Art; politisches Networking.«<sup>68</sup> > Hinweis

Das alles ist für mich, subjektiv gesehen, die verschärfte Form journalistischer Käuflichkeit. Es scheint allerdings heute vor allem bei freiberuflichen Journalisten, die finanziell ums Überleben kämpfen, normal zu sein. Als das Netzwerk Recherche (unabhängig vom Fall des *Ex-Bild* – Mannes Klaus Kelle) der zunehmenden Vermischung von Journalismus und PR einmal etwas entgegensetzen wollte und in einem Ethikkodex verkündete: »Journalisten machen keine PR«, da ertete es einen Sturm der Entrüstung. Denn das freiberufliche Prekariat empörte sich, eine solche realitätsferne Forderung könnten sich nur finanziell abgesicherte Angestellte der öffentlich-rechtlichen Sender und der Leitmedien ausdenken.

## Im Fokus der Geheimdienste

Mitunter geht es nicht nur um Schleichwerbung. Manchmal entsteht auch ein ganz anderer Eindruck. Nämlich der, dass Journalisten oder Magazine im Gegenzug für Schmiergeldzahlungen die Augen fest zudrücken und nicht über Dinge schreiben, die die Öffentlichkeit brennend interessieren dürften. So war das angeblich bei einem im süddeutschen Raum ansässigen Nachrichtenmagazin. Hintergrund: Es gab im Jahre 2010 eine Affäre um den Handel mit sensiblem Geheimmaterial aus dem Bundeskriminalamt (BKA). Ein bundesweit bekannter investigativer Journalist eines Münchner Magazins soll 5000 Euro dafür verlangt haben, dass er einen geheimen BKA-Vermerk über einen V-Mann nicht veröffentliche. Der V-Mann, der das Geld an den Redakteur zahlen sollte, erstellte Strafanzeige. <sup>69</sup> > Hinweis Ich habe das Bundeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft München schriftlich um Mitteilung gebeten, wie das Strafverfahren ausgegangen ist. Schließlich betraf es das BKA, einen bekannten Journalisten und geheime Unterlagen – und das Verfahren war bei der Münchner Staatsanwaltschaft anhängig. Ich habe bis zum Redaktionsschluss für dieses Buch keine Antwort bekommen.

Parallel dazu habe ich frühere Kollegen um Hilfe bei der Klärung der Frage gebeten, ob es Belege dafür gibt, dass Redakteure großer deutscher Nachrichtenmagazine mit dem BND oder anderen Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten und mit diesen mitunter auch die Berichterstattung abstimmen. Es gibt solche Belege. Der brisanteste wurde vom Juristen Gerhard Schäfer verfasst. Der Mann war von 1989 bis 2002 Richter am Bundesgerichtshof. Er ist über jeden Zweifel erhaben. Im Jahre 2006 fertigte er als Sachverständiger für das Parlamentarische Kontrollgremium einen brisanten Fachbericht über den BND und Journalisten an.

Und nun wird es spannend. Denn vor allem auch der *Focus* rückte dort ins Visier. Wer den Bericht liest, der verliert leicht alle Illusionen über unabhängigen und neutralen Journalismus. *Focus* – Redakteur Josef Hufelschulte wurde demnach beim BND unter dem Tarnnamen »Jerez« als Informationsquelle geführt, er selbst will davon nichts gewusst haben. In 58 Fällen (überwiegend persönlichen, nur teilweise telefonischen Kontakten) gab es laut Ex-Bundesrichter Gerhard Schäfer allein mit diesem einen Journalisten BND-Gespräche. Und die Notizen von BND-Direktor Volker Foertsch über weitergegebene Informationen durch *Focus* – Redakteur Josef Hufelschulte sollen gar 219 Seiten umfasst haben.

Der BND hat nach Angaben des Schäfer-Berichts auch direkten Einfluss auf die Berichterstattung des *Focus* genommen. Dabei ging es vor allem

darum, dass brisante Informationen geheim blieben. Dazu ein Zitat aus dem Bericht des Ex-Bundesrichters Gerhard Schäfer: »Einem für den Präsidenten bestimmten Aktenvermerk (...) kann entnommen werden, dass Foertsch seine guten Beziehungen zu Hufelschulte nutzen konnte, dass die Position Freund-Feind-Erkennungsgerät IFF Parol aus dem Kampfhubschrauber MI-24 nicht veröffentlicht wird. Bemerkenswert an dieser Notiz ist, dass Hufelschulte hier mit seinem Klarnamen bezeichnet wird«, schreibt Schäfer über den Focus-Mann und den BND. Josef Hufelschulte ist weiter in Diensten des BND. Übrigens: Ex-Chefredakteur Helmut Markwort wusste laut Schäfer-Bericht von den BND-Kontakten. Der Focus und sein Redakteur Josef Hufelschulte haben eine andere Sichtweise und sehen nichts Verwerfliches in den geschilderten Beziehungen. Im Gegenteil: Man sieht sich eher als Opfer, weil der BND mitunter auch Hufelschulte und dessen Umfeld überwachte. Hufelschulte sagt zudem, er habe nichts davon gewusst, dass der BND ihn als Quelle geführt habe.

Aber so ist das, wenn man sich mit einem Geheimdienst einlässt. Am Ende bleibt der üble Verdacht, dass Nachrichtenmagazine wie der *Focus* nach Angaben von Wissenschaftlern nicht nur eine Nähe zu ihren großen Werbekunden aufweisen, sondern eben auch zum BND, und mit diesem in der Vergangenheit mitunter auch die Berichterstattung abgestimmt haben.

Manchmal gestehen Mitarbeiter von Nachrichtenmagazinen aber auch öffentlich ein, vorsätzlich für den BND gearbeitet zu haben. Das war beispielsweise beim früheren *Focus* – Mitarbeiter Erwin Decker der Fall. Der hatte sich mehrfach mit dem damaligen BND-Sicherheitschef getroffen und ihm Details über das Privatleben eines Redakteurs geliefert. Das bestätigte Decker, der beim BND unter dem Decknamen »Bosch« geführt wurde, dem Radiosender SWR1 Rheinland-Pfalz. <sup>70</sup> > Hinweis Decker, der auch für das *Handelsblatt*, die *Bild*, den *Tagesspiegel*, *Spiegel Online* und für die *Frankfurter Rundschau* berichtet, hat demnach aus reiner Rachsucht mit dem BND zusammengearbeitet: Er wollte sich an einem Kollegen rächen. Decker alias »Bosch« sagte nach eigenen Angaben zu BND-Mitarbeitern: »Passt auf, Leute, wir müssen mal eine andere Grundlage finden für unsere Zusammenarbeit. Jetzt bin ich mal am Drücker.« <sup>71</sup> > Hinweis Eine Zeitung berichtete später darüber, wie die Zusammenarbeit zwischen Decker und dem BND lief:

»Decker liefert den BND-Beamten vor Abdruck der Geschichten seine Rechercheergebnisse. Im Gegenzug habe der Dienst fehlende Details aus

seinen Akten zugesteuert. ›Das hätte ich selbst nie zusammengekriegt‹, sagt Decker. ›Die Geschichte haben die mir eigentlich erst fertiggemacht.‹ Von dem Geschäft profitieren beide Seiten: Decker bekommt Exklusiv-Storyst und die BNDler die Garantie, dass die Presse nicht mehr weiß als sie. Denn das könnte ja peinliche Fragen von der Amtsspitze nach sich ziehen. ›Von da an lief's‹, berichtet der *Ex-Focus* – Mann. ›Ich habe vom BND Material bekommen. Ich habe allerdings nie Unterlagen mitnehmen dürfen, ich durfte nur lesen, in Kneipen.‹ Zu etwa drei oder vier Geschichten pro Jahr habe der BND ihm auf diese Weise verholfen, berichtet Decker.« <sup>72</sup>

› Hinweis

Nach meinen persönlichen Erfahrungen mit dem BND und auch den hier beschriebenen Erkenntnissen sehe ich Leitmedien in Deutschland schon lange subjektiv als verlängerten Arm der Geheimdienste. Und wenn ich heute von angeblichen investigativen Enthüllungsgeschichten in *Spiegel*, *Focus*, *Stern* und anderen Magazinen höre, dann glaube ich zu ahnen, wie die »Informationen« zustande kamen. Ich stehe mit dieser Sichtweise nicht ganz allein. Auch WikiLeaks teilt diese Auffassung in Hinblick auf den *Focus*.

## Arbeitet der *Focus* im Auftrag des BND?

Die Enthüllungsplattform WikiLeaks dient dem Ziel, Zensur und Geheimhaltung zu umgehen. Dort wurden schon viele Dokumente zu PR-Strategien von Geheimdiensten, zur Korruption von Politikern und zu Spionageaktivitäten veröffentlicht. Daher sorgte es für Aufsehen, als der *Focus* am 23. September 2016 in einer Eigenmeldung berichtete:

›Der russische Geheimdienst nutzt nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Focus* die Enthüllungsplattform WikiLeaks gezielt für Desinformations- und Pressekampagnen in westlichen Ländern. Mit lancierten Berichten sollten NATO-Staaten diskreditiert und das Ansehen des Kreml erhöht werden, so *Focus* unter Berufung auf einen streng vertraulichen Regierungsbericht, den die Redaktion einsehen konnte. Die Whistleblower-Organisation sei seit Jahren von Moskaus Agententruppe unterwandert, heißt es in dem Berliner Regierungsdossier. Analytiker französischer und britischer Nachrichtendienste kämen zum selben Ergebnis.« <sup>73</sup>

› Hinweis

Einen Tag später nahm WikiLeaks zu den schweren Vorwürfen Stellung. Allerdings mit Aussagen, die man beim *Focus* wahrscheinlich so eher nicht erwartet hatte. Unter der Überschrift »Nachrichtenmagazin *Focus* arbeitet im Auftrag des BND« konterte WikiLeaks auf die Anschuldigungen. »Wenn der *Focus* – Artikel etwas enthüllt, dann die Tatsache, dass das Magazin noch immer genutzt wird, um geheimdienstliche Desinformationen zu streuen«, so WikiLeaks in einer Presseerklärung. In diesem Zusammenhang wies die Enthüllungsplattform auch darauf hin, dass es bereits im Jahre 2008 über 58 Treffen zwischen Agenten des deutschen Auslandsgeheimdienstes BND und hochrangigen *Focus* – Mitarbeitern gegeben hatte. Darüber hatte ich ja auch schon im vorangegangenen Abschnitt geschrieben.

WikiLeaks erinnerte zudem daran, dass das bundesdeutsche Nachrichtenmagazin zuvor auch den Whistleblower Edward Snowden, ohne Beweise vorzulegen, als »russischen Agenten« bezeichnet hatte. Abschließend forderte WikiLeaks den *Focus* auf, der Whistleblower-Plattform einen Bericht zukommen zu lassen, der die *Focus* – Vorwürfe faktisch belegen könnte. Ich habe einen solchen bis zum Redaktionsschluss dieses Buches nirgendwo finden können. Ist der *Focus* also tatsächlich eine Desinformations- und Propagandaplattform des BND?

Nun haben wir in den vorherigen Abschnitten einen ersten Einblick in die unschöne Welt vorsätzlich falscher Berichterstattung, in Schleichwerbung und die Kooperation mit Geheimdiensten bekommen. Zur Abrundung des Bildes fehlt jetzt eigentlich nur noch die Manipulation der Leserzahlen, also der Betrug am Kunden.

## So betrügen Verlage die Kunden

Im Jahre 2015 wurde in Deutschland der Mindestlohn eingeführt. Doch große Verlage – wie Bauer – wussten da schon, wie man diesen umgeht: mit Kinderarbeit. Denn für Minderjährige gilt der Mindestlohn beim Austragen von Zeitungen und Zeitschriften nicht. Vielen der 35000 bisherigen Zusteller wurde nach Angaben von Branchenkennern gekündigt, weil Minderjährige für 30 bis 50 Euro im Monat 16 Stunden Zustelldienste leisten sollen. Das entspricht weniger als drei Euro die Stunde.<sup>74</sup> > Hinweis Würden Sie als Leser eine Zeitschrift kaufen, mit der Sie Kinderarbeit unterstützen? Allein schon die Idee, (erwachsenen) Zustellern zu kündigen und diese durch Kinder

zu ersetzen, ist aus meiner subjektiven Sicht verachtenswert.

Mehrfach weise ich in diesem Buch darauf hin, dass Medienkonzerne vor allem profitorientierte Unternehmen sind. Ihnen geht es keineswegs darum, die Bevölkerung objektiv, wahrhaftig und vollständig zu informieren. Wer so etwas glaubt, der ist in die Propagandafalle getappt. Wichtig ist vielmehr vor allem, ein möglichst positives Umfeld für die Werbebranche zu schaffen. Es geht ums Geld. Erinnern Sie sich noch an die schon erwähnte Studie von »Synchronisation von Nachricht und Werbung«?

Kennen Sie auch nur eine Zeitschrift oder eine Zeitung, einen privaten Radiosender oder einen privaten TV-Sender, in dem es keine Werbung gibt? Nein? Ich auch nicht. Es gibt nur zwei Gründe dafür, warum diese ganzen Produkte überhaupt existieren: Zum einen können die Inhaber der privaten Medien über Zeitungen, Radiostationen und TV-Sender die Menschenmassen ganz in ihrem Sinne – also im Sinne der herrschenden Elite – beeinflussen. Zum anderen kann man mit den zahlreichen Werbeanzeigen richtig viel Geld verdienen. Ich erinnere mich noch gut an die ersten Jahre, als ich bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* anfang. Damals sagte man mir, dass mit den Inseraten und Werbeanzeigen einer einzigen Samstagsausgabe der FAZ die Löhne und Unternehmenskosten für einen ganzen Monat gesichert würden. Ich weiß nicht, ob das eine Schätzung war und auf die Mark genauso stimmte, aber meine damaligen Vorgesetzten berichteten es immer wieder mit vor Stolz geschwellter Brust. Inzwischen soll sich das wegen des geringeren Anzeigenaufkommens geändert haben. Aber wenn man mit privaten Zeitungen, Radiosendern und TV-Stationen kein Geld mehr verdienen könnte, dann gäbe es sie nicht mehr.

Je höher die angeblich verkaufte Auflage ist oder die Quote, umso mehr Geld kann man für die verkauften Werbeplätze verlangen. Vor einigen Monaten erhielt ich nachfolgende Mail, die man nicht weiter kommentieren muss. Aus rechtlichen Gründen habe ich die Namen der Firmen unkenntlich gemacht. Ich hatte zuvor in meinem Sachbuch *Gekaufte Journalisten* schon den Verdacht geäußert, dass bestimmte Verlage die Auflagen manipulieren. Das nur zum besseren Verständnis des nachfolgenden Textes:

»Hallo Udo Ulfkotte,

ok, dann mal los, ich bin selbstständiger Pressespediteur beim Grossisten Xxx in München. Dort sehe ich öfter pro Monat, dass ein bis zwei Paletten Xxx-Zeitung in die Remissionsabteilung abgestellt werden. Da ich nach

meiner Tour täglich wieder in die Firma Xx zurückfahre, um dort die Remission meiner Kunden abzuladen, kann ich Ihnen versichern, dass diese Xxx nie bei einem Kunden gewesen sein kann. Ich persönlich finde das eine ganz große Frechheit. Da wird der Anzeigenkunde mit einer höheren Auflage belogen und betrogen. Ich bin froh, dass Sie sich dieses Themas angenommen haben und nun damit an die Öffentlichkeit gehen. Vielen Dank dafür. Wenn es möglich ist, würde ich Ihnen die Fotos gerne per WhatsApp schicken, da ich die Fotos mit meinem Handy gemacht habe.

Wäre das in Ordnung für Sie? Wenn ja, geben Sie mir bitte eine Handynummer, an die ich diese Fotos schicken kann.

Viele Grüße!

Xxx«

Ich habe anschließend viele Fotos mit Paletten von Tageszeitungen bekommen, die einfach nur gedruckt wurden, um eine höhere Auflage vorzutäuschen. Das war allerdings nur eine von vielen Zuschriften, die mir die Augen öffneten. Einen anderen interessanten Weg, Auflagen zu erhöhen, entnahm ich dieser Passage eines an mich gerichteten Briefes:

»... Hierzu kann ich Ihnen folgende Information mitteilen: Einer meiner Kunden, ein junger Mann, arbeitete in den Jahren 2011 und 2012 für den Lesezirkel Xxx. Irgendwann Mitte 2011 begann unser Kunde, der meine Mitarbeiterinnen und mich sehr schätzte, jede Woche – ungelogen – stapelweise, also 20 bis 30 Zentimeter hohe Türme an druckfrischen, ungelesenen Zeitschriften anzuschleppen. Wir wurden geradezu überflutet mit Lesestoff. Auf unsere Nachfrage hin teilte er uns mit, er arbeite beim Lesezirkel in Xxx. Dort würden die neuen Zeitschriften nach der Anlieferung tonnenweise in bereitstehenden Altpapiercontainern entsorgt. Nur ein Bruchteil der Zeitschriften werde über den Lesezirkel an Arztpraxen, Hotels und Privatleute verteilt. Die meisten Zeitschriften stammten dabei aus dem Hause Burda.

Unser Kunde verstand den Hintergrund der sogenannten ›Verschwendung‹ nicht. Mir war jedoch sofort klar, dass hier höchstwahrscheinlich eine Manipulation der Leserzahlen und mittelbar des Anzeigenpreises betrieben wurde. Die Zeitschriften waren überwiegend schon mit den Papiereinbänden des Lesezirkels versehen, auf welchen lokale Anzeigenkunden Werbebotschaften annonciert hatten. Somit profitieren wohl beide Geschäftspartner von der überhöhten Auflage, der

## **Tittytainment: Ablenkung mittels Sex und Unterhaltung**

Um das, was da draußen bei der täglichen Desinformation geschieht, wirklich verstehen zu können, braucht man Hintergrundwissen. Wer die Wahrheit ergründen will, der muss auch wissen, mit welchen perfiden Tricks wir von der richtigen Fährte abgelenkt werden. In der Antike lautete die Herrschaftsmaxime dafür »Brot und Spiele« (*panem et circenses*) sowie »teile und herrsche« (*divide et impera*).

Glauben Sie wirklich, dass sich in der Zwischenzeit etwas daran geändert hat? Gewiss, es gibt heute kein Kolosseum mehr wie im Alten Rom, wo Gladiatoren die Bürger bei Laune halten sollen. Aber die wichtigsten Führer der Welt haben vor mehr als 20 Jahren bei einem Treffen in San Francisco einen völlig neuen Begriff für »Brot und Spiele« gefunden: »Tittytainment«. Die Menschen der wohlhabenden Welt – also auch wir Europäer – sollen von dem, was auf sie zurollt, mit möglichst viel Sex und ebenso viel Unterhaltung eingelullt und abgelenkt werden. Dazu wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Nein, das ist leider keine Verschwörungstheorie. Man kann es Schritt für Schritt belegen.

Nachdem Zukunftsforscher in den 1990ern eine Welt voraussagten, in der nur 20 Prozent der globalen Bevölkerung gebraucht würden, um die Weltwirtschaft mit ihrer Arbeit in Schwung zu halten, war klar, dass die restlichen 80 Prozent so bei Laune gehalten werden müssen, dass sie nicht aufbegehren, Revolutionen anzetteln oder neue politische Gruppierungen bilden, die den alten Eliten irgendwann gefährlich werden könnten. Es war US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, der 1995 mit dem von ihm geprägten Begriff »Tittytainment« die Lösung für das Problem präsentierte: Die Masse der Bevölkerung muss mit einer Mischung aus betäubender und süchtig machender Unterhaltung, beruhigenden »Nachrichten« und einem Mindestmaß an Lebensqualität bei Stimmung gehalten werden. Die Produkte dieses Denkens heißen Hartz IV und Privatsender wie RTL. Sie ersetzen »Brot und Spiele« aus dem Alten Rom und sichern ein Mindestauskommen, um jene Teile der Bevölkerung ruhig zu halten, die eigentlich nicht gebraucht werden. Hinzu kommt die Ablenkung durch die »Lügenmedien«.



So wie die Bürger im Alten Rom durch kämpfende Sklaven im Kolosseum abgelenkt wurden, so sollen uns heute die Leitmedien die von den Eliten beherrschte Welt schönreden. Sie lenken uns ab vom Zusammenbruch unserer sozialen Sicherungssysteme, vom Zusammenbruch der Inneren Sicherheit, von den negativen Begleiterscheinungen der Massenzuwanderung und dem drohenden Kollaps unseres Währungssystems.

Wenn jene Menschen, die Teile ihres hart erarbeiteten Einkommens in eine Solidarkasse einbezahlt haben, um im Alter oder in Notzeiten eine Absicherung zu haben, einmal erkennen müssen, dass Politiker das einbezahlte Geld skrupellos verzockt haben, dann sind Unruhen wohl noch das höflichste Wort für die Zustände, die uns dann bevorstehen. In jener Phase hilft auch kein »Tittytainment« durch die Lügenmedien mehr. Zwar erkennen immer mehr Bürger, wie sehr sie von den Leitmedien belogen werden, aber noch funktioniert jenes perfide System, in dem wir Bürger wie Trottel behandelt werden. Und dazu braucht man staatliche Propaganda, die die Massen einlullt. Schaut man sich an, wer da was produziert, dann weiß man, was gespielt wird.

## Die Verzahnung von Politik und Medien

Kennen Sie Christine Strobl? Nein? Am Beispiel dieser Frau kann man selbst dem naivsten Gutmenschen die Verzahnung von Politik und Medien darlegen. Sie ist die älteste Tochter des Politikers Wolfgang Schäuble (CDU) und mit dem CDU-Politiker Thomas Strobl verheiratet. Frau Strobl ist ein langjähriges CDU-Mitglied.

Das alles sind beste Voraussetzungen für einen Spitzenjob in der staatlichen Volkserziehung: Christine Strobl ist Chefin der ARD-Einkaufs- und Produktionstochter DEGETO-Film. Die Schäuble-Tochter bestimmt heute maßgeblich darüber, was wir in den staatlichen Propagandasendern der ARD zu sehen bekommen. <sup>75</sup> > Hinweis Die DEGETO wurde im Jahre 1928 als Deutsche Gesellschaft für Ton und Film e. V. gegründet und produzierte in den 1930er- und 1940er-Jahren Nazi-Propagandafilme. Die mit reichlich Propagandaerfahrung ausgestattete DEGETO ist auch im Deutschland der Gegenwart der Inbegriff für das, was die Römer »Brot und Spiele« nannten. Denn die DEGETO ist zuständig für jene »Schnulzen« im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, die die Bürger einlullen und mit möglichst seichten

Filmchen bei Laune halten sollen. DEGETO-Filme sollen die Deutschen normen, denn sie sind genderkonform, antirassistisch und multikulturell. Kurzum: Sie propagieren das, was Politiker in unsere Gehirne einimpfen wollen.

Sendereien wie *Die Landärztin*, *Mord mit Aussicht*, *Mord in bester Gesellschaft* oder der *Tatort* kommen von DEGETO. Über die DEGETO wurden in der Vergangenheit zudem Verträge mit Starmoderatoren an den Kontrollgremien vorbei abgeschlossen <sup>76</sup> [> Hinweis](#) – etwa mit Thomas Gottschalk. DEGETO, das ist eine moderne Zentrale für »Brot und Spiele«.

Bei öffentlich-rechtlichen Sendern wird Einfluss auf die Sendungen genommen. Eine Zeitung berichtete über den Druck, den Politiker auf die öffentlich-rechtlichen Medien ausüben:

»Die Öffentlichkeit hat ein hässliches Bild vom Umgang der politischen Klasse mit der Pressefreiheit gewonnen. Ein Bild von Parteien, die bestimmen wollen, was den Bürgern bekannt wird. Von einem Rundfunksystem, das in seinen redaktionellen Entscheidungen angefochten ist. Von einer Pressefreiheit, die kleingemacht wird, wenn es dem Machterhalt dient. Vom Versuch, gelenkte Wahrheiten unter die Leute zu bringen.« <sup>77</sup> [> Hinweis](#)

Der politische Einfluss auf ARD und ZDF ist gewaltig. Aber es gibt ja nicht nur die öffentlich-rechtlichen Sender. Noch weitaus besser kann man die Verzahnung von Politik und Medien an unserer geliebten Kanzlerin Angela Merkel und ihrem Freundeskreis abbilden. Angela Merkel ist eng mit Friede Springer befreundet – also der Matriarchin des Springer-Medienkonzerns. Wenn die Springer-Presse Angela Merkel als »mächtigste Frau der Welt« lobt, dann ist das nicht verwunderlich. <sup>78</sup> [> Hinweis](#) Es ist die perfekte Symbiose von Presse und Politik. Friede Springer und Angela Merkel sind Duz-Freundinnen. Das Ergebnis findet sich so gut wie jeden Morgen in der *Bild* – Zeitung: »Kanzlerin der Herzen«, »Super-Merkel«, »Standfeste Powerfrau«, »Eiserne Kanzlerin«, »Mächtigste Frau der Welt«.

Für mich hat das mehr als nur einen unangenehmen Geschmack. Doch es kommt noch verheerender: Friede Springer ist Gründerin der »Friede-Springer-Stiftung«, die durch ein kleines Kuratorium beraten wird. Dort sitzt – Trommelwirbel – Prof. Dr. Joachim Sauer, der Ehemann von Angela Merkel. Es ist die perfekte Symbiose von Geld und Macht. Alles ganz legal. Und unsere geliebte Führerin, die Erich Honecker in puncto

Realitätsverweigerung in nichts nachsteht, bekommt aus dieser Beziehung eine Medienpropaganda, die ihre Partei mit Geld kaum bezahlen könnte. Nicht anders ist es bei einer weiteren Merkel-Freundin: Liz Mohn. Sie ist die Graue Eminenz im Bertelsmann-Konzern. Auch auf sie und ihr Medienimperium kann sich Angela Merkel verlassen.

Haben Sie schon einmal etwas über die vorgenannten Medienkonzerne gehört? Da besitzt ein Eigentümer gleich mehrere Zeitungen oder Fernsehstationen. Solche Unternehmen beeinflussen die Meinung von Menschenmassen im Land, denn eine Meinung kann dann in mehreren Zeitungen präsentiert werden. Man nennt das »Pressekonzentration« oder »Medienkonzentration«. Und mit den Bossen der wichtigsten Medienkonzerne ist die Politik eng verzahnt. Über ihre Bertelsmann-Freundin Liz Mohn hat Angela Merkel beste Beziehungen zum größten Verlagskonzern der Welt, zudem zu Print-Giganten wie Gruner + Jahr (unter anderem *Geo*, *Stern*, *Gala*, *Brigitte*) und zur RTL-Gruppe (unter anderem RTL, n-tv und VOX), auch am *Spiegel* ist Bertelsmann heute beteiligt.<sup>79</sup> > Hinweis Mit ihrer Freundschaft zu Friede Springer hat Angela Merkel im Print-Bereich Giganten wie *Bild*, *Die Welt* und die *Berliner Morgenpost* im Boot, zugleich auch private Fernsehsender wie Kabel eins, Sat.1 und Pro7.

Wie diese Einflussnahme auf die Menschenmassen konkret abläuft, das kann man gut vor Bundestagswahlen erahnen. Da verteilt *Bild* dann an 40 Millionen Haushalte *Bild zur Wahl* – natürlich völlig kostenlos. *Bild* will dann in letzter Sekunde »aktuelle politische Zusammenhänge beleuchten«. Angela Merkel lässt grüßen. Man ahnt, dass Springer kurz vor der Wahl noch einmal massiv Einfluss nehmen will.

Die Verflechtungen sind mitunter viel subtiler. Was halten Sie als Leser davon, wenn Journalisten zugleich auch nebenberuflich als Berater für jene Politiker arbeiten, über die sie hauptberuflich zu berichten haben? Nehmen wir nur die Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Sie untersteht dem Bundessicherheitsrat, der aus Bundeskanzler und Bundesministern besteht. Laut Satzung der Akademie soll der Beirat die Bundesakademie für Sicherheitspolitik beraten. Da sitzen dann Journalisten, die die Aufgabe übernehmen, die Bundesregierung zu beraten. Das ist eine Nebentätigkeit, die mit der Aufgabe eines Journalisten aus meiner Sicht ganz sicher nicht zu vereinbaren ist und klar zeigt, wie eng manche Journalisten mit der Politik verflochten sind. In diesem Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik saßen 2016 beispielsweise Marion von Haaren vom ARD-Hauptstadtstudio

und Stefan Kornelius (Leiter Ressort Außenpolitik, *Süddeutsche Zeitung*), früher auch Peter Frey als Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios (er ist heute ZDF-Chefredakteur) und Klaus-Dieter Frankenberger von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Leiter Redaktion Außenpolitik).<sup>80</sup> > Hinweis Diese Bundesakademie für Sicherheitspolitik veranstaltet unter anderem das Seminar für Sicherheitspolitik<sup>81</sup> > Hinweis , auf dem jährlich etwa 25 Teilnehmer zu sicherheitspolitischen Themen ganz im Sinne der Bundesregierung erzogen werden. Neben dem Führungsnachwuchs aus Bundes- und Landesressorts, Sicherheitsbehörden, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Parteien, NATO- und EU-Staaten gehören dazu vor allem auch Medienvertreter. In den Heftchen, die solche Seminare bewerben sollen, findet man dann beispielsweise Namen wie Stefan Kornelius (*Süddeutsche Zeitung*) und Rudolph Chimelli (früher ebenfalls *Süddeutsche Zeitung*).<sup>82</sup> > Hinweis Mit freiem Journalismus hat eine solche »Seminararbeit« aus meiner subjektiven Sicht absolut nichts mehr zu tun – eher mit geschmierten Netzwerken, die Meinungen kanalisieren sollen. Denn dort werden exklusive Verbindungsgeflechte zwischen Entscheidungsträgern, maßgeblichen Vertretern der Wirtschaft und der Medien aufgebaut, die sich auch später immer wieder zu vertraulichen Gesprächen im kleinen Kreis treffen. Da sitzen dann etwa bei einem solchen Seminar die umstrittene Moskau-Berichterstatterin der ARD, Golineh Atai, und die ZDF-Russland-Korrespondentin Katrin Eigendorf, um den Teilnehmern ganz im Sinne der herrschenden Elite eine eher antirussische Sichtweise einzutrichtern.<sup>83</sup> > Hinweis Für mich ist das ein Sumpf, wie er tiefer und morastiger nicht sein könnte (die Einzelheiten hatte ich bereits im ersten Band dieser Reihe, *Gekaufte Journalisten*, beschrieben).

Ganz tief im medial-politischen Sumpf ist man nach meiner Auffassung angekommen, wenn man als Frau eines Medienmoguls und Freundin einer Spitzenpolitikerin Werbung macht. Die Schauspielerin Maria Furtwängler, Ehefrau des Medienmilliardärs Hubert Burda, Freundin der Verteidigungsministerin und CDU-Politikerin Ursula von der Leyen, plant laut *Bild* eine TV-Serie über die Bundeswehr.<sup>84</sup> > Hinweis Ich sehe das subjektiv so: Medien-Milliardärin Maria Furtwängler macht Werbung für ihre Freundin Ursula von der Leyen. Die CDU-Politikerin will nämlich irgendwann angeblich deutsche Bundeskanzlerin werden. Und während *Bild* die neuen Bundeswehr-Filmchen der Burda-Milliardärin ankündigt, fliegt Ursula von der Leyen in den Irak und betreibt dort schon einmal medialen



Im Abschnitt »Wenn die Wahrheit boykottiert wird« hatte ich Ihnen bereits dargelegt, dass die großen Verlage alternative (also abweichende) Meinungen flächendeckend boykottieren. Kleine Verlage wie der Kopp Verlag, in dem dieses Buch erschienen ist, sollen möglichst vom Markt gedrängt werden. Denn wenn die wenigen noch verbliebenen wahrhaftigen Verleger endlich entnervt aufgeben, gibt es keine unabhängigen Informationsquellen mehr. Dann können einige wenige Medienkonzerne auch im deutschsprachigen Raum flächendeckend richtig gut absahnen.

Sofern Sie die großen Medien der Welt betrachten, dann kommt man schließlich um eine Erkenntnis nicht herum: Sie gehören Milliardären. In den USA gibt es den Milliardär Ted Turner, dem beispielsweise CNN gehört. Amazon-Chef Jeff Bezos (geschätztes Vermögen 63 Milliarden Dollar) hat sich die *Washington Post* gekauft. Rupert Murdoch (14 Milliarden Dollar) ist Eigentümer der *Times*, der *Sun*, des US-Fernsehsenders FOX und der Hollywood-Studios und Filmproduktion 20th Century Fox. Ich höre hier auf, denn man könnte jetzt seitenweise die Namen von Medienzaren auflisten. Für alle Medienmanager der Welt existiert ein großes Vorbild: Randolph Hearst. Der Amerikaner lebte auf einem 320 Quadratkilometer großen Grundstück. Wer eine Einladung auf Hearst Castle bekam, der hatte es geschafft. Wer aber bei dem Mann mit den 29 Tageszeitungen in Ungnade fiel, der hatte ein gewaltiges Problem. Orson Wells hat dem dunklen Zeitungs-Tycoon Hearst im Filmklassiker *Citizen Kane* 1941 ein Denkmal gesetzt. Das ist der Typus Mensch, dem auch im deutschsprachigen Raum unsere Medienherrscher nacheifern. Man spricht nur nicht darüber.

Heute traut sich kein Filmproduzent mehr, das Leben der großen Medienmoguln zu verfilmen. Das gilt vor allem für die schon genannten deutschen Medienmoguln der Gegenwart. Sie zählen zu den Superreichen der Republik – und zu jener herrschenden Elite, die über unser Denken bestimmen will. Mit dem, was aus der Sicht immer weiterer Teile der Bevölkerung »Lügenmedien« sind, haben sie inzwischen ein ungeheures Vermögen angehäuft. In Deutschland traut sich kein Leitmedium mehr, über den Reichtum der Medienmoguln zu berichten. Denn: Ein falsches Wort, und man ist arbeitslos. Das Einzige, was man in Deutschland über das Leben der Medienmoguln findet, ist untertänigste Hofberichterstattung. Medienmilliardärin X spendet fünf Euro bei einer Wohltätigkeits-Gala, Medienmilliardär Y tritt als Kunstmäzen auf usw.

Wie grausam das für manch einen ist, habe ich vor anderthalb Jahrzehnten

bei Bertelsmann aus nächster Nähe erlebt. Ich war damals dort unter Vertrag und hatte engen Kontakt zu Lektoren und der Presseabteilung. Nun hatte die Medienmilliardärin Liz Mohn damals ein (erstes) Buch geschrieben, das Lektoren und die Presseabteilung in den Wahnsinn trieb. Das Manuskript war nach ihren Angaben so grottenschlecht, ja peinlich, dass man es kaum drucken konnte. Dummerweise durfte man diese Wahrheit der Milliardärin Liz Mohn nicht sagen, ohne Angst um den Job haben zu müssen. Also wurde viel Geld in die Hand genommen, um ein Produkt zu bewerben, das aus der Sicht der mit der Vermarktung betreuten Mitarbeiter schlechter hätte nicht sein können. Sie haben mir immer wieder fassungslos darüber berichtet. Man veranstaltete Auftragspropaganda – und lächelte einfach dazu. Genutzt hat es letztlich nichts, denn die Leser ließen sich nicht betrügen: Im Internet lautete die Meinung der Durchschnittsbürger zu diesem Buch: »verblendeter Blick von einer im Elfenbeinturm«, »einfache Gedanken von einem einfachen Menschen« oder »Farce ist euphemistisch ausgedrückt«. Belassen wir es hier dabei.

Hinzugefügt sei aber noch, dass andere Medienmoguln regelmäßig ihre Redaktionen zwingen, positiv über sie selbst zu berichten. Mitunter, auch das habe ich erlebt, werden Journalisten am Finanzamt vorbei mit Goldmünzen (etwa dem begehrten Krügererrand) gefügig gemacht, um in Edelglanzpostillen lobhudelnde Berichte über das abgehobene Society-Leben der Superreichen zu verfassen, während die Autoren selbst oft von Hartz IV leben müssen. Ich schreibe das alles hier nur auf, damit dem Leser klar ist, dass diese Reichen sich ihre Wahrheiten selbst kaufen und auch unser Denken über die ihnen gehörenden Medien beeinflussen können.

Welche Art der Berichterstattung verbindet ein Durchschnittsbürger mit dem Medienkonzern Springer, dessen auflagenstärkste Zeitung die *Bild* ist? Was verbinden wir mit dem Bauer-Verlag, zu dessen Produkten seichte Postillen wie die *Neue Post* und *Bravo* gehören? Genauso wie beim Burda-Verlag, der unter anderem die *Superillu* und die *Bunte* herausgibt, ist Seriosität wohl eher nicht das, was einem Durchschnittsdeutschen auf Anhieb bei solchen Verlagen einfällt. Aber mittels solcher Postillen, die nicht den besten Ruf haben und deren Wahrheitsliebe möglicherweise eine interessante Variante der Realität darstellt, kann man offenkundig reich werden. Dieser Verdacht wurde 2016 bestätigt: Die Springer-Mehrheitsaktionärin Friede Springer ist nach Angaben des Wirtschaftsmagazins *Bilanz* (das zu Springer gehört) die Reichste in der Medienbranche.<sup>86</sup> > Hinweis Sie hat angeblich

inzwischen ein kaum zu glaubendes Privatvermögen von rund vier Milliarden Euro angehäuft. An vorderer Stelle der Medien-Society steht mit einem Vermögen von 3,3 Milliarden Euro auch die Familie Bauer. Ihr gehört die Hamburger Bauer Media Group (*Bravo*). Anschließend folgen die Familie Hubert Burda (*Bunte, Superillu*) und die Familie Liz Mohn (Verlagsgruppe Gruner + Jahr, unter anderem *Stern*). Reich geworden ist mit Medien nach den zitierten Angaben auch Springer-Boss Mathias Döpfner. Er hat jetzt angeblich inzwischen ein Privatvermögen in Höhe von 150 Millionen Euro aufgebaut. Nachfolgend einige Auszüge aus der Liste der Medien-High-Society Deutschlands:

Friede Springer

Vermögen 4,0 Mrd. Euro

Axel Springer SE, Berlin

Familie Bauer

Vermögen 3,3 Mrd. Euro

Bauer Media, Hamburg

Familie Hubert Burda

Vermögen 2,8 Mrd. Euro

Hubert Burda Media, München

Familie Liz Mohn

Vermögen 1,75 Mrd. Euro

Bertelsmann, Gütersloh

Familie Johannes Mohn

Vermögen 1,3 Mrd. Euro

Bertelsmann, Gütersloh

Dieter Schaub

Vermögen 0,95 Mrd. Euro

Medien-Union, Ludwigshafen; Süddeutscher Verlag,

München | Medien

Stefan von Holtzbrinck



Vermögen 0,9 Mrd. Euro  
Holtzbrinck-Verlag, Stuttgart

Monika Schoeller

Vermögen 0,9 Mrd. Euro  
Holtzbrinck-Verlag, Stuttgart

Familie Grotkamp

Vermögen 0,6 Mrd. Euro

Funke, Essen

Dirk Ippen

Vermögen 0,5 Mrd. Euro

*Münchner Merkur*, München

Übrigens: Die Erben des *Spiegel* – Gründers Rudolf Augstein (Platz 27 in der Liste) sollen 200 Millionen Euro Vermögen angehäuft haben. Die 28 reichsten Medienmenschen in Deutschland verfügen (mit Stand 2016) über ein Privatvermögen in Höhe von 27,5 Milliarden Euro.

Nicht anders sieht es aus meiner Sicht bei öffentlich-rechtlichen Sendern und ihren Vertretern aus. Also bei jenen, die mit unseren Zwangsgebühren finanziert werden. Schon 2011 schätzte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* das Jahresgehalt des ZDF-Nachrichtenmoderators Claus Kleber auf rund 600000 Euro und schrieb, dass er damit »doppelt so viel wie sein Intendant verdiente«. <sup>87</sup> > Hinweis Marietta Slomka bekommt nach Angaben aus dem Jahre 2016 jährlich etwa 280000 Euro. <sup>88</sup> > Hinweis Nicht alle Moderatoren verdienen wirklich extrem gut. Aber viele nutzen ihre Bekanntheit, um mit ihrem Gesicht Produktwerbung zu machen. So etwa Judith Rakers. Sie hatte sich 2015 Ärger mit ihrem Arbeitgeber NDR eingehandelt, weil sie sich für Werbeaufnahmen einer neuen McDonald's-Filiale am Frankfurter Flughafen auf einem roten Teppich ablichten ließ und in einem gelben Jumpsuit und mit einem Pappbecher in der Hand sagte, sie stehe auf fette Burger und Pommes. <sup>89</sup> > Hinweis

Zwischendurch sei angemerkt, dass die vielen Milliarden Zwangsgebühren, mit denen die Gehälter obskurer Propagandisten der öffentlich-rechtlichen Sender finanziert werden, auf Sand gebaut sind. Wer seine ARD-ZDF-Deutschlandradio-Beitragsservice-Zwangsgebühren (früher GEZ) nicht zahlt,

der kommt ganz schnell mal eben 60 Tage ins Gefängnis. Haft droht sogar einem christlichen Pastor, der wegen der vielen Sex- und Gewaltszenen kein Fernsehen schaut und die Zwangsgebühren aus religiösen Gründen nicht bezahlen will.<sup>90</sup> > Hinweis Aber das Blatt wendet sich gerade. Deshalb möchte ich Ihnen eine Information nicht vorenthalten, die Sie in unseren Leitmedien so garantiert nicht finden werden – vor allem nicht im öffentlich-rechtlichen Fernsehen: Das Tübinger Landgericht hat im September 2016 in einem Urteil entschieden, dass der SWR einen Gebührenbescheid gegen die sogenannten GEZ-Rebellen nicht zwangsvollstrecken darf.<sup>91</sup> > Hinweis Zwar konnte das Tübinger Landgericht kein Grundsatzurteil fällen, weil es nur für Baden-Württemberg zuständig ist, aber die Begründung der Richter reicht über den Einzelfall hinaus und dürfte wohl für jede deutsche Rundfunkanstalt gelten. Der Düsseldorfer Fachanwalt Udo Vetter schrieb dazu in seinem Blog:

»Nach Auffassung des Gerichts dürfen nur Behörden eigene Gebührenbescheide erlassen und vollstrecken. Den SWR betrachtet der Richter aber nicht als Behörde. Hierfür führt er diverse Gründe auf. Beispiele:

- grob rechtswidrige Zahlungsregelungen in der Rundfunksatzung;
- undurchsichtige ›Behörden‹struktur;
- unternehmerisches Handeln des SWR (Verkauf von Werbezeiten);
- vom Gesetzgeber gewollte Auslagerung des ›freien‹ Rundfunks aus der staatlichen Verwaltung.

Mangels Behördeneigenschaft des SWR ist laut dem Gericht die Vollstreckung also unzulässig. Überdies, so das Gericht, habe die Beitragsstelle nicht nachweisen können, dass ihre Bescheide, die mit einfacher Post geschickt wurden, dem Schuldner zugestellt wurden. Die Beweislast für den Zugang sieht das Gericht beim Sender.

Der Einzelrichter weist in seinem Beschluss selbst darauf hin, dass seine Meinung deutlich von dem abweicht, wie die Gerichte sonst über Rundfunkgebühren entscheiden. Deshalb hat er auch die Rechtsbeschwerde zugelassen. Auch wenn der Beschluss möglicherweise keinen Bestand haben wird – Wasser auf die Mühlen der Rundfunkbeitragsgegner ist er in jedem Fall. Das scheint dem Richter auch bewusst zu sein, denn er nimmt ausdrücklich für sich in Anspruch, nicht im Einklang mit den anderen Gerichten entscheiden zu müssen. Die Rechtsprechung in Deutschland sei

eben ›konstitutionell uneinheitlich‹.<sup>92</sup> › Hinweis

Man läuft demnach zumindest in Baden-Württemberg nach diesem Urteil nicht Gefahr, Opfer einer Zwangsvollstreckung zu werden, wenn man die verhassten Zwangsgebühren nicht bezahlt. Solche Informationen liefern uns die öffentlich-rechtlichen Medien natürlich nicht. Man sieht auch an diesem Beispiel, wie einseitig und manipulativ sie uns unterrichten. Und die wirklich wichtigen Dinge werden dann im Lügensystem der medialen Volksverarschung so untergebracht, dass es keiner mehr mitbekommt. Dazu kommen wir nun im nächsten Abschnitt.

## **Volksbetrug: Warum Politiker Fußballspiele lieben**

Immer mehr Menschen ahnen, dass Politik und Medien sich längst von der Demokratie verabschiedet haben und uns Bürger nur noch als notwendiges Stimmvieh betrachten. Leider ist das eine Tatsache, die man inzwischen gut mit Fakten belegen kann. So nutzen die großen deutschen Parteien Fußballereignisse wie Europa- oder Weltmeisterschaften zielgerichtet dazu aus, ohne viel Aufhebens unpopuläre Entscheidungen zu beschließen. Wenn die Menschenmassen durch Fußball abgelenkt sind, dann ist in der Bevölkerung kein Widerstand zu erwarten.

Dazu einige Beispiele: So war das ganze Land bei der Fußballweltmeisterschaft 2006, die vom 9. Juni bis zum 9. Juli (dem Tag des Endspiels) stattfand, abgelenkt. Deutschland gewann am 8. Juli im Spiel um Platz drei 3 zu 1 gegen Portugal, das Wetter war wunderbar und die Laune der Menschen bestens. Zeitgleich beschloss der Bundestag Mitte Juni 2006 die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Es war die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik.<sup>93</sup> › Hinweis Nur drei Abgeordnete enthielten sich bei der Abstimmung über das brisante »Haushaltsbegleitgesetz«, in dem die Steuererhöhung enthalten war. Der damalige Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hatte offenkundig eiskalt mit der Ablenkung der Menschen durch die Fußballweltmeisterschaft kalkuliert. Niemand protestierte. Auch im Bundesrat wurde die gewaltige Mehrwertsteuererhöhung wenige Tage später im Fußballtaumel einfach durchgewinkt.

Unter Konrad Adenauer, dem ersten deutschen Bundeskanzler, war das noch völlig anders. Adenauer spielte Boccia und hatte für Fußball nicht viel übrig. Beim »Wunder von Bern«, als die Deutschen 1954 in der Schweiz Weltmeister wurden, war nicht ein deutscher Politiker im Stadion. Damals wussten Politiker noch nicht, wie man Fußballveranstaltungen dazu missbrauchen kann, Entscheidungen durchzumogeln, gegen die es in normalen Zeiten Massenproteste geben würde. Heute ist das Wissen um die Steuerung von Menschenmassen durch die Ablenkung mit Großereignissen (»Brot und Spiele«) selbstverständlich. Die brutale Erhöhung der Mehrwertsteuer 2006 im Fußballtaumel der Nation war ganz sicher kein Einzelfall oder bedauerliches Versehen.

Ein weiteres Beispiel: Vier Jahre später fand die Weltmeisterschaft in Südafrika statt. Am 6. Juli 2010, einen Tag vor dem Halbfinale, das Deutschland gegen Spanien verlieren sollte, beschlossen CDU und FDP bei einem Treffen im Kanzleramt die Erhöhung des Beitragssatzes für die gesetzlichen Krankenkassen – und zwar von 14,9 auf 15,5 Prozent. Zwei Jahre später war dann wieder einmal Fußballeuropameisterschaft. Und wieder das gleiche Verfahren. Am 28. Juni 2012 spielte Deutschland im Halbfinale gegen Italien. 28 Millionen Deutsche saßen wie gebannt vor den Fernsehern. Im Deutschen Bundestag saßen zeitgleich gerade einmal 26 Abgeordnete. Sie warteten auf »Tagesordnungspunkt 21«. Das war die zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurfs zur Fortentwicklung des Meldewesens. In unglaublichen 57 Sekunden hatten die 26 Abgeordneten dann die Reform des Meldegesetzes beschlossen. Alle Fraktionen waren sich darin einig. Das neue Meldegesetz wurde später, als der Öffentlichkeit klar wurde, was die Politiker mit ihr vorhatte, unter erheblichem Druck der Straße in letzter Sekunde vom Bundesrat korrigiert. Das handstreichartig beschlossene Gesetz sah vor, dass deutsche Ämter alle Daten von Bürgern an Firmen und Adresshändler weitergeben dürften, wenn die Bürger vorher nicht ausdrücklich widersprochen hatten. Darauf hatten sich Union und FDP im Innenausschuss wenige Tage zuvor verständigt. Weder die Medien noch die Menschen hatten das mitbekommen. Denn alle waren in Gedanken nur noch beim Fußball. Später, am 9. Juli 2012, berichtete die Wochenzeitung *Die Zeit*:

»Es geht um das Meldegesetz. Als der Bundestag am 28. Juni, also vor fast zwei Wochen, beschloss, dass Adresshändler und Werbefirmen künftig ohne größere Umschweife an die Daten der Bürger gelangen können, kümmerte das noch niemanden groß. Das Plenum war an diesem Abend

fast leer, viele Abgeordnete (und Journalisten) schauten sich das Halbfinale Deutschland–Italien an. Bundesregierung, Opposition, Medien, sie alle schwiegen.«<sup>94</sup> > Hinweis

Seither behaupten unsere Politiker, eine gezielte Verschleierungstaktik und das Ausnutzen von großen Fußballereignissen zum Durchpeitschen ihrer Entscheidungen sei ihnen fremd. Jedenfalls werde man künftig darauf achten, dass nicht einmal mehr der Verdacht aufkomme. Offenkundig ist das Schnee von gestern. Als im Juni 2016 bei der Europameisterschaft Deutschland gegen Polen spielte, da legte die Bundesregierung den Grundstein für eine neue Bundesfernstraßengesellschaft. Zwischen den ganzen »Schland«- Rufen interessierte das kaum jemanden. Es geht dabei um ein Gesetz zur Bundesfernstraßengesellschaft. Durch die »Ausgliederung« der Autobahnen in die Gesellschaft öffnet die deutsche Bundesregierung der Privatisierung Tür und Tor. Noch während der EM verständigten sich unsere Politiker darauf, die Autobahnen nach und nach zu privatisieren. Die Bürger sollen künftig für die Benutzung der Straßen bezahlen, erst für die Autobahnen und später auch für die Bundes- und Landstraßen. Hinter den Plänen steckte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Er will vor der Bundestagswahl 2017 seine »heilige Kuh«, die sogenannte »schwarze Null«, wahren. Und er sucht händeringend nach einem Weg, neue Milliarden einzunehmen. Die geplante Autobahn-AG bietet ihm dazu die willkommene Möglichkeit, trotz der regierungsamtlich verabschiedeten Schuldenbremse Schulden zu machen. Eine solche AG oder GmbH kann nämlich am privaten Markt unkompliziert Geld aufnehmen, das nicht auf die Schuldenbremse angerechnet würde. Damit werden dann zwar Straßen saniert und Schlaglöcher beseitigt, aber der Bürger wird über die dann fälligen Benutzungsgebühren für die Straßen abermals zur Kasse gebeten. Schließlich hat er ja als Autofahrer schon mehrfach (nicht nur über die Mineralölsteuer) für den Erhalt der Straßen gezahlt.

An jenem Tag, als die Deutschen bei der Fußball Europameisterschaft 2016, also am 16. Juni, auf Polen trafen (das Spiel ging unentschieden aus), fand wenige Stunden vor dem Spiel auf Einladung der Bundesregierung auch ein Treffen der Ministerpräsidenten statt. Und dabei ging es um die Zukunft der Straßen, genauer gesagt um die Überführung der Autobahnen in eine private Gesellschaft. Dafür müsste immerhin das Grundgesetz geändert werden. Das ginge nur mit einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Während die Bürger sich in den Supermärkten mit Grillwürstchen und Bier

für das mit Spannung erwartete Spiel eindeckten, bereiteten ihre Politiker eiskalt die Enteignung der Bürger vor. Denn nichts anderes ist die Privatisierung des Betriebs der Autobahnen. Da wird etwas, das die Steuerzahler finanziert haben, so umgebaut, dass Konzerne daran verdienen und die Bürger auch weiterhin die Risiken tragen und ebenfalls weiter zur Kasse gebeten werden. Nicht ein Leitmedium berichtete darüber. Sie boten der Politik Flankenschutz, damit die Taschen der Bürger mal wieder so richtig geleert werden können. Das Wegschauen unserer Leitmedien freut die Politiker.

Diese Skrupellosigkeit haben unsere Politiker nicht nur im Bundestag entwickelt, längst ist es auch auf der Europa-Ebene brutale Realität. Ein Beispiel: Während der Europameisterschaft 2016 versuchte die EU, über die Hintertür Netzsperrern zu beschließen. Das Vorhaben lautete: Internetinhalte auf ausländischen Servern, die der EU nicht gefallen, die man aber aus juristischen Gründen in fernen Ländern nicht einfach löschen lassen kann, dürfen jederzeit ohne Vorwarnung in der EU blockiert werden. Die EU entscheidet dann darüber, was die Bürger im Internet sehen dürfen und was nicht. Solche Netzsperrern gibt es in China, in Nordkorea und in weiten Teilen Afrikas, wo Diktatoren und Einheitsparteien alles ausblenden lassen, was ihrer Macht gefährlich werden könnte. Früher haben unsere Politiker das als Angriff auf die Meinungsfreiheit kritisiert. Heute machen sie es selbst nach.

Vorkämpferin für solche Netzsperrern in der EU war zur Fußball-EM 2016 die Europa-Abgeordnete Monika Hohlmeier. Die Strauß-Tochter ist Richtlinienberichterstatteerin im Innenausschuss des Straßburger Parlaments. Sie legte einen Entwurf für eine Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung vor, nach dem Mitgliedsstaaten »den Zugang zu illegalen Inhalten, die zu terroristischen Delikten aufhetzen, blockieren sollen«, wenn sie im Ausland gehostet sind und nicht »prompt« gelöscht werden können. In einer älteren Fassung war diese Regelverpflichtung noch als Kann-Vorschrift in das Ermessen der Mitgliedsländer gestellt worden.<sup>95</sup> > Hinweis Was »terroristische Inhalte« sind, das definiert natürlich kein Gericht, sondern jene, die löschen dürfen. Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes gibt allen Bürgern das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. In Deutschland soll dieses Recht gefiltert werden. Anders gesagt: Die allgemein zugänglichen Quellen (Internet) sollen nur noch das zeigen dürfen, was der jeweiligen Regierung gerade passt.

Da die deutschen Normalbürger während der EM 2016 so schön abgelenkt

waren, setzte man noch einen drauf und beschloss am 24. Juni des Jahres auch gleich noch in Windeseile ein neues Anti-Terror-Gesetz. Zur Erinnerung: Am 23. Juni hatten die Briten für den Brexit gestimmt, also für den Austritt aus der EU. In Deutschland gab es neben dem Fußball auch noch Starkregen und schwere Gewitter mit Überflutungen. Die Bevölkerung war also durch drei herausragende Ereignisse abgelenkt. Das nutzten die Politiker, um mal eben im Schnelldurchgang zu beschließen, dass Menschen in Deutschland nicht mehr anonym telefonieren dürfen (Ausweispflicht für Telefonkartenkäufe). Zudem wurde beschlossen, den Austausch von noch mehr Daten mit ausländischen Geheimdiensten voranzutreiben, natürlich ohne Wissen der Bürger.<sup>96</sup> > Hinweis

Man nennt dieses Vorgehen zynisch »gelebte Demokratie«. Wie wir gesehen haben, bedeutet »gelebte Demokratie«, dass man die Massen vor Bildschirme setzt und mit Sportereignissen oder Propagandafilmchen von DEGETO & Co. ablenkt. Und wenn es gar nicht anders geht, dann kauft man sich auch noch ein paar willfährige Journalisten.

## **Denkfabriken und Leitmedien: Kauf dir einen Journalisten**

Nicht immer kann man uns Trottelbürger durch Großereignisse wie Fußball ablenken. Daher gibt es Denkfabriken, deren vorrangige Aufgabe es ist, Menschenmassen zu beeinflussen – und zwar im Interesse von Politik und Wirtschaft. Ich hatte das ansatzweise im ersten Band dieser Reihe (*Gekaufte Journalisten*) anhand der transatlantischen Netzwerke dargestellt. Viele deutsche Medien und Journalisten werden von ihnen geschmiert. Es gibt natürlich auch deutsche Netzwerke, die unser Denken beeinflussen sollen.

Einer der größten deutschen Denkfabriken auf diesem Gebiet ist die Stiftung Marktwirtschaft im Verbund mit dem Kronberger Kreis. Zu den Zielen der Stiftung Marktwirtschaft gehören die Deregulierung des Arbeitsmarktes, stärkere private Vorsorge bei Rente, Pflege und Krankenversicherung, Senkung der Unternehmenssteuern, Wiedereinführung von Studiengebühren und die Ablehnung eines Mindestlohns. Es sind also Positionen, die den Interessen eines Durchschnittsbürgers komplett widersprechen. Die Denkfabrik Stiftung Marktwirtschaft nimmt über die

großen deutschen Leitmedien Einfluss auf die Bevölkerung. LobbyPedia (ein Projekt von LobbyControl) schreibt dazu:

»Die Mitglieder der Stiftung rekrutieren sich aus Eliten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Als Ziel wird die Beeinflussung von Politik und Öffentlichkeit im Sinne der von der Stiftung vertretenen politischen Vorstellungen angegeben. Regelmäßig werden wissenschaftliche Publikationen an Hochschulen und Instituten finanziert und veröffentlicht. Gute Kontakte pflegt die Stiftung außerdem zu den Medien. Konferenzen, auf denen der Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern gesucht wird, werden meist von einflussreichen Journalisten moderiert und begleitet. In den letzten Jahren wurden dafür besonders oft der Herausgeber der *Zeit*, Josef Joffe, sowie Journalisten der *Welt* – Gruppe und der FAZ engagiert. Gute Kontakte gibt es auch zur *Wirtschaftswoche*. Von der Stiftung finanzierte Studien finden nicht nur in den jeweiligen wissenschaftlichen Fachbereichen Gehör, sondern werden zudem regelmäßig in Medienbeiträgen erwähnt – und erreichen so eine breite Öffentlichkeit. So erreicht die Stiftung Marktwirtschaft eine hohe Vernetzung mit Entscheidungsträgern in Parlamenten, Hochschulen und Redaktionen und stellt sicher, dass ihre Positionen im öffentlichen Diskurs Beachtung finden. Die FAZ-Sonntagszeitung zum Beispiel veröffentlichte vor den Bundestagswahlen 2013 exklusiv eine programmatische Stellungnahme des Kronberger Kreises, die sich gegen Steuererhöhungen zur Bekämpfung wachsender Ungleichheit und für eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aussprach.«<sup>97</sup> [> Hinweis](#)

Solche Denkfabriken der Konzerne sollen also eine bestimmte arbeitgeberfreundliche Ideologie in die Köpfe der Bürger hineinpresse. Der Politikwissenschaftler Dieter Plehwe sagt dazu:

»Eines der bekanntesten Beispiele in Deutschland ist die Stiftung Marktwirtschaft im Verbund mit dem Kronberger Kreis. Seit Anfang der 1980er-Jahre ist diese operative Stiftung, eine Organisationsform vieler Thinktanks, mit ihren ›Mehr Mut zum Markt‹-Schriften aufgetreten, um die Privatisierungs-, Deregulierungs- und Kommerzialisierungsagenda anzutreiben. Wir können leider nur vermuten, dass Geld von Versicherungen und Banken, aber auch von großen Verlagen, für die Arbeit dieser Stiftung eine bedeutende Rolle spielt, also verdeckte Lobbyarbeit zu konstatieren ist.«<sup>98</sup> [> Hinweis](#)

Die tägliche Propaganda in unseren Leitmedien müssen sich die Alpha-



Journalisten also nicht selbst aus den Fingern saugen. Häufig werden ihnen die Texte zur Verfügung gestellt oder eingeflüstert, etwa von »Denkfabriken«. Was dabei herauskommt, sieht man gut beim Thema »Asylbewerber«. Unsere Unternehmen sehen in ihnen billige Arbeitskräfte. Den Rest blenden sie aus. Und die Leitmedien machen bereitwillig mit.

## So lügen Journalisten: die »Bereicherung« durch Asylbewerber

Asylbewerber sind eine »Bereicherung«. Sie stellen jetzt jene Arbeitskräfte, die wir angeblich so dringend brauchen. So tönnten unsere Medien viele Monate lang im Chor. »Flüchtlinge sind Bereicherung«, schrieb *Die Welt* im Oktober 2015. <sup>99</sup> [> Hinweis](#) Ähnliche Schlagzeilen verbreiteten die *Bild* <sup>100</sup> [> Hinweis](#), die *Tagesschau* und Sender wie 3sat <sup>101</sup> [> Hinweis](#). Man fand in jenen Monaten schwerlich ein Leitmedium, das dagegenhielt oder kritische Fragen stellte. Ganz Deutschland war im Willkommenstaumel.

Politiker hatten damals auch immer wieder dazu aufgerufen, möglich vielen Flüchtlingen einen Arbeitsplatz zu geben. Heute wissen wir: Das alles war eine große mediale Blase und Luftnummer. Während Politik und Unternehmen davon sprachen, wie gut die Asylbewerber angeblich qualifiziert seien, beschäftigten deutsche Bundesbehörden bis zum Herbst 2016 gerade einmal fünf Asylbewerber. <sup>102</sup> [> Hinweis](#) Sie haben richtig gelesen: Fünf von weit mehr als einer Million! In deutschen Unternehmen lautete die Realität ein Jahr nach dem Asylan-Tsunami im Herbst 2016: Ganze 54 Asylbewerber hatten dort vorübergehend Arbeit bekommen. <sup>103</sup> [> Hinweis](#) Viele von ihnen nur auf Probe.

Möglicherweise haben Sie noch die Hoffnung, dass der Albtraum bald enden wird und weniger Armutsflüchtlinge aus Ländern der Dritten Welt zu uns kommen werden. Das aber ist eine Illusion. Auch wenn unsere Politiker es aus rein psychologischen Erwägungen nicht so drastisch und offen aussprechen: Es ist offiziell erklärte Politik der Bundesregierung, flankiert von den Arbeitgeberverbänden, Jahr für Jahr mindestens 500000 Menschen nach Deutschland zu holen – und zwar mindestens bis 2050. Das macht von 2015 bis 2050 dann insgesamt mindestens 17,5 Millionen Migranten – um die »drohende Lücke bei Arbeitskräften zu schließen«. Die regierungs- und

wirtschaftsnahe Bertelsmann-Stiftung hatte uns das im Frühjahr 2015 mitgeteilt, kaum einer hat es damals vor dem Flüchtlings-Tsunami zur Kenntnis genommen.<sup>104</sup> > Hinweis Und in manchen Jahren sollen – so die Arbeitgeberverbände – sogar mehr als 1,2 Millionen Migranten kommen<sup>105</sup> > Hinweis , und zwar ausdrücklich »auch solche ohne Studium«<sup>106</sup> > Hinweis . Das wollte vor dem Asyl-Tsunami keiner zur Kenntnis nehmen. Man hielt das für eine »Verschwörungstheorie«. Bis dann die Massen vor unseren Türen standen.

Das Ziel ist ein Heer von billigen Arbeitskräften, die sich in allen Berufssparten gegenseitig im Lohn drücken. Auch das halten viele noch für eine »Verschwörungstheorie«. Es gibt allerdings in der Öffentlichkeit (noch) kaum bekannte Internetplattformen, die diese Entwicklung schon ganz deutlich zeigen und »Flüchtlinge« und Arbeitgeber auf dem niedrigsten Preisniveau zusammenbringen. Etwa das Portal »Workeer«.<sup>107</sup> > Hinweis Nach meinem Empfinden beuten nicht eben wenige der dort angebotenen Jobs für Flüchtlinge die Bewerber ganz klar aus. Nachfolgend einige Beispiele, die ich dort finden konnte:

- Vertriebsingenieure für 8,50 Euro pro Stunde
- Junior-Softwareentwickler für 8,50 Euro pro Stunde
- IT-Fachkraft für 8,50 Euro pro Stunde
- Elektromonteur für 9,50 Euro pro Stunde
- Schweißer für 8,50 Euro pro Stunde
- Forschungs- und Entwicklungsingenieur für 8,50 Euro pro Stunde
- –Deutsche Umweltstiftung: unbezahltes Praktikum
- Refugees welcome: unbezahltes Praktikum
- Zahntechniker für 8,50 Euro pro Stunde
- Elektriker für zehn Euro pro Stunde
- Android Developer für 400 Euro pro Monat
- Baustellenleiter für den Maschinenbau: 10,98 Euro pro Stunde
- Power 4 Africa e.V.: unbezahltes Praktikum
- Katholische Kirche: unbezahltes Praktikum

- IT-Administrator für 8,50 Euro pro Stunde
- Zahnarthelferin für 8,50 Euro pro Stunde
- Informatiker für zehn Euro pro Stunde
- GF-Assistent: unbezahltes Praktikum
- Sicherheitsmitarbeiter am Frankfurter Flughafen für 8,50 Euro pro Stunde
- Programmierer für 8,50 Euro pro Stunde
- Kfz-Mechaniker: unbezahltes, unbefristetes Praktikum

Man kann vom Flüchtlings-Tsunami halten, was man will. Aber mein subjektiver Eindruck ist, dass die Arbeitgeber diesen brutal ausnutzen und möglichst billige Arbeitsklaven aus diesem Heer rekrutieren wollen. Softwareentwickler für 8,50 Euro pro Stunde und Baustellenleiter für den Maschinenbau mit 10,98 Euro pro Stunde, dazu viele unbezahlte Praktika, das nenne ich subjektiv Ausbeutung. Und die Sozialindustrie kümmert sich – finanziert vom Steuerzahler – anschließend um jene, die keiner gebrauchen kann. Die Arbeitgeber fordern jetzt schon einmal offensiv niedrigere Löhne, damit es mehr Arbeitsplätze auch für Flüchtlinge gibt. Im September 2015 forderte Arbeitgeberpräsident Kirchhoff: »Wenn wir hierzulande weiterhin einfache Arbeit anbieten wollen – auch für schwer Vermittelbare oder ganz aktuell für Flüchtlinge –, müssen wir das bezahlen können.«<sup>108</sup> > Hinweis Genau deshalb sollen die Tarifverträge »nach unten geöffnet«, im Klartext: die Löhne gesenkt werden. Viele Deutsche haben das, was da generalstabsmäßig abläuft, sicher noch nicht kapiert.

Aber weshalb sind die dahinterstehenden Lügengebäude nicht lange zuvor eingestürzt? Die Antwort ist bitter: Die Lügenmedien hatten unkritisch und einseitig das übernommen, was Politik und Unternehmen ihnen vorplapperten.

Im August 2016 wurden erste Ergebnisse einer größeren Studie der Hamburg Media School bekannt, in der 34000 Pressebeiträge aus den Jahren 2009 bis 2015 über Flüchtlingspolitik ausgewertet wurden. Die Studie gelangte zu dem Schluss, dass 82 Prozent aller deutschsprachigen Zeitungsbeiträge positiv gegenüber der Flüchtlingswelle eingestellt gewesen seien. Nur sechs Prozent hätten mögliche Probleme in Zusammenhang mit den Massen von Asylbewerbern gesehen. Die tonangebenden Leitmedien

hätten schlicht »übersehen«, dass die Aufnahme von Migranten »in großer Zahl und die Politik der offenen Grenzen die Gesellschaft vor neue Probleme stellen würden«. <sup>109</sup> > Hinweis Journalisten hätten sich »als Cheerleader einer karitativen Begeisterungswelle« aufgeführt. Eine Zeitung berichtete über den Inhalt der Studie Folgendes:

»Mit dem wachsenden Zustrom von Geflüchteten sei die Berichterstattung, die die Willkommenskultur thematisierte, regelrecht explodiert: Für das Jahr 2015 zählte Haller 19000 Beiträge, 4000 mehr zum Thema als in den sechs vorherigen Jahren zusammen. Zwischen Juli und September 2015, als die Flüchtlingskrise ihren Höhepunkt erreichte, hätten einzelne Zeitungen im Durchschnitt sieben entsprechende Beiträge pro Tag gebracht. (...) Reichweitenstarke Medien hätten sich das Motto der Bundeskanzlerin – ›Wir schaffen das‹ – zu eigen gemacht. Haller zitiert *Die Zeit*, die im August 2015 mit ›Willkommen!‹ titelte. (...) 20 Prozent der Berichte der *Tagesschau* seien implizit wertend gewesen, bei *Spiegel Online* an die 40 Prozent, bei der Online-Ausgabe der *Welt* 15 Prozent. (...) Rund zwei Drittel der tonangebenden Medien hätten zunächst ›übersehen‹, dass die Aufnahme von Flüchtlingen in großer Zahl und die Politik der offenen Grenzen die Gesellschaft vor neue Probleme stellen würden. Nur ein Drittel der Berichte hätten von September 2015 an Probleme aufgegriffen.« <sup>110</sup>

> Hinweis

Die Hamburg Media School, die die Studie erarbeitete, ist eine halbstaatliche Bildungseinrichtung, die als öffentlich-private Partnerschaft finanziert wird. Sie genießt einen guten Ruf, und sie steht ganz sicher nicht im Verdacht, »rechtspopulistisch« zu sein. Seit Jahren schon gibt es das Unbehagen vieler Bürger, die vermuten, dass zwischen Politik und Journalismus eine ideologische Komplizenschaft besteht, denn die politische Berichterstattung und die Sicht von tonangebenden Politikern wirken wie synchronisiert. Schließlich bestätigt ein Forschungsprojekt der Hamburg Media School (HMS), dass unsere Leitmedien auch im Hinblick auf die »Flüchtlingskrise« eine Berichterstattung abgeliefert haben, die sich – höflich formuliert – stark an die von der Politik vorgegebene »Willkommenskultur« anlehnte. Der Vorwurf der einseitigen Berichterstattung ist demnach auch wissenschaftlich belegbar und keine »Verschwörungstheorie«.

Bei gewichtigen Themen sind Medien oft einer Meinung mit den Weichenstellern auf der politischen Ebene. Wichtige Themen werden einseitig behandelt, und die Position der Bevölkerung wird nicht berücksichtigt.

Thomas Meyer, Professor für Politikwissenschaft, behauptet schon länger, dass es in Deutschland keine Meinungsvielfalt mehr gibt. Er beklagt zudem, dass die Journalisten der Leitmedien ihre Positionen immer häufiger missbrauchen, um in der politischen Area mitzuspielen und ihre eigenen Meinungen zu transportieren. Meyer sagt:

»Wir haben alle die Illusion, die auch von den Medien noch zusätzlich genährt wird, dass die Massenmedien uns ein Fenster zur Welt öffnen. Das ist aber absolut nicht der Fall. Das ist eine große Täuschung. Die Medien bereiten eine Bühne, auf der sie ihre eigenen Stücke vorführen. Allerdings sagen sie uns das nicht. Vielmehr behaupten sie, sie würden die Welt und das, was sich in ihr ereignet, wirklichkeitsgetreu spiegeln. Aber dem ist nicht so. (...) Die Wirklichkeitspartikel, die Medien aus der realen Welt aufnehmen, werden von ihnen intensiv bearbeitet, und was dann dabei herauskommt, ist eine Neuinszenierung der Welt und hat mit der Realität oft nicht sehr viel zu tun.«<sup>111</sup> [> Hinweis](#)

Man sieht das Ergebnis solch gelenkter Berichterstattung dort, wo nach Angaben unserer Leitmedien die »Bereicherung« enorm sein müsste, weil dort ganz viele Migranten hingezogen sind. In Stadtteilen wie Duisburg-Marxloh, wo Zuwanderer angeblich vor allem eine »Bereicherung« sind, fordern Politiker wie der Bezirksbürgermeister Uwe Heider (SPD) jetzt vor allem eines: mehr Geld.<sup>112</sup> [> Hinweis](#) »Flüchtlinge sind Bereicherung« titelte die Tageszeitung *Die Welt* noch vor wenigen Monaten.<sup>113</sup> [> Hinweis](#) Auch im schwäbischen Bad Wurzach lautete die Schlagzeile, Flüchtlinge seien eine »Bereicherung«.<sup>114</sup> [> Hinweis](#) Nicht anders war es in Fulda<sup>115</sup> [> Hinweis](#) und im Kreis Oldenburg<sup>116</sup> [> Hinweis](#). Bundesweit wurde den Bürgern Tag für Tag eingehämmert, wie wertvoll die neuen Mitbürger für uns sein werden. Unentwegt wurden Umfragen verbreitet, nach denen die Mehrheit der Deutschen die Massenzuwanderung von Orientalen und Afrikanern begrüßte.<sup>117</sup> [> Hinweis](#) Und Politiker wie Angela Merkel versprachen, es werde »definitiv« keine Steuererhöhungen wegen der Asylbewerber geben.<sup>118</sup> [> Hinweis](#) Es war eine perfekte Inszenierung – und es war eine perfekte Symbiose von Macht und Medien. In dem durch pausenlose Indoktrination erzeugten Freudentaumel begrüßten dann viele Deutsche die Massenzuwanderung, schalteten ihren Verstand aus, winkten an Bahnhöfen und schwenkten Fähnchen an Bushaltestellen. Schließlich gab es an jeder Ecke Überschriften in den großen Zeitungen, denen zufolge die Menschen Tausende Kilometer zu Fuß zu uns gelaufen waren, »um Deutschland zu

bereichern«. <sup>119</sup> > Hinweis Die mediale Gehirnwäsche hätte Propagandisten vom Schlage eines Josef Goebbels sicher vor Neid erblassen lassen. Denn viele Deutsche waren wegen der großen Zahl dieser auf den ersten Blick durchaus seriös erscheinenden Medienberichte wirklich für einen Moment davon überzeugt, dass nun irgendwann die angekündigte »Bereicherung« kommen werde.

Inzwischen ist die Katze aus dem Sack, und die mediale Ente ist enttarnt: Asylbewerber werden uns alle nun viele Hundert Milliarden Euro kosten. <sup>120</sup>

> Hinweis Die Kommunen ächzen unter der extremen finanziellen Belastung und wissen nicht mehr, woher sie das Geld nehmen sollen. <sup>121</sup> > Hinweis

Gestritten wird nicht mehr um die Verteilung der erwarteten Bereicherung, sondern um die Belastungen, die plötzlich keiner tragen will. <sup>122</sup> > Hinweis

Und das, was gestern noch von der Kanzlerin laut Medienberichten »definitiv« ausgeschlossen wurde – Steuererhöhungen –, wird nun flächendeckend vorbereitet. <sup>123</sup> > Hinweis

Der Städte- und Gemeindebund fordert nunmehr einen »Flüchtlings-Soli«. <sup>124</sup> > Hinweis Um die hohen Kosten der medizinischen Versorgung von Asylbewerbern zu bestreiten, greift der Gesundheitsminister derweil in den Reservetopf der gesetzlich Versicherten. <sup>125</sup> > Hinweis

Das, was unsere Leitmedien uns als »Bereicherung« angepriesen haben, erweist sich also als gigantisches Verlustgeschäft, das uns nicht nur horrenden Kosten, sondern auch noch steigende Kriminalität und einen immer größeren Riss, der durch die Gesellschaft geht, beschert. Verstehen kann man das alles nur, wenn man einige Hintergründe kennt.

Unsere Leitmedien helfen den Eliten schon seit Jahren als willfährige Lakaien der Macht nach Kräften dabei, die alpträumerhaften Zustände schönzuschreiben. Das alles beginnt schon bei der Wortwahl, die wir in Zeitungen, im Fernsehen und im Radio finden. Das große Ziel jeder amtlichen Propaganda ist es ja, komplexe Sachverhalte sprachlich so zu vereinfachen, dass es keine objektive Differenzierung mehr gibt. Nicht Sachlichkeit und Ausgewogenheit sind Ziel der öffentlichen Kommunikation, sondern im Gegenteil eine möglichst tendenziöse, schlagwortartige Redeweise: Im Idealfall sollen sich in der Alltagssprache der Bürger Wortwahl und Gedankengut der Regierung exakt widerspiegeln. Ein Beispiel für das vorsätzliche pausenlose gezielte Abwerten ist das der AfD von den Leitmedien immer vorangestellte »rechtspopulistisch«. Früher nannte man das eine Vorverurteilung. Das Wort gilt – zumindest im heutigen

Sprachgebrauch – als tendenziös und abwertend. So verfährt man aber nur mit konservativen Gegnern der Regierung. Die Partei Die Linke muss nicht befürchten, dass man sie in den Medien ständig als »linkspopulistisch« brandmarkt.

Andere Beispiele für die flächendeckende Übernahme von Begriffen, die Medien von der Politik vorgegeben werden, sind die Wörter »Flüchtling« und »Einwanderer«. Bei ihnen handelt es sich um eine bewusste propagandistische Verzerrung der Gegebenheiten durch die Regierung: Die Deutschen sollen fälschlicherweise glauben, es handele sich bei jenen, die in Massen zu uns kommen, durchweg um »echte Flüchtlinge«. Das alles geschieht nur, weil die Bürger sonst vermutlich nicht bereit wären, ihre Steuern für eine Menschengruppe abzugeben, die in Wahrheit mehrheitlich aus rein wirtschaftlich-materiellen Gründen zu uns kommt. Diesen aufwertenden Kunstgriff in der Propagandasprache beobachten wir auch beim Begriff »Einwanderer«. Das Wort ersetzte nach der Masseneinbürgerung von Gastarbeitern durch Kanzler Schröder (1998) etwa um die Jahrtausendwende das in der amtlichen Propaganda zuvor übliche und sachlich deutlich angemessenere »Gastarbeiter«.

Es ist aber nicht nur geregelt, mit welchen Worten uns Menschengruppen psychologisch geschickt sympathisch (»Flüchtling«) oder unsympathisch (»Rechtspopulist«) gemacht werden sollen, sondern auch, ob man überhaupt über sie berichtet. Denn wenn diese »Einwanderer« und »Flüchtlinge« sich dann so benehmen, wie sie es aus ihren Heimatländern gewohnt sind, blenden unsere Medien das einfach aus und unterschlagen Teile von Informationen, die für uns Bürger wichtig sind, wenn wir uns wahrhaftig und neutral informieren wollen. Leitmedien tun das, weil sie keine »Ausländerfeindlichkeit« schüren wollen. Man enthält uns trottelligen Bürgern, die erzogen werden müssen, die Wahrheit dann lieber einfach vor. Dazu ein Beispiel: In Hameln wollte ein Tankstellenräuber aus dem Gericht fliehen und stürzte zu Tode. Daraufhin bestellte die Großfamilie per Mobiltelefon weitere Mitglieder an den Ort des Geschehens, auch aus anderen Bundesländern, randalierte vor Gericht und vor der Klinik, bewarf Polizisten mit Pflastersteinen – 14 wurden verletzt – und zertrümmerte den Eingangsbereich der Klinik. Schon vorher hatte der Bruder des zugewanderten Kriminellen versucht, den Angeklagten aus dem Polizeiauto zu befreien. Leitmedien wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* verschwiegen die Nationalität der Kriminellen: Libanesen. <sup>126</sup> > Hinweis

Es wundert mich nicht, dass viele Medien im Interesse der Mächtigen die Nationalitäten von Kriminellen häufig verschweigen. Schließlich gibt es ja offizielle Vorgaben, die Statistiken zu frisieren. Auch dazu ein Beispiel: Ingolf Mager, heute Chef des Landeskriminalamtes (LKA) Mecklenburg-Vorpommern, soll einem Untergebenen Höchstquoten für Straftaten in der Statistik vorgeschrieben haben. Zusammen mit einem Vorgänger hatte er den führenden Polizeistatistiker des LKA dazu aufgefordert, Höchstgrenzen in den Statistiken nicht zu überschreiten. Als der Statistiker das ablehnte und an die Öffentlichkeit ging, wurde er strafversetzt.<sup>127</sup> > Hinweis Nicht anders in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover. Dort berichtete ein LKA-Beamter darüber, wie die Polizei die Flüchtlingskriminalität herunterspielen muss – für den »zivilen Frieden«. Er sagte, dass beispielsweise Angriffe in Flüchtlingsunterkünften verniedlicht werden: »Es wird nicht gelogen, nichts vertuscht, aber es werden ganz bewusst Dinge weggelassen.« Er fuhr fort: »Es gibt Anweisungen, unseren Interpretationsspielraum so zu nutzen, damit der zivile Frieden gewahrt bleibt.«<sup>128</sup> > Hinweis

Man sollte diese üble Propaganda nicht öffentlich hinterfragen. Wer das dennoch tut, ist »böse«. Doch warum berichteten deutsche Journalisten so extrem einseitig und positiv über die Massenzuwanderung aus dem Orient und aus Nordafrika? Weshalb sprechen sie nicht über die Ausländerkriminalität? Warum lügen sie uns die verheerenden Zustände schön? Um das zu verstehen, muss man auch hier die Hintergründe kennen.



## Kapitel II

### Gekaufte Journalisten – die Fortsetzung

*Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die dargelegte Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen eine journalistische »Beißhemmung« entwickelt zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt. Alle in diesem Buch genannten Organisationen bestreiten, Lobbyorganisationen zu sein und/oder Journalisten und/oder die öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Sie bestreiten zudem Kontakte zu Geheimdiensten.*

### Die Nähe der Journalisten zur Sozialindustrie

Unsere Medien nennen alle Migranten aus dem Orient und aus Nordafrika seit geraumer Zeit nur noch »Flüchtlinge«. Menschen, die Sozialsysteme ausnutzen wollen, existieren bei ihnen nicht. Das alles ist kein Zufall. Bei vielen Journalisten ist die Nähe zur Sozialindustrie nämlich ziemlich ausgeprägt. Es gibt eine Symbiose von vorgeblichen sozialen »Rettern« und Medien. Letztere brauchen Schlagzeilen, die bewegen, möglichst ständig aus einer anderen Perspektive. Je dramatischer die Berichte über die Not von »Flüchtlingen«, umso höher Quote und Auflage der Medien. Berichte über Flüchtlingsströme und eine angeblich rührige Sozial- und Betreuungsindustrie sind, aus dieser Perspektive betrachtet, in der Realität nichts anderes als eine kostenlose Werbung für unsere Sozialindustrie. Oft blenden die öffentlich-rechtlichen Sender bei solchen Reportagen gleich auch noch die Kontonummern der Asylindustrie ein. Der verstorbene DRK-Notarzt Richard Munz hat das alles in seinem Buch *Im Zentrum der Katastrophe* ausgiebig beklagt.

Die Asyl-, Integrations- und Migrationsindustrie hat eine kaum noch zu zählende Bandbreite von Publikationen, in denen den Mitarbeitern und Helfern des Systems eingeredet wird, wie nützlich und produktiv und wichtig sie angeblich für unsere Gesellschaft seien. Es gibt viele Zeitschriften, die Migration fördern. Die Bandbreite reicht von Fachzeitschriften, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge herausgegeben werden (die Journalisten werden dafür also aus Steuergeldern bezahlt) <sup>129</sup> [> Hinweis](#) , über das *Asylmagazin* <sup>130</sup> [> Hinweis](#) , *Migration und soziale Arbeit* <sup>131</sup> [> Hinweis](#) , *Grenzwertig – Zeitschrift für Migration und Menschenrechte* <sup>132</sup> [> Hinweis](#) , *Global – Zeitschrift für Migration und Gesellschaft* <sup>133</sup> [> Hinweis](#) bis hin zum *MiGAZIN* <sup>134</sup> [> Hinweis](#) und der *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* <sup>135</sup> [> Hinweis](#) . Hinzu kommen die ganzen Zeitschriften der Sozialverbände und ihre Sonderausgaben für Asylhelfer. Häufig werden die dafür notwendigen neuen Artikel ausgerechnet von jenen Journalisten geschrieben, die ansonsten mehr schlecht als recht mit Zeilengeld in den Leitmedien durchgefüttert werden. Für die meisten Zeitschriften der Asylindustrie dürfen Journalisten natürlich nur schreiben, wenn sie systemerhaltend in die Tasten greifen. Im Klartext: Jene, die in Leitmedien unter der geistigen Vorgabe »Flüchtling, Flüchtling über alles ...« schreiben, haben ein Zusatzeinkommen in der ständig wachsenden Medienwelt der Migrationsindustrie.

Schauen wir uns einmal an, welcher Art Artikel sind, die in den Migrationsmedien erscheinen. Ein Beispiel: Im *MiGAZIN* wurde 2015 ein Interview mit NRW-Sozialminister Guntram Schneider (SPD) publiziert, Überschrift: »Wir dürfen nicht unterscheiden zwischen guter und schlechter Einwanderung.« <sup>136</sup> [> Hinweis](#) Was nicht in dem Artikel stand: Der auf den ersten Blick so rührige SPD-Minister Guntram Schneider ist Mitglied der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Das gibt er selbst auf seiner Homepage an. <sup>137</sup> [> Hinweis](#) Diese sozialistische, SPD-nahe AWO betreut nun einmal seit Jahren Flüchtlinge und unterhält sogar Flüchtlingsheime. Es gibt Kritiker, die darüber sprechen, dass und wie die SPD-nahe AWO am Geschäft mit den Flüchtlingen verdient. <sup>138</sup> [> Hinweis](#) Man muss die Zusammenhänge einfach kennen, dann kann man auch die Interessen und Ziele bestimmter Strukturen nachvollziehen. Kein Wort davon natürlich im Propagandastück mit dem Titel »Wir dürfen nicht unterscheiden zwischen guter und schlechter Einwanderung« <sup>139</sup> [> Hinweis](#) , das aus meiner subjektiven Sicht ein reines Werbestück für die Interessen des Herrn Ministers und seiner Klientel ist.

Wer weiß, dass SPD-Mann Schneider AWO-Mitglied ist, einer Organisation, die von Flüchtlingen profitiert (weil diese ihre Arbeit sichern), der liest das Interview aus einer ganz anderen Perspektive. Man kann das mit diesem Hintergrundwissen eben auch so sehen: Da macht einer Stimmung für seinen Verein. Der Artikel stammt von Ingo Lehnick, der Mitarbeiter der flüchtlingsfreundlichen evangelischen Nachrichtenagentur epd West ist. <sup>140</sup>

> Hinweis Alles klar? Die epd besitzt schließlich einen eigenen Fachdienst für Sozialarbeit (epd sozial). <sup>141</sup> > Hinweis Es handelt sich dabei um einen Fachdienst für die Sozialbranche, der Artikel unters Volk bringt wie »Die guten Seelen der Flüchtlingsarbeit« <sup>142</sup> > Hinweis .

Man erkennt bereits an dieser Stelle: Das ganze System stützt sich selbst. Oder glauben Sie etwa, dass in Migrationszeitschriften kritische Stimmen eine Chance haben? Stellen Sie sich einmal vor, Ingo Lehnick hätte SPD-Minister Guntram Schneider zu den Vorwürfen befragt, wonach seine AWO vom Flüchtlingsgeschäft »profitiere«. Stattdessen wirkt die ganze deutsche Berichterstattung zum Flüchtlingsthema wohl nicht nur auf mich wie gleichgeschaltet.

## Journalistenpreise für rührige Asylreportagen

Die Krönung: Journalisten, die besonders gut auf die Tränendrüse drücken, werden vom System prämiert. Allein die AWO Mittelrhein gab 2015 immerhin 5000 Euro dafür aus. <sup>143</sup> > Hinweis Ein Jahr zuvor prämierte die Arbeiterwohlfahrt beispielsweise einen Bericht über eine syrische Flüchtlingsfamilie im *Kölner Stadt-Anzeiger*. <sup>144</sup> > Hinweis Natürlich gibt es auch von der Caritas Journalistenpreise für herzerweichende Geschichten. <sup>145</sup> > Hinweis Einen davon bekam im Jahre 2015 etwa die *Badische Zeitung* für das »Projekt Asyl«. <sup>146</sup> > Hinweis Selbstverständlich besitzt auch die Diakonie ein Füllhorn von Journalistenpreisen für Berichte, die ihre Anliegen vorantreiben. <sup>147</sup> > Hinweis Zudem existiert ein »Deutscher Sozialpreis«, der in der Eigenwerbung wie folgt dargestellt wird:

»Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), deren Mitglied der Deutsche Caritasverband ist, verleiht seit 1971 jährlich den ›Deutschen Sozialpreis‹ für herausragende Arbeiten zu sozialen Themen. Dabei steht die Wirkung auf das gesellschaftliche Bewusstsein im

Mittelpunkt. Ausgezeichnet werden Beiträge in den Sparten Print, Hörfunk und Fernsehen, die sich mit den besonderen Situationen oder Problemen notleidender oder sozial benachteiligter Menschen in Deutschland auseinandersetzen. Der Preis ist mit insgesamt 15000 Euro dotiert und gehört zu den 40 wichtigsten Journalistenpreisen in Deutschland.«<sup>148</sup>

> Hinweis

Es existieren auch der »DRK Medienpreis«, der »Journalistenpreis Integration« und mehrere Dutzend andere Auszeichnungen für jene, die der Sozial- oder Asylindustrie in den Medien nach dem Munde schreiben. Oder können Sie sich vorstellen, dass die Sozialindustrie Tausende Euro für einen Journalistenpreis vergibt, wenn der Berichterstatter eine Reportage veröffentlicht unter der Überschrift »Schon wieder Rauschgift-Razzia im AWO-Flüchtlingsheim«? Oder »Kakerlakenplage im AWO-Asylantenheim«? (Wie es sie in Bernburg tatsächlich bei der AWO gab.<sup>149</sup> > Hinweis )

Es gibt auch die begehrten DRK-Medienpreise, überreicht in Gegenwart von Maybrit Illner.<sup>150</sup> > Hinweis Einen davon erhielten im Jahre 2014 Journalisten, die einen Film für den NDR produziert hatten. Ihr Verdienst? Ein 45 Minuten langer Bericht über Vadim K. – der wurde nach Lettland abgeschoben und nahm sich dort das Leben.<sup>151</sup> > Hinweis Die Journalisten Carsten Rau und Hauke Wendler wurden für die Tränendrüsen-geschichte prämiert.<sup>152</sup> > Hinweis Solcherart Berichterstattung gefällt der Sozialindustrie, denn je weniger Menschen abgeschoben werden, umso größer ist ihre Klientel – von Umsatz und Gewinn einmal ganz zu schweigen. Schauen wir uns doch einmal an, was beziehungsweise wen die Caritas mit einem Journalistenpreis so prämiert. Dazu das Zitat von der Homepage des SWR, der sich über einen solchen Preis offenkundig auch noch freut:

»Was uns am Leben hält« erzählt die Geschichte von drei alt gewordenen ›Gastarbeitern‹ aus Griechenland, Italien und der Türkei, die sich gemeinsam nach einem Platz in einem deutschen Altenheim umschauchen. Die Jury in ihrer Begründung: ›Alten- und Pflegeeinrichtungen haben Migranten mit ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen vielfach noch gar nicht im Blick. In ihrer Reportage greift Susanne Babila ein gesellschaftlich bislang kaum beachtetes Thema auf und rückt es unterhaltsam, ohne erhobenen Zeigefinger, in die Öffentlichkeit.« (...) Susanne Babila arbeitet als Feature-Autorin und Dokumentarfilmerin für den SWR und andere ARD-Anstalten. Sie produziert vor allem Sozialbeiträge für Hörfunk und Fernsehen aus den Bereichen Migration und Asyl, zudem entstanden

Reportagen über Europa, Lateinamerika und Afrika.«<sup>153</sup> > Hinweis

Die Preisträgerin produziert also »vor allem Sozialbeiträge für Hörfunk und Fernsehen aus den Bereichen Migration und Asyl«. Ist nun alles klar? Ich persönlich finde das Ganze mehr als anrühlich. Auf mich wirkt es, als ob solche Journalisten so im System der Sozialindustrie für Propaganda geschmiert werden.

Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (dazu gehören etwa die Caritas, das Deutsche Rote Kreuz [DRK] und die Diakonie) hat unter anderem in den vergangenen Jahren folgende Journalisten ausgezeichnet, die kräftig auf die soziale Tränendrüse drückten:<sup>154</sup> > Hinweis

Jahr	Medium	Preisträger(in)	Titel
2013	Fernsehen	Pia-Luisa Lenz, Christian von Brockhausen, NDR Fernsehen	»Hudekamp – Ein Heimatfilm«
	Hörfunk	Marie von Kuck, Deutschlandfunk	»Der Mut der Mücke. Lebensstrategien Alleinerziehender«
	Print	Michaela Kölbl, <i>Waiblinger Kreiszeitung</i>	»Auf der Suche nach Heimat«
2012	Fernsehen	Christel Sperlich, rbb (Fernsehen)	»Hungerlohn trotz Vollzeitjob«
	Hörfunk	Gabriele Stötzer, MDR FIGARO	»Frauenzuchthaus Hoheneck – Demütigung, Willkür, Verrat«
	Print	Anita Blasberg, Christian Denso, Die Zeit	»Unter Menschen«
2011	Fernsehen	Gudrun Thoma, Sebastian Schütz, WDR (Fernsehen)	»Verarmt, verstorben, verscharrt – Wenn der Tod zu teuer ist«
	Hörfunk	Charly Kowalczyk, DLR Kultur/NDR	»Angelika. Annäherung an ein Kinderleben«
	Print	Jörg Eigendorf, Marc Neller, Uwe Müller, Lucas Wiegelmann, Welt am	»Die Wegwerfmädchen«

Sonntag

2010	Fernsehen	Heidi Umbreit, Bernd Umbreit, WDR (Fernsehen)	»Menschen hautnah: ›Hallo Jule, ich lebe noch‹«
	Hörfunk	Inge Braun, Helmut Huber, DLR Kultur/NDR/rbb	»Werd ich mit Singen deutsch?«
	Print	Henning Sußebach, <i>Die Zeit</i>	»Die Opokus von nebenan«
	Sonderpreis Fernsehen	Daniel Pontzen, ZDF.reporter	»Tagelöhner – Deutschlands letzter Arbeitsmarkt«
	Sonderpreis Print	Anna Kistner, <i>Süddeutsche Zeitung</i>	»Sie kennen kein Heimweh«
2009	Fernsehen	Simone Grabs, ZDF/KI.KA	»Moritz: Wäre cool, wenn sie ein Engel wird ...«
	Hörfunk	Tom Schimmeck, NDR Info	»Koma-Kicks. Erkundungen unter jungen Kampftrinkern«
	Print	Anita Blasberg, Marian Blasberg, <i>Die Zeit</i>	»Die verhinderten Retter vom Jugendamt«
2008	Fernsehen	Ute Hilgefert, ARD/WDR	»Wenn Mutti säuft«
	Hörfunk	Reinhard Schneider, RBB/DLR/WDR	»Der Abstieg – Ein Facharbeiter auf dem Weg nach unten«
	Print	Marion Mück-Raab, Wolfgang Stuppert, <i>Der Tagesspiegel</i>	»Der Tod als Waffe«

Gut im Geschäft sind auch jene, die den »CIVIS Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt in Europa« bekommen. <sup>155</sup> › Hinweis Die ARD, vertreten durch den WDR, und die Freudenberg Stiftung (des Automobilzulieferers) stehen hinter dem Preis. Auf der Homepage heißt es:

»Die gemeinnützige Stiftung ist von Köln aus national und international aktiv. CIVIS – unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments. Der CIVIS Medienpreis wird seit über zwei Jahrzehnten von der Arbeitsgemeinschaft der Landesrundfunkanstalten in Deutschland (ARD),

vertreten durch den Westdeutschen Rundfunk (WDR), gemeinsam mit der Freudenberg Stiftung ausgeschrieben. Der Österreichische Rundfunk, die SRG SSR, die Deutsche Welle, RTV Slovenia, das ZDF, das Deutschlandradio, der deutsch-französische Kulturkanal ARTE, 3sat, Phoenix und die Europäische Rundfunkunion (EBU) sind Medienpartner. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, die Beauftragte der deutschen Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, die WDR mediagroup, die Bavaria Film, die Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten und die Allianz Deutscher Produzenten sind Kooperationspartner. Der CIVIS Medienpreis wird von der CIVIS Medienstiftung veranstaltet.«

Erwarten Sie hier etwa kritische Berichte? Ich nicht. Da werden schaurige Fluchtgeschichten oder Schicksale von Asylbewerbern und Illegalen prämiert. Je herzerweichender, umso preisverdächtiger – so mein Eindruck. 2015 bekam etwa Lisa Weiß vom Bayerischen Rundfunk den CIVIS-Radiopreis für ihre Geschichte »Den ganzen Weg nur Todesangst. Geschichte einer Flucht nach Europa«. <sup>156</sup> > Hinweis

Man könnte es auch so sehen: Die ARD, die ja hinter solchen Preisen steht, hat als mit unseren Zwangsgebühren finanzierter Staatssender einmal wieder einen eigenen Mitarbeiter prämiert. Kooperationspartner des CIVIS-Preises – wie die Beauftragte der deutschen Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – wird das freuen. Auf mich wirken die CIVIS-Preisträger subjektiv häufig wie gekaufte Journalisten. Jedenfalls habe ich keinen Preisträger finden können, der dafür ausgezeichnet wurde, dass er über von Asylbewerbern eingeschleppte Krankheiten, Kriminalität unter »Flüchtlingen«, die Integrationsverweigerung zugewanderter »Großfamilien«, die Vergewaltigung von Frauen und Kindern oder die Übernahme ganzer Stadtviertel und »No-go-Areas« als Folge der gescheiterten Integrationspolitik berichtet hätte. Oder über die horrenden Folgekosten für die deutschen Steuerzahler.

Die CIVIS-Preise sollen aus meiner Sicht Journalisten dazu ermuntern, auch weiterhin eine offenkundig gescheiterte Politik in allen Facetten mit Tränendrüsen-Berichten zu loben. Dann werden sie prämiert. Ich kenne keinen Preis der Sozial-, Integrations- und Asylindustrie, bei dem das nicht so wäre.

Die Verzahnung von Sozialindustrie, Politik und Medien kann man gut am

Beispiel des Bündnisses deutscher Hilfsorganisationen unter dem wohlklingenden Namen »Aktion Deutschland Hilft« erkennen. Die Aktion verfolgt aus meiner Sicht vorrangig das Ziel, die Taschen der Bundesbürger noch weiter für Spenden zu öffnen. Im Selbstverständnis der Organisation steht natürlich die Hilfe für Menschen aus anderen Regionen im Vordergrund. Wir finden bei den Mitgliedern viele Konzerne der Sozialindustrie, etwa: die AWO, den Arbeiter-Samariter-Bund, die Malteser, die Johanniter, World Vision, Care und natürlich auch den Paritätischen Wohlfahrtsverband. <sup>157</sup>

> Hinweis Schauen Sie sich zunächst einmal an, wer dort aus den Reihen von Politik und Medien vertreten ist. In der Selbstdarstellung heißt es: <sup>158</sup>

> Hinweis

»Aktion Deutschland Hilft, das Bündnis deutscher Hilfsorganisationen, hat für sein Kuratorium weitere sechs renommierte Persönlichkeiten aus Politik, Medien und Wirtschaft gewinnen können. Vorsitzender des Kuratoriums ist Außenminister a. D. Dr. Frank-Walter Steinmeier. Anlässlich der Sitzung des Gremiums am 24. Mai in Berlin unter der Leitung von Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der BDA, wurden als neue Mitglieder begrüßt (in alphabetischer Reihenfolge):

- Enno Bernzen, Vorstand Vertrieb & Public Affairs dapd media holding AG
- Michael Brand, MdB CDU/CSU, stellv. Vorsitzender Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
- Marianne Dölz, Geschäftsführerin Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG
- Birgit Klesper, Leiterin Kommunikation Deutschland und Corporate Responsibility Deutsche Telekom AG
- Heribert Röhrig, Inhaber der Agentur »helpBOX – Engagement-Konzepte«, freiberufliche Beratung gemeinnütziger Organisationen, ehem. Vorsitzender Aktion Deutschland Hilft
- Dagmar Wöhrl, MdB/CSU, Vorsitzende Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Somit besteht das Kuratorium derzeit aus insgesamt 21 Mitgliedern aus allen gesellschaftlich relevanten Bereichen. Neben den genannten neuen Mitgliedern engagieren sich folgende Persönlichkeiten im



## Kuratorium von Aktion Deutschland Hilft:

- Dr. Frank-Walter Steinmeier (Vorsitzender/Außenminister)
- MdB a.D. Ruprecht Polenz (stv. Vorsitzender/ZDF-Fernsehrat)
- MdB Volker Beck
- Peter Clever (Mitglied der Hauptgeschäftsführung der BDA)
- Heinz-Hermann Herbers (Geschäftsbereichsleiter Vertrieb BRIEF Öffentlicher Sektor Deutsche Post AG)
- Ingrid Hofmann (Geschäftsführerin der I.K. Hofmann GmbH Nürnberg)
- Dr. h.c. Renate Jaeger (Schlichterin [Ombudsperson] der Deutschen Rechtsanwaltschaft und ehemalige Richterin des EGMR/Bundesverfassungsrichterin a.D.)
- MdB a.D. Dr. h.c. Jürgen Koppelin
- Univ.-Prof. Dr. Dieter Lenzen (Präsident der Universität Hamburg)
- MdB a.D. Kerstin Müller
- Dr. h.c. Fritz Pleitgen (ehem. WDR-Intendant, ehem. Geschäftsführer der Ruhr 2010 GmbH)
- Regine Sixt (Unternehmerin, Gründerin Kinderhilfe)
- Michael Sommer (DGB-Vorsitzender)
- MdB Christoph Strässer

Diese Spendenmaschine vergibt inzwischen auch Journalistenpreise, erstmals geschah dies im Mai 2016. Schirmherr des »Journalistenpreises Humanitäre Hilfe« ist der SPD-Politiker Christoph Strässer, der so vorgestellt wird: <sup>159</sup>

> Hinweis

»Der Schirmherr des Journalistenwettbewerbs, Christoph Strässer, ist seit 2014 Beauftragter für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung. Er ist außerdem langjähriges Mitglied des Kuratoriums von Aktion Deutschland Hilft. Im Bundestag engagierte sich Christoph Strässer im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Er war bis 2014 Sprecher der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion. Von 2010–2014 war er außerdem stellvertretender Delegationsleiter der

deutschen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Den Gesprächskreis Afrika der SPD-Bundestagsfraktion leitet er nunmehr seit dem Jahr 2010.«

In der Jury, die die Preisträger für die Organisation auswählt, sitzt Jörg Sadrozinski, Leiter und Geschäftsführer der Deutschen Journalistenschule. Über ihn lässt uns Aktion Deutschland Hilft wissen: <sup>160</sup> [> Hinweis](#)

Jörg Sadrozinski, geb. 1964, leitet seit Juli 2011 die Deutsche Journalistenschule in München. Zuvor war er Redaktionsleiter von *tagesschau.de* und Mitglied der Chefredaktion von ARD aktuell, der zentralen Nachrichtenredaktion des Ersten in Hamburg. Jörg Sadrozinski studierte Diplom-Journalistik in München und wurde dort an der Deutschen Journalistenschule zum Redakteur ausgebildet. Während und nach dem Studium arbeitete er für die *Süddeutsche Zeitung*, dpa und den Bayerischen Rundfunk.«

Zur Jury gehören ebenfalls die SWR-Mitarbeiterin Marion Dilg, die Geschäftsführerin von Aktion Deutschland Hilft, Manuela Roßbach, und der ehemalige Caritas-Manager Jürgen Lieser. Und was müssen jene Journalisten können, die den Preis erhalten werden? Das liest sich dann so: <sup>161</sup> [> Hinweis](#)

»Die Berichterstattung von Medien über Humanitäre Krisen weltweit ist ein wichtiger Faktor der Humanitären Hilfe geworden. Fehlt die Berichterstattung über die Lage der Menschen in weltweiten Notlagen, fehlen die Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit und in dem Zusammenhang auch Spendengelder, die dringend benötigt werden, um Hilfe leisten zu können. Vor diesem Hintergrund veranstaltet Aktion Deutschland Hilft mit der Unterstützung des Auswärtigen Amtes einen Wettbewerb für Nachwuchsjournalisten/-innen. Ziel ist es, neue Wege der medialen Berichterstattung zu entwickeln, um eine größtmögliche Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit herzustellen.«

Man kann das hier Formulierte auch viel deutlicher sagen: Wer ganz im Sinne der Sozialkonzerne schreibt, der wird von der Sozialindustrie prämiert. Auch das Auswärtige Amt fördert es, wenn man ganz im Sinne der Politischen Korrektheit in die Tasten greift. Dazu gehört vor allem auch eine positive Darstellung in Bezug auf die Islamisierung Europas.

Wohin das letztlich führt, sieht man gut am Beispiel der Aktion Deutschland Hilft. Einer ihrer bevorzugten Bündnispartner ist die Organisation Islamic Relief Deutschland e. V. <sup>162</sup> [> Hinweis](#) Diese ist nach eigenen Angaben der

deutsche Ableger der 1984 in Großbritannien von Hany al-Banna gegründeten Islamic Relief Organisation. <sup>163</sup> [> Hinweis](#) Die britische Mutterorganisation Islamic Relief steht mit ihrem weltweit verzweigten Netzwerk im Verdacht, islamistische Terrorgruppen zu unterstützen: Die vielen verschachtelten Ableger und Einzelorganisationen aus dem Umfeld sollen dabei, so das Gatestone-Institut, als Tarnorganisationen dienen. <sup>164</sup> [> Hinweis](#) Der russische Geheimdienst bezichtigte Islamic Relief in der Vergangenheit, tschetschenische Islamisten zu unterstützen. <sup>165</sup> [> Hinweis](#) Und Israel sieht Islamic Relief als Unterstützer der von der radikalislamistischen Muslimbruderschaft gegründeten Terrorgruppe Hamas. <sup>166</sup> [> Hinweis](#) Die in Berlin erscheinende Zeitung B.Z. berichtete über eine Werbekampagne von Islamic Relief in Berlin unter der Überschrift »Hamas-Unterstützer werben in der Berliner U-Bahn«. <sup>167</sup> [> Hinweis](#)

Islamic Relief selbst bestreitet alle Vorwürfe und präsentiert sich als liebreizende karitative Einrichtung. Gutmenschen glauben so etwas gern. Man kann das allerdings auch anders sehen: Die Londoner Großbank HSBC, eine der weltweit größten Banken, kündigte 2016 nach Angaben der *International Business Times* an, alle Beziehungen zu Islamic Relief abzubrechen <sup>168</sup> [> Hinweis](#) – und zwar wegen des Verdachts der Terrorunterstützung. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate haben die angebliche Hilfsorganisation inzwischen auf die Liste der verbotenen Organisationen gesetzt. Ebenfalls wegen des Terrorverdachts. Ich habe in den vergangenen Jahren mehrfach in meinen Sachbüchern über dieses internationale obskure Umfeld von Islamic Relief und die Hintermänner aus den Reihen der radikalislamistischen Muslimbruderschaft geschrieben. Islamic Relief hatte zumindest in der Vergangenheit Kooperationspartner aus dem Terrorumfeld, für Syrien etwa die angebliche Hilfsorganisation IHH, deren deutscher Ableger wegen radikalislamistischer Umtriebe verboten wurde. <sup>169</sup> [> Hinweis](#) Inzwischen wurden die Links, die das belegen, im Internet gelöscht. <sup>170</sup> [> Hinweis](#) Aber das Internet vergisst nichts, es gibt noch Screenshots davon, die die frühere Zusammenarbeit belegen. <sup>171</sup> [> Hinweis](#)

Auch in den Niederlanden ist die IHH verboten, weil die Organisation anstelle von karitativer Hilfe Waffen unter anderem zu Islamisten nach Syrien schmuggelte. Am Horn von Afrika arbeitet die IHH sogar mit den Radikalislamisten der Al-Shabaab-Milizen zusammen. <sup>172</sup> [> Hinweis](#)

Kein Mensch kann heute mehr behaupten, es gäbe keine Informationen

über das Umfeld solcher Organisationen. In der deutschen Sozialindustrie und bei deutschen Auftragsschreibern will man sich dazu offenkundig nicht informieren. Da kämpft man lieber gegen rechts. Man erkennt daran gut, welche Naivmenschen in Deutschland in Redaktionsstuben und in der Sozialindustrie sitzen. Freilich auch in der Politik: Schließlich ist der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) Kuratoriumsvorsitzender von Aktion Deutschland Hilft und wirbt damit auch für die zu diesem Netzwerk gehörenden Organisationen wie Islamic Relief. <sup>173</sup> [> Hinweis](#)

Am Ende schließt sich auch im Umfeld der Sozialindustrie der Kreis: Politiker sitzen entweder in den Vorständen dieser Sozialindustrie, sind nebenberuflich Manager im Asylgeschäft oder Schirmherren und Botschafter der mit obskuren islamischen Organisationen verbandelten Hilfsindustrie. Und mit Medienpreisen und Aufträgen geköderte Journalisten berichten, so meine Sicht der Dinge, politisch korrekt und wie gleichgeschaltet über die sozialen Probleme der vielen armen muslimischen »Flüchtlinge«, von denen jetzt alle irgendwie im Flüchtlingsheim Deutschland unterkommen sollen.

Oder sie werden gleich selbst Schirmherren von Initiativen, die Flüchtlingen in Deutschland aus sozialer Nächstenliebe helfen und sie zum Hierbleiben ermuntern. Wie etwa Heribert Prantl, einer der Chefs der *Süddeutschen Zeitung*. Prantl schreibt in seinem Blatt Artikelchen mit Überschriften wie »Wie die EU Flüchtlinge tötet« <sup>174</sup> [> Hinweis](#) und macht Stimmung dafür, dass wir unsere Grenzen noch weiter öffnen. Prantl, der sich in der *Süddeutschen Zeitung* für Asylbewerber und »Flüchtlinge« einsetzt und in Massen »Flüchtlinge« in der EU ansiedeln will (»müssen in EU-Staaten angesiedelt werden« <sup>175</sup> [> Hinweis](#) ), ist zugleich auch Schirmherr der Refugee Law Clinic Munich e. V. <sup>176</sup> [> Hinweis](#) Die gibt Asylanten kostenlose Rechtsberatung <sup>177</sup> [> Hinweis](#) , wie man aus dem deutschen Rechtsstaat das Maximum herausholen kann. Es gibt viele weitere Journalisten, die als »Schirmherren« oder »Botschafter« im Umfeld der Sozial- und Asylindustrie auftreten und sich dafür nicht einmal schämen.

Journalisten, die sich so perfekt in das System einfügen, können natürlich auch jederzeit den Job wechseln und in der Sozialindustrie anheuern. Etwa als Pressesprecher oder als Mitarbeiter der vielen hauseigenen Sozialzeitschriften, die bei der AWO etwa *Ansicht* oder *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit* (TuP) heißen. Manche Journalisten haben keine Skrupel, eine Zeit lang als Pressesprecher in der Sozialindustrie tätig zu sein und anschließend in die Kommunikationsabteilung einer Partei zu wechseln. Dort

werden sie dann letztlich mit Steuergeldern bezahlt – und haben ausgesorgt. Man muss nur immer schön politisch korrekt schreiben und darf das System nie kritisieren. Es gibt Suchmaschinen, mit deren Hilfe man leicht herausfinden kann, wer gerade von wo in welche Position im System wechselt. <sup>178</sup> > Hinweis

Die Sozial- und Asylindustrie expandiert derweilen und reibt sich die Hände, denn fast jeder im System verdient und profitiert. Das System kreist nur noch um sich selbst und feiert sich, während Kritik an ihm schlicht nicht mehr vorgesehen ist. Was wir Bürger denken, das interessiert die Profiteure nicht. Wir Bürger sind eher hinderlich, vor allem, wenn wir den Mund aufmachen. Wer das wagt, der wird von Politik, Medien und Sozialindustrie sofort als »rechtspopulistisch« an den Pranger gestellt.

Ehe ich es vergesse: Die Sozialindustrie finanziert über geschaltete Werbeanzeigen natürlich auch noch jene Medien mit, denen die Bürger wegen der einseitigen Propagandaarbeit jetzt immer öfter die Abos kündigen. Die Medienhäuser brauchen aus finanziellen Gründen die vielen Werbeanzeigen der Sozialindustrie. Denn die Zeitungshäuser sind inzwischen so pleite, dass die eigenen Journalisten dazu aufgefordert werden, gleich mehrere Abos zu bestellen, um die Auflagenstatistik der eigenen Publikationen noch irgendwie aufzuhübschen. <sup>179</sup> > Hinweis

Hinzu kommt: Ausgerechnet jene Journalisten, die über Flüchtlinge berichten, schreiben häufig für deutsche Gerichte in Asylverfahren auch noch Gutachten über die Länder, aus denen die Asylbewerber kommen. In Zeiten von Massenentlassungen in Medien verdient manch ein Journalist heute mehr Geld mit Gutachten über Flüchtlinge und deren Herkunftsländer als mit den von ihm veröffentlichten Berichten. Schließlich bekommt ein freier Journalist pro Zeile nur zwischen 80 Cent und einem Euro (durchschnittlich 1395 Euro brutto monatlich) und als Festangestellter durchschnittlich 2180 Euro brutto monatlich. <sup>180</sup> > Hinweis Und so wie Ärzte für Ausländerbehörden bei Abschiebungen für jeden einzelnen abgelehnten Asylbewerber ein Gutachten über dessen Reisefähigkeit erstellen müssen – und daran verdienen <sup>181</sup> > Hinweis – oder im Akkord als Zusatzeinkommen Gutachten über Posttraumatische Belastungsstörungen von Migranten anfertigen <sup>182</sup> > Hinweis , so schreiben jene Journalisten, die entweder auf Asylthemen spezialisiert sind oder sich mit den Herkunftsländern befassen, gern Gutachten für Ausländerbehörden oder Gerichte, die über Asylverfahren entscheiden. Es ist eines der großen Tabuthemen in deutschsprachigen

Medien. Es gibt keine Statistiken oder Erhebungen dazu. Ich kann das aber aus eigener Erfahrung gut dokumentieren: Ich war früher zuerst bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, später bei anderen Verlagen über Jahrzehnte hinweg vor allem für Afrika und den Nahen Osten zuständig und lebte auch lange als Kriegsberichterstatter in den dortigen Ländern. Schon nach wenigen Jahren Tätigkeit traten Behörden an mich heran und baten um Gutachten über die aktuelle Lage in den Herkunftsländern von Asylbewerbern aus Afrika und Nahost. Das wurde gut bezahlt.

Falls Sie also heute in den Medien rührige Geschichten über die armen Asylbewerber lesen oder hören, die nur noch im Flüchtlingsheim Deutschland eine Zukunft haben, dann denken Sie bitte immer daran, dass die interviewten Politiker ihren eigenen Gruppen die Pfründe sichern wollen und manch ein Journalist an solchen Artikeln möglicherweise auch noch gleich mehrfach verdient oder mit einem hoch dotierten »Journalistenpreis« geschmiert wurde. Asylbewerber sichern in Zeiten, in denen viele Journalisten am Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, die Einkommen. Also heizen immer mehr Journalisten zusammen mit Politikern bereitwillig jenen Druck an, der in der Öffentlichkeit die Herzen erweichen und die Türen für noch mehr »Flüchtlinge« öffnen soll.

Dazu nutzen manche gern auch frei erfundene Fluchtgeschichten. Manche Medien riechen den Braten und sind ehrlich, etwa die *Rheinische Post*. Diese schrieb 2015 in einem Bericht zu »Mohammeds Flucht von Ghana an den Niederrhein«: »Der Verdacht: Die Flüchtlinge erfinden Geschichten (...).«<sup>183</sup> > Hinweis Nicht alle Journalisten sind jedoch so aufrichtig. Der Senegalese Abdou Diouf erzählte spannende Horrorgeschichten von einer angeblich strapaziösen Flucht als »Bootsflüchtling«. Der Mann wirkte überzeugend, hatte mit seinem Smartphone verwackelte Fotos gemacht, die ihn mit Schweißtropfen auf der Stirn auf See zeigten. »Das war eine gefährliche Reise«, berichtete er. Viele Medien – etwa die *Huffington Post* – fielen auf den Betrüger herein.<sup>184</sup> > Hinweis Mit solchen Geschichten kann man schließlich Aufmerksamkeit erhaschen, so die Denkweise von Journalisten, also Quote und Auflage erhöhen. Die Geschichte des Asylanten Abdou Diouf wurde übrigens von einer spanischen Werbeagentur erfunden, die im Sommer 2015 mit den herzerreißenden Fotos des »Flüchtlings« ein Fotofestival promoten wollte.<sup>185</sup> > Hinweis

# Die Kaderschmieden der Hofnarrenschulen

So weit gekommen, müssen Sie als Leser jetzt nur noch kurz die Kaderschmieden im Hintergrund der Sozialindustrie kennenlernen. Denn das System benötigt ja vor allem journalistische Hofnarren, die die Sozial- und Asylindustrie unterstützen. Ganz vorn bei der Ausbildung solcher journalistischer Hofnarren dabei: das ifp. Wahrscheinlich haben Sie noch nie von diesem Institut gehört. Wer beispielsweise als Journalist im System schön weit nach oben gelangen will, der muss Interessen vertreten, brav im Strom mitschwimmen und politisch ganz auf Linie sein. Die Journalistenschule der Deutschen Bischofskonferenz, nebulös firmierend als »Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses« (ifp), ist eine solche Kaderschmiede mit klaren Eigeninteressen. Jedenfalls aus meiner Sicht. Oder sehen Sie etwa die Journalistenschule der Deutschen Bischofskonferenz als unparteiische und neutrale Einrichtung?

Zu den Absolventen dieser Kaderschmiede und Hofnarrenschule gehören Heribert Prantl (Mitglied der Chefredaktion und Ressortleiter Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*), der Flüchtlinge jetzt bei uns massenhaft ansiedeln will (»müssen in EU-Staaten angesiedelt werden«<sup>186</sup> [> Hinweis](#) ). Aus der ifp-Kaderschmiede kommt auch Bettina Schausten (Leiterin des ZDF-Hauptstadtstudios). Sie diskreditiert jene, die sich wegen der vielen Flüchtlinge Sorgen machen, als »Angstbürger«<sup>187</sup> [> Hinweis](#) und macht sie damit zu irrational Getriebenen, die anfällig für politisch nicht korrektes Gedankengut sind.

Joachim Frank (Chefredakteur der Tageszeitung *Frankfurter Rundschau* von 2009 bis 2011) war natürlich auch in der publizistischen Kaderschmiede der kirchlichen Sozialindustrie. Er gibt heute Stimmen Raum, die fordern, dass Armutsflüchtlinge nicht weniger als Hartz-IV-Empfänger bekommen sollten.<sup>188</sup> [> Hinweis](#) Dagmar Reim, bis Mitte 2016 Intendantin des RBB mit einem Jahresgehalt von mehr als 220000 Euro<sup>189</sup> [> Hinweis](#) , ist ebenfalls dabei. Weitere bekannte ifp-Kader sind: Claudia Nothelle (Programmdirektorin des rbb), Willi Steul (Intendant des Deutschlandradios), Wolfgang Büchner (ehemaliger Chefredakteur des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*), Michael Ebert (Chefredakteur der Zeitschrift *Neon*), Klaus Brinkbäumer (Chefredakteur des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*), Benjamin Bidder (Russland-Korrespondent des Online-Magazins *Spiegel Online*), Rommy Arndt (Moderatorin von n-tv) und Johannes Schießl

(ehemaliger Chefredakteur der *Münchner Kirchenzeitung*). Klaus Brinkbäumer ist übrigens jener *Spiegel* – Chef, der im Jahre 2015 eine *Spiegel* – Ausgabe mit sechs verschiedenen Covern erscheinen ließ, auf denen Asylbewerber abgebildet waren.<sup>190</sup> > Hinweis Dazu kamen tränenreiche Geschichten im Heft – die Sozial- und Asylindustrie wird sich gefreut haben.

Die beim ifp im Sinne der Sozialindustrie gelehrt Propagandatechniken scheinen aus meiner subjektiven Sicht auch Benedikt Peters und Thomas Gröbner zu beherrschen. Sie haben dort im Abschlusskurs ein Asyl-Dossier geschrieben. Dieses wurde für den berühmten Grimme-Preis 2014 nominiert.<sup>191</sup> > Hinweis Es ist mehr als peinlich, welche Desinformation und Propaganda da zur Nominierung anstand, denn da hieß es in Bezug auf Asylbewerber und die deutsche Angst vor ihnen: »Es kommen immer mehr. Und alle wollen zu uns! Solche Vorurteile sind in den deutschen Köpfen verankert.«<sup>192</sup> > Hinweis Weiter hieß es im Text: »Geschürt wird die Überfremdungsangst auch durch ein weiteres Vorurteil: dem von der großen Flüchtlingswelle.« Hier wurde also allen Ernstes behauptet, es seien »Vorurteile«, dass es eine Flüchtlingswelle gebe oder geben werde und immer mehr Asylbewerber zu uns wollten. Wer so etwas behaupte, der schüre »Vorurteile«. Ich bin Realist, und ich sage, dass dies keine Vorurteile sind. Ich behaupte subjektiv, dass die medialen Hofnarren der Sozial- und Asylindustrie nicht in der Realität leben. Entweder lügen sie vorsätzlich oder sie sind vom System korrumpiert. Für mich gibt es keinen Zweifel: Es gibt im Hintergrund viele Stäbe von Propagandafachkräften, die schön brav die Gefahren des Flüchtlings-Tsunamis herunterreden und für die Sozialindustrie, die immer mehr Asylbewerber braucht, in die Tasten greifen. Schon 2,3 Millionen Menschen leben von dieser völlig unproduktiven und nur um sich selbst kreisenden Industrie. Damit die Steuerzahler diesen Wahnsinn weiterhin ohne jegliches Murren mitmachen, müssen sie so genormt werden, dass sie jedes Aufbegehren gegen die absurden Zustände als unnormale empfinden. Deshalb werden wir nun von klein auf indoktriniert. Es geht um die klassische Konditionierung. Bei Hunden kennt man diese unter dem Begriff »Pawlowscher Reflex«.



## Kapitel III

### Tugendterroristen im Dauereinsatz

*Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die dargelegte Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen eine journalistische »Beißhemmung« entwickelt zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt. Alle in diesem Buch genannten Organisationen bestreiten, Lobbyorganisationen zu sein und/oder Journalisten und/oder die öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Sie bestreiten zudem Kontakte zu Geheimdiensten.*

### Leinenzwang für Trottelbürger

Politik und Medien meinen es nur gut mit uns. Rund um die Uhr arbeiten sie hart daran, uns Trotteln ein heimeliges, buntes, multikulturelles Nest zu bauen. Damit wir eine gute Zukunft haben, innerhalb der alle Menschen endlich gleich sind. Die geistig Behinderten gehen dort in die gleichen Schulklassen wie jene mit hoher Intelligenz. Gemeinsam lernen sie, was in der bunten Welt der Zukunft wirklich wichtig ist. Etwa Analsex. <sup>193</sup> [> Hinweis](#)  
In der »Schule der Vielfalt« gibt es den »Puff für alle« mit »Blow-Job-Kurs« und natürlich auch »Schwul-Lesbisch-Bi-Trans\*-Aufklärung«. <sup>194</sup> [> Hinweis](#)  
Die neuen kleinen Trottelbürger sollen schließlich etwas Praktisches lernen, und nichts ist wichtiger als die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intersexuellen Menschen. <sup>195</sup> [> Hinweis](#) Johann Wolfgang von Goethe, Alexander von Humboldt, Otto Fürst von Bismarck oder Konrad Adenauer sind dagegen Müll von gestern. Zwölfjährige erfahren heute dank der überall fleißig tätigen Volkserzieher nichts mehr über die Mendelsche Vererbungslehre oder Liebig's Grundlagen der organischen

Chemie, sondern, was viel wichtiger ist, wie man einen Orgasmus vorspielen kann. <sup>196</sup> [> Hinweis](#) Das nennt sich »Schule der Zukunft«. Unsere Volkserzieher meinen es doch nur gut mit uns.

Vor einem Jahrhundert waren deutsche Schulen die besten der Welt, weil Wilhelm von Humboldt die Grundlagen für ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung gelegt hatte. Deutsch war damals die führende Sprache der Wissenschaft – und Deutschland stellte die meisten Nobelpreisträger. Es war ein Land ohne Analphabeten. <sup>197</sup> [> Hinweis](#) 100 Jahre später können nach offiziellen Angaben der Bundesregierung 7,5 Millionen Deutsche nicht lesen und schreiben. <sup>198</sup> [> Hinweis](#) In Österreich sind es 1,6 Millionen. <sup>199</sup> [> Hinweis](#) Wir können stolz darauf sein, was unsere Vormünder aus uns gemacht haben. Aus einem Volk der Dichter und Denker wurde ein Volk der Trottel, das ständig beaufsichtigt werden muss. Wie gut nur, dass uns der Staat und seine Volkserzieher das Denken abnehmen und so liebevoll auf uns aufpassen.

Selbstverständlich sind all jene, die auf uns aufpassen, heute zertifiziert. Schließlich müssen sie ja bei der Normierung der neuen Supermenschen helfen. Die Zertifizierung beginnt jetzt schon im Jugendalter, Informationen dazu sucht man in den Leitmedien natürlich vergeblich. Lediglich in der Lokalausgabe einer kleinen Regionalzeitung fand ich am 9. September 2016 zwei Zertifizierungen für Jugendliche, etwa das »Zertifikat zum Babysitter« für solche ab 14 Jahren und das »Zertifikat für jugendliche Busbegleiter«, Zitat: »Damit zeigen die Schüler gesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft, Verantwortung für ihre Mitmenschen zu übernehmen.« Die zertifizierten Jugendlichen seien »Vorbild für Mitschüler und fördern auch die individuelle Persönlichkeitsentwicklung.« <sup>200</sup> [> Hinweis](#) An anderer Stelle entdeckte ich schließlich noch den Hinweis auf ein Zertifikat für ehrenamtliche junge Flüchtlingshelfer. Dabei lernen Jugendliche dann nach Angaben einer Zeitung die »interkulturelle Kommunikation«. Ich frage mich bei all diesem Schwachsinn, wie meine Generation eigentlich groß geworden ist und bislang ohne Zertifikate für ganz normale Alltagssituationen überleben konnte.

Das eben Dargestellte ist nur ein winziger Ausschnitt aus der Realität. Was kaum jemand weiß: Die Bundesregierung lässt derzeit Tausende Kindersoldaten ausbilden, die künftig Eltern, Freunde und Verwandte auf deren Politische Korrektheit hin kontrollieren sollen. Das Projekt heißt »#NichtEgal Experten«. <sup>201</sup> [> Hinweis](#) Statt Bildung bekommen die Kleinen da beigebracht, was andere sagen dürfen und was die Bundesregierung lieber

nicht hören möchte. Im Ausland lacht man über die vielen kleinen deutschen Trottel, die jetzt auch noch stolz darauf sind, dass sie wie Pawlowsche Hunde reflexartig zubeißen können, wenn ihre Freunde ein unanständiges Wort sagen oder eine politisch unkorrekte Meinung äußern.

Damit auch der letzte kleine Trottel bei der staatlich gelenkten Volkserziehung mitkommt, wird das Bildungsniveau immer weiter abgesenkt. Das, was vor 100 Jahren Zweitklässler in der Volksschule lernten – etwa Striche abzählen –, das ist heute in Nordrhein-Westfalen eine angeblich schwierige »Mathematikprüfung« bei Achtklässlern. Also jenen 13- bis 14-Jährigen, die drei Jahre später eine Lehre beginnen sollen.<sup>202</sup> > Hinweis Und das, was man heute in Deutschland »Abitur« nennt, ist aus der Sicht von gestandenen Wissenschaftlern so einfach, dass es nur noch peinlich ist, sich damit öffentlich zu rühmen.<sup>203</sup> > Hinweis International gesehen sind wir längst abgeschlagen, haben es nur noch nicht bemerkt. Bei den PISA-Tests der vergangenen Jahre nehmen heute China, Korea und Japan die vordersten Plätze ein. Selbst Estland, Polen und Belgien haben Deutschland bei Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften an den Schulen längst abgehängt.<sup>204</sup> > Hinweis

In Deutschland steht dafür eben »soziale Kompetenz« ganz oben auf dem Lehrplan. Wo früher Chemie und Mathematik unterrichtet wurden, da organisieren Schüler heute den Christopher Street Day. Die Volkserzieher der *Frankfurter Rundschau* berichteten dazu begeistert unter der Überschrift »Christopher Street Day macht schlau«.<sup>205</sup> > Hinweis Ich frage mich bei solchen Überschriften, ob bei der *Frankfurter Rundschau* jene arbeiten, die in der Sonderschule mangels Kompetenz hinausgeflogen sind.

Der mediale Deutungsadel hat bei der Umerziehung der Deutschen zu kleinen Trotteln ganze Arbeit geleistet. Wo man früher etwas über Sinus und Cosinus lernte, da fahren Lehrer heute mit ihren Schülern zum nächsten Bahnhof, um Asylbewerber klatschend und fähnchenschwenkend zu begrüßen. Sie freuen sich dann zusammen mit Vertretern der Leitmedien bei »Refugee-Welcome-Aktionen« darüber, dass es endlich auch Menschen in ihrer Umgebung gibt, die noch weniger gelernt haben als sie selbst. Damit es zudem erst gar kein Nachdenken über die Folgen dieses Massenimports von Analphabeten gibt, werden bei Aktionstagen der »Schulen ohne Rassismus« und »Schulen gegen Rechts« gleich auch noch die Verhaltensformen einstudiert, die von den Volkserziehern vorgegeben werden.

Geschichte bedeutet Veränderung. An unseren Schulen sehen wir, wie rasant sich diese Veränderung vollzieht. Der Berliner *Tagesspiegel* berichtete 2016 stolz darüber, dass Schüler in Berlin Englischklausuren bestehen, ohne auch nur ein einziges Wort diese Weltsprache zu verstehen. Die Zeitung zitierte einen Englischlehrer mit den Worten: »Die Englischklausur kann man zumindest auf dem Niveau der Berufsbildungsreife bestehen, ohne ein Wort Englisch zu können.«<sup>206</sup> > Hinweis Was Berlin kann, kann Hamburg schon lange: Dort können die Abiturienten Abituraufgaben und ihre Lösung sogar im Internet nachlesen, weil es sonst bei den Prüfungen zu schwierig für sie wird. Wir können sicher sein: Die nächste Generation hat alles, nur keine Bildung. Jedenfalls keine klassische Bildung. Friedrich Schiller, Heinrich Heine und Heinrich von Kleist haben dort keine Zukunft, wo der Film *Fack ju Göhte* von zehn Millionen begeisterten Menschen gesehen wird. Wer heute noch im klassischen Sinne gebildet ist, der gilt in den Augen unserer Leitmedien als »reaktionär«. Wenn er Glück hat.

Lehrer, die auf ihrem Lehrplan noch große deutsche Erfinder haben wie den Elektronikpionier Werner von Siemens, den Physiker und Entwickler der Fernsehübertragung Manfred von Ardenne oder Wilhelm Conrad Röntgen, den Erfinder der Röntgenstrahlen, müssen im Deutschland der Gegenwart froh sein, nicht als »Nazis« angezeigt zu werden. Halten wir fest: Die Bildungsdefizite junger Deutscher werden von Jahr zu Jahr größer.<sup>207</sup>

> Hinweis Die Reaktion der Politik? Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière verkündete 2016, dass Deutschland wegen der vielen Asylbewerber den Bildungsstandard an Schulen und auch bei der beruflichen Ausbildung noch weiter absenken werde.<sup>208</sup> > Hinweis

Längst schon haben die Volkserzieher uns so normiert, dass wir uns unserem Schicksal ergeben und alles mit stoischer Gelassenheit hinnehmen. Wir stumpfen ab und nehmen die Veränderungen um uns herum nicht mehr wahr. Überall werden wir jetzt Schritt für Schritt mit Kameras überwacht. Damit wir keinen Unsinn machen. Auf Bahnhöfen und in Bussen, in der U-Bahn und am Bahnsteig. Die Volkserzieher wollen das so. Tag für Tag werden wir mehr von ihnen entmündigt. Weil es doch gut für uns ist, sollen wir in Kantinen einen fleischlosen Tag einführen. Wir sollen einen Helm beim Fahrradfahren aufsetzen. Unsere Volkserzieher aus den Reihen des Deutungsadels beglücken uns mit einem Heizpilzverbot und erklären uns, warum wir mit einem nach zehn Jahren endlich abbezahlten Auto wegen der Feinstaubbelastung nicht mehr in die Stadt fahren dürfen.

Wir Bürger sind schließlich dumm und faul. Deshalb müssen wir ständig erzogen und wie Hunde an einer unsichtbaren Laufleine geführt werden. Gott sei Dank haben wir Politik und Medien. Die sind unser Vormund. Politik und Leitmedien regeln unser Denken. Das darf keinesfalls von den vorgegebenen Normen abweichen. So wie die RAL-Töne die Bandbreite der erlaubten Farben bestimmen und DIN-Normen die Größe von Sportplätzen (DIN 18035) bis hin zum äußeren Aufbau von Gummihämmern (DIN 5128), so lassen wir uns von den selbst ernannten Volkserziehern die genormte, schmale Bandbreite unseres Denkens vorgeben. Besser noch: Wir überlassen das Denken gleich ganz den Volkserziehern, das erspart uns schlaflose Nächte.

Unsere Weltverbesserer organisieren Lichterketten gegen Ausländerhass, Fahrrad-Demos zur Rettung der Welt und Happenings für den Klimaschutz. Die leiseste Kritik an solchen Aktionen führt zur Pathologisierung. Andersdenkende, die von der Norm abweichen, gelten heute als »krank«. Die Normierung erreicht mittlerweile völlig absurde Dimensionen. So etwa, wenn Normen für die Aufklärung von Straftaten vorgegeben werden. Also eine Obergrenze von Straftaten, die in den Statistiken zahlenmäßig erscheinen darf.

Mit ihren Vorgaben gehen unsere Volkserzieher in Politik und Medien allerdings auch immer mehr Menschen gewaltig auf die Nerven. Etwa, wenn sie mit der Verheimlichung unliebsamer Fakten das öffentliche Bewusstsein manipulieren wollen. In diesem Zusammenhang glaubt der überwiegende Teil der deutschen Leitmedien, eine angebliche »Fremdenfeindlichkeit« als deutsche Volkskrankheit diagnostiziert zu haben. Das ist eine weitverbreitete Fehldiagnose. Denn ich kenne keinen Deutschen, der etwas gegen die koreanische Krankenschwester hat, den türkischen Gemüsehändler, den persischen Augenarzt oder den japanischen Pianisten, um nur einige zu nennen. Vorbehalte gibt es allerdings gegen importierte Kriminalität wie etwa Einbrecherbanden, Drogenhändler, Parallelgesellschaften, No-go-Areas und Ehrenmorde. Das hat aber mit Fremdenfeindlichkeit so wenig zu tun wie ein Schnupfen mit einer Krebserkrankung. Trotzdem wollen immer mehr Journalisten der Leitmedien mit der Verheimlichung unliebsamer Fakten beispielsweise über Ausländerkriminalität eine in Wahrheit gar nicht vorhandene Ausländerfeindlichkeit bekämpfen.

Tugendwächter und Minderheitenschützer meinen es angeblich nur gut mit uns. Auf allen Ebenen. Sie sagen uns, dass wir neu entstehende Parteien keinesfalls wählen dürfen, weil wir damit von der Norm der Politischen

Korrektheit abweichen. Wie die einstigen Blockparteien in der DDR dürfen wir jetzt nur noch bestehende Parteien bestätigen, alles andere ist tabu. Und weil es doch so gut für uns ist, sorgen sie auch für immer mehr Tempolimits auf Autobahnen. <sup>209</sup> > Hinweis Sie bereiten ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel vor <sup>210</sup> > Hinweis , diskutieren über ein Rauchverbot am Steuer <sup>211</sup> > Hinweis und das Verbot von Solarien <sup>212</sup> > Hinweis . Sie wollen Stand-by-Schalter in Elektrogeräten verbieten <sup>213</sup> > Hinweis sowie Erste-Klasse-Abteile. <sup>214</sup> > Hinweis Nicht zu vergessen: Auch die Wildtiere im Zirkus wollen sie abschaffen. <sup>215</sup> > Hinweis Auf Volksfesten sollen Kinder nicht mehr auf Ponys reiten dürfen. <sup>216</sup> > Hinweis Den Erwachsenen will man dort natürlich auch Rucksäcke und Taschen abnehmen. <sup>217</sup> > Hinweis Weil es einfach besser für uns ist. Und damit wir bloß keine Produkte mehr kaufen, die ökologisch nicht korrekt sind, soll ein zweites Preisschild her. Auf dem wird nach Angaben des Umweltministeriums dann stehen, wie viele Ressourcen ein Produkt verbraucht. <sup>218</sup> > Hinweis

## Die soziale Kontrolle der Massen

Unsere Volkserzieher, die uns das Denken und Verhalten vorgeben, sind gefährlich, denn ihr Drang zur Weltverbesserung hat sich mit Politischer Korrektheit gepaart. Herausgekommen sind Tugendterroristen, die ein ganzes Land gegen die Wand gefahren haben. Die Leitmedien haben dabei vor allem die Funktion, eine soziale Kontrolle über die Massen auszuüben. Sie bestimmen das Denken. Und sie bestimmen, welche Parteien und Politiker die Macht ausüben. Sie selektieren die Nachrichten so, dass wir Bürger ein möglichst gutes Bild von den Herrschenden haben.

Ermittelt die Staatsanwaltschaft im Jahre 2016 in Bremerhaven gegen einen SPD-Politiker, der irrwitzige Summen mit Asylbetrug verdient haben soll, dann kommt dazu in den Nachrichten ... nichts. Dabei handelte es sich um den größten Sozialhilfeskandal in der deutschen Geschichte. Und wenn ein CDU-Politiker mehrere Kinder vergewaltigte, dann kommt dazu in unseren Fernsehnachrichtensendungen ... ebenfalls nichts. Der Potsdamer CDU-Politiker Peter S. (57) soll in den vergangenen Jahren mehrfach Kinder sexuell missbraucht haben. Das jüngste Opfer war nach Angaben der Staatsanwaltschaft kaum fünf Jahre alt. Als eine Sechsjährige keinen Geschlechtsverkehr mit ihm wollte, soll er dem Kind damit gedroht haben,

dann ihre kleinen Schwestern zu vergewaltigen.<sup>219</sup> > Hinweis Peter S. drohten sechs Jahre Haft. Die breite Masse des Volkes hätte sicherlich gern erfahren, welcher CDU-Mann als Kinderschänder ertappt worden war. Die Christlich Demokratische Union wollte aber nicht, dass der Fall öffentlich bekannt wurde. Schließlich standen Wahlen bevor. Bei Politikern schauen unsere Fernsehsender also im Interesse der Mächtigen einfach weg. Es ist der Gipfel der Volksverdummung, den wir Bürger auch noch mit zwangsweise eingetriebenen Geldern finanzieren müssen.

Die Grundzüge der dafür notwendigen Manipulationstechniken werden den Journalisten der Leitmedien von Sozialwissenschaftlern beigebracht. Häufig werden Letztere aber auch von den großen Medienhäusern als Redakteure eingestellt, weil man ihnen die Manipulationstechniken zur Normung der Bevölkerung nicht mehr mühsam beibringen muss. Sozialwissenschaftler, die sich mit dem Prozess der Konditionierung von Menschenmassen beschäftigen, werden »Sozialingenieure« genannt (in den USA bezeichnet man sie als »New Science Social Scientists«). Sie bestimmen im Hintergrund, was wir sehen, hören und lesen. Durch das von ihnen gefilterte Material wird »unsere« Meinung gebildet. Diese »Sozialingenieure« sitzen in beinahe allen Nachrichtenagenturen und den Redaktionen der Leitmedien. Basierend auf einseitiger, selektierter und verbogener Berichterstattung konditionieren sie unser Denken im Sinne einer fortwährenden Gehirnwäsche. Man kann es auch höflicher ausdrücken: Sie geben uns Vorstellungen, Handlungsmaximen und Verhaltensnormen vor.

Wie das funktioniert, sah man auch als Laie gut beim Thema »Massenzuwanderung«: Fast täglich bombardierten uns die Leitmedien mit Meldungen, wonach »Flüchtlinge« irgendwo Geld fanden und es bei der Polizei oder einer Behörde abgaben. So sollte Ende 2015 auf dem Höhepunkt des Flüchtlingsstroms in der Öffentlichkeit das Bild vom anständigen, ehrlichen Asylbewerber gezeichnet werden. Zeitgleich wurden die sich häufenden Fälle von Kriminalität durch Asylbewerber lange Zeit systematisch unterdrückt oder ignoriert. Die Vorgabe lautete, in der Öffentlichkeit ein möglichst positives Bild von Orientalen und Nordafrikanern zu zeichnen.

Das alles war vor einer Generation noch völlig anders. Damals stand noch die Wahrheit im Vordergrund. Der *Spiegel* etwa berichtete 1964 über Nordafrikaner, die in jener Zeit in Massen aus ihrer Heimat nach Frankreich kamen, unter der Überschrift »Braune Flut«. In dem Artikel standen Sätze, die heute undenkbar wären, etwa:

»Den Pariserinnen wird das Plätschern vergällt. Wo ein vereinzelter Bikini im Frei-Bassin paddelt, ist er bald von bräunlichen Schwimmern eingekreist und angetaucht. Zehn, 20 Algerier-Hände zerren an den Verschlüssen des Badekostüms und rauben der Trägerin das Textil. (...) Energische Bademeister, die gegen die Freibeuter einzuschreiten wagen, werden nach Dienstschluss auf dem Trockenen von feindseligen Rotten bedroht. (...) Die Pariser Polizei sah sich bald vor der Aufgabe, mit einer Kolonie von 200000 Algeriern fertig zu werden, die zwar nur drei Prozent der hauptstädtischen Bevölkerung ausmacht, auf deren Konto jedoch im vergangenen Jahr – 32 Prozent der Morde, – 39 Prozent der Autodiebstähle und – 58 Prozent der Diebstähle mit Schusswaffengebrauch gingen. Ein Teil der Einwanderer importierte überdies die Gewohnheiten ihrer sanitär unterentwickelten Heimat samt den dort in Blüte stehenden Gebrechen – Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten – nach Frankreich. Die französischen Gesundheitsbehörden konnten gegen die unhygienische Flut ebenso wenig mit Sondermaßnahmen vorgehen wie die Pariser Polizei gegen die Kriminalität der Braunen ...«<sup>220</sup> > Hinweis

Dieser Artikel erschien nicht in einer rechtsradikalen Postille, sondern, und das sei hervorgehoben, wie viele andere ähnliche Texte auch, im *Spiegel*. Heute sind jene, die so denken, wie es *Der Spiegel* es uns einst als politisch korrekt vorgegeben hat, die Bösen. Das verdanken wir Soziologen mit einer Doppelmoral. Man sah diese Doppelmoral von Soziologen und Journalisten auch in Bezug auf die Pegida-Demonstrationen. Wer auch nur das leiseste Wort der Kritik am Verhalten mancher Migranten äußerte, der war sofort ein Rassist, verletzte die Menschenwürde und galt als rechtsradikal. Und er war natürlich ein Problembürger, den man rund um die Uhr durch den Verfassungsschutz beobachten musste. Das ist die eine Seite unserer Leitmedien. Die andere: Als im Juli 2016 mehr als 120 Berliner Polizisten von Linksextremisten in der Rigaer Straße zusammengeschlagen wurden, da gab es nicht einen einzigen deutschen Journalisten, der die verletzte Menschenwürde der Polizisten thematisierte oder die ständige Beobachtung der linksextremistischen Täter durch den Verfassungsschutz forderte. Ganz im Gegenteil: Medien druckten Stellungnahmen der linken Gewalttäter ab, in denen es über die verletzten Polizisten hieß: »Es soll angeblich 123 verletzte Schweine geben. Wir hoffen, das stimmt, wenn wir das auch stark bezweifeln. Mögen es beim nächsten Mal 234 verletzte Schweine sein! Wir werden weiterhin aktiv sein, um Berlin ins Chaos zu stürzen. Unsere Ziele sind klar benannt!« Die Polizisten (von den Linken verächtlich »Schweine« genannt)



waren in Tötungsabsicht aus dem fünften Stock eines Hauses mit Gullideckeln und Betonplatten beworfen worden. Jene Journalisten und Soziologen, die bei Pegida sofort ein hartes Durchgreifen gegen kritische Töne einfordern, sagten in diesem Fall kein Wort. Sie forderten mehr Verständnis für die Gewalttäter und einen »Runden Tisch«. (Falls Sie das alles nicht glauben wollen, schauen Sie sich das Ganze im Internet an. Füttern Sie eine beliebige Suchmaschine mit den Worten »Es soll angeblich 123 verletzte Schweine geben« – und sie werden fündig!)

Diese Gehirnwäsche und die ständigen Versuche, unser Denken zu prägen, führen mitunter zu völlig absurden Zeitungsartikeln. Ein Beispiel: Nachdem die Strategie der Medien, die ausufernde Kriminalität von Asylanten schönzureden, durch das Bekanntwerden von immer neuen Fällen kläglich gescheitert war, gab es einen Schwenk in der Berichterstattung, der fast schon kabarettistische Züge trug. Nun berichteten Journalisten der Leitmedien allen Ernstes, Kriminalität sei für viele Asylbewerber die einzige Möglichkeit, um sich »zu integrieren«.

Sie haben richtig gelesen. Anders ausgedrückt: Gratis Wohnen, alle Sozialleistungen, kostenlose Gesundheitsversorgung und natürlich Taschengeld in Anspruch nehmen reichen nicht aus – klarerweise muss man als Asylbewerber doch kriminell werden, um sich zufriedenstellend zu integrieren. Vielleicht kann sich so ein Journalist nicht vorstellen, wie das alles beispielsweise auf einen vertriebenen Sudetendeutschen in Deutschland wirken muss. Aber bevor Sie glauben, dass es sich um eine Zeitungssente handelte, hier noch der Originaltext aus der Wiener Zeitung *Der Standard*, der im September 2016 unter der Überschrift »Kriminalität oft einzige Möglichkeit zur Integration« erschien. Er beginnt mit den Worten:

»Kriminell zu werden kann für manche Migranten der einzige Weg sein, sich hierzulande zu integrieren, erklärten die Politikwissenschaftlerin Monika Mokre und die Übersetzerin und Aktivistin Birgit Mennel bei der Jahrestagung Migrations- und Integrationsforschung am Montag in Wien.«

221 > Hinweis

Für mich ist solch ein Unsinn die erbärmlichste Form der medialen Gehirnwäsche, weil solche Texte darauf abzielen, Verständnis für Kriminalität zu wecken – und das, obwohl für die Straftäter eine Rundumversorgung gegeben ist.

# Willkommen im lustigen Denunzianten-Stadl

Wehe dem, der in Deutschland unsere geliebte Führerin Angela Merkel kritisiert. Warum ich hier »geliebte Führerin« schreibe? Ganz einfach: CDU-Generalsekretär Peter Tauber soll Ende September 2016 nach Medienberichten gesagt haben: »Wer hier nicht für Angela Merkel ist, ist ein Arschloch und kann gehen.«<sup>222</sup> > Hinweis Und ich will doch kein »Arschloch« sein. Wenn die Blockparteien uns jetzt auch noch öffentlich vorschreiben, dass man für Angela Merkel sein, sie also quasi lieben muss, dann huldige ich lieber befehlsgemäß unserer »geliebten Führerin«. Denn wahrscheinlich gehört es jetzt zum »Kampf gegen rechts«, dass man Angela Merkel nicht mehr kritisieren darf und sie stattdessen mit einem Führerkult verehren muss. Und wenn ich dabei nicht mitmache, dann muss ich nach Angaben von CDU-Generalsekretär Peter Tauber »gehen«. Ehe ich also des Landes verwiesen und deportiert werde, halte ich mich an den Befehl von ganz oben.

Wehe dem, der es wagt, eine politisch nicht korrekte Meinung zu äußern. Und wehe dem, der glaubt, dass man sich im Land unserer geliebten Führerin noch auf Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Freiheit der Wissenschaft und Kunst berufen darf.

Schauen wir nur einmal das Beispiel der Wilhelm-Röpke-Schule im niedersächsischen Schwarmstedt an. Diese von mehr als 1350 Schülern besuchte kooperative Gesamtschule wurde im Jahre 2013 als beste Schule Niedersachsens ausgezeichnet. Inzwischen ist sie allerdings eher ein Symbol für Denunziation und für das, was einem passiert, wenn man den Mund aufmacht. Ein Lehrer der Schule hatte in seiner Freizeit auf seiner privaten Facebook-Seite einen Beitrag der Berliner Zeitung *Junge Freiheit* »gelikt«, also mit einem »Gefällt mir« versehen. Zudem wurde nebulös vermutet, dass der Lehrer die Pegida-Bewegung nicht rundweg ablehnte, sondern ihr möglicherweise positiv begegnete. Weil die *Junge Freiheit* wegen ihrer politisch unkorrekten Berichterstattung ebenso wie Pegida den politisch Korrekten ein Dorn im Auge ist, bekam der Lehrer Ärger. Viel Ärger. Die *Walsroder Zeitung* berichtete:

»Ein Lehrer an der Wilhelm-Röpke-Schule sorgt bereits seit Längerem für Aufregung, weil er auf seiner privaten Facebook-Seite den Eindruck vermittelt, dass er Anhänger von umstrittenen Organisationen wie Pegida und deren hannoverschem Ableger ist.«<sup>223</sup> > Hinweis

Das ging ja nun gar nicht. Ein Redakteur der *Walsroder Zeitung* hatte nun seinen ganz großen Auftritt, weil er einen Lehrer entdeckt hatte, der möglicherweise politisch nicht korrekt war. In seinem Bericht hieß es weiter:

»Eltern und Schulleitung sind alarmiert, die Landesschulbehörde ist eingeschaltet – und es hat offenbar auch schon Gespräche mit der Lehrkraft gegeben.«<sup>224</sup> > Hinweis

Das Wort »alarmiert« verfehlte offenkundig seine Wirkung nicht. Ein Lehrer wurde denunziert – und die Dinge nahmen ihren Lauf. Die Schule distanzierte sich von »Fremdenhass«, obwohl niemand zum Fremdenhass aufgerufen hatte. Die Schülervertretung bekundete, sie sei »gegen Diskriminierung«, obwohl weit und breit kein Fall von Diskriminierung sichtbar war.

Nun brauchte man nur noch zwei nach Aufmerksamkeit lechzende Hinterbänkler aus den Reihen der Politik, um dem Lehrer mit der vermeintlich unkorrekten politischen Auffassung die ganz große Lektion zu erteilen. Anschließend musste man nur noch alles medial so verbreiten, dass auch der letzte Trottel verstand, was ihm blühen würde, wenn er es wagte, von der Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen. Das übernahmen die Landtagsabgeordneten Kai Seefried (CDU) und Gudrun Pieper (CDU). Der Tischler Seefried und die Erzieherin Pieper denunzierten den Lehrer im Oktober 2015 über eine Kleine Anfrage im Niedersächsischen Landtag. In der Drucksache 17/4417 fragten sie die Landesregierung, warum sich die Landesschulbehörde noch nicht eingeschaltet habe. Sie wollten wissen:

»1. Seit wann ist der Landesschulbehörde bekannt, dass der Lehrer mit der Bewegung ›Pegida‹ sympathisieren soll?

2. Seit wann ist Kultusministerin Heiligenstadt bekannt, dass der Lehrer mit der Bewegung ›Pegida‹ sympathisieren soll?

3. Welche Schritte haben das Kultusministerium und die Landesschulbehörde seitdem unternommen?

4. Inwieweit werden die Bedenken und Sorgen der Elternvertretung, Schülervertretung, Lehrerschaft und Schulleitung berücksichtigt?

5. Was ist das Ergebnis der »Gespräche« mit der Lehrkraft, von denen im Zeitungsbericht die Rede ist?«<sup>225</sup> > Hinweis

Die Denunzianten, also Politiker und Medien, waren erfolgreich, denn die niedersächsische Landesregierung anerkannte zwar, dass der Lehrer sich ganz sicher nicht strafbar gemacht und nur seine freie Meinung geäußert hatte,

Zitat:

»Im Rahmen der dienstrechtlichen Würdigung wurde festgestellt, dass diese Meinungsäußerungen der Lehrkraft weder strafrechtlich noch disziplinarrechtlich relevant waren.«<sup>226</sup> > Hinweis

Doch obwohl der Lehrer sich nicht strafbar gemacht hatte, wurde er strafversetzt. Die Landesregierung teilte dazu mit:

»Der Lehrkraft wurde von der NLSchB die Absicht angekündigt, sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt und zunächst bis zum Ende des laufenden Schuljahres an eine andere Schule abordnen zu wollen. Nach Ablauf der Anhörungsfrist hat die NLSchB am 13.10.2015 die nach dem NPersVG vorgesehene Zustimmung des Schulbezirkspersonalrates zu der beabsichtigten Abordnung der Lehrkraft eingeholt. Die Abordnung wird nunmehr umgesetzt.«<sup>227</sup> > Hinweis

Die Denunzianten der *Walsroder Zeitung* und die Landtagsabgeordneten Kai Seefried (CDU) und Gudrun Pieper (CDU) hatten also als Freizeitideologen und Volkserzieher ganze Arbeit geleistet. Wahrscheinlich schämen sie sich nicht einmal dafür. Der Schuss ging allerdings nach hinten los: Schüler, Elternvertreter und Lehrer appellierten gemeinsam an die Landesregierung, die Zwangsversetzung rückgängig zu machen. Später kam auch noch heraus, dass auf Eltern und Schüler »Druck ausgeübt« worden war, damit sie die Strafversetzung des Lehrers widerspruchslos hinnehmen würden. Muss man sich da noch wundern, wenn sich immer mehr Bürger angewidert von Politik und Leitmedien abwenden?

Ähnlich unfassbar ist der Fall eines Chemieprofessors, der es gewagt hatte, die geliebte Führerin Angela Merkel öffentlich zu kritisieren. Der Mann heißt Professor Thomas Rödel. Rödel, geboren 1967, verheiratet, drei Kinder, hatte an der Universität Bayreuth Chemie studiert und wurde 2004 Professor an der Hochschule in Merseburg. Eben dieser Naturwissenschaftler hatte im Januar 2016 Angela Merkel die Einweihung eines neuen Fraunhofer-Instituts in Halle gründlich verdorben, denn Rödel machte das, was er auch bei seinen Studenten erwartete: Er schaltete sich kritisch ein. Während viele geladene Gäste andächtig den Worten der Bundeskanzlerin lauschten, rief Rödel erregt: »Sie machen einen Versuch und wissen nicht, wie Ihr Experiment ausgeht. Ich mache mir ernsthafte Sorgen. Von Ihnen als Physikerin erwarte ich eigentlich verantwortungsvollere Entscheidungen.«

Nun ist der Chemieprofessor Rödel kein Linker und auch kein

»Rechtspopulist«, denn der Mann ist schon seit Jahren ein geachtetes Mitglied der bayerischen CSU. Auch dort ist er bekannt dafür, dass er Meinungsfreiheit ernst nimmt und offen seine Meinung sagt. Der Naturwissenschaftler wusste offenkundig nicht, dass man in Gegenwart unserer geliebten Kanzlerin voller Ehrfurcht schweigen sollte und ansonsten hinausgeworfen wird, bevor dann medial die öffentliche Hinrichtung folgt. Rödel wurde nach seiner Anmerkung aus dem Saal geleitet <sup>228</sup> > Hinweis , wobei viele der dort anwesenden Ehrengäste seine zwangsweise Entfernung mit Wohlwollen goutierten. Wenig später traf Rödel dann die mediale Keule.

Die Hochschule Merseburg distanzierte sich von ihrem Hochschullehrer, der von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht hatte. In der Pressemitteilung hieß es: »Vom Zwischenruf eines Professors bei der Festrede der Bundeskanzlerin anlässlich der Einweihung des neuen Fraunhofer-Instituts in Halle distanziert sich die Hochschule Merseburg entschieden – sowohl inhaltlich als auch von der Art des Auftritts.« Die Hochschule werde das Verhalten des Professors aufarbeiten, wobei auch eventuelle juristische Schritte geprüft werden müssten. <sup>229</sup> > Hinweis Verheerender noch: Der Rektor der Hochschule Merseburg, Jörg Kirbs, erklärte, mit seiner Kritik habe Professor Rödel »das Gastrecht des Fraunhofer-Instituts missbraucht und dem Ansehen der Hochschule enorm geschadet« <sup>230</sup> > Hinweis .

Wie Lakaien der Macht sprangen die Medien sofort auf den Zug auf. »Nach Zwischenruf gegen Kanzlerin Merkel: Hochschule Merseburg distanziert sich von ihrem Professor« titelte die *Mitteldeutsche Zeitung*. <sup>231</sup> > Hinweis Natürlich kam der Betroffene, also Professor Rödel, in dem Artikel selbst nicht zu Wort. Nicht anders war es bei den Volkserziehern des *Focus*, die unter der Überschrift »Hochschule distanziert sich von Zwischenrufer bei Merkel-Besuch« den CDU-Politiker Hartmut Möllring als Kronzeugen dafür benannten, dass Professor Rödel ein »schlechtes Benehmen« habe. <sup>232</sup> > Hinweis Auch *Der Spiegel*, der sonst bei linken Demonstranten viel Verständnis für deren Aktionen aufbringt, verteidigte nicht etwa das Recht des Naturwissenschaftlers auf Meinungsfreiheit. Nein, er schrieb unter der Überschrift »Hochschule prüft juristische Schritte gegen Zwischenruf-Professor« nur: »Bei ihrer Festrede steht plötzlich ein geladener Professor auf, hält ein Plakat in die Luft und kritisiert lautstark Angela Merkels Haltung in der Flüchtlingskrise. Dafür drohen ihm nun ernste Konsequenzen.« <sup>233</sup> > Hinweis

Es darf eben keinen Zweifel geben: Wer die geliebte Kanzlerin kritisiert,

der wird im Deutschland der Gegenwart sofort zum medialen Abschluss freigegeben. Der schon erwähnte damalige sachsen-anhaltinische Wissenschaftsminister Hartmut Möllring (CDU) qualifizierte Rödel im Zusammenspiel mit willfährigen Leitmedien sogar noch weiter öffentlich ab, indem er ihm eine »sittliche Reife« absprach und verächtlich fragte, »wer heute so alles einen Professorentitel bekommt«. Letztlich jedoch war Professor Rödel juristisch nicht zu belangen.<sup>234</sup> > Hinweis Ein fader Beigeschmack bleibt allerdings, denn Rödel ist nun ein öffentlich geächteter Wissenschaftler.

Man kann anhand des Beispiels des in Ungnade gefallenen Wissenschaftlers Thomas Rödel sehr gut belegen, wie sehr sich Deutschland innerhalb weniger Jahre verändert hat. Drehen wir die Zeit doch einfach einmal kurz ein halbes Jahrhundert zurück: Beate Klarsfeld rief dem damaligen Bundeskanzler Kiesinger am 2. April 1968 im Bonner Bundestag von der Besuchertribüne die Worte »Nazi, tritt zurück!« zu und wurde aus dem Saal geführt. Im selben Jahr ohrfeigte sie Kanzler Kiesinger. Eben diese Beate Klarsfeld kandidierte 2012 für die Linkspartei und trat als Bundespräsidenten-Kandidatin gegen Joachim Gauck an. 2015 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz dafür, dass sie im Nachkriegsdeutschland tapfer gegen Nazis gekämpft und 1968 einen deutschen Bundeskanzler geohrfeigt hatte.<sup>235</sup>

> Hinweis Klarsfeld, die häufiger mit dem Gesetz in Konflikt geriet<sup>236</sup>  
> Hinweis , war eben ein Medienliebling. Sie ist allerdings, peinlich für die Medienvertreter, eine 68erin, die komplett aus Ostberlin munitioniert wurde.<sup>237</sup> > Hinweis Bis 1989 arbeitete sie unter dem Decknamen »Klara« mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR, vulgo: Stasi, zusammen. Sie selbst will aber nichts davon gemerkt haben, dass sie ein Werkzeug des ostdeutschen Geheimdienstes war.

Die andere Seite: Bis heute gibt es keinen Beweis für eine Nazi-Täterschaft des früheren Bundeskanzlers Kiesinger, den sie geohrfeigt hatte. Wir verdanken allein Frau Klarsfeld die Verknüpfung »Kiesinger = Nazi«. Aus meiner subjektiven Sicht hätte Beate Klarsfeld vom Bundespräsidenten für ihre wirren und teilweise strafbaren Aktionen heute eine präsidiale Ohrfeige verdient. Stattdessen erhielt sie, wie gesagt, 2015 das Bundesverdienstkreuz. Und wenige Monate später wurde mit Professor Thomas Rödel, der keine Bundeskanzlerin geschlagen, verächtlich gemacht oder sonst verunglimpft hatte, wieder einmal ein Mann fertiggemacht, der es einfach nur gewagt hatte, frei seine Meinung zu äußern. So etwas fällt heute offenbar schnell unter den

Tatbestand der »Majestätsbeleidigung«. Es ist die Perversion eines politischen Systems in Deutschland, das sich einmal zur Meinungsfreiheit bekannte.

## Schlammschlachten gegen Andersdenkende

Der Massenmörder Mao soll einmal gesagt haben »Bestrafe einen, erziehe hundert.« Offenkundig haben unsere Volkserzieher in Politik und Medien viel vom kommunistischen Verbrecher Mao gelernt. Man sah das wenige Wochen nach dem »Fall Professor Thomas Rödel« auch beim Leipziger Juraprofessor Thomas Rauscher. Auch der hatte es 2016 gewagt, die Asylpolitik unserer geliebten Kanzlerin Angela Merkel zu kritisieren. In sozialen Netzwerken wie Twitter verbreitete der international renommierte Jurist Auffassungen wie: »Dublin III gebrochen. Schengen zerstört. Marodierende Banden von Arabern und Afrikanern an Silvester. Danke, Frau Merkel, für ein anderes Land.« <sup>238</sup>

> Hinweis An anderen Tagen twitterte er: »Ist es zu viel verlangt, wenn ein Volk sein Land bewahren will? Merkel zerstört Deutschland!« <sup>239</sup> > Hinweis Oder nach den Kölner Silvesterübergriffen: »Das Sprechverbot: Verbrechensopfer müssen Bekenntnisse zu Flüchtlingen ablegen. Unser Land verkommt. Banlieue-Horden aus dem Maghreb!« <sup>240</sup> > Hinweis

Auch der Jurist Thomas Rauscher nahm nur sein ihm angeblich grundgesetzlich garantiertes Recht auf Meinungsfreiheit (Artikel 5) in Anspruch. Er kritisierte die geliebte Kanzlerin. Er beleidigte sie nicht, und er hat ganz sicher nicht zu Straftaten aufgerufen. Aber Sie ahnen jetzt schon, was danach passierte: Eine Medienmeute stürzte sich auf den politisch unkorrekten Mann und jagte ihn durch die Arena.

Die Wochenzeitung *Die Zeit* berichtete unter der Überschrift »Rechtspopulismus: Darf ein Professor so was twittern?« <sup>241</sup> > Hinweis In dem Artikel wurde selbstverständlich nicht vergessen, auch Professor Thomas Rödel zu erwähnen, dem *Die Zeit* wegen dessen Kritik an der Kanzlerin eine »wutbürgerliche Episode« bescheinigte. <sup>242</sup> > Hinweis In jenen Tagen begann eine Schlammschlacht gegen Thomas Rauscher. Die *Leipziger Volkszeitung* fragte: »Wie weit reicht Meinungsfreiheit? Neurechter Professor der Universität Leipzig in der Kritik.« Darin setzen sich die Journalisten mit Äußerungen des Juristen auseinander, der ungeheuerlicherweise auch noch behauptete, dass Leitmedien für den Verfall Deutschlands mitverantwortlich

seien. So schrieb die *Leipziger Volkszeitung* über Rauscher:

»Die Argumentationen in seinen Tweets baut er meist um Artikel aus *Süddeutscher Zeitung*, FAZ und *Welt* auf. Drei Leitmedien, die er für den kulturellen Verfall des Landes mitverantwortlich sieht. ›Im Journalismus entwickelt sich gerade ein ganz starker erzieherischer Wunsch«, sagt Rauscher. Durch ›soufflierende‹ Leitmedien könne sich der von ihm so oft angesprochene Mainstream viel stärker entfalten. ›Meinungen, die den Ansichten der Presse nicht passend erscheinen, werden dann natürlich auch relativ schnell verfolgt, mit Aggression bedacht und versucht auszumerzen«, sagt Rauscher. Oft zitiert findet man auf seiner Twitter-Wand den Innenpolitik-Ressortleiter der *Süddeutschen*, Heribert Prantl, der wie Rauscher promovierter Jurist ist. Ihm wirft Rauscher vor, seine Erfahrung als Rechtswissenschaftler in seine Berichterstattung einzubringen und so zu versuchen, ›steuernden, manipulativen Journalismus‹ zu machen.«<sup>243</sup> › Hinweis

An anderer Stelle wurden dem Professor »Hetze und Rassismus« vorgeworfen<sup>244</sup> › Hinweis, und in weiteren Publikationen wurde er bezichtigt, »ideologisch mit Rechtsextremisten auf einer Stufe zu stehen«<sup>245</sup> › Hinweis. Die linke Postille *Der Freitag* fragte ihre Leser allen Ernstes zu dem erst durch die Medien aufgebauchten Fall Rauscher: »Gibt es ein Recht auf Rassismus?«<sup>246</sup> › Hinweis Dabei gibt es keinen Straftatbestand, den Menschen, die frei ihre Meinung sagen könnten, erfüllen. Es sei denn, man bezichtigt sie der Volksverhetzung.

## Thilo Sarrazin – brutal abgestempelt

Je mehr die Menschen im Hinblick auf das, was sie noch ohne Angst öffentlich sagen dürfen, von Politik und Medien genormt sind, desto vernichtender sind öffentliche Anklagen gegen jene, die gegen diese neuen, von Volkserziehern verhängten Tabus verstoßen. Einer, der das schmerzlich erfahren musste, heißt Thilo Sarrazin. Der frühere Bundesbanker hatte es gewagt, in einem Interview mit dem Kulturmagazin *Lettre Internationale* folgende Sätze zu sagen:

»Man muss aufhören, von ›den‹ Migranten zu reden. Wir müssen uns einmal die unterschiedlichen Migrantengruppen anschauen. Die



Vietnamesen: Die Eltern können kaum Deutsch, verkaufen Zigaretten oder haben einen Kiosk. Die Vietnamesen der zweiten Generation haben dann durchweg bessere Schulnoten und höhere Abiturientenquoten als die Deutschen. Die Osteuropäer, Ukrainer, Weißrussen, Polen, Russen weisen tendenziell dasselbe Ergebnis auf. Sie sind integrationswillig, passen sich schnell an und haben überdurchschnittliche akademische Erfolge. Die Deutsch-Russen haben große Probleme in der ersten, teilweise auch der zweiten Generation, danach läuft es wie am Schnürchen, weil sie noch eine altdeutsche Arbeitsauffassung haben. Sobald die Sprachhindernisse weg sind, haben sie höhere Abiturienten- und Studentenanteile usw. als andere. Bei den Ostasiaten, Chinesen und Indern ist es dasselbe. Bei den Kerngruppen der Jugoslawen sieht man dann schon eher ›türkische‹ Probleme; absolut abfallend sind die türkische Gruppe und die Araber. Auch in der dritten Generation haben sehr viele keine vernünftigen Deutschkenntnisse, viele gar keinen Schulabschluss, und nur ein kleiner Teil schafft es bis zum Abitur. (...) Je niedriger die Schicht, umso höher die Geburtenrate. Die Araber und Türken haben einen zwei- bis dreimal höheren Anteil an Geburten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Große Teile sind weder integrationswillig noch integrationsfähig. Die Lösung dieses Problems kann nur heißen: Kein Zuzug mehr, und wer heiraten will, sollte dies im Ausland tun. Ständig werden Bräute nachgeliefert: Das türkische Mädchen hier wird mit einem Anatolen verheiratet, der türkische Junge hier bekommt eine Braut aus einem anatolischen Dorf. Bei den Arabern ist es noch schlimmer. Meine Vorstellung wäre: generell kein Zuzug mehr außer für Hochqualifizierte und perspektivisch keine Transferleistungen mehr für Einwanderer. In den USA müssen Einwanderer arbeiten, weil sie kein Geld bekommen, und werden deshalb viel besser integriert. Man hat Studien zu arabischen Ausländergruppen aus demselben Clan gemacht; ein Teil geht nach Schweden mit unserem Sozialsystem, ein anderer Teil geht nach Chicago. Dieselbe Sippe ist nach 20 Jahren in Schweden immer noch frustriert und arbeitslos, in Chicago hingegen integriert. Der Druck des Arbeitsmarktes, der Zwang des Broterwerbs, sorgen dafür. Das sind Dinge, die man nur durch Bundesrecht ändern kann. Für Berlin ist meine Prognose düster, was diese Themen betrifft. Aber es kann in einer Stadt, in der man prächtig leben kann, gleichzeitig kompakte und wachsende, ungelöste Probleme geben. Genauso wird es in Berlin werden. (...) Die Integration hat Stufen. Die erste Vorstufe ist, dass man Deutsch lernt, die zweite, dass man

vernünftig durch die Grundschule kommt, die dritte, dass man aufs Gymnasium geht, dort Examen macht und studiert. Wenn man durch ist, dann braucht man gleiche Chancen im öffentlichen Dienst. So ist die Reihenfolge. Es ist ein Skandal, dass die Mütter der zweiten, dritten Generation immer noch kein Deutsch können, es allenfalls die Kinder können, und die lernen es nicht wirklich. Es ist ein Skandal, wenn türkische Jungen nicht auf weibliche Lehrer hören, weil ihre Kultur so ist. Integration ist eine Leistung dessen, der sich integriert. Jemanden, der nichts tut, muss ich auch nicht anerkennen. Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für 70 Prozent der türkischen und für 90 Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin. Viele von ihnen wollen keine Integration, sondern ihren Stiefel leben. Zudem pflegen sie eine Mentalität, die als gesamtstaatliche Mentalität aggressiv und atavistisch ist. (...) Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate. Das würde mir gefallen, wenn es osteuropäische Juden wären mit einem um 15 Prozent höheren IQ als dem der deutschen Bevölkerung. Ich habe dazu keine Lust bei Bevölkerungsgruppen, die ihre Bringschuld zur Integration nicht akzeptieren, und auch, weil es extrem viel Geld kostet und wir in den nächsten Jahrzehnten genügend andere große Herausforderungen zu bewältigen haben. (...) Man stößt gegen viele Mauern der Politischen Korrektheit, aber man merkt, dass der Ton an Deutlichkeit zunimmt, wir haben noch nicht verstanden, dass wir ein kleines Volk sind. Wir verstehen uns immer noch als ein großes Volk. 1939, als der Zweite Weltkrieg begann, hatte Deutschland 79 Millionen Einwohner, die USA 135, Russland 160 und England 50. Die Proportionen haben sich völlig verschoben. Wenn von unseren 80 Millionen praktisch 30 Prozent im Rentenalter sind, sind wir bereits eine relativ kleine Bevölkerung. Wir sind näher an den Holländern und Dänen als an den USA. Dass diese kleinen Völker ihre Ausländer heute mit viel radikaleren Programmen als wir forciert integrieren, hat einen guten Grund. Heute muss man Sprachtests in den Botschaften machen, davor darf man gar nicht einreisen. Sie haben spät angefangen, aber sie haben wenigstens angefangen. Wenn die Türken sich so integrieren würden, dass sie im Schulsystem einen anderen Gruppen vergleichbaren Erfolg hätten, würde sich das Thema auswachsen. Der vietnamesische Kioskbesitzer wird immer gebrochen Deutsch sprechen,

weil er erst mit 30 eingewandert ist und ungebildet war. Wenn seine Kinder Abitur machen oder Handwerker werden, hat sich die Sache erledigt. Türkische Anwälte, türkische Ärzte, türkische Ingenieure werden auch Deutsch sprechen, und dann wird sich der Rest relativieren. So aber geschieht nichts. Die Berliner meinen immer, sie hätten besonders große Ausländeranteile; das ist falsch. Die Ausländeranteile von München, Stuttgart, Köln oder Hamburg sind viel höher. Aber die Ausländer dort haben einen geringeren Anteil an Türken und Arabern und mischen sich über breite Ausländergruppen. Zudem sind die Migranten in den Produktionsprozess integriert. Während es bei uns eine breite Unterschicht gibt, die nicht in Arbeitsprozesse integriert ist. Doch das Berliner Unterschichtproblem reicht weit darüber hinaus. Darum bin ich pessimistisch. Wir haben in Berlin 40 Prozent Unterschichtgeburten, und die füllen die Schulen und die Klassen, darunter viele Kinder von Alleinerziehenden. Wir müssen in der Familienpolitik völlig umstellen: weg von Geldleistungen, vor allem bei der Unterschicht. Ich erinnere an ein Dossier der *Zeit* dazu. Es berichtet von den 20 Tonnen Hammelresten der türkischen Grillfeste, die die Stadtreinigung jeden Montagmorgen aus dem Tiergarten beseitigt – das ist keine Satire. Der Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky erzählt von einer Araberfrau, die ihr sechstes Kind bekommt, weil sie durch Hartz IV damit Anspruch auf eine größere Wohnung hat. Von diesen Strukturen müssen wir uns verabschieden. Man muss davon ausgehen, dass menschliche Begabung zu einem Teil sozial bedingt ist, zu einem anderen Teil jedoch erblich. Der Weg, den wir gehen, führt dazu, dass der Anteil der intelligenten Leistungsträger aus demografischen Gründen kontinuierlich fällt. So kann man keine nachhaltige Gesellschaft bauen, das geht für ein, zwei, drei Generationen gut, dann nicht mehr. Das klingt sehr stammtischnah, aber man kann das empirisch sehr sorgfältig nachzeichnen.«<sup>247</sup> [> Hinweis](#)

Ich habe den Text (er ist wegen der Reaktionen ein Dokument der Zeitgeschichte) mehrfach gelesen, und mir fällt trotz intensiver Bemühungen nicht ein Satz auf, der justiziabel sein könnte. Aber genau dieser Text reichte deutschen Medien als Steilvorlage, um Sarrazin in das Licht eines üblen Volksverhetzers zu rücken. Die SPD diskutierte darüber, Sarrazin aus der Partei auszuschließen. Die Gewerkschaft Verdi nannte Sarrazin »rechtsradikal« (*Rheinische Post*: »Empörung über Sarrazin: Verdi nennt Äußerungen rechtsradikal«<sup>248</sup> [> Hinweis](#) ).

In der Sache konnte Sarrazin niemand widerlegen. Deutschland hat schließlich ein massives Problem mit Zuwanderern aus der Türkei und dem arabischen Kulturkreis. Früher wäre man froh über jeden gewesen, der den Mut gehabt hätte, Sinnvolles und Richtiges auch provokant auszusprechen. Schließlich hatten wir schon damals Parallelgesellschaften, die die Beschwichtiger vom Dienst, Sozialromantiker und Multikulti-Illusionisten aber bis heute nicht sehen wollen.

Die *Frankfurter Rundschau* stempelte Sarrazin zum »Brandstifter« und schrieb über ihn: »Er ist verrückt.«<sup>249</sup> > Hinweis Der *Zeit* – Journalist Christian Staas fühlte sich durch Sarrazins Interviewäußerungen an rassenbiologische Schriften erinnert und bezeichnete die sozial- und bevölkerungspolitische Programmatik als »eugenisches Projekt« (Zitat: »Was Sarrazin hier entwirft, ist nichts anderes als ein eugenisches Projekt zum ›Auswachsen‹ unbrauchbaren Lebens. Er schlägt deshalb unter anderem die komplette Streichung von Sozialzuwendungen für Ausländer aus der ›Unterschicht‹ vor.«<sup>250</sup> > Hinweis ) Die *Zeit* ließ zu Sarrazins Interview noch wissen: »Der Text ist ungeheuerlicher, als es seine rassistischen Pointen ohnehin schon vermuten lassen.«

Tatsache ist: Thilo Sarrazin wurde von deutschen Leitmedien brutal abgestempelt. Überall trugen die Schlagzeilen die Botschaft vom »Volksverhetzer Sarrazin« durchs Land. Jeder sollte wissen, was man hierzulande nicht mehr offen sagen darf. Über vier Jahre hinweg (so lange dauerte das Ermittlungsverfahren) wurden deutsche Leitmedien nicht müde, bei jeder Erwähnung des Namens Sarrazin abfällig in ihre Texte die Formulierung einfließen zu lassen, »gegen den wegen des Verdachts auf Volksverhetzung ermittelt wird«. Sogar das Justizministerium schaltete sich ein und ersuchte die Staatsanwaltschaft darum, Sarrazin gefälligst endlich anzuklagen. Doch die stellte im Jahre 2013 die Ermittlungen endgültig ein.<sup>251</sup> > Hinweis Für deutsche Leitmedien war das natürlich ein weiterer Skandal.

## **Nürnberg: Wo Hitler Parteitage abhielt, wählt man heute SPD**

Ich persönlich wundere mich, warum Leitmedien häufig bei politisch unbequemen Personen die Keule von der angeblichen »Volksverhetzung«

schwingen, aber umgekehrt die Bürger unsere Journalisten der Leitmedien nicht wegen Volksverhetzung anzeigen. So twitterte die Tageszeitung *Die Welt* am 9. September 2016 um 16.31 Uhr: »Usedom: Wo Hitler Raketen baute, wählt man heute AfD.« Diese Gleichsetzung von NSDAP und AfD war offenkundig gewollt. Das ist aus meiner subjektiven Sicht übelste und widerlichste Hetze, wie sie auch ein Josef Goebbels nicht hätte perfider verbreiten können.

Ich wage deshalb zu behaupten, dass Journalisten unserer Leitmedien häufig näher am Tatbestand der Volksverhetzung stehen als jene, denen sie das vorwerfen. Sie können das nicht nachvollziehen? Dann fragen Sie sich doch bitte einfach einmal, wie es auf Sie wirken würde, wenn die Tageszeitung *Die Welt* über das mittelfränkische Nürnberg geschrieben hätte: »Nürnberg: Wo Hitler Parteitage und Parteiaufmärsche veranstaltet hat, da wählt man heute SPD.« Ich behaupte, dass die Redakteure der *Welt* niemals auf die Idee kommen würden, eine solche Schlagzeile zu veröffentlichen, denn jedem klar denkenden Menschen wäre die Gleichsetzung von SPD und Nazis sofort bewusst.

Aber genau das bezweckte *Die Welt* ja mit ihrem Twitter-Eintrag zur AfD. Man wollte gegen die Alternative für Deutschland hetzen, man wollte sie in Verruf bringen. Zudem wollte man die Gleichsetzung von AfD und Nazis in die Hirne der *Welt* – Leser einhämmern. Für mich ist das übelste mediale Volksverhetzung. Leitmedien hetzen eben gern gegen Andersdenkende.

## **Böswillige Vorverurteilungen: der Fall Frauke Petry**

Wo immer mehr Medien nach skandalösen Fällen von »Volksverhetzung« gieren, sind auch die Denunzianten nicht weit. Niemals zuvor gab es in der Geschichte Deutschlands so viele Strafanzeigen gegen Privatpersonen wegen angeblicher »Volksverhetzung«. Allein im Jahre 2014 wurden 2670 Deutsche von ihren Mitbürgern wegen »Volksverhetzung« angezeigt. Bei diesem Tatbestand muss zwangsweise ermittelt werden, weil aus der Sicht des Gesetzgebers immer ein Interesse der Öffentlichkeit an Aufklärung und einer eventuellen Strafverfolgung besteht. Somit wird die Liste jener, gegen die derzeit wegen angeblicher Volksverhetzung ermittelt wird oder wurde, immer länger. Auf ihr stehen Autoren wie der türkischstämmige Schriftsteller Akif

Pirinçci. Dessen Verlag Random House hatte mit Bekanntwerden der Strafanzeige auch gleich – also lange vor einem Urteil – den Verkauf und Vertrieb seiner Bücher eingestellt.<sup>252</sup> > Hinweis Früher nannte man so etwas Vorverurteilung (und die war verpönt). Heute ist es politisch korrekt, Menschen vorzuverurteilen. Random House gehört zum Bertelsmann-Konzern. Bitte erinnern Sie sich jetzt daran, was ich im Abschnitt »Die Verzahnung von Politik und Medien« über die Milliardärin und Merkel-Freundin Liz Mohn und jenen Bertelsmann-Konzern geschrieben habe, der eines der größten Medienimperien der Welt darstellt. Dann ahnen Sie, was es bedeutet, von diesem Kraken abgestempelt und vorverurteilt zu werden. Presse- und Meinungsfreiheit haben dann flächendeckend Sendepause, und wenn die anderen Medienkonzerne mitziehen, dann könnte der Shit-Sturm nicht größer sein.

Die AfD-Politikerin Frauke Petry machte die Medienerfahrung der Vorverurteilung 2016, weil sie das gefordert hatte, was auch so im Gesetz steht: nämlich notfalls auch den Schusswaffengebrauch an deutschen Grenzen. Deshalb wurde sie wegen angeblicher Volksverhetzung angezeigt.<sup>253</sup> > Hinweis Reißerisch berichteten Medien dann unter Überschriften wie »Anzeige wegen Volksverhetzung – der Druck auf AfD-Chefin Petry steigt«<sup>254</sup> > Hinweis . Dummerweise stellte die Staatsanwaltschaft Mannheim die Ermittlungen ganz schnell wieder ein und teilte zur Begründung mit:

»Wie sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz ergibt, spricht im öffentlichen Meinungskampf eine Vermutung zugunsten der Meinungsäußerungsfreiheit. In entsprechenden Fällen sind demnach selbst als abwegig und sogar gefährlich empfundene Meinungen grundsätzlich zulässig (vgl. Beschluss des BVerfG vom 04.11.2009 – 1 BvR 2150/08).<sup>255</sup>

> Hinweis

In einem Interview mit dem *Mannheimer Morgen* hatte Petry Anfang Februar 2016 angesichts der hohen Flüchtlingszahlen verlangt, es müsse verhindert werden, dass weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich nach Deutschland einreisen könnten. Die Polizei müsse dafür »notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen«, sagte sie. Daraufhin wurde die AfD-Vorsitzende von mehreren Bürgern wegen des Verdachts der Volksverhetzung und der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten angezeigt. Dabei ist klar im Gesetz geregelt, wie sich Polizeibeamte an der deutschen Grenze verhalten müssen. Das steht im »Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung

öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes« (UZwG) von 1961. Im Paragrafen 11 heißt es dort, dass Beamte »Schusswaffen auch gegen Personen gebrauchen dürfen, die sich der wiederholten Weisung, zu halten oder die Überprüfung ihrer Person oder der etwa mitgeführten Beförderungsmittel und Gegenstände zu dulden, durch die Flucht zu entziehen versuchen«. Zitiert man also ein gültiges deutsches Gesetz, dann läuft man im Deutschland der Gegenwart Gefahr, wegen Volksverhetzung angezeigt und von den Medien öffentlich hingerichtet zu werden. Das Schusswaffen-Interview des *Mannheimer Morgen* wurde später übrigens zum »Fall für den Presserat« <sup>256</sup> > Hinweis .

Das alles ist peinlich für deutsche Medien, denn sie haben sich Frauke Petry gegenüber absolut böswillig verhalten. Lesen Sie nachfolgend die Interviewfragen des *Mannheimer Morgen* (MM) und die Antworten von Frauke Petry, denn dieses Dokument der Zeitgeschichte bot die Basis für die folgende Vorverurteilung:

MM-Frage: »Frau Petry, Sie fordern, an den Grenzen ›wieder Recht und Ordnung herzustellen«. Was heißt das?«

Antwort Petry: »Wir brauchen umfassende Kontrollen, damit nicht weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können.«

MM-Frage: »Die Grenze zu Österreich ist mehr als 800 Kilometer lang. Wie wollen Sie die durchgängig kontrollieren?«

Antwort Petry: »Ich weiß genau, dass Sie mich zur Schlagzeile ›Petry will Grenzzäune errichten‹ provozieren wollen.«

MM-Frage: »Wir wollen nur wissen, wie Ihr Plan aussieht. Wie sieht er aus?«

Antwort Petry: »Wir müssen natürlich genügend Bundespolizisten einsetzen und dürfen Zurückweisungen nicht scheuen. Dies muss notfalls auch mit Grenzsicherungsanlagen durchgesetzt werden.«

MM-Frage: »Wie hoch sollen die Zäune sein?«

Antwort Petry: »Sie können es nicht lassen! Schauen Sie doch mal nach Spanien. Die haben auch hohe Zäune.«

MM-Frage: »Was passiert, wenn ein Flüchtling über den Zaun klettert?«

Antwort Petry: »Dann muss die Polizei den Flüchtling daran hindern,

dass er deutschen Boden betritt.«

MM-Frage: »Und wenn er es trotzdem tut?«

Antwort Petry: »Sie wollen mich schon wieder in eine bestimmte Richtung treiben.«

MM-Frage: »Noch mal: Wie soll ein Grenzpolizist in diesem Fall reagieren?«

Antwort Petry: »Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.«

MM-Frage: »Es gibt in Deutschland ein Gesetz, das einen Schießbefehl an den Grenzen enthält?«

Antwort Petry: »Ich habe das Wort ›Schießbefehl‹ nicht benutzt. Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt. Entscheidend ist, dass wir es so weit nicht kommen lassen und über Abkommen mit Österreich und Kontrollen an EU-Außengrenzen den Flüchtlingszustrom bremsen.«

So weit dieser Teil des Gesprächs, das am 30. Januar 2016 veröffentlicht wurde. Anschließend kam der mediale Sturm der Entrüstung. Da berichteten etwa die *Lübecker Nachrichten* am 31. Januar 2016 schon im Titel wahrheitswidrig: »Petry fordert Waffeneinsatz gegen Flüchtlinge – AfD-Vorsitzende will illegale Grenzübertritte mit Gewalt verhindern und sorgt bundesweit für Empörung«. <sup>257</sup> > Hinweis Denn »gefordert« hatte Frauke Petry den Waffeneinsatz nachweislich nicht. Es war nicht die einzige böartige Überschrift gegen eine Frau, die man medial hinrichten wollte. Die *Süddeutsche Zeitung* fabulierte über eine angebliche »Parallele zum Schießbefehl der DDR« <sup>258</sup> > Hinweis .

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* drehte die mediale Hassspirale gegen Frauke Petry gleich noch eine Runde weiter. Kommentator Günter Bannas tönte unter der Überschrift »Die AfD und ihr Schießbefehl – kalt berechnend« allen Ernstes: »Das Gerede der AfD-Führungsfrauen vom Schießbefehl auf Flüchtlinge spiegelt einen unglaublichen Hass wider. Und es dokumentiert ein kaltes Kalkül.« <sup>259</sup> > Hinweis Bannas weiter: »Petry und Storch sind nicht irre und nicht geisteskrank. Ihr Schießbefehl ist mit dem der DDR auch nicht zu vergleichen. Der von der AfD richtet sich gegen das Fremde, und sei es noch so hilfsbedürftig.«



Es ist kein Wunder, dass Politiker in Anbetracht solcher medialen Hasskommentare lautstark die Beobachtung der Partei AfD durch den Verfassungsschutz forderten.<sup>260</sup> > Hinweis Man sieht daran auch gut, wie das Zusammenspiel von Politikern und Leitmedien klappt. Einer liefert dem anderen die Steilvorlagen. Hauptsache, die eigene Gesinnung wird unterstützt. Liest man die üblen Sätze des FAZ-Propagandisten Bannas heute nochmals, dann bekommt man eine Ahnung davon, warum manche Bürger Journalisten der Leitmedien als »Schmierfinken« bezeichnen.

Schließlich kommt es immer darauf an, wer etwas sagt – und nicht, was er sagt. Wenn ein SPD-Mitglied oder ein Grüner bewaffnete Grenztruppen an deutschen Grenzen fordern, dann ist das natürlich etwas völlig anderes, als wenn AfD-Politikern der Waffengebrauch von Journalisten in den Mund gelegt wird, um einen Skandal provozieren zu können. Interessanterweise hatte es einen vergleichbaren medialen Aufschrei der Entrüstung nicht gegeben, als der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) sich im Oktober 2015 für eine europäische Grenzsicherungstruppe ausgesprochen und gesagt hatte: »Und dass die in der Regel auch Waffen besitzen, das ist an fast jeder Grenze der Welt normal.« Nun sind Waffen dazu da, damit man mit ihnen im Notfall auch schießt.

Haben Sie jemals gehört, dass unsere Leitmedien oder Politiker wegen dieser Äußerung des Grünen-Politikers Palmer die Beobachtung der Grünen durch den Verfassungsschutz forderten? Oder ihn wegen angeblicher Volksverhetzung anzeigten? Nein, das Gegenteil war der Fall. CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière sprang dem Grünen Palmer bei und erklärte: »Herr Palmer hat ein realistischeres Bild als manche seiner grünen Parteifreunde, insbesondere im Bund.«<sup>261</sup> > Hinweis

Während der Grünen-Politiker Boris Palmer also unter medialem und politischem Beifall für kritische Worte gelobt wurde, bekamen Politiker von Konkurrenzparteien schnell Anzeigen wegen Volksverhetzung. Diese Erfahrung machte auch der AfD-Politiker Björn Höcke. Der *Focus* titelte: »Staatsanwaltschaft ermittelt gegen AfD-Landesvorsitzenden«.<sup>262</sup> > Hinweis Und n-tv berichtete: »Staatsanwaltschaft prüft Verdacht der Volksverhetzung gegen Höcke«.<sup>263</sup> > Hinweis Der Thüringer AfD-Vorsitzende hatte bei einer Veranstaltung in Halle in Zusammenhang mit Flüchtlingen vom »lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp« gesprochen. Das reichte, um ihn wegen »Volksverhetzung« medial fertigzumachen. Im Januar 2016 wurden die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Höcke eingestellt.<sup>264</sup>

> Hinweis Die politisch eher links stehende Wochenzeitung *Die Zeit* hat offenkundig Probleme mit solchen Verfahreneinstellungen gegen Personen, die sie gern »rechtspopulistisch« nennt. Höcke, der »prominenteste Rechtspopulist der Republik«<sup>265</sup> > Hinweis , ist seither für *Die Zeit* der »Mann an der Grenze«<sup>266</sup> > Hinweis . Damit meint sie wohl einen, der jede Sekunde Gefahr läuft, endlich verurteilt zu werden.

## Gleichgeschaltete Universitäten: Maulkörbe für Wissenschaftler

Letztlich schüren unsere Leitmedien mit dem ständigen Beschwören von Politischer Korrektheit und der Androhung, Menschen wegen geringster sprachlicher Unkorrektheiten medial hinzurichten, die Angst vor der freien Meinungsäußerung. Einer, der das leidvoll erfährt, ist der Berliner Politikprofessor Herfried Münkler. Nachdem Medien darüber berichteten, dass der auf den geschichtlichen Kontext von Kriegen spezialisierte Wissenschaftler sich die Freiheit herausnahm, ohne Tabus frei Schnauze zu sprechen, gab es einen Shitstorm gegen ihn. In einem Bericht erfahren wir, wie seine Vorlesungen heute aussehen:

»Ein Mann betritt den Raum. Es ist Herfried Münkler, Professor für politische Theorie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1992 hat er den Lehrstuhl inne. Sein Gesicht ist oft im Fernsehen zu sehen, kaum ein Politikstudent kommt in seinem Studium an seinen Büchern oder Aufsätzen vorbei. Seine Vorlesungen verliefen bisher immer recht geräuschlos. Das hat sich nun geändert. Münkler hält die meistbeobachtete Vorlesung des Landes. Er muss damit rechnen, dass jeder seiner Sätze aufgezeichnet, seziert, kritisiert wird. Das ist anstrengend. Kurz hebt Münkler den Kopf, blickt einmal quer durch das Auditorium. Dann geht es los. Münkler spricht über Republikanismus und Liberalismus, oft liest er vom Blatt ab. Es geht um Kant und Machiavelli. Dann zeigt er an der Leinwand ein Gemälde, das die Legende um Brutus den Älteren aufgreift. Brutus steht etwas abseits, er ist voller Würde und Haltung – mit männlichen Tugenden – gemalt. Die Mutter beklagt die abgebildeten Toten, sie weint, kann sich – typisch weiblich – nicht zusammenreißen. Münkler macht auf diese klischeehafte Darstellung aufmerksam. Dann dreht er sich kurz weg von dem Bild, blickt wieder zu seinem Publikum: ›Ich weiß nicht, ob das jetzt meinem Ruf als

Sexist gerecht wird.« Ein paar Studenten lachen über die Ironie, andere nicht. Am nächsten Tag wird in dem Blog ›Münkler-Watch‹ zu lesen sein, dass der Professor ›relativ angemessen‹ auf die in dem Bild verewigten sexistischen Stereotypen eingegangen sei, danach aber ›leider‹ wieder auf sein ›altes Niveau‹ zurückgefallen sei, als er mit Bezug auf die Brutus-Legende Vergewaltigungen ›bagatellisierend‹ als ›Schweinereien‹ bezeichnet habe.«<sup>267</sup> [› Hinweis](#)

Die Freiheit der Wissenschaft und der freien Meinungsäußerung gibt es für einen wie Herfried Münkler heute nicht mehr. Jedenfalls muss er bei jedem einzelnen Wort überlegen, was er sagen will und wie es möglicherweise im Publikum ankommt. Mit spontaner Rede und Freiheit hat das nichts mehr zu tun.

Herfried Münkler ist kein Einzelfall. Auch Professor Jörg Baberowski wird von den Medien angefeindet. Der Mann hatte einfach nur bestritten, dass die Deutschen rassistisch seien, und gelobt, wie zivilisiert die Deutschen auf das Eindringen Fremder in Großstadtstärke reagierten. Seither kleben Plakate mit der Aufschrift »Faschist« in seinen Universitätsfluren, und empörte Medien brandmarkten ihn, weil er offen sagte, wer Merkel kritisiere, der werde in Deutschland »ausgeschlossen«<sup>268</sup> [› Hinweis](#) . Als Professor Jörg Baberowski in der Talkshow *Anne Will* seine Aussagen wiederholte, wies ihn die Moderatorin zurecht und behauptete, dass er als weißer Mann und Professor ja unmöglich dieselben Diskriminierungserfahrungen haben können oder müssen wie die ebenfalls in der Runde anwesende kopftuchtragende Bloggerin Kübra Gümüşay.<sup>269</sup> [› Hinweis](#) Wie auch Herfried Münkler wurde Professor Jörg Baberowski medial fertiggemacht. Es sind unsere Leitmedien, die solchen Druck auch gegen renommierte Wissenschaftler aufbauen.

Das alles betrifft auch den Dresdner Politikwissenschaftler Professor Werner Patzelt. Der Mann hat wie kein anderer die Pegida-Bewegung erforscht, und er hat Studien zu ihr veröffentlicht.<sup>270</sup> [› Hinweis](#) Deren Ergebnisse passten deutschen Leitmedien allerdings nicht ins Bild. Als Patzelt mitteilte, zwei Drittel der Pegida-Demonstranten seien »gutwillige Bürger«, da machten die Medien daraus »Ein Drittel der Demonstranten sind rechtsnationale Ausländerfeinde«<sup>271</sup> [› Hinweis](#) . Patzelt wies an anderer Stelle auch darauf hin, dass manche Bürger »Xenophobie« haben. Nun heißt Xenophobie nichts anderes als »Furcht vor dem Fremden«. Gewählt aber wurde von den Medien das viel drastischere Wort »Ausländerfeindlichkeit«. Man verdrehte Patzelt also jedes Wort im Mund, nur damit das von den

Leitmedien gezeichnete Bild der dumpfen, bösen, ausländerfeindlichen Deutschen endlich wieder stimmte. Auch Politiker machten das, was sie in solchen Situationen gerne tun: Sie sprachen dem Wissenschaftler die wissenschaftliche Qualifikation ab. Der linke sächsische Grünen-Politiker Miro Jennerjahn nannte Patzelt beispielsweise einen »politischen Akteur« mit »Professorentitel«. <sup>272</sup> > Hinweis Hinterbänkler Jennerjahn behauptete, »dass Prof. Patzels Äußerungen keinerlei wissenschaftlich-methodisches Vorgehen zugrunde lag, sondern eine lose Sammlung von subjektiven Eindrücken« <sup>273</sup> > Hinweis . Schließlich wollte Patzelt sich nicht in die von Politik und Medien geforderte Akademikereinheitsfront einreihen. <sup>274</sup> > Hinweis

Dann kam die ganz große Keule – die Nazi-Keule. Im September 2016 warfen Leitmedien Professor Patzelt eine Ungeheuerlichkeit vor: verkappte Nazi-Nähe. Der Mann hatte zwar nichts verbrochen und nur gesagt, in Deutschland sei die Willkommenskultur für Asylbewerber »wie in einem Gottesdienst«. Die Willkommenskultur trage also religiöse Züge, die man nicht kritisieren dürfe. Eigentlich eine ganz normale Aussage. Nun hatte aber auch einst NS-Propagandist Joseph Goebbels – wenn auch in einem ganz anderen Zusammenhang – einmal gesagt: »... wie in einen Gottesdienst«. (Goebbels: »Jene Divisionen, die jetzt schon zu kleinen Offensiven angetreten sind und die in den nächsten Wochen und Monaten zu Großoffensiven antreten werden, werden in diesen Kampf hineingehen wie in einen Gottesdienst.«) Daher lauteten die Schlagzeilen plötzlich »Politikwissenschaftler Patzelt wegen Goebbels-Zitat in der Kritik«. <sup>275</sup>

> Hinweis

Es sind die Leitmedien, die Wissenschaftler fertigmachen. Und es sind Leitmedien, die heute darüber bestimmen, welche Wissenschaftler in Deutschland Vorlesungen halten dürfen. Das Recht auf freie Rede gilt heute selbst für Wissenschaftler nicht mehr, wenn sie »umstrittene Ansichten« haben.

## **Genormte Einheitsmeinung: Kampagnen gegen »böse Menschen«**

Unsere Leitmedien finden es gut, wenn Kritiker einen Maulkorb verpasst bekommen. Nehmen wir nur den Bestsellerautor Hamed Abdel-Samad. Er

gehörte in seiner Jugend der radikalen islamistischen Muslimbruderschaft an. Hamed Abdel-Samad weiß, wovon er spricht, wenn er den Islam kritisiert. Der Mann ist Politologe und als Muslim aufgewachsen. Er nennt Mohammed einen paranoiden Massenmörder, der für seine Ziele über Leichen ging.

Das, was Hamed Abdel-Samad sagt, können seine Gegner inhaltlich nicht so leicht widerlegen. Am 23. September 2016 sollte er in Dortmund einen lange geplanten Vortrag halten. Der wurde dann kurzfristig abgesagt – offiziell aus »organisatorischen Gründen«. Die aber waren wohl nur vorgeschoben. In Wahrheit hatte man Angst vor einer politisch nicht korrekten Veranstaltung. Eine Lokalzeitung kommentierte die Absage denn auch mit den Worten: »Rechte, Linke, dazu Islamisten – dieses Szenario vermeiden zu wollen – lassen eine Absage aus organisatorischen Gründen dann doch nachvollziehbar erscheinen. Es wäre in der Tat eine Menge Organisation nötig gewesen.«<sup>276</sup> > Hinweis Mit anderen Worten: Besser die Rede- und Meinungsfreiheit beiseitewischen, als dass es einen Disput gibt. So sind sie, unsere Volkserzieher. Immer schön der genormten Einheitsmeinung entlang.

Man darf heute in Deutschland eben nur noch die genormte Einheitsmeinung wiedergeben. Andere Auffassungen werden nicht mehr toleriert. Unsere Leitmedien haben mit ihrer systematischen Toleranzerzwingung beim Gesinnungsterror ein Klima der Angst geschaffen. Die Botschaft: Wer sich nicht beugt, der wird fertiggemacht. Ich erlebe das auch regelmäßig selbst, etwa bei Veranstaltungen. Ohne Personen- und Polizeischutz kann ich im angeblichen Land der Meinungsfreiheit keinen Vortrag und keine Buchlesung mehr halten. Schlägertrupps von Antifa oder Störer aus den Reihen der SPD-Nachwuchsorganisation Juso und der Grünen grölen los, sobald ich auch nur einen Satz sage. Es geht dann einzig darum, politisch nicht erwünschte Meinungsäußerungen zum Schweigen zu bringen. Mit wachsender Sorge beobachte ich, wie einseitig das Vorgehen dabei ist: Wenn rechte Gruppen bei einer Veranstaltung von Linken Parolen rufen, dann ist das Entsetzen der Leitmedien darüber groß. Als in Berlin der linke Journalist Jakob Augstein und die ebenfalls wohl kaum konservative Agitatorin Margot Käßmann in einem Saal diskutierten und von Demonstranten durch Parolen unterbrochen wurden, da titelte der Sender rbb: »Identitäre Bewegung stört Radioeins-Livesendung mit Augstein«.<sup>277</sup>

> Hinweis Das ist die eine Seite. Die andere Seite habe ich selbst leidvoll erfahren. Ich hatte 2015 in Dietzenbach im Bürgerhaus eine Buchlesung zu

meinem Bestseller *Gekaufte Journalisten* halten wollen. Im Saal saßen neben mehr als 100 älteren Bürgern auch einige Dutzend Jugendliche, die auf Kommando Parolen brüllten, buhten oder klatschten, sobald ich den Mund aufmachte. Nachdem ich einen der Jugendlichen, es war ein örtliches Juso-Mitglied, an den Armen gefasst hatte und zum Verlassen des Saales aufforderte, las ich am nächsten Tag in den Regionalzeitungen nicht etwa »Demonstranten stören Buchlesung mit Ulfkotte«, sondern »Bestsellerautor wird handgreiflich«, »Hier verletzt der Bestsellerautor einen Jugendlichen« usw. Ich rieb mir verwundert die Augen und entnahm den Berichten, dass ich wegen Körperverletzung angezeigt worden sei. Ich hatte mich darum bemüht, eine medienkritische Veranstaltung durchführen zu können, und wurde nun in zahlreichen Medien als brutaler Schläger dargestellt, der hemmungslos auf Menschen einprügelt. Das war für mich Propaganda und Desinformation in höchster Vollendung. Selbstverständlich wurde das Verfahren wegen Körperverletzung eingestellt, weil ich selbstverständlich keinen Jugendlichen geschlagen hatte. Aber Massen von Menschen werden diesen Unsinn gelesen und möglicherweise geglaubt haben. Genau das ist das Ziel der Lügenmedien: Wer den Maulkorb ablegt und den Mund aufmacht, der wird fertiggemacht. Immer mehr Deutsche erfahren das leidvoll.

Christian Jung war von 2004 bis 2010 in einer deutschen Ausländerbehörde für Ausweisungen und Abschiebungen zuständig. Der Mann arbeitet heute auch als investigativer und kritischer Journalist. Er hat es ebenfalls gewagt, den Mund aufzumachen. Bei Pressekonferenzen besitzt er die Dreistigkeit, unbequeme Fragen zu stellen. Er hat für dieses Buch aufgeschrieben, was ihm dann widerfuhr:

»Eine Demokratie ist umso lebendiger, je mehr Meinungsfreude, aber auch je mehr Meinungen es per se gibt. Wenn dieser Satz stimmt, dann benötigt der hiesige Medienmarkt dringend eine Frischzellenkur. Reporter der Mainstream-Presse berichten oftmals geradezu begeistert, wenn Veranstaltungen abgesagt werden mussten, wenn es die Richtigen, die ›Rechten‹, trifft.

Ähnlich verhält es sich mit der Solidarität der Medienleute untereinander. Zwar wendet sich etwa der Deutsche Journalistenverband (DJV) oder auch die Organisation der Reporter ohne Grenzen vehement gegen Einschränkungen der Pressefreiheit und schreitet medienwirksam ein, wenn Journalisten in ihren Arbeitsmöglichkeiten beschränkt werden. Doch dies ist nicht in allen Fällen so. Zwei Beispiele aus meinen

Erfahrungen möchte ich hierzu berichten.

Am 11. April 2016 stellte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) den Verfassungsschutzbericht in einer Pressekonferenz vor. Schon öfter war mir bei Herrmanns Pressekonferenzen das Wort entzogen worden. Besonders seit ich den CSU-Politiker ein Jahr zuvor gefragt hatte, warum der Islamkritiker Michael Stürzenberger wegen seiner Gleichsetzung von Islam und Faschismus beobachtet werde, der Islamkritiker Hamed Abdal-Samad wegen derselben Behauptung aber nicht, war ich nicht mehr gut gelitten.<sup>278</sup> > Hinweis Als Antwort hatte sich Herrmann gerade noch die spöttisch gemeinte Bemerkung abringen können, dieser ›Hinweis‹ werde beim nächsten Verfassungsschutzbericht geprüft.

Ein Jahr später wäre es denn schon deutlich schwerer für den Politiker geworden, eine ernst zu nehmende Antwort zu geben. Was also tun? Man beschloss, mich zwar zur Pressekonferenz zuzulassen, mir jedoch keine Frage zu ermöglichen.<sup>279</sup> > Hinweis Geflissentlich wurde meine Wortmeldung durch Herrmanns Pressemitarbeiter immer wieder übersehen. Als er die Konferenz schließen wollte, beschwerte ich mich. Keiner der Kollegen sprang ein. Im Gegenteil: Der BR-Reporter Oliver Bendixen versuchte gar, Herrmann zu Hilfe zu kommen, als ich ihn zur Rede stellte.

Im Nachgang wandte ich mich an den DJV. Obwohl in einem anderen Verband Mitglied, wollte ich diesem Verband einmal auf den Zahn fühlen. Der DJV-Vorsitzende Frank Überall sieht beständig die Pressefreiheit bedroht und meldet sich in der Öffentlichkeit regelmäßig lautstark zu Wort. Dem DJV waren aber auch die vielen »rechten Übergriffe« auf Journalisten ein Dorn im Auge. Hierzu hat der Verband gar eine eigene Kampagne gestartet, die sich insbesondere mit Gewalt gegen Journalisten bei Demonstrationen der islamkritischen Pegida auseinandersetzt.<sup>280</sup>

> Hinweis Gerne sollten Augenzeugen Vorkommnisse mit Video- und/oder Bildmaterial darlegen, bei denen es zu Gewalt gegen Journalisten gekommen sei. Dem kam ich Mitte August 2016 nach. Mit einem Unterschied: Mein Bild- und Videomaterial belegte Gewalt und Nötigung gegen Journalisten auf linken Demonstrationen; meine Schilderungen erst recht.

Weder zu linker Gewalt noch zur verweigerten Auskunft in der Pressekonferenz des bayerischen Innenministers erhielt ich trotz mehrfacher Nachfrage durch den DJV jemals eine Antwort.

Politik und Mainstream-Presse spielten sich inzwischen die Bälle zu. <sup>281</sup>

> Hinweis Bei einer Anhörung im Bundestag beklagte sich der Verband über die rechte Gewalt. Offensichtlich geht es dem DJV weder um Gewalt noch um den Erhalt der Pressefreiheit. Es geht dem Verband doch wohl eher um eine Kampagne gegen Missliebige.

Inzwischen gab es jedoch auch eine Verurteilung wegen Gewalt zwischen Journalisten und einer Pegida-Demonstrantin. Doch auch hier war der Ablauf anders, als der DJV das bislang dargestellt hatte. Ein Reporter der ARD hatte der Frau eine Rippe gebrochen und wurde daher zu 60 Tagessätzen verurteilt. In den durch den DJV aufgeführten Augenzeugenberichten findet sich dieser Vorfall allerdings so nicht. <sup>282</sup>

> Hinweis

Von den Reportern ohne Grenzen, die sich ebenfalls in der Vergangenheit über die Einschränkung der Pressefreiheit und Gewalt von »Rechten« in der Öffentlichkeit beklagt hatten <sup>283</sup> > Hinweis , bekam ich auf meine letztlich inhaltsgleiche Anfrage ebenfalls keine Antwort. Merkwürdig: Die automatisierte Eingangsbestätigung hatte mir eine Antwort innerhalb von 24 Stunden in Aussicht gestellt.

Nicht mehr ganz so merkwürdig wird das Schweigen der Reporter ohne Grenzen, wenn man sich das Kuratorium betrachtet. Dort sitzen neben dem Intendanten des ZDF Thomas Bellut und dem ehemaligen *Spiegel* – Chefredakteur und jetzigem NDR-, WDR und SZ-Rechercheur Georg Mascolo weitere Hohepriester des politkorrekten und linken Journalismus wie etwa Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung*.

Nachdem ich von diesen Verbänden keine Hilfe erhalten hatte, wandte ich mich mit einer Klage gegen die verweigerte Auskunft im Rahmen der Pressekonferenz Innenminister Herrmanns. Ein Weg, den ich schon einmal – allerdings wegen verweigerter Presseauskunft durch die Stadt München – mit Unterstützung meines Journalistenverbandes unternommen hatte. Damals hatte ich gewonnen. <sup>284</sup> > Hinweis

Im »Fall Herrmann« ist bei Drucklegung dieses Buches noch nichts entschieden, da die mündliche Verhandlung erst später stattfindet. Allerdings ist der Schriftsatz von Herrmanns Juristen eingegangen. Dort beklagt sich Verfassungshüter Herrmann, ich sei noch nicht einmal in einem ordentlichen Verband, wie er sich diesen vorstellt. Der »Verfassungsminister Bayerns« will aber nicht nur Presse-, Meinungs-,



Berufs- und Koalitionsfreiheit aufheben, er hat auch noch einen Vorschlag für einen wirklich guten Verband: Der DJV etwa scheint dem Minister viel geeigneter für Journalisten. Jedenfalls für solche, die Herrmann genehm sind. So genehm, dass sie von der Politik ins Parlament geladen werden, um dort gemeinsam gegen Pegida und andere ›Rechte‹ eine gemeinsame Kampagne voranzutreiben.«

## Kapitel IV

### Der blinde Fleck der Alpha-Männchen

*Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die dargelegte Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen die journalistische »Beißhemmung« verloren zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt. Alle in diesem Buch genannten Organisationen bestreiten, Lobbyorganisationen zu sein und/oder Journalisten und/oder die öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Sie bestreiten zudem Kontakte zu Geheimdiensten.*

### Vorsicht Staatsgeheimnis!

Wer im deutschsprachigen Raum als Journalist, Wirtschaftsführer oder Politiker über bestimmte Dinge auspacken möchte, der läuft Gefahr, als »Verschwörungstheoretiker« verunglimpft zu werden. Das ist die angenehme Variante. Die andere? Man wird getötet.

Im Oktober 2016 berichteten mir die Politiker Alexander von Bülow und Willy Wimmer darüber. Der SPD-Politiker von Bülow war unter Helmut Schmidt Forschungsminister und kennt sich mit Geheimdiensten aus. Früher war er auch im Kontrollgremium für die deutschen Nachrichtendienste tätig. Der CDU-Politiker Willy Wimmer agierte als verteidigungspolitischer Sprecher der CDU und Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Wir sprachen über das, was nicht in den Zeitungen steht. Wir waren uns letztlich darin einig, dass Leitmedien Menschenmassen manipulieren. Wimmer und von Bülow berichteten mir, dass Alfred Herrhausen, Karsten Rohwedder und viele andere Prominente getötet worden waren, weil sie bestimmte Schweinereien der Eliten nicht mittragen wollten.

Falls von Bülow so etwas heute in der Öffentlichkeit sagt, dann wird er sofort als »Verschwörungstheoretiker« abgestempelt. Ich erinnerte mich in diesem Zusammenhang an den hessischen Politiker Heinz-Herbert Karry, der 1981 im Schlaf in seinem Haus erschossen worden war. Im Jahre 2002 suchten Mitarbeiter hessischer Sicherheitsbehörden, die ursprünglich an der Aufklärung des Falles beteiligt gewesen waren, nach einem Weg, die Öffentlichkeit über eine Ungeheuerlichkeit, die diesen Fall betraf, zu unterrichten. Einer von ihnen berichtete mir: Der Mord an Heinz-Herbert Karry sei völlig anders verlaufen, als es der Öffentlichkeit mitgeteilt worden war. Jedenfalls habe es Beweise dafür gegeben, dass einer der Mittäter ein später bundesweit bekannter Politiker gewesen sei. Dieser spätere Politiker hatte für die tödlichen Schüsse demnach jene Leiter beschafft, die ans Haus angelehnt wurde, damit der Täter die Kugeln in das im oberen Stockwerk gelegene Schlafzimmer abfeuern konnte. Ich arbeitete damals noch für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, sprach mit Staatsanwälten, einem Sohn des erschossenen Heinz-Herbert Karry sowie anderen Zeitzeugen. Nachdem ich meine Recherchen in den folgenden Monaten intensiviert hatte, bekam ich unerwartet die erste Hausdurchsuchung. Alles Material, das den Fall betraf, wurde beschlagnahmt. Genau jene Staatsanwaltschaft, die eigentlich den Mord an Karry hätte aufklären sollen, überzog mich später mit einem absurden Verfahren wegen des »Verdachts auf Geheimnisverrat«. Ich kam mir vor wie in einer Bananenrepublik, und mein Gesprächspartner aus den Reihen der Sicherheitsbehörden verlor seinen Job und seine Beamtenpension. Aus meiner Sicht hatte man damit ein Zeichen gesetzt: Wer über Schweinereien bestimmter führender Personen berichtet, der lebt gefährlich. Das habe ich auch später als Journalist immer wieder so erfahren.

Gezwungenermaßen habe ich in meinem Leben viele Fernsehmoderatoren kennengelernt. Schließlich habe ich mehr als 1000 Mal vor der Kamera gestanden und gegen gute Bezahlung als »Experte« das gesagt, was Politik und die Chefs der Leitmedien von mir hören wollten. Auf diese Weise lernte ich auch einen der bekanntesten deutschsprachigen Fernsehmoderatoren kennen. Er moderierte und produzierte mehrere Talkshows. Der Mann war in den 1990er-Jahren ein lebendes Erfolgsrezept. Irgendwann hatte er allerdings die Nase voll von seichten Sendungen. Er wollte den Deutschen in einem Nachrichtenmagazin Dinge präsentieren, die sie noch nie gehört hatten: deutsche Minister im Bordell, Bundestagsabgeordnete als Kinderschänder und viele andere wahre Begebenheiten. Doch das waren Staatsgeheimnisse. Der bekannte Moderator, der es gewohnt war, überall auf offene Ohren zu

stoßen, prallte nun auf eine Mauer des Schweigens. Letztlich musste seine Fernsehproduktionsfirma sogar Insolvenz anmelden. Das freute die Hüter der Staatsgeheimnisse. Die Journalisten der Leitmedien verhöhnten den Moderator, berichteten, die von ihm produzierten Formate seien »offenkundig nicht mehr gefragt«. In Wahrheit war genau das Gegenteil der Fall. Der Moderator hatte eine lange Liste mit Geschichten recherchieren lassen, die offenkundig als Staatsgeheimnisse angesehen werden. Die großen Fernsehsender waren begeistert, mochten sich allerdings mit den brisanten Reportagen nicht die Finger verbrennen.

Der erfolgreiche Fernsehmann hatte im Print-Bereich schon einen Kooperationspartner gewonnen: den Chefredakteur einer auflagenstarken Tageszeitung. Der war grundsätzlich dazu bereit, exklusiv am Ausstrahlungstag vorab über die brisanten Fernsehreportagen der geplanten neuen Produktion zu berichten – vorausgesetzt, sie waren gut recherchiert, hieb- und stichfest und hatten einen guten Sendeplatz. Zuvor hatte der Moderator, wie ich schon schrieb, vielen leitenden Redakteuren bei den bekannten Fernsehsendern eine lange Liste mit wahrlich exklusiven Geschichten vorgelegt. Ausnahmslos alle Verantwortlichen waren bei den von ihm angesprochenen Fernsehsendern zunächst begeistert – dann bekamen sie aber kalte Füße und dachten an ihre eigene Zukunft. Kurzum: Keiner wollte die brisanten Themen schließlich im Programm haben.

Was aber waren das für Geschichten? Nachfolgend eine kleine Auswahl von mehr als 100 Themen, die eigentlich ein neues investigatives Sendeformat ergeben sollten:

Der Moderator wollte einige Namen einer Liste von mehr als 100 deutschen Prominenten veröffentlichen, die neben Michel Friedman Kunden eines exklusiven Call-Girl-Rings gewesen waren. Der Mann verstand nicht, warum einzig Michel Friedman 2003 in Zusammenhang mit Zwangsprostituierten in die Schlagzeilen geriet, der Bundesinnenminister die Akte zur Chefsache machte und die Namen der anderen Kunden (unter ihnen ein Fußballtrainer, drei Fußballer der Bundesliga, zwei Schlagersänger, 17 Politiker, acht Unternehmer und 34 Journalisten) aber von der Bundesregierung wie ein Staatsgeheimnis gehütet wurden. Der bekannte Moderator hatte viele solcher Geschichten zusammentragen lassen. Er bot den Fernsehsendern einen Bericht über Bundestagsabgeordnete an, die regelmäßig vom Bundestag mit einem Taxischein – also auf Kosten der Steuerzahler – auf den Berliner Kinderstrich fuhren. Er wusste von einem (inzwischen

verstorbenen) ehemaligen deutschen Verteidigungsminister, der Stammgast in einem Berliner Bordellbetrieb war und dort stets für Ekel unter den Prostituierten sorgte, weil diese sich in seiner Gegenwart stets eine Flasche Piccolo in den After schieben mussten – der Herr Minister pflegte den Inhalt der Flasche dann zu trinken. Der Mann wirkte im Fernsehen immer so sympathisch – zwei Berliner Prostituierte kannten ihn allerdings völlig anders. Sie bekamen Brechreiz, wenn sie den Typ sahen – doch sie brauchten das Geld. Es gab Belege für die vorgenannten und weitere Geschichten, die sich bei Weitem nicht nur auf das Rotlichtmilieu bezogen. Der Moderator hatte auch recherchieren lassen, welche Unternehmer und Politiker bestechlich waren. Und er hatte recherchieren lassen, welche Politiker eine kriminelle Vergangenheit hatten – und, kaum im Amt, die eigene Ermittlungsakte vernichten ließen.

Eine Fernsehproduktionsgesellschaft hatte also Material, das kein anderer Sender in Deutschland besaß – und musste dennoch am Ende Insolvenz anmelden. Ein Verantwortlicher bei einem privaten Fernsehsender sagte dem Moderator bei einem Treffen, die brisanten Themen seien wirklich gut und garantierten hohe Einschaltquoten. Er werde den Zuschauern aber vorsichtshalber lieber weiterhin Seifenopern servieren – alles andere sei politisch nicht durchsetzbar und schade der eigenen Karriere.

Nachdem der Moderator sein Produktionsvorhaben bei vielen großen Sendern bekannt gemacht hatte, hieß es, seine Formate passten nicht ins Programm. Kurz: Es gab keine Aufträge mehr. Warum nur?

Ich kenne den Moderator seit mehreren Jahren. Dieser Buchabschnitt wurde nicht mit ihm abgesprochen. Ich weiß, dass der Moderator diese Erfahrungen gern vergessen und mit seinem Namen nicht mehr dazu in der Öffentlichkeit erscheinen möchte. Das respektiere ich und veröffentliche diese Zeilen nur anonymisiert. Der Inhalt entspricht von der ersten bis zur letzten Zeile der Wahrheit. Am Ende steht die Erkenntnis: Deutsche Journalisten waren zu feige gewesen, um über Prominente aus einer völlig anderen Perspektive zu berichten.

Ich weiß heute nicht, wo ich anfangen soll, wenn mich einmal jemand fragen würde, was die Öffentlichkeit erfahren sollte. Das fängt aus meiner Sicht an mit ganz normalen Dingen und Hintergründen, die man über jene wissen sollte, die uns im Fernsehen als angebliche Experten vorgestellt werden. Mir fällt da beispielsweise der Nahostexperte und Schreiber Michael Lüders ein, der regelmäßig im deutschen Fernsehen auftritt. Ich vermisse

dann den Hinweis darauf, dass der Mann unter Fachleuten mitunter als eine Art moderner Baron von Münchhausen gehandelt wird.<sup>285</sup> > Hinweis Sylke Tempel, Chefredakteurin der von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik herausgegebenen Zeitschrift *Internationale Politik*, nennt Ausführungen von Lüders »reine Propaganda«, manche seiner Aussagen basierten »allein auf Lüders Fantasie«, wie überhaupt »viel Fantasie und wenig seriöse Recherche die Grundlage« für seine Ausführungen sei.<sup>286</sup> > Hinweis Warum erfahre ich so etwas nicht, wenn unsere großen Sender diese moderne Version eines Baron von Münchhausen zuschalten? Noch mehr vermisse ich den Hinweis, dass er Nahost-Lobbyist ist.<sup>287</sup> > Hinweis Um es klar zu sagen: käuflicher Nahost-Berater.<sup>288</sup> > Hinweis

Ich kenne den Schreiber Michael Lüders persönlich aus mehreren Sendungen, in denen wir zusammen eingeladen waren. Den Kontakt zu dieser Person des öffentlichen Lebens habe ich vor wenigen Jahren abgebrochen, nachdem eine syrische Studentin, die ihn in Marburg und Gießen kennengelernt hatte, nach eigenen Angaben ein Kind von ihm bekam und sich hilfesuchend an mich und weitere Personen wandte. Ich habe Mutter und Kind dann später besucht und mir über Michael Lüders berichten lassen. Mit im Boot war auch eine bekannte Moderatorin eines öffentlich-rechtlichen Senders. Michael Lüders ist weiterhin einer von vielen regelmäßig im Fernsehen auftretenden zweifelhaften »Fachleuten«, über die ich als Zuschauer gern noch viel mehr erfahren würde.

## **Schwuler deutscher Politiker beim Kindersex in Afghanistan erwischt**

Vor mehreren Jahren rief mich spätabends ein bekannter Mitarbeiter des MDR-Magazins *Fakt* an. Die von unseren Zwangsgebühren finanzierte politisch korrekte Sendung *Fakt* ist aus meiner subjektiven Sicht Inbegriff für manipulative Volkserziehung, berichtet gern über »böse Rechte«<sup>289</sup> > Hinweis, fremdenfeindliche Deutsche<sup>290</sup> > Hinweis und stellt neue politische Kräfte, die unserer geliebten Führerin gefährlich werden könnten, gern als »unwürdig«<sup>291</sup> > Hinweis und »undemokratisch« dar. Um die politisch korrekte Propaganda in die Köpfe der Zuschauer zu hämmern, werden von *Fakt* mitunter »Experten« zitiert, von deren Berufen ein normaler

Durchschnittsbürger wohl eher noch nie etwas gehört hat – etwa den »Politikpsychologen«<sup>292</sup> > Hinweis . Mein Bekannter, der dort in der Redaktion tätig war, hatte die Nase schon seit vielen Jahren voll. Er hasste die manipulativen Propagandavorgaben, brauchte aber das Geld. Wir hatten uns im Iran kennengelernt. Später hatte er mich öfters besucht. Ich wusste viel von ihm, kannte da aber sein Geheimnis noch nicht.

Völlig aufgelöst berichtete er mir nun am Telefon, er werde erpresst. Meine Frau, die ihn auch gut kennt, hörte bei dem Telefongespräch zu. Unser Bekannter war geradezu panisch, suchte dringend Hilfe. Das Telefonat war erschütternd. Irgendwer hatte herausgefunden, dass er schwul war (was ich bis dahin nicht wusste, es war mir auch egal). Nun wurde er mit diesem Umstand erpresst. Die Kurzfassung: Nach seinen Angaben reiste er damals regelmäßig nach Thailand, weil er dort für wenig Geld Geschlechtsverkehr mit minderjährigen Jungen haben konnte. In mindestens einem Fall waren dabei Fotos gemacht worden. Der Junge, mit dem er darauf posierte, war nach seinen Angaben wirklich jung. Mit diesem Wissen und den Fotos – auf die Einzelheiten will ich hier mit Rücksicht auf den Mann nicht eingehen – wurde er dann plötzlich erpresst. Für mich war das damals eine völlig neue Welt. Es hatte mich bis dahin nicht interessiert, ob und welche deutschen Journalisten der Leitmedien schwul waren. Warum auch?

Erst nach dem beschriebenen Anruf begann ich zum Thema »Kindersex und Journalisten« zu recherchieren. Ich fragte mehrere populäre Journalisten, die ich kannte, etwa Peter Scholl-Latour, mit dem ich schon zusammen ein Buch verfasst hatte. Und Tissy Bruns, die damalige Vorsitzende der Bundespressekonferenz.

Das Ergebnis war ernüchternd: Viele der bekanntesten deutschsprachigen Medienjournalisten sind angeblich schwul. Das war für sich genommen keine Nachricht, denn ich stehe schwulen Männern neutral gegenüber. Abartig, ja pervers, wurde es für mich erst, als ich von solchen Journalisten hörte, warum viele schwule deutschsprachige Journalisten sich angeblich darum reißen, dienstlich in bestimmte Länder reisen zu dürfen: Sie haben dort Sex mit Kindern. Hier in Deutschland spielen sie aber den Volkserzieher. Für mich brach mal wieder eine Welt zusammen. Politiker und ihnen ergebene Journalisten als Kriminelle vereint? Und sie schweigen dazu, weil sie sich nicht gegenseitig in die Pfanne hauen wollen?

Vergessen wir hier nachfolgend einmal Thailand. Ich will den MDR-Journalisten, der damals privat dorthin reiste und heute beim Mitteldeutschen

Rundfunk für pikante Aufgaben zuständig ist, hier nicht enttarnen. Ich hatte ihm damals dazu geraten, sich vertrauensvoll an die Polizei zu wenden, um dem Erpresser das Handwerk zu legen. Vergessen wir ihn hier also. Zudem gibt es andere Länder, in denen sich bekannte deutsche Journalisten mit kleinen Kindern ausleben. Und Politiker.

Ich wusste nach meinen Recherchen plötzlich, warum pädophile Politiker und Journalisten so gern nach Afghanistan reisen. Dort hat der diskrete Geschlechtsverkehr mit kleinen Jungen eine lange kulturelle Tradition.

Dürfen deutsche Journalisten Politiker ins Ausland begleiten, dann mutieren sie zu Hofberichterstatlern. Sie blenden nun auf Knopfdruck alles aus, was ihre nächste Teilnahme an einer weiteren luxuriösen Reise im Gefolge von Politikern gefährden könnte. Wahrscheinlich ist das auch der Grund dafür, warum es in deutschsprachigen Medien nicht einen einzigen Augenzeugenbericht zu einer in Deutschland völlig unbekanntem afghanischen Tradition gibt: »Bacha Bazi«, der landestypischen Gruppenvergewaltigung kleiner Jungen. Die Schweizer Flüchtlingshilfe hat einen langen offiziellen Bericht zu dieser afghanischen Landessitte erstellt.

<sup>293</sup> > Hinweis Ganz anders in Deutschland: Deutsche Journalisten sind offenkundig Meister des Wegschauens. Die afghanische Vergewaltigungskultur, deren Opfer kleine Kinder sind, ist bei ihnen ein absolutes Tabuthema – und das, obwohl auch schwule deutsche Politiker nach Angaben aus Geheimdienstkreisen den Einladungen zu solchen skrupellosen Festen folgten – und damit in eine Falle liefen.

Klar ist, dass zwischen dem, was unsere Politiker der heimatlichen deutschen Bevölkerung in Hinblick auf Afghanistan verkünden, und dem, was in der Realität hinter den Kulissen passiert, Welten liegen. Ganz sicher werden am Hindukusch nicht Frieden, Freiheit und westliche Werte verteidigt. Im Gegenteil: Deutsche Soldaten müssen am Hindukusch wegschauen, wenn unsere Werte mit Füßen getreten werden.

Doch der Reihe nach. Die Lügen, mit denen Politiker und Journalisten uns beim Thema »Afghanistan« eindecken, beginnen schon beim Wort Hindukusch. Die Aussage, dort Frieden und Freiheit zu verteidigen, ist an Skrupellosigkeit ohnehin kaum noch zu überbieten. Dass »Hindu« dabei für die Anhänger der Religion der Hindus steht (der drittgrößten Religion der Welt), muss wohl nicht lange erklärt werden. Und »kusch« ist die eingedeutschte Variante des persischen Wortes »kosh«, das man mit »töten« oder »vertreiben« übersetzt. Der Hindukusch steht also auf der islamischen



Seite des Bergmassivs von Afghanistan bis hin zum Iran als Symbol für jenen Ort, wo man die Anhänger des Hinduismus gern vertreibt oder tötet.

Seit der Ankunft westlicher Soldaten in Afghanistan im Jahre 2001 gibt es im Hinblick auf die Anhänger der afghanischen Hindu-Tötungsdoktrin auch noch eine deutsche Anordnung, wonach die Landessitten zu respektieren sind und auch bei der verbreiteten Vergewaltigung kleiner Jungen weggeschaut und nicht eingegriffen werden darf. Da heißt es ausdrücklich: Die NATO-Truppen müssten wissen, dass es im Land üblich sei, kleine Jungen zu vergewaltigen. Haben Sie je dazu auch nur ein Wort in unseren Leitmedien vernommen?

Studien bestätigen übrigens, dass viele Afghanen es selbstverständlich finden, Geschlechtsverkehr mit kleinen Jungen zu haben.<sup>294</sup> > Hinweis Das alles findet ganz offen statt. Angebahnt werden solche Kontakte bei abendlichen Festen, die als »Knabenspiel« bekannt sind (in der Landesprache heißt das »Bacha Bazi«). Seitdem der Deutsche Bundestag im Dezember 2001 den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan genehmigt hat, reißen sich pädophile Journalisten und Politiker darum, im Gefolge von »Delegationen« in jenes Land mitreisen zu dürfen, wo die Kindesvergewaltigung zum abendlichen kulturellen Freizeitvergnügen gehört.

Schon seit dem Jahre 2008 gibt es auch ernst zu nehmende Berichte der Vereinten Nationen, denen zufolge in den von der Bundeswehr kontrollierten Sektoren im Norden Afghanistans »Bacha Bazi« wieder eine neue Blüte erfährt. Die Knaben müssen dabei in Mädchenkleider schlüpfen, für die afghanischen Männer tanzen. Anschließend werden sie von diesen vergewaltigt. »Bacha Bazi« gehört zur nordafghanischen Kultur wie der abendliche Schoppen zum Kulturkreis eines deutschen Moselbauern. Die Beauftragte der Vereinten Nationen für die Lage von Kindern in Krisengebieten, Radhika Coomaraswamy, hat dem UN-Generalsekretär im Oktober 2008 einen Bericht über Kindervergewaltigungen in Afghanistan vorgelegt. Darin stand, dass Kinder schon im Alter von drei Jahren dortzulande vergewaltigt werden – und die Männer eine Bestrafung nicht zu fürchten haben.<sup>295</sup> > Hinweis In dem Bericht wird auch das beliebte afghanische »Männerspiel ›Bacha Bazi« angesprochen. Die kleinen vergewaltigten Knaben werden von den Männern auch verkauft. Sie sind nach alter islamischer Tradition eine Art Kriegsbeute und völlig rechtlos. Sie gehören dem, der die Knaben einer Familie geraubt hat. Am Abend missbrauchen die Männer dann die Kinder. Wie heißt es auf einer

Internetseite, die über diese Praktiken nach einem Besuch vor Ort berichtete: »Später in der Nacht, wenn keiner mehr tanzt, werden die Jungen oft an enge Freunde weitergegeben, für sexuelle Gefälligkeiten. Es ist nicht unüblich, dass die Jungen am Ende des Abends einen neuen Besitzer haben, da auf solchen Partys auch ge- und verkauft wird. Hier ist sicherlich die Grenze für aufgeklärte multikulturelle Toleranz. Kein Zweifel, dies ist Sexsklaverei in seiner schlimmsten Form: mit Kindern. Die im Westen so wichtige Unterscheidung zwischen Homosexualität und Pädophilie ist hier in Baghlan bedeutungslos.« Es gibt mehrere afghanisch-deutsche Internetforen, in denen ganz offen über diesen perversen Kindersex in der afghanischen Heimat gebloggt wird. Bekannt ist das alles schon seit Langem. <sup>296</sup> > Hinweis Das alles scheint aber niemanden zu interessieren. Es passiert um die Standorte der deutschen Soldaten im Norden Afghanistans herum. Die aber müssen wegschauen – genauso wie beim Rauschgifthandel. Ansonsten könnten sie ja noch häufiger zur Zielscheibe afghanischer Kämpfer werden.

Aus der Sicht unserer Lügenmedien sind das alles natürlich nur »bedauerliche Einzelfälle«, die man doch eher ignorieren sollte, weil es sie ja ganz bestimmt nur in Afghanistan gibt. Dummerweise stößt das unserer Kultur fremde Verhalten des Kinderschändens auch im Nachbarland Pakistan auf große Resonanz. Wie in Afghanistan auch, halten sich in Pakistan bis zu 95 Prozent der Lastwagenfahrer einen Lustknaben, der sie während der Fahrt sexuell befriedigen muss. <sup>297</sup> > Hinweis Wir könnten mit solchen und ähnlichen Beispielen über viele Seiten hinweg weitermachen – alles natürlich nur angebliche »Einzelfälle«, die aber kurioserweise in Massen überall in der islamischen Welt auftreten.

Es gibt vieles, zu vieles, was uns deutsche Leitmedien aus und über Länder(n) wie Afghanistan verschweigen, einige weitere Beispiele: Deutsche Soldaten haben am Hindukusch, wo Muslime Hindus vertreiben und töten, nichts zu sagen, keiner respektiert sie. Das rote Kreuz an den Sanitätsfahrzeugen mussten sie seit Juli 2009 überstreichen und unkenntlich machen <sup>298</sup> > Hinweis , weil dieses Kreuz die Muslime aus den Reihen der Taliban »beleidigen« könnte. Seit dem Jahre 2010 bildet das Rote Kreuz Taliban-Terroristen in Erster Hilfe aus, weil die sich bei Terroranschlägen auf unsere deutschen Soldaten verletzen könnten. Ob die deutschen Spender das wissen, wenn sie dem Roten Kreuz ihr sauer erarbeitetes Geld überweisen? <sup>299</sup> > Hinweis Zum Dank dafür übten die Taliban Druck auf die Bundeswehr aus, das Kreuz aus der Feldkirche des größten Bundeswehrlagers zu

entfernen. 2011 kam die Bundeswehr dann aufgrund politischen Drucks aus Deutschland diesem Ansinnen nach.<sup>300</sup> > Hinweis Hintergrund: Das Camp Marmal (CM) ist das größte Heerlager der Bundeswehr im Ausland. Es liegt nahe der afghanischen Stadt Masar-e Sharif am Fuße des Hindukusch. Mit dem Bau des Feldlagers wurde im September 2005 begonnen, es hat eine Größe von circa 2000 mal 1000 Metern. Beinahe jeden Tag kommen Politiker aus zahlreichen Ländern der Welt, die in diesem Lager Interviews geben. Denn Camp Marmal ist ein NATO-Lager. Es leben dort eben nicht nur deutsche Soldaten, sondern beispielsweise auch Norweger und Amerikaner. Die Soldaten aus vielen Ländern gehören verschiedenen Religionsgruppen an, kaum einer ist allerdings Muslim. Dennoch wollten die Deutschen ein Zeichen setzen – und ließen gleich zwei Moscheen auf dem Gelände bauen. Zum Dank dafür wurde ihnen so lange gedroht, bis sie in der christlichen Feldkirche des Lagers das Kreuz abnahmen.

Die deutschen Soldaten dürfen heute stolz darauf sein, dass sie die afghanischen Opiumfelder bewachen und die Routen der Opiumhändler kennen, mehr aber auch nicht. Sie dürfen nicht einmal bei den »Bacha Bazi«-Kinderschänder-Partys eingreifen.<sup>301</sup> > Hinweis Aber halt, eines dürfen die deutschen Soldaten dann noch: immer wieder als Kulisse und Statisten für fernsehgeile deutsche Politiker dienen, die zum Kurztrip nach Afghanistan reisen. Sogar die Talkshow *Kerner* wurde schon aus dem Lager der deutschen Soldaten in Afghanistan übertragen – und natürlich mit Steuergeldern finanziert.<sup>302</sup> > Hinweis

Die deutsche Politik verschließt die Augen, wenn es um »Bacha Bazi« geht. Warum nur? Weshalb bekämpft man einerseits in Deutschland Kinderpornografie im Internet, schaut aber andererseits bei Hardcore-Kindervergewaltigungen in einem Land weg, in dem auch deutsche Soldaten stationiert sind? Worum geht es in Afghanistan also wirklich? Die Antwort ist ganz einfach und einleuchtend: Pädophile deutsche Politiker waren die Ersten, die darauf brannten, deutsche Soldaten in Afghanistan zu besuchen und die abendlichen »Landessitten« aus nächster Nähe kennenzulernen. Ein deutscher Politiker, der am Rande seiner regelmäßigen Truppenbesuche in Afghanistan am dort kulturell verbreiteten Missbrauch kleiner Jungen teilgenommen haben soll, wurde nach Angaben aus westlichen Geheimdienstkreisen gefilmt und erpresst. Er war zusammen mit zwei Journalisten auf Kosten der deutschen Steuerzahler regelmäßig zum »Bacha Bazi« nach Afghanistan gereist. Als er vor einigen Jahren starb, wurde ihm in

allen Medien gehuldt, obwohl Politik und Medien die Schattenseite des Mannes ganz genau kannten. Inzwischen ist das Risiko für Ausländer, die bei solchen Kindersex-Partys in Afghanistan teilnehmen wollen, allerdings unkalkulierbar hoch, der Besuch einer solchen »Veranstaltung« kann tödlich enden. Seit 2016 nutzen nämlich die Taliban solche »Bacha Bazi«-Kinder (besser gesagt Sex-Kindersklaven), um die afghanische Armee und ausländische Truppenlager zu infiltrieren. Als die französische Nachrichtenagentur AFP im Juni 2016 darüber berichtete, dass allein in der zentralafghanischen Provinz Urusgan jeder der 370 offiziellen Checkpoints (Polizei-Kontrollposten) zwischen ein und vier »Bacha Bazi«-Kinder für den schnellen Sex zwischendurch beschäftigt <sup>303</sup> > Hinweis und immer mehr dieser Kinder von den Taliban abgerichtet werden, um Bomben und Sprengfallen in die Nähe ausländischer Soldaten zu bringen, da tat man in Berliner Regierungskreisen so, als ob das alles völlig neu sei.

Am Ende stellt sich für den durchschnittlichen Leser die Frage, warum Afghanistan für deutsche Spitzenpolitiker und Journalisten eines der beliebtesten Reiseziele außerhalb Europas ist. Zwischen 40 und 60 Mal pro Jahr besuchen Delegationen mit Staatssekretären, Ministern und Abgeordneten das Land. <sup>304</sup> > Hinweis Viele von ihnen fahren nicht etwa dorthin, weil es in Afghanistan so schön friedlich ist oder man dort wichtige Geschäfte zu besprechen hat. Nein, viele von ihnen suchen Kindersex, und es gibt eine Anweisung an mitreisende Medienvertreter, diese spezielle Thematik komplett auszublenden. Die *New York Times* tat das nicht. Sie berichtete Ende 2015 darüber, dass US-Soldaten nicht eingreifen dürfen, wenn sie Augenzeugen der landesüblichen Vergewaltigung kleiner Jungen werden. <sup>305</sup> > Hinweis Deutsche Medien machten daraus Schlagzeilen wie »US-Militär soll Missbrauch geduldet haben«. <sup>306</sup> > Hinweis Nicht ein deutscher Journalist wagte es, darüber zu berichten, dass dieser Missbrauch dort alltäglich ist – auch wenn deutsche Delegationen ins Land reisen. Das alles ist nicht nur ekelhaft, sondern auch verlogen.

Nun will ich Ihnen nicht verheimlichen, dass ich üble Geschichten über Missbrauch unter Medienschaffenden nicht etwa nur aus dem fernen Ausland vernommen habe, sondern auch im Gespräch mit einer Fernsehmoderatorin. Wir kannten uns schon längere Zeit. Eher beiläufig erwähnte ich, dass ich von einem Fernsehsender zu einer Diskussionsrunde eingeladen worden war. Als wir über die Gästeliste sprachen, warnte mich die bekannte Moderatorin vor einem Pfarrer, der in der Sendung möglicherweise neben mir sitzen werde.

Der Mann zählt zu den bekanntesten Seelsorgern in Deutschland und führt angeblich ein Doppelleben: Auf der einen Seite ist er weithin für seine Hilfsbereitschaft bekannt. Er nimmt in mehreren Privatwohnungen sehr junge gestrandete Menschen auf. Die Moderatorin behauptete, dass der Mann auf der anderen Seite die Lage dieser ihm so ausgelieferten Minderjährigen ausnutze und sie regelmäßig sexuell missbrauche. In der Branche sei das bekannt. Ich kann das nicht nachprüfen. Aber die Selbstverständlichkeit, mit der die Moderatorin das beiläufig erwähnte, hat mich zutiefst nachdenklich gemacht.

## **Eine Leiche, 67 Tonnen Bargeld und ein beschlagnahmtes Flugzeug**

Jeden Tag geschehen Dinge hierzulande und in der Welt, von denen wir Bürger nichts erfahren. Besser gesagt: nichts erfahren sollen. Tropft aus einem in Deutschland gestarteten Flugzeug bei der Landung Blut und werden dann infolge der Suche nach der Ursache dafür im Rumpf der Großraummaschine erst eine Leiche und dann, wie es zunächst hieß, 57 Tonnen Bargeld gefunden, dann würde man erwarten, die Hintergründe hierfür in deutschen Leitmedien zu erfahren. Der hier dargestellte Fall ereignete sich 2016 tatsächlich. Deutsche Leitmedien schwiegen aber dazu, weil es sich wohl um eine CIA-Operation handelte. Ich führe den Fall einfach nur exemplarisch auf, damit der Leser sieht, was ihm an interessanten Informationen so alles vorenthalten wird.

Zur Frachtflotte der Lufthansa gehören Großraumflugzeuge des Typs MD-11, die auf Langstrecken beachtliche 95 Tonnen Zuladung transportieren können.<sup>307</sup> > Hinweis Man muss die gewaltige Zuladung dieses Flugzeugtyps im Hinterkopf haben, wenn man die folgende unfassbare aktuelle Geschichte aus der Welt der Geheimdienste zu begreifen versucht, die in deutschen Medien schlichtweg ignoriert wurde.

Die Zuverlässigkeit und die gewaltige Zuladung machen diesen Flugzeugtyp auch für verdeckte Missionen von Geheimdiensten interessant. Die US-Fluggesellschaft Western Global Airlines ist eine Tarnfirma der CIA und unterhält drei Maschinen dieses Flugzeugtyps. Teilweise fliegen sie unter nigerianischer Flagge und tragen dann die Aufschrift »Allied Air«.

Western Global Airlines firmierte früher unter Southern Air Transport – einem CIA-Subunternehmen. Western Global Airlines behauptet dreist, weltweit Schnittblumen zu transportieren.<sup>308</sup> > Hinweis Anfang 2016 landete eine MD-11 dieser Fluggesellschaft, die in München gestartet und auf dem Weg ins südafrikanische Durban war, wegen eines technischen Defekts in Simbabwe. Weil aus dem Rumpf der Maschine Blut tropfte, riefen die afrikanischen Techniker die Polizei. Die fand im Frachtraum erst eine Leiche und schließlich 57 Tonnen Bargeld.<sup>309</sup> > Hinweis Sie haben richtig gelesen: 57 Tonnen Bargeld! Von dieser Sekunde an gibt es unterschiedliche Darstellungen, die offizielle, nachträglich umgeschriebene – und die der Wahrheit entsprechende.

Wahr ist, dass das in Deutschland gestartete Flugzeug niemals hätte in Harare/Simbabwe landen sollen, weil der Treibstoffvorrat locker für den Flug von München nach Durban ausgereicht hätte. Das Flugzeug hatte allerdings, wie bereits erwähnt, technische Probleme und musste daher außerplanmäßig in Simbabwe notlanden.<sup>310</sup> > Hinweis Die dortigen Sicherheitsbehörden beschlagnahmten das aus Deutschland kommende Flugzeug nach dem außergewöhnlichen Fund und ließen auch die Crew verhaften.<sup>311</sup> > Hinweis Erst sechs Tage später wurde die Mannschaft aufgrund diplomatischen Drucks wieder freigelassen.<sup>312</sup> > Hinweis

In der Zwischenzeit hatte Südafrika eingestanden, dass in dem Flugzeug viele Tonnen Bargeld waren, die an das Land geliefert werden sollten.<sup>313</sup> > Hinweis Erst war offiziell von 57 Tonnen Bargeld die Rede<sup>314</sup> > Hinweis – wenig später gar von 67 Tonnen<sup>315</sup> > Hinweis .

Heute weiß man, dass die Besatzung des Flugzeugs die Leiche über dem Gebiet von Mosambik hätte abwerfen wollen, aber auch in niedriger Flughöhe die Frachttüre nicht öffnen konnte.<sup>316</sup> > Hinweis Wie massiv in Bezug auf diesen Vorfall vertuscht und gelogen wurde, konnte man später anhand des offiziellen Berichts der *New York Times* zu der Operation erkennen. In ihm hieß es, die Landung in Simbabwe sei ein routinemäßiger Tankstopp gewesen.<sup>317</sup> > Hinweis In dem Artikel fand man kein Wort dazu, dass Western Global Airlines die Nachfolgefirma von Southern Air ist, die die schmutzigen Geschäfte im Iran-Contra-Skandal für die CIA abwickelte.<sup>318</sup> > Hinweis

Der hier von mir geschilderte Fall war selbst in deutschen Luftfahrtkreisen nur ansatzweise bekannt<sup>319</sup> > Hinweis , bis ich über *Kopp Online* dazu

berichtete. Vieles von der Operation bleibt auch weiterhin im Dunkeln. Die offizielle Version lautet: Südafrika sollte aus Deutschland Dutzende Tonnen Bargeld bekommen. Weshalb aber engagiert man dafür ein CIA-Tarnunternehmen? Und aus welchem Grund landet man mit einer Leiche an Bord weitab vom angeblichen Flugziel?

Eine von vielen inoffiziellen Versionen lautet: Die 67 Tonnen Geldscheine an Bord des Flugzeugs waren ein Teil jener Summen, die dafür ausgegeben werden, um im Hintergrund die gigantischen Migrationsströme aus Afrika und Nahost in Richtung Europa lenken zu können. Freilich: Das klingt auf den ersten Blick absurd. Aber es würde erklären, warum sich an Bord des Frachtflugzeugs neben vier Amerikanern nur Pakistaner und Afrikaner befanden.<sup>320</sup> > Hinweis 67 Tonnen Geldscheine warten jedenfalls auf eine Erklärung, die plausibel klingt. Oder will man jetzt allen Ernstes behaupten, dass Südafrika aus Deutschland 67 Tonnen Geldscheine per Frachtflug bekam – befördert von der CIA? So gibt es denn Tag für Tag bedeutsame Geschichten, die ganz sicher viele Bürger interessieren würden. Dummerweise werden sie in deutschsprachigen Leitmedien einfach nicht erwähnt. Wie so vieles.

## **Enttarnt: unsere geliebte Führerin Angela Merkel als Umweltferkel**

Politiker fordern von uns Bürgern mithilfe der Leitmedien Tag für Tag mehr Engagement beim Umweltschutz. Für sie selbst gilt das allerdings offenkundig nicht.

Zum Treffen der deutschen Ministerpräsidenten in Lübeck im Oktober 2011 kamen alle Länderchefs mit der Bahn, dem Auto oder per Linienflug. Nur der einzige »grüne« Ministerpräsident der Bundesrepublik, der Baden-Württemberger Winfried Kretschmann, reiste für 9000 Euro auf Kosten der Steuerzahler aus Stuttgart im Hubschrauber an.<sup>321</sup> > Hinweis Am Rollfeld wartete dann sein S-Klasse-Mercedes, der die 730 Kilometer morgens ohne ihn zurückgelegt hatte. Grünen-Politiker Kretschmann fordert von anderen stets mehr Rücksicht auf die Umwelt und will die Autofahrer künftig für jeden gefahrenen Kilometer mit einer satellitengestützten Pkw-Maut belasten – angeblich aus Gründen des Umweltschutzes. Medienliebling Kretschmann

hat seit seinem Amtsantritt in Stuttgart offenkundig schnell gelernt <sup>322</sup> > Hinweis , wie man seine Vorsätze bricht. Er befindet sich damit seit Joschka Fischer in bester Gesellschaft. Der populäre Grüne ließ sich einst im S-Klasse-Mercedes zu Wahlkampfveranstaltungen chauffieren und stieg dann immer einige Hundert Meter vor dem Ziel für die wartenden Fotografen und Kamerateams aufs Fahrrad um. Zeitungsleser und Fernsehzuschauer mussten so den – irrigen – Eindruck gewinnen, dass Joschka Fischer die von ihm verkündeten Ideale auch selbst vorlebe. Die Medien unterstützten ihn bereitwillig dabei, die Bevölkerung zu betrügen.

Aus Sicht einer rot-grünen Regierung ist das offenkundig »völlig normal«. Erinnern wir uns an den früheren Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Der hatte sich im August 2007 (als einziger Passagier) für 50000 Euro von der Flugbereitschaft der Bundeswehr aus seinem Mallorca-Urlaub zu einer Kabinettsitzung nach Berlin fliegen lassen – obwohl in einer Air-Berlin-Maschine zeitgleich noch mehrere Plätze frei waren. <sup>323</sup> > Hinweis Man kann es rot-grünen Politikern offenkundig nicht zumuten, gemeinsam mit dem einfachen Volk zu reisen. Gabriel wies damals darauf hin, dass die Bundesregierung »auf meinen Vorschlag hin im Februar 2007 beschlossen [hat], alle Dienstreisen der Minister und Bundesbeamten klimaneutral zu stellen«. Das bedeute, dass der durch Flüge und dienstliche Pkw-Fahrten verursachte Kohlendioxid ausstoß durch Investitionen in Klimaschutzprojekte im gleichen Wert ausgeglichen werde. »Die Höhe dieses Klimaausgleichs ist unabhängig von der Zahl der Reisenden.« Das heißt: Nachdem Herr Gabriel für 50000 Euro auf Kosten der Steuerzahler die Flugbereitschaft der Bundeswehr belastete, mussten die Steuerzahler seinen Flug noch zusätzlich durch »Investitionen in Klimaschutzprojekte im gleichen Wert« ausgleichen. Der damalige Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl Heinz Däke, empfahl Gabriel »dringend, die Richtlinien zu lesen. Dann wüsste er, wer die Rechnung für den Flug zu bezahlen hat, nämlich er selber.« Gabriel hat nach meinem Kenntnisstand bis heute nicht bezahlt. An seiner Beliebtheit in bestimmten Kreisen der Bevölkerung hat das offenkundig nichts geändert.

Wer glaubt, der skrupellose Umgang mit der Natur sei nur ein Kennzeichen rot-grüner Politiker, der irrt gewaltig: Unsere geliebte Führerin Angela Merkel (CDU) war zwischen 1994 und 1998 Bundesumweltministerin. Ihre Wochenenden verbrachte sie damals wie heute in ihrem Privathaus in Hohenwalde nahe Templin in der Uckermark. Kaum als Umweltministerin im Amt, ließ sie sich seit 1994 vom Steuerzahler finanziert per Hubschrauber in



das 40-Einwohner-Dörfchen fliegen. Dieses liegt im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Es gibt dort nicht nur seltene Kraniche, sondern auch vom Aussterben bedrohte Adler. Laut Schutzgebietsverordnung brauchte Angela Merkel deshalb eine Sondererlaubnis für die Hubschrauberflüge. Bald wurde bekannt, dass sie diese nicht hatte. Die Umweltministerin Merkel entpuppte sich als dreistes Umweltferkel, denn auch die 300 Meter vom Landeplatz des Hubschraubers bis zu ihrem Wohnhaus ließ sie sich chauffieren – ebenfalls auf Kosten der Steuerzahler, die die sinnlosen Fahrten des Dienstwagens finanzieren mussten. Dr. Eberhard Henne, damals Leiter des Biosphärenreservats, machte öffentlich, wie umweltschädlich sich Frau Merkel verhielt – sie kreiste mit ihrem Hubschrauber über den Horsten brütender Schwarzstörche, Schrei-, See- und Fischadler. Weil sie in der Region aufgewachsen ist, wusste sie auch, was sie im Schutzreservat tat – die vom Aussterben bedrohten Tiere wurden vom Rotorenlärm von ihren Horsten vertrieben. Jeder andere Bürger würde dafür bestraft. Nicht so unsere geliebte Führerin.

Der Bundesrechnungshof kritisierte, dass Politiker wie Angela Merkel sich die Flüge selbst genehmigen – man stellt den Fluganforderungsschein aus, das reicht. Es gab keine Kontrolle, warum, wohin man fliegt, ob privat oder dienstlich, rechtens oder nicht. Dabei steht in der entsprechenden Dienstvorschrift: Fliegen darf ein Minister nur dann, wenn der Zweck der Reise nur durch Benutzung eines Hubschraubers erreicht werden kann. Da fragt man sich als Bürger schon, was der Zweck einer Reise von Frau Merkel ins Wochenende gewesen ist. Vielleicht dringendes Aktenstudium am Seeufer von Hohenwalde? Angela Merkel wurde nach dieser Amtsanmaßung später Bundeskanzlerin. Die Medien haben bis heute kaum darüber berichtet und die Politikerin wie so viele andere auch gedeckt.

Nicht anders ist es im Falle der Grünen-Politiker Renate Künast und Jürgen Trittin, denen man ebenfalls offenkundig alles verzeiht. Künast war 2003 Landwirtschaftsministerin und Trittin Umweltminister. Beide reisten nach Brasilien und orderten bei der Bundesluftwaffe aus Deutschland skrupellos ein Flugzeug des Typs *Challenger*, um damit den Amazonas zu erkunden. Das hätte etwa 250000 Euro gekostet. Die Grünen-Politiker wollten am Amazonas aus meiner subjektiven Sicht der Dinge puren Luxus genießen. Allein der 20000-Kilometer-Rundflug Köln–São Paulo–Köln hätte die Atmosphäre mit den Abgasen belastet, die infolge von bis zu 20 Tonnen Kerosinverbrauch entstehen. Die Maschine war schon in der Luft, als die Minister erfuhren, dass einige unbequeme deutsche Journalisten über die

Eskapaden berichten wollten. Sie stornierten sofort ihren Auftrag – das Flugzeug war da aber schon in Höhe von Gran Canaria.<sup>324</sup> > Hinweis Der abgebrochene Flug kostete die deutschen Steuerzahler rund 27000 Euro. Künast und Trittin sollten zurückerstatten – sie taten es nicht (Sie erinnern sich an Herrn Gabriel ...?). Die Kosten blieben beim Bundesverteidigungsministerium hängen. Die meisten deutschen Bürger haben das heute längst vergessen.

Ein weiteres, letztes Beispiel solcher Dreistigkeit: die frühere Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). Sie behauptet öffentlich stets, eine Umweltschützerin zu sein. Allerdings ließ sie sich ihren Dienstwagen samt Chauffeur in den Urlaub nach Alicante/Spanien bringen. Das kostete die Steuerzahler rund 10000 Euro.<sup>325</sup> > Hinweis Der Dienstwagen wurde ihr dummerweise im Urlaub gestohlen. Machte aber nichts. Einen neuen zahlte ja gern der deutsche Steuerbürger.

## Kapitel V

### **Betreutes Denken und kanalisierte Meinungsmache**

*Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die dargelegte Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen eine journalistische »Beißhemmung« entwickelt zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt. Alle in diesem Buch genannten Organisationen bestreiten, Lobbyorganisationen zu sein und/oder Journalisten und/oder die öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Sie bestreiten zudem Kontakte zu Geheimdiensten.*

### **Austauschbarer journalistischer Einheitsbrei**

In einer Demokratie können die Bürger frei wählen – auch, welche Zeitungen sie lesen und welche Nachrichtensendungen sie hören oder sehen. Angeblich nimmt niemand Einfluss auf unsere Leitmedien und auf die für sie arbeitenden Journalisten. So weit die Theorie. Machen wir gemeinsam einen Praxistest. Gehen wir an einem Kiosk vorbei, dann ist die Auswahl der dort ausliegenden Zeitungen und Zeitschriften groß. Schauen wir einmal genauer hin. Am 13. Juli 2016 konnte ich in Halle A des Frankfurter Flughafens die geballte Auswahl deutschsprachiger Zeitungen bestaunen. Es war ein ganz normaler Mittwoch im Sommer, ein Tag, an dem es keinen Terroranschlag, kein herausragendes Sportereignis und auch keine Großveranstaltung gab. Man könnte also erwarten, dass unsere Medien auf ihren Titelseiten die ganze Vielfalt des alltäglichen Lebens abbilden würden. Doch die Ernüchterung folgte recht rasch.

Die Tageszeitung *Die Welt* titelte an jenem 13. Juli 2016: »Vizekanzler Gabriel blamiert sich mit Supermarkt-Fusion«, daneben fand sich die Überschrift »Richter rügen China im Inselstreit«. <sup>326</sup> > Hinweis Am gleichen Tag titelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: »Chinas Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer unwirksam« und darunter in Bezug auf SPD-Chef Gabriel »Gericht stoppt Fusion von Tengelmann und Edeka«. Verwundert rieb man sich die Augen, denn auch das *Handelsblatt* hatte auf der ersten Seite die Schlagzeile »Gericht attackiert Gabriel«. Wie von Zauberhand dorthin gesetzt, fand sich auch auf der Titelseite der *Süddeutschen Zeitung* die Schlagzeile »Edeka-Tengelmann-Fusion vorerst geplatzt« und rechts daneben »China unterliegt vor Schiedsgericht«. Selbst die *Frankfurter Rundschau* hatte auf der Titelseite den Hinweis »Supermarkt-Fusion: Klatsche für Minister Gabriel« veröffentlicht.

Merken Sie etwas? Ist das etwa Vielfalt? Der Verdacht: Es ist völlig egal, welche Zeitungen man anschaut, überall finden sich die gleichen »Nachrichten«. Genau ein Jahr zuvor hatte ich auf den Tag genau am 13. Juli 2015 denselben Test gemacht. Das Ergebnis war identisch. An jenem Tag titelte die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* (WAZ): »Griechenland-Krise: Europa zutiefst zerstritten« <sup>327</sup> > Hinweis , die *Westfalenpost* formulierte »Euroländer ringen um die Griechen-Rettung«, die *Westfälische Rundschau* schrieb »Griechen-Frage spaltet Euro-Gruppe«. Die *Rheinische Post* informierte ihre Leser mit der Schlagzeile »Grexit auf Zeit spaltet Europa«, die *Rhein-Zeitung* schrieb »Euro-Druck auf Athen wächst«, und die *Frankfurter Rundschau* unterrichtete über »Griechenlands letztes Hemd«. Das *Handelsblatt* wusste zu Griechenland, dass es dort ein »Feuer unterm Dach« gebe. Die *Süddeutsche Zeitung* druckte an jenem Tag zu Griechenland die Titelschlagzeile »Keine Einigung um jeden Preis« und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* »Merkel: Das Vertrauen ist verloren gegangen«. Dazu wurden jeweils Texte publiziert, die vom Informationsgehalt her völlig austauschbar waren.

Es ist offenkundig egal, welche Tages- oder Wochenzeitung man kauft. Man kann dieses Experiment regelmäßig und beliebig oft wiederholen. Man wird feststellen: Beinahe immer sind die Titelseiten unserer Tageszeitungen Tag für Tag beliebig austauschbar. Diese Feststellung gilt nicht nur für Zeitungen, sondern auch für den Inhalt jener Zeitschriften, die uns über Politik und Wirtschaft informieren sollten. Offenkundig besteht die angebliche große Vielfalt bei näherer Betrachtung nur aus vielen

unterschiedlichen Verpackungen, in die die gleichen Nachrichten geleitet und gegossen werden. Anders formuliert: Jene, die als Journalisten Nachrichten für uns Bürger aufbereiten sollen, arbeiten nach einem Schema, bei dem am Ende ein beliebig austauschbares Produkt herauskommt.

Aber vielleicht ist das ja eine Verschwörungstheorie, weil die Journalisten in jenen Tagen einfach keine anderen wichtigen Nachrichten zu vermelden hatten, die viele Bürger in unserem Land interessiert hätten? Vielleicht war einfach nichts los? Betrachten wir diesbezüglich noch einmal den 13. Juli 2016, einen Mittwoch im Sommer jenes Jahres. Als die oben aufgelisteten Schlagzeilen verfasst wurden, hatten wir den 12. Juli 2016, denn gedruckt wurden die Zeitungen mit den Schlagzeilen in der Nacht vom 12. auf den 13. Juli. Wir müssen also schauen, ob es am 12. Juli Nachrichten gegeben hatte, die jeden Bürger in Deutschland interessiert hätten, aber auf unerklärliche Weise in den oben erwähnten Medien nirgendwo auftauchten – nicht einmal auf den hinteren Seiten. Natürlich hatte es solche Ereignisse gegeben. In Bremerhaven etwa sorgte der größte Sozialhilfebetrug der deutschen Geschichte für enormes Aufsehen. Ein türkischstämmiger SPD-Politiker sollte nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft mehr als 500 Asylanten nach Deutschland geschleust und mit ihnen großflächig Sozialhilfe abkassiert haben. Die *Nordsee-Zeitung* berichtete darüber am 12. Juli unter der Überschrift »Es werden ständig mehr – bislang 529 Ermittlungsverfahren wegen Sozialbetrugs gegen osteuropäische Zuwanderer eingeleitet«. Ganz vorne dabei: ein SPD-Spitzenpolitiker. Seinerzeit war flächendeckend nicht ein einziges Wort dazu in unseren »Leitmedien« zu vernehmen. Stattdessen gab es bundesweit die gleichen Schlagzeilen über Tengemann und Edeka sowie ein Gerichtsurteil über einige Felsen in einem weit entfernten Meer, um die sich China und die USA stritten. Könnte es also sein, dass wir Bürger bestimmte Informationen nicht erhalten sollen?

In der Realität erleben wir offenkundig das Gegenteil von dem, was uns als Presse- und Meinungsfreiheit in der Demokratie verkauft wird. Angepriesen wird uns eine schöne bunte Welt. Eine Welt mit Presse- und Meinungsfreiheit. Eine Welt, in der jede Information sofort und überall jederzeit verfügbar ist. Merkwürdig ist: Die überwältigende Mehrheit der Bürger fühlt sich trotz des gigantischen Angebots an Zeitungen und Zeitschriften schlecht informiert. Viele haben zudem das Gefühl, ständig manipuliert und im Auftrag der Eliten desinformiert zu werden.<sup>328</sup> > Hinweis

Dabei verfügte doch keine andere Generation zuvor über ein so gewaltiges

Informationsangebot wie die Menschen von heute. In einer einzigen Tageszeitung stehen weitaus mehr Neuigkeiten, als sie ein im Mittelalter lebender Mensch in seinem ganzen Leben hörte. Wer heute in einer Fußgängerzone auch nur eine Minute die Menschenmassen beobachtet, der sieht viele Gesichter, die gebannt auf Smartphones starren und Informationen abrufen. Auf den ersten Blick leben also wir in einer Welt, in der das Informationsangebot kaum größer sein könnte. Immerhin erscheinen mehr als 350 Tageszeitungen mit mehr als 1500 Lokalausgaben.<sup>329</sup> > Hinweis Gab es 1987 gerade einmal 44 Radiosender in Deutschland, so sind es heute fast zehnmal so viele.<sup>330</sup> > Hinweis Bis 1963 existierte nur ein Fernsehsender in Deutschland, heute kann man mit einer Satellitenschüssel rund 1200 Programme empfangen. Warum nur glauben die Menschen dem gewaltigen Informationsangebot nicht mehr? Warum haben die Leitmedien das Vertrauen der Bürger verspielt?<sup>331</sup> > Hinweis Die Antwort ist ebenso ernüchternd wie erschreckend: Das, was Journalisten und Leitmedien »Nachrichten« und »Informationen« nennen, ist kein freier Informationsfluss. Es ist eine kanalisierte Meinungsmache – und die Leser und Zuschauer spüren das.

Eines der wichtigsten Kennzeichen der Demokratie ist die freie Meinungsbildung. Wer dank staatlicher Zensur oder Propaganda nur selektive Informationen bekommt und im digitalen Zeitalter auch im Internet nicht alle weltweit verfügbaren Informationen abrufen darf, weil seine Regierung diese sperrt, der hat es schwer, sich eine freie, eigene Meinung zu bilden. Angeblich hat in Deutschland jeder das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen frei zu unterrichten, sich seine eigene Meinung zu bilden und diese auch frei zu äußern. Auch unsere Presse, unser Hörfunk und die TV-Sender sind angeblich völlig frei in der Berichterstattung. Wie passt das mit dem Umstand zusammen, dass im Auftrag des deutschen Bundesjustizministeriums Ex-Stasi-Spitzel politisch nicht korrekte Internetseiten zensieren und sperren?<sup>332</sup>

> Hinweis Wie kann es sein, dass öffentlich-rechtliche Sender ihre Mitarbeiter dazu nötigen, Propagandabriefe zu unterschreiben, in denen es heißt, ihnen würden keine politischen Vorgaben gemacht<sup>333</sup> > Hinweis – obwohl das Gegenteil der Fall ist?<sup>334</sup> > Hinweis

## Auf dem Weg in die Zensur-Republik Deutschland

Bestrafe einen – erziehe Tausende. Das ist die Botschaft, die die deutsche Bundesregierung mit Razzien gegen politisch nicht korrekte Äußerungen in sozialen Netzwerken verbreiten will. So wie Journalisten der Lügenmedien eine Schere im Kopf haben, sollen sich auch ganz normale Bürger aus Angst vor staatlicher Repression nur noch zurückhaltend in der Öffentlichkeit äußern.

Seit dem Beginn der medienwirksam durchgeführten Razzien gegen sogenannte Verbreiter des neuen Delikts der »Hasskriminalität« fragen sich viele Bürger besorgt, was das eigentlich ist. In Großbritannien versteht man darunter etwa das Hinterherpfeifen eines Mannes, wenn eine Frau vorübergeht. Wer in einem solchen Fall anerkennend pfeift, kann wegen eines »Hassverbrechens« von der Polizei bestraft werden.<sup>335</sup> > Hinweis An anderen Orten gilt das Abreißen oder Anzünden von Plakaten mit Werbebotschaften als ein »Hassverbrechen«.<sup>336</sup> > Hinweis Und in den USA macht man sich eines »Hassverbrechens« schuldig, wenn man einen Polizisten angreift.

Nunmehr greift die geheime Staatspolizei in Deutschland gegen »Hassbotschaften« durch. Als die Nachrichten dazu ab 2016 über die Bildschirme flimmerten, da fragten sich – wie bereits geschrieben – viele Bürger, worum es denn dabei genau gehe, weil das nicht wirklich klar wurde. Bundeszensurminister Heiko Maas (SPD) hatte in einer Botschaft, die auch über sein Wahrheitsministerium verbreitet wurde, klargemacht, welches Ziel er verfolgt: die Einschüchterung der Bevölkerung. Zitat:

»Das entschlossene Vorgehen der Ermittlungsbehörden sollte jedem zu denken geben, bevor er bei Facebook in die Tasten haut. (...) Der bundesweite Einsatztag dient auch der Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger beim Umgang mit rechtsgerichteten Äußerungen in sozialen Netzwerken.«<sup>337</sup> > Hinweis

Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird Stück für Stück beschnitten. »Rechtsgerichtete« Äußerungen werden also künftig bestraft. Was aber bitte ist eine »rechtsgerichtete Äußerung«? Ist das eine Flechtanleitung für Zöpfe für kleine deutsche Mädchen? (Sie erinnern sich an den Abschnitt über die Nazi-Siedler, die angeblich Hamburg umzingeln?) Oder ist es vielleicht der Aufruf, regionale Produkte beim örtlichen Biobauern zu kaufen? (Auch das haben wir ja schon als »rechtsgerichtete Äußerung« in diesem Buch kennengelernt.)

Da wird jetzt eine Druck- und Drohkulisse gegen Bürger aufgebaut, die

einfach nur verunsichert werden sollen. Es wird Angst verbreitet, sich politisch nicht korrekt zu äußern. Dabei wird mit zweierlei Maß gemessen. Wenn die linke Antifa mit Hassparolen an die Öffentlichkeit geht <sup>338</sup> > Hinweis und zu Morden aufruft – etwa bei Twitter –, dann ist das straffrei, und die neue Stasi unseres Wahrheitsministeriums sieht »keinen Handlungsbedarf <sup>339</sup> > Hinweis«. Grölen Linke ihre Hassparolen bei Demonstrationen <sup>340</sup> > Hinweis, dann ist auch das straffrei. Es geht der Bundesregierung also nur um jene Bürger, die neue Parteien wie etwa die AfD wählen und zu einer immer größeren Gefahr für die herrschende Elite werden. Sie sollen eingeschüchtert werden. Im Sommer 2016 ließen die Ex-Stasi-Spitzel und Freunde des deutschen Zensurministers Heiko Maas auch meine Facebook-Seite sperren. <sup>341</sup> > Hinweis Ihr Ziel, die Einschüchterung, haben sie damit nicht erreicht. Statt Einschüchterung könnte ein solches Vorgehen den Bürgern die Augen öffnen.

Ein solcher Augenöffner war für viele Menschen wohl Ende 2016 auch die Mitteilung der Essener Staatsanwaltschaft, dass sie bestimmte Hasskommentare nicht verfolgen werde. Ausländer hatten bei Facebook Mitarbeiter der Essener Ausländerbehörde als »Arschlöcher« und »Hurensöhne« beleidigt. Die Mitarbeiter stellten Strafanzeige, die Staatsanwaltschaft weigerte sich zu ermitteln, weil »kein öffentliches Interesse« bestehe. <sup>342</sup> > Hinweis Man stelle sich den Fall nur einmal andersherum vor: Deutsche beleidigen Ausländer als »Arschlöcher« und »Hurensöhne«. Man sieht hier auch als Laie deutlich, wie einseitig das Vorgehen staatlicher Stellen inzwischen geworden ist.

Manche Aktionen unserer Regierung sind reif fürs Kabarett. Etwa die Idee des Justizministers Heiko Maas (SPD), ein Kopulationsregister einzuführen. Ich meine: Wer mit wem ... – Sie glauben das nicht? Doch, das können Sie, denn im August 2016 brachte Heiko Maas ein Gesetz auf den Weg, nach dem Frauen Buch darüber führen müssen, wann sie mit wem Geschlechtsverkehr hatten. Das soll helfen, später aufkommende Streitigkeiten in Bezug auf eventuelle Unterhaltspflichten zu klären. Verpackt wurde das Vorhaben in eine »Auskunftspflicht über Vaterschaft«. <sup>343</sup> > Hinweis Verkauft wurde es den Bürgern als Gesetz für »Rechtssicherheit beim Scheinvaterregress«. Man lullt die Bürger ein – und beraubt sie Schritt für Schritt ihrer Freiheiten.

Verschweigen möchte ich allerdings nicht, dass ich mir vor einigen Jahren ein solches Kopulationsregister tatsächlich gewünscht hätte: Ich hatte eine E-Mail mit einer ziemlich brutalen Morddrohung an den Staatsschutz und das



für mich zuständige Polizeipräsidium weitergeleitet. Einige Wochen später erhielt ich von der Staatsanwaltschaft Bremen einen Einstellungsbescheid zu diesem Ermittlungsverfahren, weil der Täter nicht ermittelt werden konnte. Auf meinen telefonischen Hinweis, wonach die IP-Adresse des Absenders und alle Daten doch leicht festzustellen seien, bekam ich eine unerwartete Antwort: Die IP-Adresse sei tatsächlich schnell ermittelt worden. Wohnungs- und Anschlussinhaberin sei eine vollverschleierte Muslima, die angegeben habe, zum Tatzeitpunkt Geschlechtsverkehr mit so vielen Männern gehabt zu haben, dass sie sich unmöglich noch an jeden Einzelnen erinnern könne. Und jeder von ihnen könne der Täter gewesen sein. Das Strafverfahren wurde eingestellt, weil man der vollverschleierten Mitbürgerin glaubte. Ein Kopulationsregister hätte in jenem Fall wahrscheinlich weitergeholfen, aber wollen wir das wirklich? Vielleicht sollten wir stattdessen einmal überprüfen, wem und was wir noch glauben können.

## **Techniken der Beeinflussung: So werden wir manipuliert**

Wer Desinformation, Propaganda und die tägliche gesteuerte Beeinflussung durch »Leitmedien« verstehen will, der muss die Techniken der Beeinflussung ergründen. Wir Bürger werden rund um die Uhr aus den unterschiedlichsten Richtungen beeinflusst. Versuchen uns politische Gruppierungen mit ihrer Desinformation für ihre Ziele einzunehmen, dann nennt man das Propaganda. Es ist aber nichts anderes als die Missionsversuche religiöser Gruppierungen oder die Werbung der Wirtschaft. Das Ziel ist überall identisch: die absichtliche und systematische Steuerung unseres Verhaltens. Bei manchen Themen ist uns das durchaus bewusst, etwa bei Werbung in Radio und Fernsehen. Schließlich sollen wir Bürger unser sauer verdientes Geld möglichst schnell wieder ausgeben.

Wir wissen, mit welchen schönen Worten uns dabei im Alltag selbst der letzte Müll angedreht wird. In den Geschäften gibt es Kalbsleberwurst ohne Kalbsleber, Himbeertee ohne Himbeeren und Serrano-Schinken, der aus Niedersachsen kommt. <sup>344</sup> > Hinweis Auch wer bei Lidl Frischfleisch der Eigenmarke »Landjunker« kauft, erwirbt angeblich »deutsches Qualitätsfleisch«. Man sieht eine Deutschland-Fahne auf der Produktverpackung. Ein mündiger Verbraucher wird heute wissen, dass

solche Angaben nicht stimmen müssen. Auf der Lidl-Eigenmarke kann fröhlich die deutsche Flagge wehen – und das Schweinefleisch kann dennoch aus Polen, der Tschechischen Republik oder sonst woher kommen. Ein Schwein muss halt nicht in Deutschland geboren worden sein, damit es sich beim Produkt um »deutsches Qualitätsfleisch« handelt. <sup>345</sup> > Hinweis Das ist ganz sicher eine Art von Verbrauchertäuschung. Aber wir wissen das, oder sollten es zumindest wissen. Nicht anders ist es mit der Öko-Kennzeichnung auf Elektroartikeln. Wird ein Produkt mit A+++ beworben, dann ist das Gerät noch lange nicht extrem sparsam oder umweltfreundlich. <sup>346</sup> > Hinweis Solcherlei Verbrauchertäuschung zieht sich durch unser ganzes Leben und begleitet uns selbst in den Urlaub.

Ein im Urlaubsprospekt als »aufstrebender Badeort« angepriesenes angebliches Idyll ist in der Realität eine Baustelle. Ein »verkehrsgünstig gelegenes Hotel« vibriert tagsüber vom Verkehrslärm und nachts von der Disco. Und selbst, wenn »alle Zimmer zum Meer gelegen« sind, dann stimmt zwar die Blickrichtung, doch vor dem Wasser stehen noch andere Häuser, Bäume oder sonstige Sichtbarrieren. Solcherlei Manipulationen in Urlaubskatalogen sind für uns selbstverständlich. Jedenfalls wird heute kein Gericht mehr einem Urlauber einen Schadensersatz zusprechen, wenn im Katalog ein »naturbelassener Strand« angepriesen wird und dieser in der Realität mit Algen und angeschwemmtem Müll übersät ist. Man setzt voraus, dass ein mündiger Bürger die Manipulationen der Werbebranche an der Grenze zur Lüge kennt. Wer eine Reise bucht, der weiß, wie perfide die Manipulationstechniken sind. Wenn man diese Beeinflussungstechniken und die dafür benutzten Wörter kennt, kann man einen Urlaubskatalog so lesen, dass man in den schönsten Wochen des Jahres nicht enttäuscht wird.

Beinahe jeder Mensch weiß heute, dass die Auftritte von Unternehmen als Produktwerbung zu verstehen sind und Werbeaussagen mitunter gut verpackte Lügen enthalten. So werden Süßigkeiten als »gesund« dargestellt, indem darauf hingewiesen wird, dass kein Fett in ihnen enthalten ist. Der ungesunde Zucker wird von der Werbung einfach unterschlagen. Oder aber man wirbt auch noch mit der Lüge »zuckerfrei«, wenn anstelle von Zucker beispielsweise Trockenfrüchte oder Molke enthalten sind. Auf Schokoriegeln wird oft dick und fett mit Zuckerersatzstoffen geworben. Da steht dann etwa in der Zutatenliste an erster Stelle Saccharose, und erst ganz am Ende finden sich andere Zutaten, die zum Zuckergehalt beitragen: Glukose-Fruktose-Sirup, Glukosesirup, karamellisierter Zucker, Maltodextrin, Milchzucker,

Molkenerzeugnis, Süßmolkenpulver, Vollmilchpulver, Magermilchpulver, Zucker, gezuckerte Kondensmilch. So bringen es nicht wenige Schokoriegel auf 45 Prozent Zucker, obwohl dieser als eigene Zutat erst am Ende der Zutatenliste aufgeführt ist.

Selbstverständlich gibt es diese raffinierten Beeinflussungstechniken auch bei Medien. Die großen Verlagshäuser sind schließlich keine barmherzigen Samariter, die möglichst viele Menschen selbstlos mit wahrhaftigen Informationen beglücken wollen. Sie sind vielmehr in erster Linie profitorientierte Konzerne, die möglichst fette Gewinne erzielen sollen. Und wenn ein Produkt dieser Konzerne einmal gut läuft und zahlreiche Käufer findet, dann produzieren es die dahinterstehenden »Journalisten« immer wieder nach dem gleichen Erfolgsschema. So wie der Werbekatalog eines Touristikkonzerns dem Kunden Seite für Seite zuflüstert »Jetzt buchen«, so sollen die Titelseiten von Zeitungen oder Zeitschriften immer wieder im Unterbewusstsein der Konsumenten den Wunsch wecken: »Kauf mich!«

Schauen wir uns dazu einfach einmal die Titelseiten von Deutschlands auflagenstärkster Frauenzeitschrift an: *Bild der Frau*. Zwischen März und Juli 2016 lauteten die fettesten Schlagzeilen auf dem Titel etwa »Null Hunger & 8 Pfund leichter«, »Steak & Salat – in 3 Tagen sind 2 Kilo weg«, »Trennkost – neu mit Power-Frühstück«, »Diese 9 Getränke machen schlank«, »Diese 11 Lebensmittel verbrennen Fett sofort«, »6 Pfund weg mit Island-Quark«, »Sommer-Trennkost, die gute Laune macht«, »Für immer schlank«, »Naschen und abnehmen: 19 super Schlank-Tricks mit Erdbeeren«, »Schlankmacher aus dem Supermarkt«, »Ganz nebenbei sind 2 Kilo weg« und »3 Kilo weg mit Melone«.

Mehr als 800000 Frauen kaufen Woche für Woche *Bild der Frau*. Es ist ein Heft, das wie viele andere Medienprodukte tiefenpsychologisch geschickt einen Kaufanreiz weckt. Der Wahrheitsgehalt der gerade zitierten Schlagzeilen dürfte sich in etwa auf dem Niveau von Kalbsleberwurst ohne Kalbsleber, Serrano-Schinken, der aus Niedersachsen kommt, und Himbeertee ohne Himbeeren bewegen.

Fast täglich klären Verbrauchermagazine in Fernsehen und Rundfunk über die vielen Tricks der Verbrauchertäuschung auf. Wir Bürger wissen, mit welchen Tricks die Lebensmittelindustrie, Autobauer und Waschmittelhersteller ihre Produkte verkaufen. Jede auch nur im Ansatz unwahre Aussage wird irgendwann gnadenlos im Interesse der Verbraucher überprüft. Merkwürdigerweise gibt es keine einzige Sendung, die uns Bürger

über die Waschmittelparolen von Politikern und die Propagandatricks der Medien aufklärt. Da können selbst ernannte Volkserzieher noch so viele Lügen verbreiten, es gibt keine Instanz, die uns davor schützt.

Oder haben Sie schon einmal eine Verbraucherzentrale gesehen, die systematisch die Lügen in Tageszeitungen, TV-Nachrichten und im Radio anprangert? Da werden Finanzprodukte und Versicherungen auf den Wahrheitsgehalt ihrer Werbeaussagen hin beäugt, Lebensmittel und Online-Partnerbörsen getestet, Pflegeprodukte und Haushaltsreiniger. Aber politische Parteien und Leitmedien, hinter denen oftmals die gleichen Werbeagenturen und Marketingpartner stehen, werden wie von Zauberhand ausgeklammert.

Verbraucherzentralen wollen laut Eigenwerbung »die Stimme der Verbraucher« sein und auf Missstände und irreführende Aussagen hinweisen. Ich habe deshalb 2016 die Verbraucherzentralen von Baden-Württemberg bis Thüringen angerufen und um Auskunft darüber gebeten, mit welchen unlauteren Tricks unsere Medien arbeiten. Schließlich gab es nach meinem Bestseller *Gekaufte Journalisten* ab 2015 eine bundesweit anhaltende Diskussion über die Frage, ob und wie Medien und Politik die Bürger systematisch täuschen, betrügen, belügen und sich ganz nebenbei auch noch die Taschen füllen. Überall stieß ich mit diesen Anrufen auf Mitarbeiter, die offenkundig im Reden geübt waren, aber plötzlich das Stottern begannen. Weil ich nirgendwo eine Antwort bekam, hinter welchen Medien nach Erkenntnissen der Verbraucherorganisationen selbst ernannte Volkserzieher und verlogene gekaufte Journalisten stehen, erinnerte ich mich daran, dass ich mit meinen Steuergeldern wie Millionen andere Steuerzahler auch ein Ministerium finanziere, das uns Bürger in Verbraucherfragen Auskunft geben soll. Zuständig ist das Ministerium für Verbraucherschutz, das man unter der Rufnummer 030/185800 erreicht. Auch dort habe ich erfolglos versucht, in Erfahrung zu bringen, wie ich mich im deutschsprachigen Raum über jene Medien informieren kann, die uns Bürger angeblich nicht wahrhaftig unterrichten oder sogar als selbst ernannte Volkserzieher eigene Ziele verfolgen und Propaganda verbreiten. Um es kurz zu machen: Eine Antwort habe ich nie bekommen. Es gab viele Gesprächspartner, die unentwegt bemüht waren, mich weiterzuverbinden und einen zuständigen Gesprächspartner zu finden. Irgendwann habe ich dann entnervt beschlossen, einfach selbst jenen Marktcheck zu machen, der bei Medien und Politikern offenkundig ein absolutes Tabu ist.

# Ausgeblendete Realität: der nette Terrorist von nebenan

Der frühere Kanzlerberater Albrecht Müller deckte einen Skandal besonderer Art auf. Bezüglich der in jüngerer Zeit (nach dem Vorbild in der DDR) stattfindenden Montagsdemonstrationen konnte er dokumentieren, dass viele der jeweils am Dienstag früh nach solchen Demonstrationen erscheinenden Zeitungsartikel schon am Montag lange vor dem Beginn der jeweiligen Protestmärsche verfasst wurden. Demnach setzten die »Journalisten« ihre Demonstrationsberichte aus vorgefertigten Bausteinen zusammen, in denen Worte wie »Verschwörungstheoretiker«, »neue Rechte«, »Rechtspopulisten«, »Islamhasser«, »Wirrköpfe« und »Putin-Fans« so gemischt wurden, dass für den Leser der Eindruck entstand, der jeweilige »Journalist« sei bei einer Demo vor Ort selbst anwesend gewesen.

In der Realität wurden die Artikel also schon gedruckt, während die Menschen demonstrierten. Das Ergebnis dieses Verhaltens ist eindeutig: 63 Prozent der Deutschen haben kein Vertrauen mehr in die deutschen Medien. Jeder dritte Deutsche fühlt sich gar durch »Qualitätsmedien« vorsätzlich falsch informiert. Nur noch 29 Prozent der Deutschen haben ein Grundvertrauen in unsere Medien (im April 2014 waren es noch 40 Prozent). Woher das wohl kommt?

Was man heute in den Köpfen der Menschen findet, ist häufig nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte Scheinwirklichkeit. Die Wahrheit spielt keine Rolle mehr. Schon wieder ein Terroranschlag von Muslimen mitten in Europa? So etwas ist politisch nicht korrekt. Es darf nicht sein. Politik und Medien leugnen erst einmal die Realität. Islam ist doch Frieden, lautet die Devise. Ganz egal, was Anhänger des Islam anrichten. Als am 18. Juli 2016 ein IS-Kämpfer bei Würzburg mit einer Axt wahllos auf Menschen einschlug, der Täter »Allahu akbar« brüllte und das Blut gleich eimerweise floss, da rieb ich mir verwundert die Augen. Die Terrorgruppe Islamischer Staat veröffentlichte sofort ein Bekennervideo. Der Attentäter bekannte sich auch selbst zum Islamischen Staat – und er ließ keinen Zweifel an seinem Hass auf »Ungläubige«. Deutschlands Innenminister de Mazière verkündete anschließend die politisch korrekte Sicht und erklärte, es handele sich keinesfalls um einen islamistischen Terrorangriff, sondern nur um einen »Akt wahlloser Gewalt«. <sup>347</sup> > Hinweis Und der SWR forderte auf seinen Internetseiten – Trommelwirbel – einen verstärkten »Kampf gegen den Terror

von Rechts«. <sup>348</sup> > Hinweis Zeitgleich beabsichtigten Politiker der Grünen allen Ernstes, die Zwietracht in der Welt künftig mit Kinderschokolade zu bekämpfen. <sup>349</sup> > Hinweis

Die ganze Absurdität des Umgangs unserer Volkserzieher mit islamischen Massenmördern wird deutlich, wenn man sich einmal für eine Sekunde vorstellt, dass der Täter nicht »Allahu akbar«, sondern »Heil Hitler!« gerufen hätte. Ganz sicher hätten unsere Politiker und Medien dann nicht bezweifelt, welche Gesinnung ein solcher Täter hat. Bei einem Nazi würden sie einen Artikel auch garantiert nicht mit der Überschrift »Immer freundlich und nett« versehen, wie dies im Falle des muslimischen Axt-Attentäters geschehen ist. <sup>350</sup> > Hinweis

Völlig irritierend war in jenen Stunden die mediale Berichterstattung, bei der ich mich in Nordkorea wähnte. »Jugendlicher verletzt Zugreisende mit Axt« schrieb etwa die *Frankfurter Rundschau* über den orientalischen Anhänger Mohammeds, der verzweifelt versucht hatte, im Namen des Islam zu morden, aber in Deutschland auf taube Ohren stieß. Auch der *Trierer Volksfreund* teilte nüchtern mit: »Mit Axt und Messer bewaffnet geht ein Jugendlicher auf Fahrgäste in einem Regionalzug in Unterfranken los.« Selbst bei *Spiegel Online* erfuhr man erst im fünften Absatz einer entsprechenden Meldung, dass der Täter ein afghanischer Moslem war. <sup>351</sup> > Hinweis Ein islamischer Terroranschlag darf in Deutschland erst einmal kein solcher sein, denn das Wort »Islam« steht für deutsche Volkserzieher doch schließlich für »Friede«.

Man kann das Tag für Tag mit Beispielen belegen. Da liegen mitunter Dutzende Menschen zerfetzt in ihrem Blut auf dem Boden. Selbst ernannte Volkserzieher verkaufen uns auch dann noch für dumm. Im Juli 2016 ermordete ein tunesischer Moslem mit einem Lkw am französischen Nationalfeiertag in Nizza mehr als 80 Menschen. Er walzte die Wehrlosen auf der Uferpromenade mit seinem 19-Tonner nieder und schoss auch noch um sich. Die französische Regierung sprach offiziell von einem islamistischen Terroranschlag.

Was taten unsere deutschen Volkserzieher? Caren Miosga fragte in den *Tagesthemen* einen ARD-Korrespondenten in Paris, ob es denn wirklich ein Terroranschlag gewesen sei – obwohl die Situation klar war. Ohne rot zu werden, antwortete der politisch korrekte Journalist: »Für viele Menschen hier in Frankreich fühlte es sich genauso an.« <sup>352</sup> > Hinweis Was bezweckt

man mit einer solchen Antwort?

Sollte einem ARD-Journalisten in Paris also einmal in einer belebten Einkaufszone von einem Moslem der Kopf abgeschnitten werden, ist dessen letzter Gedanke vielleicht auch: »Es fühlt sich ja nur wie Terror an ...«? Würde der Mann auch so reden, wenn eine Bombe seiner Frau die Arme vom Leib gerissen hätte? Solche selbst ernannten Volkserzieher pressen eine immer absurdere Propaganda in die Köpfe der Menschen.

Wir kennen die Beeinflussungstechniken der Werbebranche. Wir kennen diese Techniken auch in Bezug auf die Religionen und deren »Missionierung«. So behaupten Politiker und Leitmedien immer wieder, der Islam sei eine friedliche Religion. Das verbreiteten wie Hunderte andere Zeitungen auch die *Westfälischen Nachrichten*.<sup>353</sup> > Hinweis Man darf das behaupten. Man darf ja schließlich auch Himbeertee ohne Himbeeren und Kalbsleberwurst ohne Kalbsleber anpreisen. Wer sich mit dem Islam, der angeblich so besinnlichen Religion des Friedens, beschäftigt, der kann es eigentlich nur bestätigen: Er ist absolut friedfertig. Er ist so friedfertig, dass wir wegen seinen Anhängern an jedem Flughafen Ganzkörperscanner aufstellen müssen und unsere Sicherheitsbehörden mit der Überwachung der friedfertigen Islam-Anhänger einfach nicht mehr mitkommen. Die Opfer des Islam von Paris bis London, von Barcelona bis Brüssel haben die »Friedensbotschaft« von Muslimen deutlich vor Augen geführt bekommen. Natürlich ist aus der Sicht der Anhänger des *Koran* kein anderes Buch in der Geschichte der Menschheit so gründlich missverstanden worden wie gerade dieses. Es grenzt aus ihrer Sicht an eine Tragödie, wie die Anweisungen des pazifistischen Predigers Mohammed von der Nachwelt mitunter so falsch aufgefasst werden konnten.

Jene, die regelmäßig eine Horde »Ungläubiger« massakrieren und in die Luft jagen, sind bestimmt nur einer falschen *Koran*-Übersetzung auf den Leim gegangen. Nur böse islamophobe Menschen können behaupten, dass der Islam keine Religion des Friedens sei. – So weit die Propaganda, die auch unsere Politiker und Leitmedien im Sinne der Missionierung für diese obskure Ideologie bereitwillig verbreiten.

Nun die Wahrheit: Seit 1400 Jahren ist das Leben Mohammeds allen gläubigen und angeblich so friedfertigen Muslimen ein Vorbild, dem sie nacheifern wollen. Auch im deutschen *Koran* – Unterricht wird heute wie selbstverständlich gelehrt, dass der angeblich so friedliebende und sanftmütige Herr Mohammed mehrere Hundert Menschen dazu zwang,

Gräben auszuheben, und ihnen dann den Kopf abgeschnitten hat – viele unserer Medien blenden das einfach aus und wollen die Tatsachen nicht hören.<sup>354</sup> [> Hinweis](#)

Verheerender noch: Wer es als Journalist eines Leitmediums wagt, den Islam zu kritisieren, der muss sich warm anziehen. Oder er kann gleich seine Koffer packen. Im Juli 2014 verfasste Nicolaus Fest, damals stellvertretender Chef der *Bild am Sonntag*, einen islamkritischen Artikel unter der Überschrift »Islam als Integrationshindernis«. <sup>355</sup> [> Hinweis](#) Der Autor schrieb, Zwangsheiraten und Ehrenmorde störten ihn in Deutschland. Und er brauche »keinen importierten Rassismus, und wofür der Islam sonst noch steht«. Ruft man die Internetseite, auf der der Artikel publiziert wurde, auf, dann steht dort heute:

»Am 27. Juli 2014 hatten wir unter der Überschrift ›Islam als Integrationshindernis‹ diesen Kommentar veröffentlicht, der von vielen Lesern als islamfeindlich empfunden wurde. Auch der Deutsche Presserat ist der Ansicht, dass der Beitrag die Grenzen der Meinungsfreiheit überschreitet. Der Kommentar sei unvereinbar mit dem Ansehen der Presse, spräche dem Islam als Glaubensrichtung die Integrationsfähigkeit pauschal ab und diskriminiere Muslime.« <sup>356</sup> [> Hinweis](#)

Nicolaus Fest, der Verfasser des islamkritischen *Bild-am-Sonntag* – Artikels, war danach nicht mehr lange stellvertretender Chef. *Bild* – Chefredakteur Kai Diekmann empörte sich über Islamkritik in seiner Zeitung. <sup>357</sup> [> Hinweis](#) Ein türkischstämmiger Grünen-Politiker durfte sich ebenfalls darüber ausweinen, wie sehr ihn der islamkritische Artikel verärgert habe. <sup>358</sup> [> Hinweis](#) Nicolaus Fest packte daraufhin seine Koffer bei der *Bild*. Auf eigenen Wunsch, wie es offiziell hieß.

Ich habe Islamkunde studiert, spreche die arabische Sprache, kann den *Koran* in Arabisch lesen, habe über Jahre hinweg in islamischen Ländern gelebt und weiß aus der Realität: Das große Vorbild der Muslime, Mohammed, ließ im Jahre 627 nach unserer Zeitrechnung (nach allen bekannten islamischen Überlieferungen) mehr als 500 Menschen Gräben ausheben und ihnen dann den Kopf abschneiden. Kein einziger Islamwissenschaftler der Welt und kein Imam wird das jemals bestreiten. Es war das Massaker von Yathrib, heute heißt die Stadt Medina. Die Zeitung *Die Welt* nannte das Vorgehen des angeblich so friedfertigen Herrn Mohammed einen »Genozid« <sup>359</sup> [> Hinweis](#) , und *Die Zeit* bezeichnete es als ein



»Massaker«<sup>360</sup> > Hinweis . Der Islam-Begründer Mohammed war also ganz sicher ein Massenmörder. Heute verehren nicht nur Muslime, sondern auch unsere Politiker und Leitmedien diesen Massaker-Mohammed als großes Vorbild, haben Verständnis für seine barbarischen Taten und nennen seine Ideologie die »Religion des Friedens«. Die Anhänger dieses Massenmörders dürfen sogar Versammlungsräume errichten (Moscheen), in dem sie ihrem Vorbild huldigen. Klar ist: Auch in deutschen Moscheen wird wie selbstverständlich ein Massenmörder verehrt. Wir erlauben diese Propaganda und die islamischen Beeinflussungstechniken, die wir als »Missionierung« kennen und fatalerweise auch tolerieren. Wie gut diese Propaganda funktioniert, erkennt man als Beobachter daran, dass sich viele Politiker und Journalisten nach jedem weiteren islamischen Terroranschlag fragen, warum Muslime so etwas tun, obwohl Islam doch Frieden bedeutet. Als im Juli 2016 am französischen Nationalfeiertag in Nizza ein tiefgläubiger Moslem mehr als 80 Menschen tötete und dabei ständig »Allahu akbar« rief, wurde es selbst dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der französischen Imame zu viel: Hocine Drouiche, Imam von Nimes und Kandidat für den Posten des Chef-Imams an der Großen Moschee von Paris, legte alle Ämter nieder und sagte: »Wir müssen die Wahrheit sagen. Islam und Islamismus sind nicht mehr zu unterscheiden.«<sup>361</sup> > Hinweis Zeitgleich heuchelten unsere Leitmedien erst einmal, der aus Tunesien stammende muslimische Attentäter sei ein Einzeltäter und »nicht religiös« gewesen.<sup>362</sup> > Hinweis Wenige Stunden später mussten sie diese Aussage revidieren und über ein Netzwerk von IS-Kämpfern berichten, die in Zusammenhang mit dem Anschlag festgenommen wurden.<sup>363</sup> > Hinweis Man sieht daran, wie einseitig unsere Leitmedien auf den Islam als »Religion des Friedens« fixiert sind. Massenmorde passen da einfach nicht ins Bild. Also werden sie einfach totgeschwiegen.

Unsere Leitmedien berichten nicht mehr darüber, wenn im Namen des Islam grausamste Morde verübt werden. Ein Beispiel: Im September 2016 hatten Muslime mehr als einem Dutzend Menschen zum Beginn des islamischen Opferfestes in Syrien wie Schlachtvieh den Kopf abgeschnitten. Dabei hatten sie Allah lobpriesen und *Koran* – Suren aufgesagt. Damit es auch wirklich jeder sehen konnte, filmten sie ihre Islam-Werbeaktion mit der Menschenschlachtung auch noch und stellten sie danach ins Internet. Zwölf quälend lange Minuten sieht man dort, wie Muslime ihren Gegnern im Namen des Islam die Kehlen durch- und dann den Kopf abschnitten. Dabei hängten sie die Menschen wie Vieh im Schlachthaus auf, um sie ausbluten zu

lassen. <sup>364</sup> [> Hinweis](#) Einzig die österreichische *Kronen-Zeitung* und die Londoner *Daily Mail* berichteten darüber. <sup>365</sup> [> Hinweis](#) Alle anderen schwiegen die Aktion tot, weil Islam in der von unserer geliebten Führerin vorgegebenen Propaganda ja schließlich angeblich Frieden ist. Massenmorde unter Berufung auf Koran und Islam passen da schlecht ins Bild.

Gutmenschen bestimmen heute im deutschsprachigen Raum darüber, was wir Bürger über Menschen aus dem islamischen Kulturkreis noch wissen dürfen. Wie peinlich das mitunter ist, konnte man vor einigen Jahren gut beim Tod des niederländischen Fußballlinienrichters Richard Nieuwenhuizen sehen. Niederländische Medien hatten berichtet, dass drei marokkanischstämmige Fußballer nach einem Freundschaftsspiel den Linienrichter einfach totgetreten hatten. In Deutschland klang das ganz anders. Die Gutmenschen in den vielen deutschen Redaktionsstuben gaben uns über die Leitmedien vor, was wir zu denken hatten, indem sie lediglich von drei »Jugendlichen« sprachen. Oder, wie *Bild* titelte: »Amateur-Fußballer prügeln Linienrichter (41) tot«. <sup>366</sup> [> Hinweis](#) Die FAZ schrieb »Prügelattacke: Fußball-Linienrichter stirbt« <sup>367</sup> [> Hinweis](#) und die *Rheinische Post* »Gewalt im Fußball – Tod eines Linienrichters« <sup>368</sup> [> Hinweis](#) . Laut der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* waren die Täter »Teenager aus Amsterdam« <sup>369</sup> [> Hinweis](#) , laut *Zeit* »jugendliche Fußballer« <sup>370</sup> [> Hinweis](#) .

Ausnahmslos alle deutschen Leitmedien verschwiegen zunächst, wer sich hinter den »Teenagern aus Amsterdam« tatsächlich verbarg. Ein durchschnittlicher Fernsehzuschauer, Radiohörer oder Zeitungsleser musste den Eindruck bekommen, dass ethnische jugendliche Niederländer immer brutaler würden und nicht davor zurückschreckten, aus wichtigsten Gründen einen unparteiischen Linienrichter totzutreten. In Wahrheit hießen die Täter Yassin D., Soufian B. und Daveryon B. Die ersten zwei kamen aus Marokko, der Dritte von den niederländischen Antillen. Die Tottreter gehörten zur niederländischen B1-Jugend von Sloten, die nur aus Ausländern besteht und pausenlos wegen ihrer Gewaltübergriffe mit Sperren und Strafen belegt worden war. Das alles passte nicht ins Bild der medialen Gutmenschen. Wahrheiten, die Journalisten nicht ins politisch-moralische Kalkül passen, werden uns Bürgern einfach verschwiegen.

## Vom Massenmörder zum medialen

# Volkshelden

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass ehemalige Massenmörder heute in Politik und Medien als Helden gefeiert werden. Die Verbrechen der großen Massenmörder verblassen offenkundig, je länger sie tot sind, und dann schreibt man einfach mit ganz viel Propaganda die Geschichte um.

Ein Beispiel dafür ist der Massenmörder Che Guevara. Das *Time Magazine* führte Che Guevara 1999 unter den 100 größten Helden des vergangenen Jahrhunderts – zu denen etwa Mutter Theresa gehörte – auf. Wer die Geschichte nicht kennt und nicht glauben will, dass Che Guevara ein brutaler Massenmörder war, der freudig erregt Exekutionen beaufsichtigte, der kann dessen Eingeständnis in einer Rede vor den Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1964 auch im Internet anschauen. »Ja, natürlich exekutieren wir Menschen«, sagte Che Guevara da deutlich.<sup>371</sup> > Hinweis Er fuhr fort: »Wir exekutieren so lange, wie es nötig ist. Es ist ein Todeskampf gegen unsere Feinde.« Zwischen 12000 und 14000 Menschen hat Che Guevara ermorden lassen. Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass viele, die gegen die Todesstrafe sind, in ihren Büros heute Poster von Che Guevara hängen haben. Zu ihnen gehören beispielsweise die Grünen und die Jungsozialisten in Deutschland.<sup>372</sup> > Hinweis Um den Sozialismus zu verwirklichen, müssten Ströme von Blut fließen, schrieb Che Guevara. Seine Ziele seien es wert, dass Millionen Menschen dafür geopfert würden, so der Verbrecher. Wir nehmen es heute wie selbstverständlich hin, dass Jugendliche auf den Straßen ganz offen der Bestie Che Guevara huldigen. Jugendliche tragen Kappen mit dem Konterfei dieses Massenmörders.

Es gilt heute als chic, Massenmördern wie Che Guevara zu huldigen. Unsere Politiker, Journalisten und Staatsanwälte schauen untätig zu, wenn der bayrische SPD-Vorsitzende Florian Pronold, seit 2002 Bundestagsabgeordneter und heute auch Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, sich als Che Guevara verkleidet und als Blutikone der Linken posiert.<sup>373</sup> > Hinweis In Deutschland unterscheidet man jetzt offenkundig politisch korrekt zwischen guten und schlechten Massenmördern.

*Der Spiegel* schrieb einmal, dass der Che-Guevara-Stern auf der Mütze heute zum Dresscode der SPD-Nachwuchsorganisation Jusos gehöre.<sup>374</sup>

> Hinweis Kein Wunder, dass selbst Hubertus Heil, immerhin stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, Che Guevara als Vorbild für die

SPD anpreist und über sein Idol im Freundeskreis sagt: »Ich hab schon *Comandante* gesungen, da gab's euch noch gar nicht.«<sup>375</sup> > Hinweis Man kann ruhig einem guten Massenmörder huldigen, und darf im Bundestag sitzen – wie nicht nur die Beispiele Hubertus Heil und Florian Pronold es belegen.

Die Liste jener, die vor allem durch die propagandistische Hilfestellung unserer Leitmedien von Massenmördern zu Volkshelden mutierten, ist lang. Selbst unsere geliebte Führerin Angela Merkel legt heute bei jedem Staatsbesuch in der Türkei einen Kranz am Grab von Atatürk ab. Wäre sie besser informiert, dann wüsste sie, dass der Türken-Held Atatürk ein Giftgasmörder war, der in Höhlen Kurden vergasen ließ.<sup>376</sup> > Hinweis Unsere türkischen Mitbürger hängen wie selbstverständlich Bilder von Atatürk in ihre Geschäfte. Wer nun sagt, der türkische Giftgas-Massenmörder Atatürk habe doch auch viel Gutes getan, der verhält sich so, als ob ein Nazi heute über die Autobahnen des Führers jubelt. Während wir Deutsche als Volk der Täter ständig an unsere Kollektivschuld erinnert werden, lädt unsere Bundesregierung die türkischen Völkermordleugner, die Repräsentanten des Volksverhetzers Erdoğan und Verehrer des Giftgasmörders Atatürk ständig ins Kanzleramt ein und hofiert sie. Unsere Politiker, die zu Recht an Holocaust-Gedenktagen teilnehmen, hofieren jene, die sich heute als Tätervolk noch immer keinen Deut besser verhalten als unsere Vorfahren. Die Türken haben aus der Geschichte nichts gelernt. Für Völkermordleugner, Volksverhetzer und Anhänger von Giftgasmördern darf in Europa aber ebenso wenig Platz sein wie für Nazis. Jede DITIB-Völkermord-Leugner-Moschee<sup>377</sup> > Hinweis, die hierzulande unter dem Jubel unserer Politiker neu eröffnet wird, ist ein Schlag ins Gesicht jener, die dafür kämpfen, dass Völkermorde aufgearbeitet werden müssen. Schon der 2014 verstorbene Holocaust-Überlebende Ralph Giordano berichtete in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 12. August 2007, die türkischen DITIB-Imame würden darin geschult, den türkischen Völkermord an den christlichen Armeniern als »Mythos« zu erklären. Nicht ein Politiker hat Ralph Giordano damals widersprochen. Man weiß also auf politischer Seite längst, mit wem man es bei der türkischen Verbrecherorganisation DITIB zu tun hat. Würden Deutsche solche Thesen etwa über Auschwitz verbreiteten, dann wäre ihnen (zu Recht) die staatliche Strafverfolgung sicher. Wir haben also längst schon zweierlei Recht im gleichen Land. Völkermordleugner werden staatlich hofiert und unterstützt, wenn es politisch korrekt ist.

In Deutschland, das über Jahrzehnte hin nach dem barbarischen Holocaust zu Recht dazu aufgerufen hatte, Völkermorde überall in der Welt zu ächten, sind türkische Völkermordleugner heute eben wieder gern gesehene Gesprächspartner (etwa bei den Integrationsgipfeln im Kanzleramt). Man verdrängt, was man nicht sehen will. Man stelle sich nur einmal vor, in Israel gäbe es einen Integrationsgipfel, an dem auch Deutsche teilnehmen würden, und als Vertreter dieser Deutschen säße dann eine Organisation am Tisch, die den Holocaust leugnen und für einen »Mythos« erklären würde. Ob die Israelis das wohl freudig hinnehmen würden? Was sollen die vielen in Deutschland lebenden Nachkommen der von muslimischen Türken ermordeten christlichen Armenier eigentlich von den hiesigen Politikern halten? Warum schauen wir bei türkischen Völkermordleugnern weg, statt mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und Klartext zu reden?

Nun gibt es in den vielen deutschen DITIB-Moscheen türkischen *Koran* – Unterricht. In diesem wird vor den jungen türkischen Schülern der Völkermord an den christlichen Armeniern geleugnet und natürlich auch noch der Massenmörder Mohammed gelobt. Das Europäische Parlament ächtete offiziell nicht nur Massenmörder, sondern hat mit den Beschlüssen vom 18. Juni 1987 und 15. November 2001 auch die Anerkennung des Völkermordes durch den heutigen türkischen Staat zu einer Voraussetzung des EU-Beitritts der Türkei erklärt <sup>378</sup> > Hinweis sowie am 28. Februar 2002 in einer weiteren Beschlussfassung die Türkei zur Einhaltung dieser Vorgabe gemahnt. Hinzu kommt: Am 19. April 2007 hatten sich unter dem Vorsitz der damaligen deutschen Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) die Justizminister der 27 EU-Staaten auf einen Rahmenbeschluss gegen »Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« geeinigt. Diesem zufolge soll etwa das Leugnen eines jeden Völkermordes in Europa mit Gefängnis von bis zu drei Jahren bestraft werden. Die Fakten sind somit eindeutig klar. Genau genommen müssten wir nunmehr für Millionen in Europa lebende Türken, die den Völkermord an den Armeniern leugnen, gigantische Gefängnisse bauen. Was aber tun wir? Wir schauen lieber feige weg und suchen stattdessen ausschließlich nach den im Vergleich zu den Millionen türkischen Völkermordleugnern doch wohl eher wenigen unverbesserlichen deutschen Nazis. Dieser Irrsinn ist nur möglich, wenn man ihn der Bevölkerung mit den modernen Mitteln der Beeinflussungstechnik gut verkauft.

## Betreutes Denken

Die Mehrheit der Menschen nimmt das alles (noch) widerspruchslos hin. Sie lebt in einer multimedialen Scheinwelt, in der man Wissen nicht mehr im eigenen Gehirn speichert, sondern bequem in eine Cloud auslagert. Vor diesem Hintergrund sind jetzt immer mehr Menschen schlechter informiert als jede Generation zuvor. Sie glauben jedoch dank Smartphones, pausenlosen Internetzugangs und der vielen multimedialen Nachrichtenkanäle, besser als jeder andere mitreden zu können.

Dabei bekommen sie gar nicht mehr mit, wie Informationen zensiert und nur noch im Sinne unserer Eliten präsentiert werden. Nein, das ist keine Verschwörungstheorie. Es ist eine Tatsache, dass die Leitmedien Informationen zensieren. Die ARD, also ein von Zwangsgebühren finanzierter staatlicher Propagandasender, gesteht das sogar ganz offen ein. Sie will beispielsweise über Amokläufe und Terroranschläge in Europa »nur noch zurückhaltend« berichten, am liebsten gar nicht mehr. Der Grund hierfür? Der Publikumsservice ARD-aktuell schrieb Zuschauern dazu 2016:

»Zum einen ist es erwiesen, dass Amok- und sonstige Bluttaten Nachahmer animieren. (...) Zum anderen aber entsteht bei der Bevölkerung durch die Berichterstattung über Bluttaten ein überproportionales Gefühl der Unsicherheit und Angst. Zwar steigt die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Terrorangriffs oder einer Amoktat zu werden, in keiner Weise an; das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen aber wird empfindlich gestört.«<sup>379</sup> > Hinweis

Da Berichte über Terroranschläge die Zuschauer unnötig verunsichern würden, will die ARD also möglichst nicht mehr über terroristische Gefahren und Amokläufe berichten. Die medialen Volkserzieher nehmen uns demnach das Denken ab. Anders formuliert: Wer die ARD einschaltet, der muss wissen, dass es dort »betreutes Denken« gibt. Die weisen Journalisten denken – und der träge Durchschnittsbürger soll die Ergüsse nur noch unkritisch einsaugen und sich um nichts mehr Sorgen machen. Öffentlich-rechtliche Journalisten agieren heutzutage also als eine Art Super-Nanny.

Betrachten wir nur den 25. August 2016. An diesem Tag besuchte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel die tschechische Hauptstadt Prag. Auf dem Weg vom Flughafen zur Hauptstadt gab es einen Anschlagversuch. Ein bewaffneter Mann hatte vor, sich in Merkels Fahrzeugkolonne

einzureihen. Durch das beherzte Eingreifen tschechischer Sicherheitskräfte in James-Bond-Manier wurde er gestoppt. Überall in der Welt wurde sofort über den »vereilten Terroranschlag« auf Merkel berichtet. Nur in Deutschland schwieg man das »Vorkommnis« in den Leitmedien weitgehend tot. Die Amerikaner erfuhren als Erste durch den US-Fernsehsender CNBC über den vereitelten »Anschlagsversuch auf Angela Merkel« <sup>380</sup> [> Hinweis](#) , die Briten über den *Londoner Mirror* <sup>381</sup> [> Hinweis](#) und die *Sun*, die Russen über den Sender *Russia Today* <sup>382</sup> [> Hinweis](#) . Und die Deutschen? Die erfuhren nichts. Die geliebte Führerin Angela Merkel war in Prag von begeisterten Menschen begrüßt worden, so stellten es deutsche Leitmedien dar. Tatsache ist: Wir werden nur noch selektiv informiert.

## Die große Angst vor der Wahrheit: Deutschland verfällt

Wer wissen will, ob er wahrhaftig informiert wird, der sollte nicht nur Nachrichten aus seiner eigenen Heimat verfolgen. Mitunter hilft ein Blick in entfernte Regionen. So heißt Deutschland bei den höflichen Chinesen noch immer »dé guó« (Déguó)«. Wörtlich übersetzt bedeutet das »Tugend-Land«. Der Hinweis »Wo cóng dé guo lai« (»Ich komme aus Deutschland«) führte vor einer Generation bei meinem ersten Besuch in Peking noch zu Gesprächen über die großen Leistungen meiner deutschen Vorfahren, über Fleiß, Disziplin, Pünktlichkeit, Produktivität und Wissensdurst.

Inzwischen ist »dé guó« in China vor allem ein Inbegriff für Niedergang, für Verfall und für eine Kultur, die vor allem Verachtung verdient. Früher galten deutsche Wissenschaftler in China als gewissenhaft und gründlich. Inzwischen werden die wichtigsten Erfindungen in Asien gemacht. Schließlich investiert Deutschland schon lange nicht mehr in Bildung und Wissenschaft, sondern vor allem in Menschenexperimente mit der Aufnahme möglichst vieler kulturferner Völker. Das Bildungsniveau an deutschen Schulen ist heute so abenteuerlich gruselig, dass Chinesen sich darüber wundern, warum es in »dé guó« noch immer Deutsche gibt, die ohne Hilfsmittel wie Taschenrechner überleben können. <sup>383</sup> [> Hinweis](#) Auch die Präzisionsarbeit der Deutschen wurde vor wenigen Jahren in China noch als weltweit beispiellos gelobt: Wurde in Deutschland ein Auto gebaut, dann passte Teil an Teil. Bei einem französischen Fahrzeug mussten die Schrauben

mit Druck ins Blech gezwängt werden, und bei einem italienischen Auto musste man noch im Werk überall neue Löcher für die Schrauben bohren. Heute wissen Chinesen, was sie von »Made in Germany« zu halten haben. Der Berliner Pannenflughafen BER <sup>384</sup> [> Hinweis](#) , das Hamburger Skandalprojekt Elbphilharmonie und die Einstürze von Autobahnbrücken <sup>385</sup> [> Hinweis](#) oder des Kölner Stadtarchivs als Begleiterscheinung eines ganz alltäglichen U-Bahn-Baus <sup>386</sup> [> Hinweis](#) haben sich längst bis nach China herumgesprochen.

Vor einer Generation war Deutschland für die chinesische Staatsführung auch der Inbegriff von Sauberkeit. Das deutsche Wort »besenrein« fand vor diesem Hintergrund Eingang in die chinesische Sprache. Chinesische Studenten, die heute nach Deutschland kommen und »besenreine« Zustände suchen, treffen jetzt überall auf Schlaglöcher, Müllberge und Hundehaufen. Nicht nur aus Sicht der Chinesen hat sich Deutschland binnen weniger Jahre brutal verändert. Aber die Menschen, die in Deutschland leben, scheinen das noch nicht wirklich mitbekommen zu haben. Man muss nicht verrückt sein, um in Deutschland zu leben. Aber es hilft ungemein. Denn das, was Politik und Propaganda den Bürger täglich auf allen Kanälen eintrichtern, und das, was draußen in der Wirklichkeit tatsächlich passiert – das sind zwei ganz verschiedene Welten. Wir Bürger sind im deutschsprachigen Raum offenkundig von Wahnsinnigen umzingelt.

Nicht nur in Deutschland haben breite Schichten der Bevölkerung den berechtigten Eindruck, dass es ihnen materiell schlechter geht als der Generation ihrer Eltern. Zugleich sehen sie, dass ihre Zukunft immer unsicherer wird. Zwar haben die großen Parteien den Bürgern in ihren Wahlkampfreden »mehr Wohlstand« versprochen <sup>387</sup> [> Hinweis](#) , doch was seither folgt, ist eine kaum vorstellbare Wohlstandsvernichtung <sup>388</sup> [> Hinweis](#) . Wir leben nur noch in einer Welt der Wohlstandsillusion. Darüber offen zu sprechen ist ein Tabu, denn wer sich kritisch zu diesen offenkundigen Fehlentwicklungen äußert, die man mit Argumenten der Vernunft nicht mehr schönreden kann, gilt als Populist. Dabei handelt es sich um ein Etikett, bei dem man sich die Argumentation ersparen kann.

Alle müssen jetzt spüren bei der Formung des neuen Menschen. Dank der ständigen Gehirnwäsche aus Politik und Medien lösen wir uns von angeblich rückständigen Traditionen und werden endlich fortschrittliche Persönlichkeiten. Auf wirklich allen Gebieten.



Das Denken wird uns dabei abgenommen. Politik und Medien helfen uns unentwegt. Sie sagen uns, was wir zu denken haben. Das ist hilfreich. Schließlich muss die schweigende Mehrheit jeden Tag früh aufstehen, Kinder versorgen, acht Stunden in mindestens einem, eher in zwei Jobs schuften, einkaufen, den Haushalt schmeißen, das Abendessen für die Familie zubereiten, den Kindern bei den Hausaufgaben helfen und rund um die Uhr für jede Leistung Steuern zahlen, damit unsere geliebten Politiker genügend Geld haben: Wir zahlen doch gern für unsere Vordenker, von der Benzin- bis hin zur Mehrwertsteuer, von der Lohnsteuer über die Tabak- bis hin zur Branntweinsteuer. Dafür geben sie uns schließlich das gute Gefühl, dass die horrenden, von uns gezahlten Abgaben bei ihnen richtig gut aufgehoben sind. Politisch korrekt sein, das heißt für uns Bürger heute, die Lügen von Politik und Medien, die Teil der Gehirnwäsche sind, brav zu schlucken. Was unterscheidet uns auf diesem Gebiet eigentlich noch von Nordkorea oder dem Iran?

Wer als Journalist politisch korrekt ist, der berichtet ständig, dass die Euro-Krise vorbei ist. Der hält die Energiewende für bezahlbar und die Renten für sicher. Der trichtert uns Bürgern ein, dass die Mieten sinken werden, dass wir uns der Vollbeschäftigung nähern und deshalb ganz dringend viele Arbeitskräfte im Ausland anwerben müssen. Wer als Journalist politisch korrekt ist, der verbreitet, dass die Steuern nicht noch weiter erhöht werden. Und wer so denkt, der hält sogar die Schwulenehe für kinderfreundlich und die Gossen-Show einer »Conchita Wurst« beim Eurovisions-Gesangswettbewerb für ultimative »Kunst«. Wer als Journalist so denkt, der glaubt, dass es in Afghanistan Menschenrechte gibt. Wer politisch korrekt ist, der lebt in einer Illusion. Freilich: Er weiß es, spielt aber mit, so wie die nordkoreanischen oder iranischen Journalisten brav mitspielen.

## **Denkschablonen und Tabu-Worte gehirngewaschener Journalisten**

Die mediale Hirnwäsche hat schwere Folgen. Jeden Tag sollen wir Bürger uns heute fragen: Fahre ich auch wirklich ökologisch korrekt? Lebe ich wirklich nachhaltig? Verbrauche ich nicht doch zu viel Strom? Kümmere ich mich ausreichend um Transsexuelle? Könnte ich nicht mehr mit Schutzsuchenden teilen? Und muss ich nicht ein schlechtes Gewissen haben, weil ich abends

mit Freunden nach einem arbeitsreichen Tag ausgehe, statt mit ihnen eine Menschenkette gegen Rassismus zu bilden? Nur wer sich ständig solche Fragen stellt, der ist politisch korrekt. Irgendwann bekommen wir sicherlich auch noch einen Daseinsberechtigungsschein mit einem zugewiesenen Sauerstoffkontingent. Ist dieses verbraucht, dann finden wir es selbstverständlich, ganz schnell die Urne zu bestellen. Halt. Nein! Natürlich nicht die Urne, schließlich werden beim Verbrennen unserer Überreste ja umweltschädliche Stoffe freigesetzt. Die EU findet, es sei besser, wenn wir künftig in Kalilauge aufgelöst würden, das sei einfach umweltfreundlicher. <sup>389</sup>

> Hinweis In den nächsten Jahren werden wir also auch auf diesem Gebiet umerzogen werden. Wieder wird keiner protestieren, denn wer will schon ein Nazi sein, wenn er darauf besteht, ganz normal in heimatlicher Erde bestattet zu werden ...

Wir sind umzingelt von einem engmaschigen Netz der Tabus und politisch motivierten Korrektheiten, die man nicht mehr offen ansprechen darf. Allein der Verdacht, die Politische Korrektheit verletzt zu haben, stempelt einen Menschen für den Rest seines Lebens bestenfalls zum Idioten. Jeder pariert, wenn es wie in einer Diktatur darum geht, die Sprach- und Denkvorgaben zu erfüllen. Wer klar denkt und sich außerhalb der Politischen Korrektheit bewegt, der wird schnell zum bösen »Populisten« gestempelt. Wir haben Angst davor, »populistisch« genannt zu werden. Warum eigentlich? Das Wort »populistisch« kommt schließlich vom lateinischen *populus* (Volk) und bezeichnet eine Nähe zu diesem. Ist es wirklich tabu, wenn man als Bürger volksnah ist?

Journalisten haben uns mit ihren Denkschablonen eingezwängt in einen Käfig voller Ängste. Wir besitzen jetzt eine neue Sprache: Schönsprech. Wir nennen hässliche Menschen nunmehr »ästhetisch herausfordernd« und dumme »geistig herausfordernd«. Wir sagen »Generation 60 plus« statt Rentner und »anderweitig begabt« statt behindert. Kein Politiker will mehr etwas »zugeben«, es wird vielmehr nur noch etwas »eingeräumt«. Das alles gehört zum politisch korrekten Umgangston.

In den vergangenen Jahren wurden Tausende Worte in den Redaktionsstuben unmerklich durch andere ersetzt. Oftmals ist uns Bürgern das gar nicht aufgefallen. Jene, die in den Medien die Deutungshoheit haben, verändern unser Denken, indem sie uns die neuen politisch korrekten Begriffe vorgeben. Die Tötung von Zivilisten nennen wir »Kollateralschäden«, und eine Entlassung ist jetzt eine »Freisetzung«. George Orwell nannte diese

heimliche Umgestaltung der Sprache im Jahre 1949, als er sein Meisterwerk 1984 verfasste, »Neusprech«. Dieses »Neusprech« wurde in seinem Roman entwickelt, um die Vielfalt der Gedanken zu verringern. Im Klartext: um das Denken von Menschenmassen mittels einer Gehirnwäsche zu vereinheitlichen. Ein Beispiel: Millionen Menschen hören dem ZDF-Nachrichtensprecher Claus Kleber zu. Als im Spätsommer 2013 darüber diskutiert wurde, ob westliche Truppen in den syrischen Bürgerkrieg eingreifen sollten, da erklärte Kleber, was Krieg ist, und sagte wörtlich: »Wobei, das muss man zur Abrundung schon noch sagen, im Moment niemand von einem Krieg spricht. Die Rede ist von möglicherweise einem begrenzten Militärschlag als Strafmaßnahme.«<sup>390</sup> > Hinweis Falls man also – wie damals die westlichen Nationen – ein fremdes Land überfallen und dieses bombardieren will, dann hat das nichts mit Krieg zu tun. Nein, Claus Kleber sprach von einer »Abrundung« und einer »begrenzten Strafmaßnahme«. Zeitgleich nannte die *Bild* – Zeitung das geplante Vorgehen einen »begrenzten Einsatz« – Journalisten vermieden das Wort »Krieg«. So funktioniert die politisch korrekte Manipulation von Menschenmassen mit neuen Wortschablonen, die den Bürgern das Denken vorgeben. Claus Kleber, der Mann mit dem Dackelblick, ist ein Meister der Manipulation. Ein Beispiel: Im *heute journal* leitete er einen Bericht über den Ausgang des Referendums zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Schweiz mit den Worten ein, es sei »etwas Erstaunliches« passiert. »Jeder Vierte fast der angeblich so konservativen, sparsamen Schweizer, die heute an einer Volksabstimmung teilnahmen, hat für eine utopische Idee gestimmt«, sagte Kleber.<sup>391</sup> > Hinweis Erst hinterher erfuhr der Zuschauer, dass 77 Prozent der Schweizer gegen die Initiative gestimmt hatten. So funktioniert Manipulation. So geht Propaganda.

Inzwischen hat fast jeder Angst, ein verbotenes Wort zu gebrauchen. Hinter jedem Wort vermuten wir inzwischen das Unkorrekte. In unseren Schulen gibt es jetzt keine »Heimatkunde« mehr<sup>392</sup> > Hinweis, allein schon das Wort gilt als »böse«. Heimat soll eben nicht mehr identitätsstiftend sein. Mit »Heimat« diskriminieren wir in den Denkschablonen gehirngewaschener Journalisten angeblich jene, die ihre Heimat verlassen haben. Auch ein Wort wie »Arbeitsloser« darf ein Journalisten nicht mehr verwenden.<sup>393</sup> > Hinweis Ein Mensch, der sein Einkommen nicht selbst sichern kann, wird damit angeblich diskriminiert. Wir dürfen allenfalls noch »Erwerbsloser« sagen, weil es viele Arbeitsformen gibt, die kein Einkommen sichern. Wir haben ständig Angst davor, bei der Verwendung eines falschen Wortes erwischt zu werden. Keiner ist auch mehr »behindert«, man ist höchstens

»mobilitätseingeschränkt«. Auch »Negerlein« darf man in unseren Medien nicht mehr sagen, aber ist »Maximalpigmentierter« wirklich besser? Das Wort »Neger«, daran muss in Zeiten wachsender Bildungsresistenz erinnert werden, verweist auf das lateinische Wort *niger* – und das bedeutet schlichtweg »schwarz«. Folgt man der »Logik« politisch korrekter Wortgestaltung, dann stellt sich heute die Frage, ob nicht auch der Begriff »Schwarzfahren« irgendwie rassistisch ist. Falls ein Dunkelhäutiger ohne Fahrschein in der Straßenbahn erwischt wird, wie nennt man das dann? Darf man heute überhaupt noch für die Zukunft »schwarzsehen«?

Die Berliner Zeitung *taz* hat einen ganz anderen Weg gefunden, um die dunkel pigmentierten zu beschreiben. Die hatten im multikulturellen Berlin-Kreuzberg eine Schule besetzt, hausten dort unter den gleichen verwahrlosten Zuständen wie in ihren Heimatländern. Die *taz* nannte solche Besetzer »Gestrandete«. <sup>394</sup> > Hinweis Wir erfinden ständig neue, völlig absurde, politisch korrekte Begriffe, um bloß nicht Tabu-Worte benutzen zu müssen.

Kein Kind darf heute in den Medien »schwer erziehbar« genannt werden. Das ist diskriminierend. Auch das Wort »verhaltensauffällig« ist gestrichen. Man nennt das heute politisch korrekt »verhaltensoriginell«, wenn die kleine Maxime dem kleinen Mohammed im Kindergarten einen schweren Stein auf den Kopf haut, bis das Blut spritzt. Geht's noch?

Jeder kennt das inzwischen: die Angst davor, etwas Falsches zu sagen. Schließlich wird die Erregungsliste der verbotenen Wörter täglich länger. Immer mehr Sprachverbote schränken unsere Freiheit ein. Jedes Jahr im Frühjahr wurden den Deutschen neue »soziale Unwörter« präsentiert, die sie seither besser nicht mehr verwenden sollten. Das Wort »alleinerziehend« gehört ebenso dazu wie »Behindertentransport« oder »bildungsferne Schichten«. <sup>395</sup> > Hinweis Alle diese Wörter gelten jetzt als diskriminierend. Aber wer kann sich das noch alles merken? Wer blickt da noch durch? Überall lauern jetzt verbale Fallen.

Diese »Bereicherung« besonderer Art darf um keinen Preis hinterfragt oder diskriminiert werden. Wir Europäer werden so zu Fremden im eigenen Land. Die Politische Korrektheit rechtfertigt das Mittel. Das ist die Denkart und die Handlungsweise der medialen Populismusbeobachter, der Denunzianten, der Verleumder und Umerzieher. Heute herrscht eben überall wieder Angst wie einst unter den Nazis vor den überall lauern den medialen Denunzianten.

Der Bremer SPD-Abgeordnete Martin Korol sagte, dass Roma in einer

»archaischen Welt« leben. Das reichte schon, um aus der Partei ausgeschlossen zu werden.<sup>396</sup> > Hinweis Ein falsches Wort – und man ist unten durch und wird von den Medien abgestempelt. Die *Bild* – Zeitung nannte Korol einen »Fall für den Staatsanwalt« und fragte: »Ist dieser SPD-Politiker ein rassistischer Hetzer?«<sup>397</sup> > Hinweis Die Staatsanwaltschaft konnte nichts Strafbares finden, doch die Medien prügeln weiter auf den politisch nicht korrekten Politiker ein, der sich nicht der Schere im Kopf gebeugt hatte. Medien sprachen schließlich von einem »Freibrief für massiven Rassismus«. <sup>398</sup> > Hinweis

Diese Politische Korrektheit ist nicht mit einem Schlag aus dem Nichts entstanden. Sie kann nur dort existieren, wo feige Waschlappen anstelle von Menschen mit Rückgrat in Leitmedien träge dahinvegetieren. Man braucht solche Ja-Sager in den Redaktionsstuben für die Politische Korrektheit. Sie tritt dann Stück für Stück an die Stelle jener Werte, die wir feige und kampflös aufgegeben haben. Politische Korrektheit füllt somit ein Vakuum. Wie Mehltau legt sie sich über eine innerlich absterbende Gesellschaft. Ein Außerirdischer, der uns von einem fremden Sternensystem aus beobachtet, muss uns mittlerweile für verrückt halten.

## Die vielen Umschreibungen für das Wort »Zigeuner«

Wer sich in deutschsprachigen Medien neutral über eine bestimmte osteuropäische Bevölkerungsgruppe informieren möchte, die laut Vorurteilen besonders gern reist und dabei auch immer wieder durch Straftaten auffällt, der hat es nicht leicht. Denn Polizei und Ordnungsbehörden dürfen diese Bevölkerungsgruppe nicht mehr »Zigeuner« nennen. Ständig erfinden wir neue Umschreibungen für diese Menschen, an deren Beliebtheit sich seit vielen Jahren nichts geändert hat.

In Bayern wurden im Jahre 2011 die Schilder an Campingplätzen ausgetauscht, die für Sinti und Roma reserviert waren. Seit Jahrzehnten standen sie dort mit der Aufschrift »Landfahrerplatz«. Als etwa in Dachau an der Würmmühle ein solches Schild entfernt wurde, schrieb der *Münchner Merkur* dazu: »Die Bezeichnung ›Landfahrerplatz‹ ist durch den Nationalsozialismus historisch vorbelastet und wird von den Roma- und Sinti-

Verbänden als Synonym für die Fremdbezeichnung ›Zigeuner‹ abgelehnt. Erich Schneeberger, der Landesvorsitzende deutscher Sinti in Bayern, bestätigte dies, fügte aber hinzu, dass es in Bayern noch genügend derart bezeichnete Plätze gibt. ›Wir schlagen die Bezeichnung ‚Platz für reisende Bevölkerungsgruppen‘ vor‹, so Schneeberger. ›Den Begriff ‚Platz für ethnische Minderheiten‘ lehnen wir ebenfalls ab.«<sup>399</sup> › Hinweis

Beständig sind Politik und Leitmedien auf der Suche nach politisch korrekten Begriffen, die unsere Zuwanderer nicht »diskriminieren«. Wir überlegen in Europa seit Langem krampfhaft, wie wir künftig Menschen bezeichnen, die man früher »Zigeuner« oder »Sinti und Roma« nannte. Denn auch der letztgenannte Begriff ist inzwischen für bestimmte Landfahrer politisch nicht mehr korrekt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb dazu immerhin: »Für Polizei und Ordnungsamt sind diese Gruppen allerdings schwer zu greifen. Das fängt schon mit der Begrifflichkeit an. Die Bezeichnungen ›Sinti und Roma‹ sowie ›Zigeuner‹ dürfen aufgrund ihrer Verwendung während des Nationalsozialismus von den Behörden nicht verwendet werden. So behelfen sich die Beamten bei ihren Ermittlungen oftmals mit Ausdrücken wie ›Personen mit häufig wechselndem Aufenthaltsort‹ oder ›Mobile ethnische Minderheiten‹, kurz: ›Mems‹. Als jüngster Begriff hat sich nun die Formulierung ›Rotationseuropäer‹ durchgesetzt. Aber die Beamten vermuten, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis auch diese Bezeichnung aus Gründen der ›Political Correctness‹ nicht mehr genutzt werden darf.«<sup>400</sup> › Hinweis

In Rumänien hat man vor vielen Jahren verboten, die Roma »Zigeuner« zu nennen. Im Dezember 2010 machte man das wieder rückgängig, seither muss man Roma in Rumänien wieder »Zigeuner« nennen. Der Grund für diese Maßnahme: In ganz Europa wurden Rumänen wegen der phonetischen Ähnlichkeit mit den Roma verwechselt. Das wollte die Regierung nicht länger hinnehmen.<sup>401</sup> › Hinweis

Wie also verhält man sich richtig? Wie nennen wir denn nun jene Landfahrer, die man früher »Zigeuner«, »Sinti und Roma« und dann zwischendurch »Rotationseuropäer«, »Personen mit häufig wechselndem Aufenthaltsort« oder »mobile ethnische Minderheit« nannte? Wahrscheinlich rotiert der Zigeunerbaron im Grabe, wenn er erfährt, dass unsere Medien ihn heute »Rotationseuropäer« nennen. Und wahrscheinlich werden jene Niederländer, die in Sommermonaten auf deutschen Autobahnen mit ihren Campingwagen in den verdienten Urlaub fahren, die Deutschen massenweise

wegen Diskriminierung verklagen, wenn in deutschen Polizeiberichten künftig mit dem gewissen »Igitt-Faktor« nach einer »mobilen ethnischen Minderheit« gefahndet wird.

Der frühere Chef des deutschen Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, wies seine Beamten an, die Rotationseuropäer in Zusammenhang mit Täterbeschreibungen nicht mehr »Roma oder Sinti« zu nennen, schließlich sei das »rassistisch«. <sup>402</sup> > Hinweis Merkwürdigerweise haben die Sinti und Roma selbst noch gar nicht mitbekommen, dass der Ausdruck »Sinti und Roma« sie beleidigt, denn allen Ernstes lädt der »Zentralrat der Sinti und Roma« regelmäßig Journalisten unter genau diesem Namen als Verband der zugewanderten Bevölkerungsgruppe ein – und fordert deutsche Medien energisch dazu auf, »Sinti und Roma« nicht länger zu diskriminieren. <sup>403</sup>

> Hinweis

## **Kennen Sie eine FaulpelzIn oder FolterknechtIn?**

In Deutschland garantiert das Grundgesetz die freie Meinungsäußerung. Aber das Grundgesetz erlaubt inzwischen mehr, als es die Politische Korrektheit uns noch gestattet. Das Umfrageinstitut Allensbach hat das 2013 nachgewiesen. <sup>404</sup> > Hinweis Es gibt demnach immer mehr strikte gesellschaftliche Sprachregelungen und Tabus. Ein erheblicher Teil der Menschen spürt durchaus den sozialen Druck, dem man ausgesetzt sein kann, wenn man mit seiner Ansicht vom gesellschaftlichen Konsens abweicht. Die neuen Jakobiner der einzig wahren Meinung in den Redaktionsstuben berufen sich darauf, dass viele abweichende Meinungsäußerungen Ehre, Scham und Anstand verletzen. Mit dem Vorwurf der Volksverhetzung ist man in Deutschland dann sehr schnell bei der Hand. Ich habe das bereits in mehreren Kapiteln belegt. Vor den Folgen haben die Menschen Angst, sodass die Freiheit des Denkens in Deutschland jetzt nur noch auf dem Papier existiert. Politische Korrektheit ist nichts anderes als eine moderne Form der Zensur.

Wir Bürger haben das lange hingenommen. Wir haben das mitgemacht. Wir waren angepasste Mitläufer. Ja, wir kamen uns lange Zeit nicht einmal blöd dabei vor, wenn Journalisten unsere Sprache mit unsäglichen Neuschöpfungen vergewaltigten. Das große I mitten im Wort ist die

geläufigste dieser Verunglimpfungen. Wir schreiben jetzt Aktivisten und AktivistInnen, Politiker und PolitikerInnen, Entwicklungshilfeexperten und EntwicklungshilfeexpertInnen. Da schaut die einfache Hausfrau, die keine solche Möglichkeit hat, ihre Weiblichkeit durch eine besondere Schreibweise zu demonstrieren, schön dumm drein. Auch dem Minderbegabten muss auffallen, dass die Frauen zwar gerne bei Professoren, Ärzten, Journalisten, Autoren, Lehrern und allen möglichen anderen positiv oder neutral besetzten Begriffen auf den weiblichen Plural (»Innen«) Wert legen. Seltsamerweise findet man diesen aber in den Medien nie bei Mördern, Dieben, Terroristen oder sonstigen Verbrechern. Damit will man natürlich nichts zu tun haben, das ist reine Männersache. Auch die FolterknechtIn, FaulpelzIn oder DickschädelIn sind bislang noch nicht bekannt geworden. Die politisch korrekte feministische Sprachpolitik unserer Gesinnungsjournalisten sieht das einfach nicht vor.

## Wettervorhersagen: Warum ein Tiefdruckgebiet nicht Mohammed heißen darf

Beim Thema »Klimawandel« fühle ich mich subjektiv durch die Medien – sorry – voll verarscht. Da berichtete die *Frankfurter Rundschau*, das Haus- und Hofblatt der Klimaschützer, unter der Überschrift »Landwirte müssen umdenken« am 9. Dezember 2015:

»Heiße, trockene Sommer und ungewöhnlich milde Winter führen zu Ernteverlusten: Der Klimawandel stellt Bauern beim Anbau von Obst, Gemüse und Getreide vor Schwierigkeiten.«<sup>405</sup> [> Hinweis](#)

Am 30. Mai 2016 las ich dort zum Wetter in Deutschland dann aber die Überschrift »Die Zukunft wird nass«.<sup>406</sup> [> Hinweis](#) Ich verfolge solche wirren Nachrichten in unseren Leitmedien seit vielen Jahren. Im Jahre 2009 hieß es, eine große, lange Dürre werde über Deutschland hereinbrechen, kein Regen mehr über dem Land zu verzeichnen sein.<sup>407</sup> [> Hinweis](#) Die stärksten Rückgänge träten im Norden Deutschlands auf, im Extremfall sei sogar mit einer »spürbaren Verminderung der Wasserverfügbarkeit« zu rechnen, hieß es in der »präzisesten Kalkulation der Folgen des Klimawandels«, die Forscher damals mit »nie erreichter Genauigkeit« (so *Der Spiegel*) erstellt hatten. Ein paar Jahre später wurde das genaue das Gegenteil behauptet. Wie es gerade



passt – und wie es gerade der Politischen Korrektheit entspricht.

Auch das Wetter ist inzwischen Opfer der Politischen Korrektheit geworden. Um die Gender-Ideologie zu verbreiten und die Geschlechter bei der Benennung von Hochs oder Tiefs nicht zu diskriminieren, gibt es bestimmte Regeln. Damit Hochdruckgebiete nicht nur mit weiblichen Namen und Tiefdruckgebiete nicht nur mit männlichen Namen verknüpft werden, dürfen in geradzahligen Jahren Hochdruckgebiete nur männliche und Tiefdruckgebiete nur weibliche Namen tragen. In ungeradzahligen Jahren ist es genau umgekehrt. Aus dem Tiefdruckgebiet »Andreas« des Jahres 2011 würde 2012 das Tiefdruckgebiet »Andrea«. Und ein Tief, das 2011 »Christian« genannt worden wäre, hätte 2012 »Christiane« heißen müssen. Nun kann man im deutschsprachigen Raum Namenspate eines Hochs oder Tiefs werden. Doch wenn es um Geld geht, da endet die Gleichheit: Während man für 199 Euro beim Institut für Meteorologie Namenspate eines Tiefdruckgebietes werden kann, kostet ein Hoch dort gleich 299 Euro. Allerdings erfolgt die Vergabe der Namen nach den Regeln der »interkulturellen Sensibilität«. Ein Tiefdruckgebiet hat im deutschsprachigen Raum beispielsweise noch nie einen islamischen Namen wie Mohammed, Ahmed oder Yussuf getragen, weil das Muslime oder den Islam »beleidigen« könnte. Ein christlicher oder jüdischer Vorname für das Tiefdruckgebiet stellt demgegenüber kein Problem dar.

Das ist allerdings nur die Spitze der Politischen Korrektheit in Bezug auf die Wettervorhersage, denn es gibt viele Sprachregelungen, die Meteorologen der Politik zuliebe verwenden. Die Wettermoderatoren der öffentlich-rechtlichen Sender sind dazu angehalten, möglichst häufig auf Abweichungen von Durchschnittstemperaturen nach oben hinzuweisen. Im Klartext: Ist ein Monat gegenüber Vergleichsmonaten der Vorjahre beispielsweise ein Grad Celsius wärmer gewesen, dann soll darauf hingewiesen und zugleich an den angeblichen Klimawandel als mögliche Ursache erinnert werden. Die Tatsache, dass Wetter keiner DIN-Norm unterliegt, gerät so bei den Bürgern in Vergessenheit.

Noch einprägsamer ist allerdings die Aufforderung, in den Leitmedien möglichst häufig vor »Unwetter« zu warnen. Ein ganz normaler Wintersturm wird heute von den Leitmedien als Orkan höchster Gefahrenklasse angekündigt. Nie zuvor hat es mehr Unwetterwarnungen im deutschsprachigen Raum gegeben als in den vergangenen Jahren – dabei hat sich die Zahl der Stürme, Starkregen, Hagelschauer und Trockenperioden aus

der Sicht der Versicherer in den vergangenen Jahrzehnten nicht verändert, und die müssen es schließlich wissen. Ohnehin kann man viele neue Wetterphänomene ganz natürlich erklären und muss nicht gleich den Klimawandel als Kronzeugen anführen. Ein Beispiel, das Journalisten gern verschweigen: Nach Angaben der wissenschaftlichen Fachzeitschrift *Science* regnet und schneit es in der Umgebung von Flughäfen öfter und stärker als vor einigen Jahrzehnten. Unsere Medien begründen das mit dem Klimawandel. In Wahrheit reißen die vielen startenden und landenden Flugzeuge Löcher und Kanäle in die Wolkendecken und lassen sie abregnen oder abschneien. Man kann das auch dem Laien ganz einfach erklären. Doch das ist politisch nicht erwünscht. Schließlich kann man mit der Angst vor dem angeblichen Klimawandel Steuergelder einfordern, um diesen dann angeblich zu bekämpfen. Für die Steuerzahler wäre es allerdings kostengünstiger, wenn Meteorologen einfach von den politisch korrekten Sprachregelungen befreit würden.

## Volkserzieher im Gender-Wahn

Seit dem 1. November 2013 sind in Deutschland die Geschlechter abgeschafft.<sup>408</sup> > Hinweis Seither müssen sich Eltern beim Eintragen ihres Kindes ins Geburtsregister nicht mehr für »Junge« oder »Mädchen« entscheiden. Eine Änderung im Personenstandsrecht erlaubt es den Standesbeamten jetzt, die Spalte »Geschlecht« in der Geburtsurkunde freizulassen. Man tut das, um »intersexuelle« Menschen, die sich nicht auf ein bestimmtes Geschlecht festlegen lassen wollen, bloß nicht zu diskriminieren. Im nächsten Schritt wird nun erwogen, die Anrede »Frau« oder »Herr« in öffentlichen Schriftstücken und Formularen zu streichen. Das alles ist Folge der Gender-Politik.

Der Begriff »Gender« bezeichnet die soziale Geschlechterrolle (engl. *gender role*) beziehungsweise die sozialen Geschlechtsmerkmale. Er bezeichnet also alles, was in einer Kultur als typisch für ein bestimmtes Geschlecht angesehen wird (zum Beispiel Kleidung, Beruf usw.). Nach den Vorstellungen der Gender-Forscher sind Männer und Frauen völlig gleich und müssen völlig gleich erzogen werden. Es gibt demnach auch weder männer- noch frauenspezifische Berufe. In immer mehr Ländern darf man wegen der Gender-Politik Eltern nicht mehr als »Mutter« oder »Vater« unterscheiden.

Sie heißen beispielsweise in den Vereinigten Staaten seit 2011 im Ausweis »Elter 1« und »Elter 2« (»parent 1« und »parent 2«). Die angebliche Benachteiligung von Schwulen und Lesben soll so weiter abgebaut werden. Auch in der Schweiz darf es in neuen öffentlichen Schriften die Worte »Vater« und »Mutter« nicht mehr geben, weil diese angeblich nicht dem staatlichen Leitfaden für geschlechtergerechte Formulierungen entsprechen. Frauen dürfen in der Europäischen Union seit dem 3. September 2008 in der Werbung nicht mehr in der Küche am Herd gezeigt werden, auch das ist in Gender-Zeiten angeblich »diskriminierend«. Aus diesem Grund hat sich der Deutsche Hausfrauenbund nach mehr als 90 Jahren umbenannt und heißt jetzt »Netzwerk Haushalt, Berufsverband der Haushaltsführenden«. Der Amsterdamer Vertrag der EU will diese Gender-Politik auf allen Gebieten durchsetzen. Verkehrsschilder müssen künftig ebenso geschlechtsneutral sein wie der Schulunterricht.

Gender Mainstreaming (kurz GM) heißt das Zauberwort der jüngsten Stufe des Feminismus – von dem bis heute kein Mensch weiß, was das genau ist. Die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer postulierte schon vor 30 Jahren: Du wirst nicht als Frau oder Mann geboren, sondern als »Mensch«, und entscheidest dich später selbst, was du sein willst. Jeder soll ein neues, sogenanntes kulturelles, »soziales Geschlecht« bekommen, ein Gender, das er selbst bestimmen kann, und dies völlig unabhängig von seinem biologischen Geschlecht. Damit aber nicht genug; wer auch sein biologisches Geschlecht verändern möchte, kann dies ebenfalls (zum Beispiel durch chirurgische Eingriffe) versuchen. Die Gesellschaft wird darauf verpflichtet, diese individuelle Wahl nicht nur anzuerkennen, sondern darüber hinaus zu fördern. Kindern soll möglichst früh nahegebracht werden, dass es eigentlich keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt und dass sie ihr eigenes Geschlecht beliebig bestimmen können: männlich, weiblich, bisexuell, homosexuell etc. pp. – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Selbstverwirklichung in beliebiger Weise soll ermöglicht werden. Das gilt als »Geschlechtergerechtigkeit«.

Nicht nur Sprache und Personalführung müssen durch den Gender-Check – auch handfeste Vorhaben wie der Bau von Wohnungen. Denn: »Wohnen hat auch ein Geschlecht«, fanden die Forscher des GenderKompetenzZentrums (es wird wirklich so geschrieben!) an der Berliner Humboldt-Universität heraus. Die Einrichtung soll der Bundesregierung bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming helfen. Die Gelehrten sind überzeugt: Schon ein Grundriss kann diskriminieren. »An Lage und Größe von Küche,

Kinderzimmern und Waschräumen lässt sich der Stellenwert ablesen, der Kindererziehung oder Pflege im Wohnraum zugemessen wurde.« Deshalb ist »schon in der Vorplanungsphase die versteckte Abwertung von Hausarbeitsräumen zu vermeiden«. Frauenfreundlichkeit misst sich somit an reichlich Bügelraum.

Erst wenn das Geschlecht keine Rolle mehr spielt und aufhört, eine Unterscheidung darzustellen, ist Gleichheit zwischen den Geschlechtern erreicht. Das Fernziel ist, dass sich die Kategorie »Geschlecht« komplett auflöst. Sogar vor den Kleinsten macht Gender Mainstreaming nicht halt: Im Wiener »Fun&Care-Kindergarten« sollen Buben warten und zurückstecken, dafür dürfen sie mit Puppen spielen, sich die Nägel lackieren und Prinzessinnenkleider anprobieren. Mädchen sollen sich wehren und Hochhäuser bauen lernen. Am weitesten fortgeschritten ist die Gender-Revolution an den Universitäten: Im österreichischen Linz müssen alle Studenten Lehrveranstaltungen zum Thema »Gender Studies« (Geschlechterforschung) absolvieren, auch wenn sie etwa Technische Chemie studieren.

Deutschland leistet sich derzeit rund 250 Lehrstühle und Zentren für »Gender Studies«. Universitär gesehen ist die deutsche Gender-Forschung also ein Riesenerfolg. Das Problem ist nur, dass nicht ganz klar ist, was man anschließend mit deren Ergebnissen macht. Nicht jeder kann ja bei Siemens oder BMW als »Gender-TrainerIn« anfangen, um dort »ein lustvolles und produktives Miteinander der Geschlechter« zu bewirken, wie es zum Beispiel das Genderwerk in Berlin anbietet. Solange es noch kein Gesetz gibt, das eine solche Beratung für Unternehmen zur Pflicht macht, bleibt in der Regel nur eine Stelle im Staatsdienst, als Gleichstellungsbeauftragte, oder eben im Journalismus. Das mag auch einer der Gründe sein, warum sich dieser Bereich ständig fortentwickelt.

Dummerweise ist Gender bei näherer Betrachtung nichts anderes als reiner Blödsinn. Der PISA-Bericht zu den Unterschieden von Jungen und Mädchen beim Bildungserfolg belegt das, was Lehrer und Eltern tagtäglich beobachten: Den Buben fällt das Rechnen leichter, die Mädels lesen besser. Für Gleichstellungsjournalisten ist dieses Ergebnis ein Skandal. Schließlich verkünden sie uns seit Jahren die Botschaft, Rollenbilder seien lediglich antrainiert und ein Ergebnis von Erziehung und gesellschaftlichem Druck. Interessanterweise stehen selbst die Vorreiter des Gender Mainstreaming, der Einebnung aller Geschlechterunterschiede, im Norden Europas nicht anders

da als wir. Auch in Ländern wie Schweden oder Norwegen studieren die Frauen lieber Soziologie als Physik und werden lieber Krankenschwester als Fliesenlegerin.

Die neuesten Erkenntnisse der Verhaltensforschung sind für die Gender-Anhänger ein Schlag mit dem nassen Lappen ins Gesicht: Schon neun Monate alte Babys zeigen bei der Auswahl von Spielzeug geschlechterspezifische Vorlieben. Jungs kriechen auf Autos zu, Mädchen auf Puppen, wie Laborversuche ergeben haben. Der Psychologe Simon Baron-Cohen hat bei Neugeborenen festgestellt, dass Jungen eher auf mechanische Geräte reagieren, während Mädchen sich mehr zu Gesichtern hingezogen fühlen. Sagen Sie das aber bloß keinem Gender-Anhänger. Sonst kommen Sie auf die Liste jener, die noch umerzogen werden müssen.

## **Politiker nennen Wähler jetzt »Pack«, »Ratten« und »Mischpoke«**

Es gab einmal eine Zeit, da handelte es sich bei unseren Politikern um Volksvertreter. Es waren Menschen aus dem Volk. Der 2015 verstorbene Helmut Schmidt hat über seinen Tod hinaus Beliebtheitswerte, von denen selbst internationale Popstars nur träumen können. Nie wäre Helmut Schmidt auf die Idee gekommen, die Menschen in diesem Land verächtlich zu beschimpfen. Heute nennen Politiker deutsche Wähler wahlweise »Pack« (SPD-Chef Sigmar Gabriel), bezeichnen sie implizit als »Ratten« (Sachsens CDU-Innenminister Markus Ulbig <sup>409</sup> [> Hinweis](#)) oder »Mischpoke« (Grünen-Chef Cem Özdemir). Das Ganze ist eine Wortwahl, für die sich auch NS-Propagandaminister Josef Goebbels entschied, der nach dem Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte begeistert in sein Tagebuch schrieb: »Ich diktiere einen scharfen Aufsatz gegen die Greuelhetze der Juden. Schon seine Ankündigung lässt die ganze Mischpoke zusammenknicken.«

In den Reihen deutschsprachiger Politiker scheint es heute einen Wettbewerb in der »Kunst« zu geben, wer das Volk am übelsten beleidigen kann. Auch CDU-Generalsekretär Peter Tauber reihte sich 2016 in die lange Liste derer ein, die offenkundig jegliches Taktgefühl verloren haben. Er bezeichnete diejenigen, die unserer geliebten Führerin in der Partei nicht huldigen respektive folgen mögen, als »Arschlöcher«. <sup>410</sup> [> Hinweis](#)

Ob die Herren Gabriel, Ulbig, Tauber oder Özdemir den Wettbewerb der Wählerbeleidigung gewinnen, ist indes ungewiss. Möglicherweise belegt Platz 1 Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD), der im Deutschland der Gegenwart heute als Inbegriff von Zensur und Bevormundung gilt. Er nennt nämlich jene, die sich öffentlich gegen die Regierungspolitik aussprechen, ungeniert eine »Schande für Deutschland«. <sup>411</sup> [> Hinweis](#) Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) setzt noch einen drauf und verunglimpft unzufriedene Bürger, die es wagen, gegen die Zustände in der Politik zu demonstrieren, als »Nazis in Nadelstreifen«. <sup>412</sup> [> Hinweis](#)

Unsere Politiker sind auf einem Auge komplett blind. Die Folge davon ist, dass unsere Polizei immer öfter auf Leute aufpassen muss, deren Lebensinhalt darin besteht, gegen »rechts« zu sein. Am skrupellosesten gehen jene gegen »rechts« vor, die sich Antifa nennen. In Leipzig hatten sie 2015 mit folgenden Mitteln gegen »rechts« gekämpft: Brandanschläge auf Bahnanlagen, Überfälle auf Polizeiposten, Anschläge auf Firmen und Parteibüros, Überfälle auf Geschäfte in der Innenstadt – es gab kaum einen Monat, in dem es 2015 nicht irgendwo brannte oder knallte. Haben Sie schon einmal gehört, dass unsere Politiker jene, die sich nachfolgender Straftaten rühmen, als »Pack«, »Ratten«, »Mischpoke« oder »Arschlöcher« bezeichnet haben? Ich nicht. Lesen Sie jetzt einmal die linksextreme Leipziger Erfolgsbilanz des Jahres 2015 im Wortlaut ihrer Urheber (wobei bitte zu bedenken ist, dass die Antifa nicht nur in Leipzig aktiv ist). Fragen Sie sich bitte anschließend, ob Sie solchen Terror auch schon jemals von »rechts« vernommen haben?

1. Januar: »Spontandemo lässt Partystimmung am Connewitzer Kreuz kippen.« <sup>413</sup> [> Hinweis](#)

7. Januar: Angriff auf Polizeiposten in Connewitz in Erinnerung an Oury Jalloh. <sup>414</sup> [> Hinweis](#)

15. Januar: Scherbendemo mit 800 Menschen durch die Leipziger Innenstadt. Allein beim Leipziger Amtsgericht gingen 40 Scheiben zu Bruch. <sup>415</sup> [> Hinweis](#)

20. Januar: Angriff auf die GRK Holding GmbH. Vier Autos gehen in Flammen auf. <sup>416</sup> [> Hinweis](#)

21. und 30. Januar: Brände an Bahnanlagen gegen Legida-Aufmärsche. <sup>417</sup> [> Hinweis](#)

28. Januar: Angriff auf Polizeistation in Plagwitz. <sup>418</sup> [> Hinweis](#)

2. März: Neonazi Alexander Kurth kassiert an einem Tag zwei Mal und verliert sein Handy. <sup>419</sup> [> Hinweis](#)

9. März: Angriff auf Kik-Filiale. <sup>420</sup> [> Hinweis](#)

13. März: Angriff auf Deutsche Bank. <sup>421</sup> [> Hinweis](#)

26. März: Besuch der Leipziger Staatsanwaltschaft in Solidarität für den inhaftierten Genossen Fede. <sup>422</sup> [> Hinweis](#)

11. April: Burschenschafter in Connewitz verprügelt. <sup>423</sup> [> Hinweis](#)

20. April: Militanter Angriff auf Legida-Aufmarsch. <sup>424</sup> [> Hinweis](#)

24. April: Ausländerbehörde entglast. <sup>425</sup> [> Hinweis](#)

5. Juni: Militante Demonstration in der Innenstadt. Cops und das Bundesverwaltungsgericht werden angegriffen. <sup>426</sup> [> Hinweis](#)

15. Juni: Legida sabotiert. <sup>427</sup> [> Hinweis](#)

6. Juli: Lutz Bachmann nass gemacht. <sup>428</sup> [> Hinweis](#)

16. Juli: Der Leipziger Oberbürgermeister meint: die »linksextremistischen Randalierer« stehen nahe am »terroristischen Untergrund«. <sup>429</sup> [> Hinweis](#)

29. Juli: Zerstörung von Fahrkartenautomaten im Stadtgebiet. <sup>430</sup> [> Hinweis](#)

3. August: Weitere Fahrkartenautomaten zerstört. <sup>431</sup> [> Hinweis](#)

6. August: Angriff auf Frauke Petrys Firma. <sup>432</sup> [> Hinweis](#)

6. August: Angriff auf Polizeiposten in der Eisenbahnstraße. Ein Polizeiauto geht in Flammen auf. <sup>433</sup> [> Hinweis](#)

9. August: Nazis in Connewitz angegriffen. <sup>434</sup> [> Hinweis](#)

14. August: Angriff auf das Amtsgericht mit Farbe. <sup>435</sup> [> Hinweis](#)

16. August: Fahrkartenautomaten zerstört. <sup>436</sup> [> Hinweis](#)

24. August: 500 Menschen verhindern die Verlegung der Refugees in Connewitz nach Heidenau. <sup>437</sup> [> Hinweis](#)

31. August: Angriff auf Nazis. <sup>438</sup> [> Hinweis](#)

21. September: Auseinandersetzung mit Nazis bei Legida. <sup>439</sup> [> Hinweis](#)

26. September: Angriffe auf Cops und Nazis beim ersten »Offensive für Deutschland« (OfD)-Aufmarsch. <sup>440</sup> [> Hinweis](#)

26. September: Nazikarre flambiert. <sup>441</sup> [> Hinweis](#)

7. Oktober: Angriff auf AfD-Büro. <sup>442</sup> [> Hinweis](#)

8. Oktober: Angriff auf Verkaufsstelle für Nazi-Veranstaltung. <sup>443</sup> [> Hinweis](#)

12. Oktober: Angriff auf Legida-Bühne. <sup>444</sup> [> Hinweis](#)

17. Oktober: OfD-Demo in Grünau – Feuer an Bahnanlagen & Angriffe auf Cops. <sup>445</sup> [> Hinweis](#)

24. Oktober: Steinwürfe und Blockaden gegen »Offensive für Deutschland« (OfD). <sup>446</sup> [> Hinweis](#)

7. November: AfD-Stand zerstört. <sup>447</sup> [> Hinweis](#)

10. November: Angriff auf Landesdirektion. <sup>448</sup> [> Hinweis](#)

Was Sie gerade gelesen haben, sind die Taten von Gesinnungsgenossen und Schützlingen deutscher Leitmedien – und zwar in nur einer einzigen deutschen Stadt. Dabei handelt es sich keineswegs um die brutalsten Übergriffe: Im September 2014 hatten sie beispielsweise die katholische Herz-Jesu-Kirche in der Fehrbelliner Straße 99 am Berliner Prenzlauer Berg verwüstet, die Scheiben und das Mobiliar zerstört, die ganze Kirche mit Farbe eingesprüht. Der Grund: Die Kirche hatte christlichen Abtreibungsgegnern einen Raum gegeben. Christen wurden brutal zusammengeschlagen. Übrigens: Die SPD unterstützte die Aktion ihrer Antifa-Schlägertruppe ganz offen mit den Worten, Abtreibungsgegner seien schließlich »religiöse Fundamentalisten« und »selbst ernannte Lebensschützer«. <sup>449</sup> [> Hinweis](#) Es gab keinen Aufschrei, als die Antifa die Kirche ruinierte. Es gibt ja auch keinen Aufschrei, wenn in Essen-Katernberg Muslime an die Kirche pinkeln, Christen anpöbeln und rufen: »Aus der Kirche machen wir bald eine Moschee!« <sup>450</sup> [> Hinweis](#) Wir kämpfen schließlich nur gegen »rechts« – alles andere ist eine »Bereicherung«.

Politik und Medien verschließen vor dieser Realität die Augen. LSD? Crack? Stechapfeltee? Kokain? Crystal Meth? Angesichts der Blindheit unserer Politiker und Journalisten gegenüber »links« fragt man sich immer öfter, welche Drogen von ihnen konsumiert werden. Ganz dicht scheinen sie jedenfalls nicht mehr zu sein. Was rühren sie, salopp formuliert, morgens nur



in ihr Müsli? Den Bezug zur Realität haben sie offenkundig verloren. Während Millionen Menschen in Europa und hierzulande vor lauter Sorgen nicht wissen, wie sie steigende Mieten und Lebensmittelpreise verkraften sollen, fordert uns die politische Kaste auf, den Gürtel enger zu schnallen. Und während die EU Staatsbankrotte nur noch durch pausenloses Gelddrucken hinauszögern kann, erwarten sie eine Willkommenskultur für Millionen Armutsflüchtlinge. Haben sie zu viel Crack genommen? Oder zu viel LSD? Oder liegt es am Kokain? Während die Bürger die Nase voll haben von den Toten der Auslandseinsätze, setzen sich Politiker und ihnen ergebene Medienvertreter den Stahlhelm auf und sekundieren den Amerikanern munter bei der Planung neuer Kriegseinsätze. Sind das die Folgen von Crystal Meth? Vielleicht sollte man einmal den Grünen-Politiker Volker Beck dazu befragen.

Irgendetwas hat dieses Land und unsere Politiker total verändert. Es gab einmal eine Zeit, da wurden Deutschland und Österreich weltweit geachtet. Beide Länder waren in jenen Jahren weltweit führend in Wissenschaft und Technik, produzierten Tag für Tag Innovationen, vor denen andere Länder vor Neid erblassten. Die deutsche D-Mark und der österreichische Schilling zählten zu den härtesten Währungen der Welt. Schulen, Straßen und Krankenhäuser wurden international als vorbildlich angesehen. Rentensystem, Arbeitslosen- und Krankenversicherung finanzierten sich dank fleißiger Bürger ohne staatliche Zuschüsse, und die Einwohner hatten dank ihrer enormen Produktivität so viel geleistet, dass sie in den Solidarkassen gemeinsam ein sattes Sicherheitspolster für die Zukunft aufbauen konnten und es staatlichen Betrieben wie Post und Bahn gut erging. Es war eine Zeit, in der Politiker noch wahrhaftig waren und nicht ständig nach horrenden Nebeneinnahmen und lukrativen Nebenjobs schielten. Es war eine Zeit, in der es undenkbar war, dass alle Medien wie in einer gleichgeschalteten Diktatur identische Schlagzeilen produzierten. Von Konrad Adenauer (CDU) bis Helmut Schmidt (SPD) hatten damalige Politiker noch Tugenden wie Bescheidenheit verkörpert und eine über alle Zweifel erhobene Moral. Journalisten vom Schlage eines Peter Scholl-Latour (1924 bis 2014) ließen sich nicht von den Mächtigen vereinnahmen. Heute ist alles anders. 63 Prozent der Deutschen trauen den meisten Medien nicht mehr.<sup>451</sup>

[> Hinweis](#)

## Kapitel VI

### Ausblick

*Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die dargelegte Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen eine journalistische »Beißhemmung« entwickelt zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt. Alle in diesem Buch genannten Organisationen bestreiten, Lobbyorganisationen zu sein und/oder Journalisten und/oder die öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Sie bestreiten zudem Kontakte zu Geheimdiensten.*

## Willkommen im Irrenhaus – Demokratie als Farce

In einer Demokratie geht die Herrschaft bekanntermaßen vom Volke aus. Im deutschsprachigen Raum hat das Volk allerdings nichts mehr zu sagen. Politiker interessieren sich schon lange nicht mehr dafür, was das Volk will. 60 Prozent der Deutschen sind beispielsweise laut *Bundeswehr-Journal* gegen die Ausweitung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.<sup>452</sup> > Hinweis Nach anderen Umfragen sind es sogar 71 Prozent.<sup>453</sup> > Hinweis Unsere Politiker stört das nicht im Geringsten. Sie schicken deutsche Soldaten zu immer mehr Auslandseinsätzen, die vom Hindukusch bis nach Mali, von Syrien bis vor die libysche Küste reichen. Und die Leitmedien bereiten den Boden dafür vor.

Ein anderes Beispiel: 85 Prozent der Deutschen fordern den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus US-Stützpunkten in Deutschland.<sup>454</sup> > Hinweis Doch was machte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)? Sie genehmigte den USA die Modernisierung der auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz stationierten US-Atomwaffen.<sup>455</sup> > Hinweis Obwohl der Bundestag im Jahre 2009 beschlossen hatte, dass die USA ihre Atomwaffen

abziehen sollten, sorgte unsere geliebte Führerin dafür, dass die USA neue Atomwaffen einlagern konnten. Schlimmer noch: Die deutschen Steuerzahler müssen für die Modernisierung der US-Flughäfen für den Einsatz der amerikanischen Atomwaffen zahlen! <sup>456</sup> > Hinweis Sieht so Demokratie aus?

Das alles hat schon seit vielen Jahren System. Die große Mehrheit der Deutschen lehnte die Einführung des Euros ab, wollte die D-Mark ebenso behalten wie die Österreicher den Schilling. Aber das Volk wurde nie befragt. Nicht anders war es, als Bundeskanzlerin Merkel die »Energiewende« ausrief. Über Sonnenkollektoren, Windräder und Biogasanlagen kann man gewiss unterschiedlicher Meinung sein. Aber unsere Leitmedien machen eben nur einseitig Propaganda für bestimmte Auffassungen, die noch dazu als vorbildlich herausgestellt werden, sodass kritische Fragestellungen entweder nicht oder nicht seriös behandelt werden. Die Schattenseiten verschweigen sie. Dazu ein drastisches Beispiel aus dem Bereich der Raumfahrt: Die Sonde *Philae*, der erste von Menschen gebaute Apparat, der auf einem Kometen landete, war lange Zeit der Liebling deutscher Leitmedien. Das Gerät kostete die Steuerzahler unglaubliche 1,4 Milliarden Euro, mit denen man unter anderem angeblich bestens funktionierende Solartechnik für die Energiegewinnung zum Betrieb der Sonde einbaute. Dann passierte das, worüber Amerikaner, Chinesen und Russen bis heute noch lachen: Die tolle deutsche Sonde hatte nicht genügend Energie, um ihre Daten zur Erde zu funken, denn sie wurde auf Druck unserer Politiker mit (politisch korrekten) Solarbatterien ausgerüstet und nicht mit Nuklearbatterien, wie sie etwa die Amerikaner bei solchen Projekten erfolgreich einsetzen. Die Solarbatterien versagten schon eine Minute nach der Landung. Seither herrscht Funkstille. Unsere Journalisten dürfen über die Hintergründe dieser Pleite nicht berichten, weil die Wahrheit politisch nicht korrekt ist. Ein Wissenschaftler schrieb dazu:

»Erfolg oder Misserfolg sind mitunter eine Frage der Perspektive. Eine sichere Energieversorgung ist eine Frage der Technik. Warum also verfügt *Philae* nicht über eine Radionuklidbatterie? Ein hochrangiges Mitglied des DLR gab mir im direkten Gespräch die Antwort: aus politischen Erwägungen. Wer da genau in welcher Form Einfluss genommen hat, wollte oder konnte er mir nicht sagen. Aber es ging tatsächlich darum, der bösen Kerntechnik keine positiven Schlagzeilen zu verschaffen. Während die NASA mit dem »atomgetriebenen« *Curiosity* auf dem Mars herumfuhr und *Dawn* und *New Horizons* auf dem Weg zur Ceres beziehungsweise

zum Pluto ununterbrochen Daten lieferten, war *Rosetta* für Jahre im Stand-by zu betreiben und konnte *Philae* die Erwartungen nicht erfüllen. Weil unsere heimischen Wissenschaftler und Techniker zu einem Kniefall vor dem Ökologismus gedrängt wurden.«<sup>457</sup> > Hinweis

Festzuhalten ist an dieser Stelle nur, dass die Bevölkerung wie im Falle der »Energiewende« nie dazu gefragt wurde. Nicht anders war es 2015 bei der Öffnung der Grenzen für eine historisch beispiellose Völkerwanderung aus Nahost und Nordafrika in den deutschsprachigen Raum. Obwohl die Mehrheit der Einheimischen gegen die unkontrollierte Massenzuwanderung war, ordnete Angela Merkel die Grenzöffnung an – und unsere Leitmedien jubelten dazu im Chor. Angela Merkel und Wolfgang Schäuble erklärten das Vorgehen, die Mehrheitsmeinung im Volk zu ignorieren und die Demokratie mit Füßen zu treten, für »alternativlos«.<sup>458</sup> > Hinweis Allein im Jahre 2015 gab es deshalb mehr als 400 Strafanzeigen gegen Merkel wegen Hochverrats.<sup>459</sup> > Hinweis Dummerweise sind Generalstaatsanwälte in Deutschland von der Politik weisungsabhängig – ein Relikt aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Deutschlands Politiker sind inzwischen so abgehoben, dass sie selbst dem Willen des Volkes, wenn er in Form von Millionen Unterschriften vorliegt, die kalte Schulter zeigen. Ein Beispiel: Eine Initiative gegen das Freihandelsabkommen TTIP hatte bis zum November 2015 rund 3,3 Millionen Unterschriften gesammelt.<sup>460</sup> > Hinweis Die deutsche Bundeskanzlerin interessierte das nicht, sie hatte nicht eine Minute Zeit, um mit Vertretern jener Millionen Bürger zu sprechen, die dem Abkommen mit den USA kritisch gegenüberstanden. Ein Mitarbeiter des Kanzleramtes antwortete 2016 auf die Bitte der Bürgerinitiative, die Unterschriften persönlich übergeben zu dürfen:

»Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass eine Entgegennahme der Unterschriften durch die Bundeskanzlerin sowohl mit Blick auf die zahlreichen terminlichen Verpflichtungen der Bundeskanzlerin als auch aus Gründen der Gleichbehandlung mit anderen vergleichbaren Initiativen leider nicht möglich ist. Ich rate Ihnen daher, die Unterschriftensammlung auf dem Postwege zu übermitteln.«<sup>461</sup> > Hinweis

Sollte ein neutraler Beobachter aus einem fernen Land die Unterschiede zwischen der Regierungspolitik in Nordkorea und der in Deutschland erklären, dann hätte er wahrscheinlich große Schwierigkeiten. In beiden

Ländern interessiert es Politiker nicht, was die Bevölkerung will. In beiden Ländern werden all jene abgestraft, die sich nicht an die Vorgaben der angeblich im Volk so geliebten Führer halten (in Deutschland werden Kritiker allerdings nur medial hingerichtet). Und in beiden Ländern gleichen Nachrichtensendungen und Zeitungen sich häufig bis aufs Wort, zumindest in Hinblick auf die Durchhalteparolen für eine angeblich »alternativlose« Politik.

Wie wir gesehen haben, leben wir in einem großen Irrenhaus. Wir sind jedenfalls vom Wahnsinn umzingelt. Uns wird zwar in Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes noch das Recht auf Meinungsfreiheit zugestanden – aber wir nutzen es nicht mehr. Die Bürger schweigen aus Angst, und die Medien agieren mittels einer internen Zensur: Sie berichten über bestimmte Themen entweder gar nicht oder nur öko-gender-multikulti-politisch korrekt.

Nein, unsere Medien sind nicht etwa gleichgeschaltet. Aber jene Generation von Journalisten, die heute die Meinung bildet, hat eine eingeschränkte Wahrnehmung. Die Welt ist in ihren Köpfen in den typischen linksgrünen Alarmismus eingeteilt, in ein Freund-Feind-Schema. Was öko-gender-multikulturell und rot-grün ist, das ist gut. Was nicht in das Schema passt, das ist böse. Basta. Wichtig sind nur noch der »Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit« und der »Kampf gegen rechts«. Gut sind alle Öko-Gruppen von Greenpeace bis hin zum BUND, böse alle Arbeitgeber, Banker und Unternehmer, die Waren produzieren und jenen Verdienst erwirtschaften, von dem unsere Gesellschaft schließlich lebt. Nur grüne Spekulanten sind gute Spekulanten. So wie etwa Frank Asbeck, der sich ein Schloss am Rhein kaufte, während sein grünes Vorzeigeunternehmen Solarworld ums finanzielle Überleben kämpfte.

Meinungsfreiheit gibt es in unserer Postdemokratie schon lange nicht mehr, stattdessen ein vorgefertigtes Weltbild von Grünen und Linken, dem sich alle unterordnen müssen. In früheren Diktaturen wie dem Dritten Reich oder der DDR wurde über schwere Gewaltverbrechen erst gar nicht berichtet, um das Bild der schönen, neuen, heilen Welt bloß nicht zu zerstören. Heute erledigt das die Sprache. Sie soll verhindern, dass berechtigte Zweifel an der schönen, neuen Welt Nahrung bekommen. Man kann das, was Politiker und die ihnen ergebenden Gesinnungsjournalisten antreibt, in wenigen Worten zusammenfassen: Multikulti und Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz, Gleichstellung und Minderheitenschutz, Antidiskriminierung und Gender Mainstreaming.

Wir haben in den vergangenen Jahren einen gewaltigen politischen Rutsch nach links mit seinen vielen Folgen erlebt. Der Jurist, Politikwissenschaftler und Publizist Arnulf Baring hatte vor diesem Hintergrund schon im Jahre 2002 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* dazu aufgerufen: »Bürger, auf die Barrikaden! Wir dürfen nicht zulassen, dass alles weiter bergab geht, hilflose Politiker das Land verrotten lassen. Alle Deutschen sollten unsere Leipziger Landsleute als Vorbilder entdecken, sich ihre Parole des Herbstes vor 13 Jahren zu eigen machen: Wir sind das Volk!« Baring sah damals »Deutschland auf dem Weg zu einer westlichen DDR« und sieht heute, dass es auf diesem Weg weiter vorangeschritten ist, der ohne Kehrtwende – wie bei der DDR – im Ruin enden wird, nur auf andere Weise. Noch kuschen die meisten Menschen vor den Tabus und der Politischen Korrektheit. Irgendwann werden sie aufwachen. Demokratie bedeutet schließlich Volksherrschaft.

## **Lobhudeleien auf die herrschende Elite**

Seitdem mein Sachbuch *Gekaufte Journalisten* 2015 zum internationalen Bestseller avancierte, hat sich einiges geändert. Allerdings nicht zum Guten. Zwar ist die Einseitigkeit bei der Berichterstattung inzwischen fast jedem Bürger bewusst, dennoch machen unsere Leitmedien im deutschsprachigen Raum einfach weiter wie gehabt. Sie sind korrupt, und sie wetteifern darum, wer die im Auftrag der Eliten verbreitete Desinformation am geschicktesten verpackt. Ich hatte mich in dem oben genannten Buch zunächst selbst bezichtigt, für meine Hofberichterstattung geschmiert worden zu sein. Anschließend nannte ich viele andere Journalisten der Leitmedien namentlich, die bereitwillig Geld oder andere Vorteile im Gegenzug für Hofberichterstattung annehmen. Nicht einem von ihnen hat das geschadet. Ausnahmslos alle sind noch in ihren Funktionen. Einige stiegen sogar als Alpha-Journalisten weiter auf.

Viele äußerten sich empört darüber, dass ich sie der Korruption bezichtigte. Schließlich hatten sie Geld oder geldwerte Vorteile – also Geschenke – angenommen. Angeblich, so behaupteten sie, seien das doch nur »Einzelfälle«. Kaum hatten sie das gesagt, da wurde peinlicherweise bekannt, dass ich nur die Spitze des Eisberges gesehen hatte. So nahmen allein im Winter 2014/15 insgesamt rund 700 Journalisten bezahlte exklusive Reisen

nach Katar an. Von den so für ihre Berichterstattung Geschmierten stammten allein im Januar 2015 immerhin 18 »Einzelfälle« aus Deutschland. <sup>462</sup>

> Hinweis Katar hatte sich, wie so viele andere auch, eine positive Berichterstattung einfach gekauft. <sup>463</sup> > Hinweis Auch deutsche Journalisten finden das heute »völlig normal«.

Mehr denn je nehmen auch Geheimdienste Einfluss auf die Arbeit unserer Leitmedien. In Deutschland ist das aber nach wie vor ein Tabuthema. Nachdem *Gekaufte Journalisten* in vielen anderen Ländern in Übersetzung erschien, waren die Reaktionen dort völlig anders: In Rumänien etwa gestand der Geheimdienst inzwischen offiziell ein, dass man viele Mitarbeiter in Medienunternehmen eingeschleust habe, um dort Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Mit Blick auf Deutschland sagte ein früherer Chef des Inlandsgeheimdienstes, das sei halt »gängige Praxis wie in anderen demokratischen Staaten auch« <sup>464</sup> > Hinweis . Zeitgleich enthüllte der britische *Guardian*, dass der technische britische Geheimdienst GCHQ alle Mails der wichtigsten Redaktionen europäischer Zeitungen abfängt <sup>465</sup> > Hinweis , auswertet und anschließend munter Einfluss auf die Berichterstattung nehmen will.

Einer der bekanntesten deutschsprachigen Fernsehkorrespondenten mit Sitz im israelischen Jerusalem schrieb mir nach der Lektüre von *Gekaufte Journalisten*, dass er seit Jahrzehnten Hand in Hand mit israelischen und deutschen Geheimdiensten arbeite. Besser gesagt – arbeiten müsse. Er fühle sich wie ein Pudel, der von seinen Herrchen gestreichelt und gefüttert werde, solange er das mache, was von ihm erwartet werde. Der Mann hat zwar das Pensionsalter erreicht, arbeitet allerdings noch immer in Jerusalem. Weil er erwägt, selbst ein Buch über seine Erfahrungen mit Berichterstattung, die im Hintergrund durch Geheimdienste gelenkt wird, zu schreiben, veröffentliche ich seinen Namen hier nicht.

Wer erwartet hatte, dass es nach meinen Schilderungen über die Tätigkeit deutscher Geheimdienste in deutschen Redaktionen einen Untersuchungsausschuss oder sonstige Reaktionen geben würde, der wurde enttäuscht. Mein früherer Arbeitgeber, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, in deren Räumen ich auch die redaktionelle Drecksarbeit für Geheimdienste erledigt hatte, erklärte mich stattdessen öffentlich rückwirkend für verrückt (»Persönlichkeitswechsel«). <sup>466</sup> > Hinweis

Nicht nur das. Die FAZ ging auch noch gerichtlich gegen die

Veröffentlichung eines Telefonmitschnittes vor, bei dem ein niederländischer Journalist sich in Frankfurt nach dem Wahrheitsgehalt meines Buches *Gekaufte Journalisten* hatte erkundigen wollen. Das schlug hohe Wellen. <sup>467</sup>

> Hinweis Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wollte (wie andere Leitmedien auch) offenkundig verhindern, dass Berichte über korrupte Journalisten ernst genommen wurden.

Dummerweise haben sich seither Personen gemeldet, die die von mir geschilderte Bestechlichkeit von Journalisten mit sehr konkreten Hinweisen bestätigten – auch im Hinblick auf die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Schockiert haben mich vor allem die Berichte des heute weit über 80 Jahre alten Frank W. Er war nach eigenen Angaben »in der Zeit von Mai 1971 bis Juni 1976 als Leiter des Fachbereichs Finanzen und Allgemeine Dienste bei der VA Verkaufsleiterakademie e. V., Frankfurt/Main«. Die Verkaufsleiterakademie war damals das bekannteste deutsche Ausbildungsinstitut für Führungskräfte mit Außenstellen in der Schweiz und in Österreich. Frank W. hatte nach eigenen Angaben intime Einblicke in die Finanzen des Instituts der damaligen Zeit, denn er zeichnete alle Überweisungen und Spesenbelege ab. Er schrieb mir, dass er im Auftrag seines damaligen Geschäftsführers an einen Redakteur der FAZ-Wirtschaftsredaktion monatlich 2000 D-Mark auszuzahlen hatte, und zwar über Jahre. Im Gegenzug, so behauptet Frank W., habe der FAZ-Redakteur dann Auftragsberichte in seinem Blatt untergebracht. Die 2000 D-Mark, die der FAZ-Mann meist monatlich im Auftrag von Ulrich Sievert, dem damaligen Geschäftsführer der Akademie, erhalten haben soll, entsprachen mehr als dem damaligen Durchschnittseinkommen eines Deutschen, das in jener Zeit etwa 1860 D-Mark (vor Steuern) betrug. Der Redakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurde demnach doppelt bezahlt, einerseits von der FAZ und andererseits von jenen Hintermännern, für die er die Hofberichterstattung abzuliefern hatte. Er soll immer zum Monatsende vorbeigekommen sein, um sein sogenanntes Salär abzuholen. Frank W. beschreibt seine Erfahrungen mit dem nach seinen Angaben so korrupten Mitarbeiter der FAZ wie folgt:

»Sievert verfasste seine Ergüsse immer zusammen mit der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Kollegin. Wenn das dann geschafft war, wurde Herr Dr. X eingeladen. Wie dann verfahren wurde, das heißt unter welchem Namen usw. veröffentlicht werden sollte, ist mir nicht bekannt. Die Verbindung zur FAZ lag ausschließlich unter größter Geheimhaltung



bei Sievert und der Kollegin, die natürlich eifersüchtig darüber wachte, dass Herr Dr. X in ihrem Stockwerk an der Tür von ihr empfangen und gleich von ihr in ihr Zimmer bugsiert wurde. Den Kaffee mit Keksen für den Besucher ließ sie sich schon vorher bringen. Stören durfte keiner.«

Frank W. hatte mir den Klarnamen von *Dr. X* geschickt. Der betreffende FAZ-Mitarbeiter war von 1960 bis 1990 Mitglied der Wirtschaftsredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, am Ende seiner Karriere fungierte er als Mitherausgeber des FAZ-Wirtschaftsblattes *Blick durch die Wirtschaft* und als Chef von *Die Neue Ärztliche*. Der bekannte Journalist, der heute auf der Homepage seiner Heimatstadt als »große Persönlichkeit« gefeiert wird, ist 1994 verstorben. Ihn konnte ich zu den schwerwiegenden Vorwürfen nicht mehr befragen. Die Verkaufsleiterakademie gibt es nicht mehr, auch ihr früherer Geschäftsführer ist seit zwei Jahrzehnten tot. Ich gebe hier also das wieder, was der noch lebende Zeitzeuge Frank W. jederzeit auch vor Gericht beeden und belegen will. Seine Angaben passen aus meiner Sicht jedenfalls in das Bild, das auch ich bei deutschen Leitmedien wie der FAZ erlebt habe. Selbst den erwähnten *Dr. X* hatte ich dort noch persönlich kennengelernt. Wie gesagt, die FAZ hat mich inzwischen öffentlich für verrückt erklärt. <sup>468</sup>

> Hinweis Ich bin gespannt, wie man dort nun mit den Angaben des Frank W. über geschmierte Journalisten in den Reihen der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* verfahren wird.

Mitarbeiter anderer Medienhäuser schickten mir stapelweise Unterlagen, denen zufolge für Gefälligkeitsartikel über neue Produkte (das heißt: Schleichwerbung) ein »Druckkostenzuschuss« verlangt wird. Vor allem bei medizinischen Fachzeitschriften soll das heute die Regel sein. Darüber hinaus lädt die Medizinindustrie auch weiterhin Journalisten zu Reisen ein, finanziert diese also. <sup>469</sup> > Hinweis Im Gegenzug bekommt die Pharmaindustrie dann die gewünschte Hofberichterstattung.

Während ich nach der Veröffentlichung von *Gekaufte Journalisten* erwartungsgemäß viele Prügel von deutschen Journalisten als Nestbeschmutzer bezog, sprangen mir einige bekannte Journalisten bei der Medienkritik bei, von denen ich es so nicht erwartet hatte. Dabei erfuhr ich Dinge, von deren Existenz ich bis dahin keine Ahnung hatte. Ein investigativer ZDF-Reporter vermisste in meinem Bestseller konkrete Angaben über das Zusammenspiel der »Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen« (ASJ <sup>470</sup> > Hinweis ) und bekannten investigativen Journalisten. Ich kannte die Organisation ASJ zwar

dem Namen nach und wusste, dass sie zur SPD gehört. Mehr aber auch nicht. Was ich in einem langen Brief des bekannten ZDF-Reporters las, erschien rundum glaubwürdig und erklärte mir endlich, warum einige wenige investigative Journalisten regelmäßig aus Prozessakten zitieren können und Informationen haben, die kein anderer bekommt. Ich kann nicht nachprüfen, was der ZDF-Reporter behauptet, aber es ergibt alles einen Sinn: Demnach existiert angeblich eine geheime enge Kooperation zwischen einigen wenigen führenden ASJ-Mitgliedern und einigen investigativen linken Alpha-Journalisten. Die Journalisten bekommen demnach immer dann brisantes Material aus laufenden Fällen, wenn die SPD ein politisches Interesse an der entsprechenden Berichterstattung hat. Das ist zwar theoretisch strafbar, aber weder die ASJ noch die Journalisten müssen Strafverfahren befürchten. Ich hatte mich seit Jahren ohnehin schon darüber gewundert, weshalb ein leitender linker Journalist einer in Süddeutschland beheimateten Zeitung, der früher beinahe täglich aus Akten in laufenden Gerichtsverfahren zitierte, damals nie eine Hausdurchsuchung wegen Geheimnisverrats hatte. Nun ahnte ich, warum das so war. Der ZDF-Journalist (er produzierte unter anderem viele Beiträge für die frühere ZDF-Sendung *Hauser und Kienzle*) schrieb mir dazu: „Über diese ASJ hat auch der liebe Kollege Xxx (Name vom Autor anonymisiert) seine Exklusiv-Enthüllungen über Jahrzehnte speisen lassen. Er hat mir übrigens schon massiv mit der großen Presserechtskeule gedroht. Denn Xxx war auch der Vertraute von Yyy (Name eines Bundespräsidenten, vom Autor ebenfalls anonymisiert) für alle verdeckten journalistischen Operationen.« Sollten wir Bürger also wieder einmal Berichte von Top-Journalisten unserer Leitmedien mit vertraulichen Informationen aus laufenden Ermittlungen lesen, dann könnte es sein, dass führende Mitarbeiter der linken Juristengruppe ASJ eine journalistische Operation im Sinne der SPD durchführen – wenn die Anschuldigungen denn stimmen. Ich persönlich zweifle allerdings nicht am Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen, die von der ASJ ganz sicher abgestritten werden.

In den Chor der Medienkritik stimmte auch der ARD-Kriegsreporter Christoph Maria Fröhder ein, den ich in den 1990er-Jahren während des Golfkrieges im Irak kennengelernt hatte. Fröhder ließ kein gutes Haar an den Nachrichtensendungen *Tagesschau* und *Tagesthemen*. In beiden würden »bloß scheinbar relevante Fakten hintereinandergefügt, anstatt sie zu hinterfragen. Wenn ich diese Aufsager vor den Parteizentralen und dem Kanzleramt schon sehe! Die kommen einfach von der Routine nicht weg«, so Fröhder. Die *Tagesschau*, sagte Fröhder weiter, prüfe fremdes Bildmaterial nicht kritisch:

»Wenn man ehrlich ist, muss man zugeben, dass man es letztlich nicht nachprüfen kann. Bei diesem sinnlosen Herausnehmen von Material läuft man ständig Gefahr, sich instrumentalisieren zu lassen.« Zudem kritisierte er die sprachliche Verlotterung: »In den Beiträgen wimmelt es vor Grammatikfehlern. Da ist die Anmoderation des Sprechers identisch mit den ersten zwei Sätzen des Films. Und dann dieses ständige Geduze! Jeder Korrespondent wird mit Vornamen aufgerufen. Es ist dem Zuschauer gegenüber unhöflich, es ist ärgerlich.«<sup>471</sup> > Hinweis

Schließlich erhielt ich im November 2014 eine Mail, die mich zutiefst erschütterte. Ihr Absender war Professor Dr. Dr. Alfred de Zayas, ein weltweit bekannter Historiker und Völkerrechtler. Er hat als US-Staatsbürger für die UN-Menschenrechtskommission in Genf gearbeitet, lebt heute in Genf und ist in Sachen Minderheiten- und Völkerrecht einer der führenden Experten und Wissenschaftler weltweit. Professor de Zayas hatte von meinem Sachbuch *Gekaufte Journalisten* gehört und wollte mir unbedingt mitteilen, was er als amerikanischer Historiker, Völkerrechtler und UN-Fachmann mit einer bekannten deutschen Zeitung erlebt hatte. Was ich da las, konnte ich zunächst nicht glauben. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hatte Professor de Zayas eine ganze Zeitungsseite für einen Artikel über die Vernichtung der Juden unter Hitler zur Verfügung angeboten. Man muss hinzufügen, dass Professor de Zayas als erster und wohl auch einziger Wissenschaftler alle Nürnberger Akten und auch die Akten aller Kriegsverbrecherprozesse komplett ausgewertet hat. Zudem hat er mit so vielen Zeitzeugen gesprochen wie kaum ein anderer. Eben dieser Professor de Zayas, also eine weltweit anerkannte Autorität, verfasste dann auftragsgemäß einen ganzseitigen Artikel. Dann allerdings kam der Hammer: Sein angefordertes Werk durfte in der FAZ nicht abgedruckt werden. Warum? Professor de Zayas hatte nach dem umfangreichen Aktenstudium nicht die geringsten Zweifel daran, dass der Durchschnittsdeutsche unter Hitler keine Ahnung von der Judenvernichtung hatte. Professor de Zayas hatte wissenschaftlich sauber gearbeitet. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bot ihm ein »Ausfallhonorar« an. Der Artikel passte nach Angaben des Wissenschaftlers einfach nicht ins Bild der deutschen Leitmedien, demzufolge die Deutschen ein Tätervolk sein müssen. Professor de Zayas schickte mir den Artikel und die Korrespondenz mit der FAZ; er berichtete dazu: »Im Jahre 2011 hat die FAZ mich beauftragt, eine ganze Seite zu schreiben. Ich hielt mich an die Anweisungen, bekam positives Echo, als der Artikel ankam. Und dann Funkstille, bis ich einen Brief erhielt mit einem Ausfallhonorarangebot, das ich mit Götz von Berlichingen

beantwortet habe.« Den Artikel, den die FAZ im Jahre 2011 keinesfalls veröffentlichen wollte, finden Sie im Anhang dieses Buches. Ebenso das peinliche Schreiben der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit der Weigerung, die historischen Forschungsergebnisse von Professor de Zayas abzudrucken.

Das alles zeigt, wie es heute um die Meinungsfreiheit im deutschsprachigen Raum bestellt ist. Meinungsfreiheit in Deutschland bedeutet heute die Freiheit, die herrschende Elite jederzeit mit Lobeshymnen bestätigen zu dürfen – und die Geschichte so darzustellen, wie es die Elite gern hätte: die Deutschen als Tätervolk, das sich ständig schuldig fühlen muss und keine Fragen stellen soll, wenn es als Zahlmeister der Welt ausgepresst wird.

## Warum Leitmedien und Journalisten endlich haften müssen

Man kann die Politische Korrektheit nur so lange auf die Spitze treiben, wie sie möglichst viele Menschen mitmachen. Es ist absehbar, dass immer weniger dabei mitmachen wollen. Stehen Sie also auf. Verhalten Sie sich politisch unkorrekt. Und zeigen Sie es den Leitmedien: Geben Sie keinen Cent mehr für die Lügenpresse aus!

Ich habe noch eine Bitte: Denken Sie einmal darüber nach, warum in Deutschland jeder, der älter ist als 14 Jahre, für die Folgen seines Handelns haften muss. Wenn Banken ihre Kunden falsch beraten, dann müssen die Banken für die Folgeschäden haften. Bei Banken finden unsere Leitmedien das selbstverständlich. <sup>472</sup> > Hinweis Auch Steuerberater, Ärzte und viele andere haften für die Folgen ihrer Aussagen beziehungsweise Handlungen. Kein Journalist hat das jemals infrage gestellt.

Am Ende dieses Buches fordere ich deshalb, dass Journalisten und Leitmedien endlich ebenfalls für ihr Handeln in Haftung genommen werden müssen – und zwar mit ihrem gesamten Privatvermögen. Wie kann es sein, dass ein Banker, der durch Falschberatung Omas Ersparnisse verzockt, dafür bis auf den letzten Cent haften muss, während die vielen Journalisten, die uns mit ihrer verlogenen Propaganda beispielsweise den Asyl-Tsunami als »Bereicherung« verkauften, während wir Bürger jetzt viele Milliarden werden zahlen müssen, noch immer ungeschoren davonkommen?

Ein Banker muss nicht vorsätzlich falsch beraten haben, um für falsche

Einschätzungen zu haften. Es reicht die Fahrlässigkeit oder seine Blödsinnigkeit. Weshalb aber, bitte, nehmen wir dann weiterhin die horrenden Schäden hin, die skrupellose Lügenmedien in dieser Gesellschaft anrichten?

Mit der täglichen Lügenpropaganda haben Medienkonzerne inzwischen viele Milliarden Euro angehäuft. Sie sollten mit allen Verantwortlichen aus den Redaktionsstuben endlich vor Gericht gestellt werden. Sie müssen für die vielen von ihnen zu verantwortenden Falschbehauptungen und –beratungen ebenso zur Kasse gebeten werden, wie man das bei Bankern, Ärzten und Steuerberatern auch tun würde. Solange wir davor zurückschrecken, solange wir verlogene und gekaufte Journalisten für ihre manipulative Desinformation nicht persönlich haften lassen, solange wird sich an den Zuständen nichts ändern. Stellen wir die zahlreichen Kriminellen aus den Leitmedien und die Auftragsschreiber also endlich vor Gericht. Mit dem von ihnen angehäuften Vermögen können wir dann jene schweren Schäden, die sie angerichtet haben, zumindest teilweise wieder auszugleichen versuchen.

Weshalb sollen beispielsweise Städte und Gemeinden für die Folgekosten jener Asylantenwelle aufkommen, die ohne den von Leitmedien propagierten Jubel undenkbar (gewesen) wäre? Falls Sie es nach all den zahlreichen Informationen hier schon vergessen haben: Schauen Sie sich dazu bitte noch einmal die Studie zur einseitigen Propaganda unserer Leitmedien im Abschnitt an, der die Überschrift »So lügen Journalisten: die Bereicherung durch Asylbewerber« trägt.

Ist es wirklich in Ordnung, wenn einige wenige Verleger, die diese und andere Fehlentwicklungen mit ihrer geballten Medienmacht im Verbund der mit ihnen befreundeten Politiker angefacht hatten, heute privat auf Milliarden sitzen und uns Steuerzahler für die Folgeschäden ihrer Lügengeschichten aufkommen lassen? Ich persönlich verneine das. Was ist mit den vielen Mitläufern in den Redaktionen, die eiskalt mitgespielt haben? Wir sollten sie alle nicht davonkommen lassen. Und es geht dabei keineswegs nur um die hohen Kosten der Asylantenströme.

Ich habe viele von diesen Mittätern, die auf anderen Gebieten aktiv wurden, in früheren Veröffentlichungen namentlich genannt. Mir fallen unendlich viele bekannte Beispiele ein für jene, die aus meiner subjektiven Sicht für ihre Falschberatung der Öffentlichkeit nachträglich zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Dazu gehört beispielsweise Ulrich Wickert, der im Regierungsauftrag Propaganda für die Euro-Weichwährung machte, die sich nun als grandiose Lüge mit hohen Folgekosten für die Bürger erweist.

Wickert führt die Bürger aus meiner Sicht gern an der Nase herum. Derzeit zieht er ihnen das Geld – so sehe ich das jedenfalls – mit einer anderen Kampagne aus der Tasche: »Dämmen lohnt sich.« So lautet sein neuer Propagandaauftrag, bei dem ihn die Dämmstoffindustrie finanziert. <sup>473</sup>

> Hinweis Verschwiegen wird dabei, dass jene Hausbesitzer, die darauf hereingefallen sind, wohl eines Tages eine Rechnung präsentiert bekommen werden, die sie in den Ruin treiben könnte: Denn Polystyrol-Dämmstoffe, die mit dem massenweise eingesetzten Flammschutzmittel HBCD versetzt sind, gelten als »gefährlicher Abfall« und müssen irgendwann teuer entsorgt werden. Darauf hatten zahlreiche Medien schon seit Jahren hingewiesen. <sup>474</sup>

> Hinweis Wie fühlt man sich da als Bürger, wenn Wickerts Kampagne verspricht: »Dämmen lohnt sich« ...? Für mich ist das einseitige Propaganda, ja Desinformation. Aber mit so etwas kann man eben gut absahnen.

Oder nehmen wir Sabine Christiansen, die es offenkundig als selbstverständlich empfindet, dass sie heute eine Villa auf Mallorca besitzt. Wer in meinem Buch *Gekaufte Journalisten* die Seite 264 (Überschrift: »Schlacht der Lügen: Die Propaganda von Sabine Christiansen und Ulrich Wickert«) und die Folgeseiten gelesen hat, der wird diesen Umstand jedoch alles andere als selbstverständlich finden. Ich habe seinerzeit schließlich die unglaubliche Propaganda in Sendungen wie *Sabine Christiansen* persönlich im Studio erleben müssen.

Im Mai 2004 war ich Gast in der Talkshow *Sabine Christiansen* und saß neben dem früheren Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), dem damaligen EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen (FDP), dem seinerzeitigen sächsischen Ministerpräsidenten Milbradt (CDU), einem Staatspräsidenten und weiteren illustren Gästen. Ich war der »Böse« in der Runde, der Trottel aus der Bevölkerung, der die politisch korrekten Phrasen unserer geliebten politischen Führer zu hinterfragen wagte. Das Thema der Sendung war die bevorstehende gewaltige EU-Erweiterung. Ich war offenkundig eingeladen worden, damit man ein Exemplar jener bösen dumpfen Deutschen schlachten konnte, die merkwürdigerweise vor der Grenzöffnung zu vielen bitterarmen Staaten warnten. Ich prophezeite damals, dass die Schlagbäume in wenigen Jahren schon wieder herunterfallen würden, beispielsweise wegen der Kriminalität. Schließlich wurde ich live in der Sendung zerlegt. Der Berliner *Tagesspiegel* schrieb damals nach der Sendung:

»Der Betrachter bekam live die Schlachtung des Herrn Dr. Ulfkotte vorgeführt. Und kann sich jetzt ein Bild davon machen, wie politische

Gremien funktionieren. Immer auf die Schwachen.«<sup>475</sup> > Hinweis

Inzwischen hat sich die Lage geändert. Inzwischen haben alle Seiten einsehen müssen, dass Schengen und die Öffnung der Grenzen eben nicht nur Vorteile bieten. Inzwischen hat sich – trotz der vielen Propagandasendungen nach dem Format *Sabine Christiansen* – gezeigt, dass die stets in der Minderheit in die Talkshows eingeladenen Kritiker eben doch recht behalten haben. Das war auch so beim Thema »Euro und Abschied von der D-Mark«. Ich würde mich deshalb freuen, wenn Menschen wie Sabine Christiansen heute genauso in Haftung genommen würden wie Banker, Steuerberater und andere, die ihr Klientel falsch beraten beziehungsweise informiert haben und nicht in einer Villa auf Mallorca sitzen, während die Opfer die von ihnen eingebrockte, wenig schmackhafte Suppe auslöffeln müssen.

Sie verstehen nicht, wie ich das meine? Erinnern Sie sich noch, wie Schauspieler Manfred Krug in den 1990er-Jahren zusammen mit den Lügenmedien Werbung für die T-Aktie machte? Ist Ihnen bekannt, wie viele Rentner anschließend teils mehr als drei Viertel ihrer Ersparnisse verloren haben? Jetzt dürfen Sie einmal raten, wer damals vor dem Kauf der T-Aktie warnte. Nein, es waren nicht die öffentlich-rechtlichen Propagandamedien. Es waren die »Verschwörungstheoretiker« aus meinem Verlag und um meinen Verleger Jochen Kopp, die von der ersten Stunde an vor der T-Aktie warnten. Sie wurden verhöhnt und ausgelacht, obwohl sie recht behalten sollten. Und ausgerechnet für diejenigen, die seinerzeit mit ihrer Einschätzung richtig lagen, gibt es heute in den Lügenmedien ein Werbeverbot. An all das wollen die dort Verantwortlichen heute lieber nicht mehr erinnert werden.

Sie haben nämlich nichts aus dem »Fall Manfred Krug« gelernt. Nehmen wir nur den Fernsehmoderator Hans Meiser. Der Mann war einmal eine Institution im deutschen Fernsehen. Als Quiz- und Talkmaster lieferte er den Massen »Brot und Spiele«, die uns als moderner »Trash« einlullen und ablenken soll(t)en. Das Erfolgsrezept lautete schon damals: je dümmer die Gäste, desto höher die Quote.

Man kann Meiser, der sich offenkundig gern in der Rolle des erfolgreichen Fernsehmoderators sieht, allerdings auch aus einer völlig anderen Perspektive sehen: in der Rolle eines eher skrupellosen Menschen. Schließlich war es Meiser, der am Anfang seiner Karriere im August 1988 den journalistischen Sündenfall beging und beim Geiseldrama von Gladbeck in Zusammenhang mit einem Banküberfall eiskalt alle gekannten journalistischen Grenzen überschritt. Unglaublich, aber wahr: Zum Ärger der Polizei rief der damalige

RTL-Reporter Meiser dreist in der überfallenen Gladbecker Bankfiliale an, um ein Interview mit den kriminellen Schwerverbrechern zu führen. <sup>476</sup>

> Hinweis Für die Polizisten, die Menschenleben retten wollten, war das der Horror. Auch der heutige Fernsehmoderator Frank Plasberg reihte sich damals als Radioreporter in die Schar jener ein, die den Gladbecker Verbrechern eine öffentliche mediale Bühne boten. <sup>477</sup> > Hinweis Die vielen Fahrzeuge derjenigen Journalisten, die sich dann diesem Tabubruch anschlossen, behinderten die Ermittler bei der Verfolgung der Bankräuber, die Geiseln genommen hatten. Die Medienmeute machte den Zugriff der Polizei bei der Flucht in den folgenden Stunden immer wieder unmöglich. Im Verlauf des Geiseldramas starben drei Menschen. Man muss als Journalist offenbar ziemlich skrupellos sein, wenn man im Mediengeschäft aufsteigen will.

Hans Meiser fällt mir persönlich auch heute wieder als unrühmlich, ja skrupellos auf. Im Deutschen Finanz-Fernsehen machte er 2016 Werbung, die aus meiner subjektiven Sicht ebenso unverantwortlich war wie sein Auftritt beim Geiselbecker Geiseldrama 1988. Meisers jüngste Werbung erinnerte mich an die des Manfred Krug bei der T-Aktie: Vor einem bläulichen Hintergrund, der wohl ein Studio wie jenes der *Tagesschau* assoziieren soll, sah man im Deutschen Finanz-Fernsehen einen sitzenden Hans Meiser und die Einblendung »Dringende Börsennachricht – vertrauliche Vorabinformation für alle Geldanleger«. <sup>478</sup> > Hinweis Die potenziellen Anleger (aus meiner Sicht Melkkühe) köderte Hans Meiser dann mit den Worten:

»Guten Tag, mein Name ist Hans Meiser. Das wahrscheinlich härteste Aktienausswahlverfahren Deutschlands ist gerade erst zu neuen Ergebnissen gekommen. Rolf Morrien testete dabei, welche Aktien in der nächsten Zeit an der Börse große Gewinner sein werden. Die Ergebnisse waren so verblüffend wie auch vielversprechend. Rolf Morrien hat uns nun verraten, welche Aktien Anlegern in den nächsten Monaten langfristige Gewinne einbringen werden. Es folgt ein Informationsdokument aus dem Büro des Chefredakteurs.«

Anschließend trat dieser Rolf Morrien, von dem die Masse der Menschen wahrscheinlich noch nie etwas gehört hatte, vor die Kamera. Man sollte wissen: Die österreichische Zeitung *Kurier* warnte im Jahre 2014 vor den Anlagetipps dieses Rolf Morrien mit den Worten:

»Da ist etwa »der Aktien-Magier« Rolf Morrien. Wer seiner Anlagestrategie folgt, dem winken sagenhafte Gewinne: Aus 2000 Euro werden in drei



Jahren 250303 Euro. Ein haarsträubendes Versprechen. Das Schema ist stets gleich. Hat der Leser angebissen, wird er über kostenlose Newsletter mit streng limitierten Angeboten und Gratis-Beigaben gelockt. Wer sich fürs Probe-Abo anmeldet, soll gleich die Kreditkartennummer angeben. Denn am Ende wartet ein Abo. Dann gehen die vermeintlichen Insider-Infos ins Geld.«<sup>479</sup> [> Hinweis](#)

Meine Lebenserfahrung lautet: Man kann nicht voraussagen, welche Aktien an der Börse »große Gewinner« sein oder »langfristige Gewinne einbringen« werden. Eine solche Beurteilung ist wohl nicht nur aus meiner subjektiven Sicht schlicht unseriös. Warum wirbt Hans Meiser dann für die Anlageempfehlungen eines Rolf Morrien? Gilt auch hier das Erfolgsrezept: je dümmer die Zuschauer, desto höher die Erfolgsquote?

Ich kenne Hans Meiser persönlich. Als ich den obskuren Beitrag des Deutschen Finanz-Fernsehens mit ihm sah, dachte ich spontan daran, dass diese Person der Zeitgeschichte, eine lebende TV-Trash-Legende, mir bei unseren früheren Treffen auch über seine Millionärs-Jacht berichtet hatte. Er sagte nicht »Millionärs-Jacht«, aber die Beschreibung seines Traumbootes wirkte auf mich so. Zudem berichtete er darüber – was ohnehin schon im Mainstream zu lesen war –, wie viel Geld er für deren Unterhalt zusätzlich zu den Kosten für seine von ihm geschiedene Frau aufbringen musste. Auf mich wirkten die Hinweise auf die Jacht subjektiv gesehen reichlich protzig. Auf einem Tisch im Büro von Meisers früherer Firma Crea TV in Hürth bei Köln lagen mitunter auch erlesene Jacht-Zeitschriften. Meiser zeigte mir dann in diesen Hochglanzheften stolz jene Jachten, die er sich nach weiteren Medienprojekten vielleicht einmal kaufen wollte. Für mich war und ist das eine völlig andere Welt. Eine protzige Welt, in der Macht und Medien eine unheilvolle Symbiose bilden. Ich weiß nicht, ob Hans Meiser seine frühere Jacht noch besitzt. Ich weiß nicht einmal, ob diese damals nur ein Produkt seiner Fantasie war oder diese vielleicht seiner Firma gehörte. Aber inzwischen ist Hans Meiser offenkundig auf einer echten Super-Jacht eingetroffen: Auf der *MS Hamburg* mimte er gegen Bezahlung den Grüß-August und Gästebetreuer.<sup>480</sup> [> Hinweis](#) Der C-Promi<sup>481</sup> [> Hinweis](#) muss auf dieser »voll mitarbeiten«, um Geld zu verdienen.<sup>482</sup> [> Hinweis](#)

Man sollte diese Dinge vielleicht wissen, wenn man Auftritte wie die im Deutschen Finanz-Fernsehen sieht. Glauben Sie, dass Hans Meiser Ihnen mit Werbefilmchen über vermeintliche große Gewinnaussichten tatsächlich ohne Risiko verlässlich die Augen dafür öffnen wird, wie man als einfacher Bürger

mit bestimmten Aktien ganz viel Geld verdienen kann? Ich glaube das nicht. Die Einzigen, die aus meiner Sicht garantiert davon profitieren, dürften Hans Meiser und dieser ebenso merkwürdige Rolf Morrien sein. Ich ahne demnach, auf welchem Niveau Hans Meiser heute arbeitet, und denke dabei im Hinterkopf auch an seine Skrupellosigkeit beim Gladbecker Geiseldrama. Schauen Sie jetzt bitte noch einmal ganz genau hin, mit welchen Worten der eben geschilderte Werbefilm von Hans Meiser auch weiterhin bis zum Redaktionsschluss für dieses Buch im Internet beworben wurde: »Video-Reportage erklärt: Das sind die 5 Aktien, mit denen Sie noch in 2016 ein Vermögen verdienen werden!« Ab Ende 2016 wurde das Gewinnversprechen dann abgeändert in: »Hans Meiser enthüllt: Mit diesen 5 Top-Aktien von Börsenguru Rolf Morrien verdienen Sie noch 2017 ein Vermögen!«

Das Löschen dieser Werbung nutzt übrigens nichts. Ich habe die entsprechenden Websites und Screenshots gesichert. Seit Manfred Krug hat sich offenkundig nichts geändert. Wird es nicht endlich Zeit, solche Menschen zur Rechenschaft zu ziehen und haften zu lassen? Wenn Hans Meiser wüsste, dass er persönlich haften müsste, würde er auch dann bewerben, »welche Aktien Anlegern in den nächsten Monaten langfristige Gewinne einbringen werden«? Oder wie man »noch 2017 ein Vermögen« verdient?

Am Ende bleibt die wichtige Erkenntnis, die gleichzeitig ein Trost ist: Wir Bürger können uns heute glücklicherweise neue Medien aussuchen, die uns nicht als Trotteln sehen, die man erziehen und abkassieren kann. Wir Bürger können uns glücklicherweise auch neue Politiker aussuchen. Die Leitmedien und die Politiker der stetig an Zuspruch verlierenden früheren Volksparteien können sich jedoch keine neuen Käufer und Wähler aussuchen. Wir Bürger sind keine Bittsteller – wir Bürger sind das Volk. Unsere Politiker sollten ebenso wie Leitmedien die Auffassungen des Volkes widerspiegeln und keine privilegierte Kaste mit Villen und Jachten sein. Das haben sie offenkundig noch nicht kapiert. Zeigen wir es ihnen also gemeinsam, und nehmen wir sie in die Haftung! Schließlich gilt auch hier der Grundsatz: Wo Unrecht zu Recht wird, da wird Widerstand zur Pflicht. Als in der DDR die Kommunikation zwischen Politik und Leitmedien auf der einen und dem Volk auf der anderen Seite gestört war, ging Letzteres auf die Straße. Es wählte sich einfach eine neue Regierung und verjagte auch die alten Medienvertreter. Wenn uns die heutigen Politiker und Medienvertreter weiterhin wie unmündige Trotteln behandeln und in ihren Villen und Jachten über uns lachen sollten, dann müssen sie wissen: Abgerechnet wird zum Schluss. Bei der

nächsten Wahl haben Sie es, lieber Leser, in der Hand. Gehen Sie deshalb wählen und zeigen Sie den Genannten, dass wir Bürger keine Trottel sind!

Falls Sie Anregungen oder Hinweise zu dieser Buchreihe über korrupte Journalisten und deren Desinformationskampagnen haben, so erreichen Sie mich über meine Facebook-Seite oder über Twitter. Falls Sie auf der Suche nach aktuellen und garantiert werbefreien Informationen sind, dann unterstützen Sie meine Arbeit durch ein Abonnement des Informationsdienstes *Kopp Exklusiv* (<http://www.kopp-exklusiv.de>).

Da wir nirgendwo für dieses Buch werben dürfen, noch eine letzte Bitte: Falls Ihnen der Inhalt gefallen hat, sprechen Sie mit Freunden und Bekannten darüber. Helfen Sie uns allen, die Mauer des Schweigens und die Zensur zu durchbrechen. Werden auch Sie zu einem Vorkämpfer für den Erhalt der Meinungsfreiheit. Werben Sie für dieses Buch!

## Anhang

### Professor Alfred de Zayas: Was wussten die Deutschen?

Nachfolgend der 2011 von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* abgelehnte Textentwurf des US-Historikers und – Völkerrechtlers Professor Alfred de Zayas (Autor von *Völkermord als Staatsgeheimnis*, Olzog Verlag, München 2011, Vorwort von Professor Dr. Karl Doehring, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts in Heidelberg) über die Fragen, wer, was, wann über die Vernichtung der Juden wusste. Professor de Zayas hat Jahrzehnte für die UN-Menschenrechtskommission in Genf gearbeitet und lebt dort heute mit seiner holländischen Frau. Seit 2012 ist er der UN-Unabhängige Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten Weltordnung. <sup>483</sup> [> Hinweis](#)

Das Buch *Völkermord als Staatsgeheimnis* wurde von Professor Dr. Arnulf Baring im *Tagesspiegel* brillant rezensiert <sup>484</sup> [> Hinweis](#) und von Professor Dr. Johannes van Aggelen in *Genocide Prevention Now* (Hebrew University, Jerusalem) besprochen. <sup>485</sup> [> Hinweis](#) Der folgende Text durfte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* nicht erscheinen.

### Was wussten die Deutschen?

66 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 64 Jahre nach Verkündung des Nürnberger Urteils bleibt der Holocaust ein kaum zu begreifendes Megaverbrechen, einzigartig im Nihilismus, in der missionsartigen Durchführung, in den Mechanismen der Tarnung und Geheimhaltung, schließlich in seiner Bedeutung für die deutsche Identität und seinen Implikationen über das deutsche Problem hinaus.

Herrn Professor  
Dr. Alfred de Zayas  
123 rue de Lausanne  
CH – 1202 Genf

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**  
**„Die Gegenwart“**  
**Verantwortlicher Redakteur**  
10. Juni 2011  
Telefon (069) 75 91-19 21  
Telefax (069) 75 91-32 66  
d.deckers@faz.de

Sehr geehrter Herr Professor Zayas,

in den vergangenen Tagen haben sich die Kollegen des Ressorts „Die Gegenwart“ ausführlich mit Ihrem Beitrag „Was wussten die Deutschen“ befasst.

Heute muss ich Ihnen leider die Mitteilung machen, dass wir uns nach mehrfacher Beratung nicht in der Lage sehen, Ihren Text zum Druck anzunehmen.

Ich bedauere dies umso mehr, als Ihr Beitrag aus diesem Haus angeregt wurde und Sie nicht zögerten, das Manuskript nochmals umzuarbeiten.

Daher wünsche ich nicht nur, dass Sie Ihr Manuskript andernorts publizieren können. Unabhängig davon möchte ich Ihnen ein Ausfallhonorar in Höhe von 500 Euro anbieten.

In diesem Sinn verbleibe ich für heute mit meinen besten Grüßen als



Dr. Daniel Deckers

## Der Brief der FAZ an Prof. de Zayas

Eine Anzahl Studien ist darüber veröffentlicht worden, jedoch erweisen sie sich in mancherlei Hinsicht als unbefriedigend, da wichtige Fragen nicht gestellt, ungenügend untersucht oder anachronistisch interpretiert werden. Besonders umstritten ist die Frage des »Wissens« bei den Beamten, Soldaten, bei der Bevölkerung. War der Holocaust ein »offenes Geheimnis«, wie manche Historiker postulieren?

Alle Erwachsenen, die von 1933 bis 1945 im Reich lebten, wussten, dass das Regime eine virulente antijüdische Haltung vertrat, die im Gefolge der »Machtergreifung« offen und gewaltsam hervortrat. Die Nürnberger Gesetze von 1935 waren bekannt; viele wurden Zeugen der Reichskristallnacht vom 9. November 1938. Viele hörten die drohende Rede Hitlers vom 30. Januar 1939. Muss der Historiker daraus folgern, dass der Durchschnittsdeutsche auch

über die »Endlösung« Bescheid wusste oder dass er damit einverstanden war? Beinhaltet das Wissen, dass das Regime antijüdisch gesinnt war, auch notwendigerweise das Wissen von den Ungeheuerlichkeiten, die sich in den Jahren 1941 bis 1945 vor allem in Territorien außerhalb des Reichs ereignet haben? Im Laufe des Krieges hat eine Anzahl Deutscher zweifellos von Mosaiksteinen des Horrors erfahren. Aber die gelegentliche Beobachtung, dass jüdische Mitbürger einen gelben Stern trugen oder dass während des Krieges jüdische Mitbürger abgeholt wurden, ist etwas wesentlich anderes als das Wissen, dass ein Plan vorlag, diese Menschen zu ermorden. Man muss sich in die Zeit versetzen. Das Leben im Reich – unter ständigen Bombardierungen aus der Luft und durch andere Gefahren und Denunziantentum erschwert – war mit schweren Sorgen belastet. Jede Familie hatte Angehörige an der Front. Wie hoch war die Bereitschaft, auf Indizien zu reagieren? War eine psychologische Fähigkeit, diese Indizien zu erkennen, überhaupt vorhanden?

Zur Verdeutlichung des Problems: In Amerika wurden etwa 120000 Nachbarn japanischer Herkunft und etwa 30000 Menschen deutscher und italienischer Abstammung von ihren Häusern abgeholt und in diverse Lager in Amerika abtransportiert, wo sie viele Internierungsjahre verbrachten. Es war unmenschlich, sogar gesetzwidrig, aber kein Amerikaner, der mit angesehen hat, dass sein Nachbar abgeholt wurde, kein Amerikaner, der die Züge oder Busse gesehen hat, hat jemals gedacht, dass diese Menschen ermordet werden könnten. Man müsste schon paranoid oder verrückt sein, um zu vermuten, dass der Abtransport von Menschen in Lager mit Völkermord gleichzusetzen sei. Jeder in Amerika hat gedacht, dass die Japaner und Deutschen aus Gründen der nationalen Sicherheit irgendwohin gebracht werden sollten. Nun waren die Vereinigten Staaten in den 1940er-Jahren eine verhältnismäßig offene Demokratie, wo man hätte protestieren können, jedoch haben nur wenige Amerikaner jemals nach dem Wohlergehen der Deportierten gefragt. Keiner macht die amerikanische Bevölkerung für dieses Versäumnis oder für den mangelnden Widerstand verantwortlich. Zum Vergleich war Deutschland keine Demokratie, sondern eine totalitäre Diktatur, wo Kritik, insbesondere alles, was als »Wehrkraftzersetzung« galt, mit Gefängnis, Zuchthaus oder KZ, ja mit dem Tod bestraft wurde, so wie in allen Zwangsregimes, wo die Bevölkerung eingeschüchtert ist und nur wenige es wagen nachzufragen.

Einige Deutsche, die Kenntnis über den Holocaust erlangten, befanden sich bereits in Opposition oder gingen gerade deshalb in den Widerstand. Ein

wichtiges Zeugnis des »Wissens« stammt von Helmuth James Graf von Moltke, der im Amt Ausland/Abwehr bei Admiral Canaris arbeitete. Auch wenn man vermuten könnte, dass Moltke wegen seiner dienstlichen Position sehr viel mehr hätte wissen müssen, scheint auch er nur Bruchteile des Horrors erfahren zu haben. In einem Brief an seinen Freund, Professor Lionel Curtis von All Souls College, Oxford, datiert vom 25. März 1943 – also zu einem Zeitpunkt, in dem die Massenmorde in den Vernichtungslagern schon etwa ein Jahr in Gang waren –, bringt Moltke sein Entsetzen über die Morde zum Ausdruck: »Selbst in Deutschland wissen die Menschen nicht, was vor sich geht. Ich glaube, dass mindestens neun Zehntel der Bevölkerung nicht wissen, dass wir Hunderttausende von Juden ermordet haben. Sie glauben immer noch, dass die Juden abgesondert irgendwo ein Leben führen, genauso wie früher auch, nur etwas weiter im Osten ..., vielleicht etwas ärmlicher, aber ohne Luftangriffe. Wenn Sie diesen Menschen sagen würden, was wirklich geschehen ist, würden sie antworten: Sie sind halt ein Opfer der britischen Propaganda: Erinnern Sie sich doch nur einmal, welche lächerliche Dinge [gemeint sind ›abgehackte Kinderhände‹] die Briten über unser Vorgehen in Belgien 1914 bis 1918 abgesondert haben.« Weiter berichtet Moltke im Brief: »Wir haben vom Bau eines großen Konzentrationslagers in Oberschlesien gehört, welches für 40–50000 Personen angelegt ist, von denen monatlich 3–4000 getötet werden sollen. Aber selbst ich bekomme alle diese Informationen nur in recht vager, undeutlicher und ungenauer Form, obwohl ich mich ja bemühe, so etwas herauszufinden.«

Bereits in den 1970er-Jahren begann ich, in der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg und im Bundesarchiv nach Indizien und Beweisen zu suchen. Ich befragte Zeitzeugen, unter anderem Holocaust-Überlebende, Widerstandskämpfer, aber auch Wehrmachtsoldaten, Diplomaten und Beamte. Sehr aufschlussreich war etwa ein Interview mit Botschafter a. D. Dr. Werner von Hentig, der Kenntnis von Judenerschießungen der SS in Nikolajew erhalten hatte. Von 1975 bis 1979 leitete ich ein DFG-Projekt am Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen mit der Aufgabe, 226 Aktenbände der Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts (eine Behörde in der Wehrmachtrechtsabteilung) auszuwerten. Zwei Arbeitstagungen in Göttingen und Köln wurden in den Jahren 1977 und 1978 gehalten, in denen auch das Wissen, Wissenkönnen und Wissenwollen der »Endlösung« erörtert wurde mit dem Ergebnis, dass man generell erkannte, dass die Geheimhaltung weitgehend erfolgreich gewesen war, auch wenn es zugegebenerweise

Gerüchte, Feldpostbriefe und Auslandssender gab.

Nürnberger, Auschwitz- und Treblinka-Prozesse

Was belegen die Nürnberger Akten über das »Wissen« bei den Beamten, Soldaten, der Bevölkerung, den Opfern? Man erfährt, dass die »Endlösung« geheime Reichssache war. Wie erfolgreich war die Geheimhaltung? Es gab aber immerhin Gerüchte, Feldpostbriefe, ausländische Radiosendungen. Wie viele Menschen haben gewusst, und was haben sie getan beziehungsweise tun können? In den NS-Prozessen bemühte sich die Anklage, festzustellen, wer, was, wann und wie viel wusste. Tausende SS- und Wehrmacht-Dokumente, Akten des Innenministeriums, des Auswärtigen Amtes wurden dem Gericht vorgelegt. Die Akten enthalten auch die Antworten von Zeitzeugen, belasteten und unbelasteten. Ihre Zeugnisse wurden von der Anklage und Verteidigung hinterfragt. Das Gericht versuchte, den Kreis der Wissenden zu beweisen, jedoch wurde dies nur bei wenigen in den Urteilen festgehalten. Die Ergebnisse meiner eigenen Forschung decken sich mit dem Votum des amerikanischen Richters Leon Powers im XI. Nachfolgeprozess (Wilhelmstraßenprozess): »Das Beweismaterial hat gezeigt, dass das Ausrottungsprogramm unter strengster Geheimhaltung gehandhabt wurde. Hitler wies Himmler mündlich an und befahl ihm, die Aktion anlaufen zu lassen. Himmler suchte sich die Leute sorgfältig aus, die mit ihm arbeiten und die Ausrottungen durchführen sollten, und verpflichtete sie zur Geheimhaltung; abgelegene Orte wurden ausgesucht und wurden dadurch getarnt, dass man sie mit nahegelegenen Arbeitslagern identifizierte, und der Plan wurde mit dem bestimmten Zweck und Vorsatz durchgeführt, vor dem deutschen Volk und allen, die nichts mit dem Unternehmen zu tun hatten, die Vorgänge zu verbergen.« Einige Historiker behaupten trotzdem, dass man »hätte wissen müssen«.

Es lohnt sich, dazu einige Nürnberg-Dokumente in Erinnerung zu bringen, so die Posener Rede Heinrich Himmlers vom 4. Oktober 1943 an SS-Eingeweihte. Er sprach über das, was er als »Judenevakuierung« bezeichnete: »Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen sein, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden ... Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht – »das jüdische Volk wird ausgerottet« ... Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden ... Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500



daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte ...«

So makaber wie abstrus in Denkweise und Diktion hat die Rede allerdings weitreichende Implikationen. Es geht daraus hervor, dass Himmler wusste, dass der Durchschnittsdeutsche »seinen anständigen Juden« hatte. Deshalb auch die Notwendigkeit der Geheimhaltung. Keiner sollte von den Morden erfahren, nur diejenigen, die unmittelbar mit der Vernichtung zu tun hatten. Derjenige, der etwas wusste, durfte nichts davon weitererzählen. Derjenige, der durch Zufall etwas erfuhr, durfte nicht weiter fragen, denn Führerbefehl Nummer 1 vom 11. Januar 1940 stipulierte: »a) Niemand soll Kenntnis haben von geheimen Dingen, die nicht in seinen eigenen Aufgabenbereich gehören. b) Niemand soll mehr erfahren, als er zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe wissen muss. c) Niemand soll früher Kenntnis erhalten, als es für die ihm gestellten Obliegenheiten notwendig ist. d) Niemand darf mehr oder früher geheim zu haltende Aufträge an nachgeordnete Stellen weitergeben, als dies zur Erreichung des Zwecks unvermeidlich ist.«

Aus der Posener Rede geht hervor, dass Himmler nicht einmal seiner SS traute. Im zweiten Treblinka-Prozess 1965 erfuhr das Gericht, dass, im Jahre 1943, als sich etwa 200 SS-Leute zur Front melden wollten, weil sie die seelische Belastung der Judenmorde nicht mehr aushielten – es war sogar zu Selbstmorden gekommen –, Himmler dies wegen der Geheimhaltung ablehnte: »Ich kann es nicht zulassen, dass der Kreis der wenigen SS-Führer, die in diese Aufgabe hineingezogen sind und die deshalb auch diese Dinge völlig für sich allein tragen müssen, durch dauernde Frontversetzungen und Veränderungen erweitert und verändert wird. Die Geheimhaltung ist in diesem Fall das Entscheidende ... Wir können heute diesen Schritt selbst dem Führerkorps der SS noch nicht geschichtlich begründen. Sie würden manches nicht verstehen und nur die Tatsachen an sich werten. Erst ein weiter Abstand zu diesen Dingen, vielleicht erst nach Jahrzehnten, vielleicht erst nach einer Zeit der schärfsten Diffamierung dieser Tat, wird den Standpunkt gewinnen, der für die Notwendigkeit dieser Aufgabe allein richtig ist.«

Die Nürnberger Akten belegen den konsequenten Versuch der NS-Regierung, die Wahrheit gegenüber den Juden, den Deutschen und der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Die Angeklagten behaupteten, über den Holocaust »nichts gewusst« zu haben. War dies nur eine Zweckbehauptung?

Haben alle gelogen oder nur einige? Kann man der Behauptung mit Beweisen entgegentreten? Unter den Hauptangeklagten in Nürnberg erklärte Großadmiral Karl Dönitz, über die KZs und Internierungslager, aber nichts über die Vernichtungslager gewusst zu haben: »Ich habe, und mit mir die ganze Kriegsmarine, das ist meine Überzeugung, von der Menschenvernichtung, die mir hier durch die Anklageschrift, beziehungsweise was die Konzentrationslager anbelangt, nach der Kapitulation im Mai 1945 bekannt geworden ist, nichts gewusst.«

Vielleicht erscheint die Haltung von Dönitz für den Leser im Jahre 2011 erstaunlich oder unglaublich. Aber was ist unwahrscheinlicher als die Tatsache, dass die deutsche Gestapo in Lublin es war, die im Jahre 1943 die Morde in Lublin-Majdanek entdeckte und um Aufklärung der Morde ersuchte? Dann ermittelte ein mit der Untersuchung von Korruptionsfällen beauftragter SS-Richter, Dr. Georg Konrad Morgen. Er leitete Verfahren gegen SS-Führer, unter anderem Untersturmführer Maximilian Grabner, Sturmbannführer Rudolf Höss und Obersturmbannführer Adolf Eichmann, ein. Wie erklärt sich diese Schizophrenie?

Am 7. und 8. August 1946 sagte Morgen vor den Nürnberger Richtern aus: »Ich berichtete als Erstem meinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem SS-Gruppenführer Nebe, als Chef des RKPA. Nebe war ein außerordentlich schweigsamer Mann, aber man sah, wie ihm bei meinem Bericht buchstäblich die Haare zu Berge standen. Sein Schweigen wurde steinern. Er sagte, ich müsse sofort diese Sache Kaltenbrunner vortragen. Der Chef des Hauptamtes SS-Gericht, Obergruppenführer Breithaupt, war ebenfalls in außerordentlicher Erregung und sagte, er werde sofort oder alsbald zu Himmler fahren ...« Auf die Frage von Dr. Pelckmann (Verteidiger für die SS): »Haben Sie diese Dinge noch anderen Kreisen der SS mitgeteilt?«, antwortete Morgen: »Nein, mir kam es darauf an, die Leute zu unterrichten und für meine Auffassung zu gewinnen, die wirklich etwas zu sagen hatten ... Außerdem war ich durch den Grundbefehl Nummer 1 über Geheimhaltung staatswichtiger Sachen gebunden, konnte mich also nur an die Hauptamtschefs persönlich wenden. Jeder Fehler, der mir unterlaufen wäre bei Einbeziehung anderer Stellen, hätte schwerste Folgen gegen mich gehabt, einen Vorwand meinen Feinden gegeben und damit die Untersuchungen in die Länge gezogen ..., außer dem Hauptamtschef der SS wurde sonst niemand unterrichtet.«

Auf die Frage Pelckmanns: »Haben Sie es nicht für Ihre Pflicht gehalten, die Weltöffentlichkeit zu benachrichtigen oder irgendwie Ihrem Gewissen

Luft zu machen, zu schreien ›Mord‹?«, antwortete Morgen: »Dazu hätte es des Zuganges zu den technischen Mitteln bedurft, nämlich Presse und Rundfunk, die ich nicht hatte. Wenn ich das an jeder Straßenecke bekannt gegeben hätte, dann hätte mir das niemand geglaubt, weil dieses System die menschliche Fassungskraft übersteigt. Man hätte mich als Irrsinnigen eingesperrt.«

In einem Affidavit vom 13. Juli 1946 stellte Morgen fest: »Aus persönlichem Vortrag habe ich später ersehen, dass von den geschilderten Vorgängen selbst Hauptamtschefs der SS keine Ahnung hatten. Wie der Chef des Hauptamtes SS-Gericht, SS-Obergruppenführer Breithaupt, und mein letzter Gerichtsherr nach meiner Versetzung, der Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes, SS-Obergruppenführer Hildebrandt. Erst recht konnten wegen der unheimlichen Technik andere SS-Angehörige geringeren Dienstgrades, die örtlichen Stapo-Stellen und erst gar nicht die Truppe und die Bevölkerung [davon] erfahren.«

Morgen wurde auch Zeuge im Pohl-Prozess (Fall IV) und im Frankfurter Auschwitz-Prozess. Am 9. März 1964 beschrieb er die Tarnpraktiken und den Versuch, selbst die jüdischen Opfer zu täuschen: »Die Rampe sah aus wie jede andere Rampe auf einem Güterbahnhof auch. Es war nichts Besonderes daran festzustellen ... Die Ankömmlinge mussten aussteigen und ihr Gepäck absetzen. Männer und Frauen mussten sich getrennt aufstellen ... Rabbiner und sonstige bedeutende jüdische Persönlichkeiten wurden sofort ausgesondert, ins Lager gebracht, in eine Baracke, die sie für sich hatten. Ich habe sie später gesehen, es stimmte. Gut gehalten, sie brauchten nicht zu arbeiten, es wurde erwartet, dass sie möglichst viele Briefe und Postkartengrüße in alle Welt von Auschwitz schickten, um damit von vornherein jeden Verdacht, dass hier irgend so etwas Gräuliches vor sich gehe, zu zerstreuen.«

Hat Morgen in Nürnberg und Frankfurt einfach nur gelogen? Nach dem Krieg wurde Morgen entnazifiziert und als »Entlasteter« eingestuft; er arbeitete als Rechtsanwalt in Frankfurt a. M. bis zu seinem Tode im Jahre 1982. Seine Aussagen wurden durch die verschiedenen Anklagebehörden nicht widerlegt, und die Versuche mancher Autoren, unter anderem von Holocaust-Leugnern, seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern, sind fragwürdig. Solange eindeutige Belege fehlen, muss sich jeder Historiker, der sich mit dem Holocaust beschäftigt – durchaus in kritischer Distanz –, mit der Tätigkeit Morgens auseinandersetzen.

Die Geheimhaltung im NS-Staat galt für alle: für die SS, für die Wehrmacht und auch für höhere Regierungsfunktionäre, zum Beispiel den Leiter des Nachrichtenwesens in der Presseabteilung des Reichspropagandaministeriums Hans Fritzsche, der im Nürnberger Prozess angeklagt, jedoch in allen Anklagepunkten freigesprochen wurde. Am 28. Juni 1946 erklärte er: »Ich bin als ein Journalist, der in jener Zeit gearbeitet hat, der festen Überzeugung, das deutsche Volk kannte den Massenmord an den Juden nicht; was auch immer an Behauptungen aufgestellt wurde, das waren Gerüchte, und was an Nachrichten in das deutsche Volk hineindrang von außen, das wurde amtlich immer und immer wieder dementiert ..., an einen Fall erinnere ich mich mit besonderer Deutlichkeit. Es war der Augenblick, als von russischer Seite nach der Wiedereroberung von Charkow dort ein Prozess veranstaltet wurde, in dem zum ersten Mal gesprochen wurde von Tötung mit Gas. Ich lief mit diesen Berichten zu Dr. Goebbels und fragte ihn, wie es damit stünde. Er erklärte, er wolle die Sache untersuchen, er wolle sie mit Himmler besprechen und mit Hitler. Am nächsten Tage kündigte er mir ein Dementi an ... Ganz ausdrücklich aber ist mir von Dr. Goebbels erklärt worden: Die Gaswagen, die in dem russischen Prozess erwähnt worden wären, wären ein reines Produkt der Fantasie, es gäbe keine tatsächliche Unterlage dafür. Nicht umsonst wurden die an der Durchführung des Mordes Beteiligten unter den Befehl des strengsten Stillschweigens gestellt. Hätte das deutsche Volk von dem Massenmord erfahren, es hätte Hitler sicher die Gefolgschaft versagt.«

In seinen Memoiren kommentiert Fritzsche die Nürnberger Aussagen Morgens wie folgt: »Fast zum Schluss der Beweisaufnahme fanden sich zwei Zeugen, die zwar nicht das Rätsel des geheimen Massenmordes lösten, aber doch den Weg zeigten, auf dem es gelöst werden konnte. Es waren die SS-Richter Reinecke und Morgen ... Unter atemloser Stille schilderte der Zeuge, wie er den Fäden nachging, die ihm in die Finger fielen. Er stieß auf ein Lager, in dem man den Mord nicht einzeln und nach sorgfältiger Listenfälschung, sondern serienweise und systematisch betrieb ... Es war Birkenau bei Auschwitz ... Eine oberflächliche Untersuchung schied Arbeitsfähige von ›Unbrauchbaren‹. Die Letzteren wurden ... von Wachleuten in SS-Uniform empfangen und zum Lager geleitet. Glaubensgenossen begrüßten die Ankömmlinge und übernahmen ihre weitere Betreuung ... Freundlich sagte man den ›Neuen‹, dass vor ihrer Einweisung in die Wohnräume ein gründliches Bad und eine korrekte Desinfektion aller Sachen notwendig sei. Ohne Widerspruch entkleideten sich die

Ahnungslosen. Ordentlich hängten sie ihre Kleider in Kolonnen von Garderobenhaken ... Erst seit dem Tage, an dem Morgen auftrat, hatte ich das Gefühl, bei der Beteuerung meiner Unkenntnis vom Massenmord nicht gegen sämtliche Grundgesetze der menschlichen Logik zu verstoßen.«

Noch ein weiteres Zeugnis des Nichtwissens lieferte in Nürnberg schließlich ein Unbelasteter, der ehemalige sozialdemokratische preußische Innenminister Carl Severing am 21. Mai 1946: »Von diesen Massenmorden, die erst nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes in Deutschland bekannt wurden, teils durch Presseveröffentlichungen, teils durch Prozessverhandlungen, habe ich nichts gewusst.«

Der amerikanische Gerichtspsychologe Gustave Gilbert hat alle Angeklagten und viele Zeugen ein ganzes Jahr beobachtet, studiert, befragt und hinterfragt. In seinem *Nürnberger Tagebuch* hat er viele Angeklagte wie Göring, Frank, Rosenberg und Kaltenbrunner als unglaubwürdig und zynisch bezeichnet. Die Beteuerungen Fritsches, Dönitz' und Jodls, nichts über den Massenmord gewusst zu haben, hat Gilbert aber nach allem Anschein als glaubwürdig betrachtet.

Eine Reihe neuerer Publikationen über die »Endlösung« leidet an fundamentalen methodischen Fehlern. Das Hauptproblem liegt vielleicht in der Selektivität bei der Auswahl der Quellen beziehungsweise im bewussten oder unbewussten Ausklammern von wichtigen Dokumenten, die auf andere Deutungsmöglichkeiten hinweisen, Quellenkritik ist oft mangelhaft, wenn nicht willkürlich. Ein weiteres Problem liegt darin, dass manche Autoren zu mutmaßlichen Ergebnissen durch Extrapolieren kommen. Gewiss gibt es Feldpostbriefe, die über Aspekte der Endlösung berichten, gewiss gibt es Gestapo-Stimmungsberichte, die zeigen, wie sich manche Gerüchte in der Bevölkerung verbreiteten, es gibt auch Abhörprotokolle von deutschen Kriegsgefangenen, die über Verbrechen berichten. Hier ist aber Vorsicht geboten, zur Vermeidung unzulässiger Verallgemeinerung. Wie zahlreich waren die Indizien, wie repräsentativ? Hundert Beispiele sind noch keine tausend. Gerade aus der geringen prozentuellen Anzahl könnte gefolgert werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung eben nichts oder sehr wenig wusste. Außerdem belegen Gestapo-Stimmungsberichte und selbst die Goebbels Tagebücher, wie oft die deutsche Bevölkerung die antijüdischen Maßnahmen missbilligte, zum Beispiel die Reichskristallnacht und die Einführung des Judensternes.

Einige Historiker, so der kanadische Holocaust-Experte Michael Marrus,

haben auf die Problematik hingewiesen, geschichtliche Vorgänge von der heutigen Perspektive, also anachronistisch, zu bewerten. Marrus schreibt in seinem Buch *The Holocaust in History*: »Es besteht eine große Gefahr, dass der Historiker die Maßstäbe, Werte und Gesichtspunkte der Gegenwart auf die historischen Ereignisse anwendet anstatt jene der Periode, die er untersucht ... Diese Versuchung stellt die für Historiker spezifische Form von Hybris dar ... Es besteht eine starke Tendenz in der Geschichtsschreibung bezüglich der Umstehenden des Holocausts, sie einfach zu verurteilen, anstatt zu erklären, was geschah. Und obwohl Meinungen über das Maß des von Historikern auszuübenden Urteilens auseinandergehen, möchte ich vorschlagen, dass wir uns viel mehr bemühen sollten, das Verhalten und die Aktivität (oder Passivität) der Umstehenden zu verstehen, indem wir ernsthaft versuchen, uns in ihre geistige Lage und ihr Empfindungsvermögen zu versetzen ...«

Unseriös und undifferenziert erscheinen die Darstellungen mancher Autoren wie Daniel Goldhagen, wonach die Deutschen »Hitlers willige Vollstrecker« gewesen seien. Vertreter dieser Schule verurteilen pauschal und erklären nichts. Sie selektieren ihre Fakten und ignorieren, was ihnen nicht ins Konzept passt, so zum Beispiel relevante Quellen von jüdischen Zeitzeugen, etwa die Tagebücher von Victor Klemperer, dessen Urteil über die Haltung der deutschen Bevölkerung differenzierter als das mancher Fachhistoriker erscheint. Als Opfer der Nazis verurteilte er die Verbrechen der Täter – aber war sorgsam, nicht das allgemeine Wissen über den Holocaust vorauszusetzen und nicht *alle* Deutschen vorweg zu verdammen. So schreibt er in seinem Tagebuch am 4. Oktober 1941: »Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.« Ein weiteres Problem der Methodik liegt darin, sich lediglich auf Akten zu stützen und Zeitzeugen unberücksichtigt zu lassen. Die Maxime *quod non est in actis non est in mundo* [Was nicht in den Akten ist, ist nicht in der Welt] überzeugt aber nicht, denn die Akten erzählen nur einen Teil der Geschichte. Außerdem kann man Akten durchaus falsch interpretieren, zum Beispiel wenn sie unvollständig sind oder wenn man den Kontext nicht in allen Verwicklungen und Nuancen versteht. Außerdem hinterlassen manche Ereignisse – zum Beispiel Staatsgeheimnisse – oft keine Spuren. Auch wenn man die Erinnerungen von Zeitzeugen *cum grano salis* [mit Einschränkung, nicht ganz wörtlich zu nehmen] auslegen muss, liefert die alleinige Auswertung von Akten kein ausreichendes Bild einer Epoche. Wenn der Historiker vermutet, dass Zeitzeugen irren, dass die Nürnberger Aussagen und Plädoyers verlogen sind, dass die Verteidigung in NS-

Prozessen nur auf Zweckbehauptungen basiert, so sollte er genau präzisieren, was nicht stimmt und warum. Skeptisch kann er bleiben; er soll die Aussagen im Zusammenhang und im Lichte anderer Dokumente testen. Aber er darf sie nicht einfach außer Acht lassen.

Bei der Frage nach dem »Wissen« ist das Zeit-Forum vom 3. März 1995 einschlägig. An der Disputation hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt teilgenommen, der versicherte, dass er als Luftwaffenoffizier in verschiedenen Stäben »von der Vernichtung der Juden überhaupt nichts gewusst und gehört« hatte. »Ich habe nach meiner Erinnerung nicht einmal Menschen mit einem gelben Stern gesehen.« Auch die 2002 verstorbene Zeit-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff beteuerte, während des Krieges auch nichts davon gewusst zu haben, obwohl sie »gute Verbindungen zu vielen Leuten hatte, die in Schlüsselstellungen standen. Die Notwendigkeit zur Geheimhaltung aber war unheimlich groß. Insofern habe ich ... den Namen Auschwitz zum ersten Mal nach dem Krieg gehört.«

Die jüngsten Versuche mancher Historiker, ein breites Wissen bei der Bevölkerung zu postulieren, überzeugen nicht. Jedoch besteht die Gefahr, dass, je länger der Krieg zurückliegt, es umso leichter wird, Pauschalierungen und Karikaturen als geschichtliche Wahrheit zu präsentieren, denn die Zeitzeugen sind nicht mehr da, um zu widersprechen. Jedenfalls wird die »Bewältigung« des Themas durch die sogenannte Kollektivschuldthese und durch die geistige Bequemlichkeit mancher Zeitgenossen erschwert. Eine umfassende wissenschaftliche Ausarbeitung gehört nicht allein in die Hände von Historikern, sondern auch von Juristen, Soziologen und Psychologen. Vor allem müssen die Mechanismen der Geheimhaltung auch bezüglich des Völkermords an den Armeniern und bei anderen Genoziden gründlicher untersucht werden. Eine sachgerechte Bewertung steht noch am Anfang. Der Zusammenhang zwischen Geheimhaltung und Negationismus soll auch weiter untersucht werden.

## Quellenverzeichnis

Hinweis für die Quellenrecherche: Internetlinks werden mitunter gelöscht oder geändert. Dennoch können Sie die fast 500 nachfolgend aufgelisteten Links mitsamt Originalinhalten nach einem möglichen Löschen durch Dritte im Internetarchiv jederzeit rückwirkend wiederfinden unter <https://archive.org/web/>, wenn Sie dort den gesuchten Link in die Suchmaschine eingeben.